REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 453 · 30.8.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Generation Widerstand (Demonstrationen gegen Globalisierung)
2. Ein anderes Europa ist nötig! Eine andere Welt ist möglich! (Dokumentation des Protestes gegen die Polizeigewalt in Genua)
3. Retter, Schlepper und "remesas". Migration aus nicaraguanischer Perspektive - Dima Zito
4. Genua war nur der Anfang. Auf den Gipfel des Terrors folgen neue Massenmobilisierungen - Dario Azzellini
5. Notwehr oder Mord?
6. Verhaftungen und Verurteilungen. Eine vorläufige Bilanz von Göteborg und Genua - nv
7. Nach Göteborg und Genua. Weder Reisefreiheit noch Demonstrationsrecht in der EU? - Olaf Griebenow/Heiner Busch
8. Nicht immer die Freiheit der Wahl. Kritische Anmerkungen zur Gewaltdebatte nach Göteborg und Genua. - Werner Rätz
9. Globalisierungskritik, Genua, Gewalt. Positionspapier des Arbeitsschwerpunkts "Weltwirtschaft" des BUKO - BUKO
10. Tute Bianche. Weiße Overalls im zivilen Ungehorsam - Dario Azzellini
11. Verhaftet in Genua. Ein Bericht über Polizeiwillkür - Ulrich Brand
12. Vom Staatsterror zum Faschismus? - Js.
13. Säen und Ernten. Die NATO moderiert die ethnische Spaltung Mazedoniens - Boris Kanzleiter
14. Westpapua: Tragödie in ungezählten Akten. Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil IV) - Vo.
15. Kampf gegen die Straflosigkeit. Sara Méndez auf Europareise - Nicole Graul und Manuela Happe
16. Gentechnik oder Hunger. UNDP-Bericht: Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung - Gregor Kaiser
17. "Das kleinere Übel gibt es nicht." Interview mit KandidatInnen des "Regenbogen" zur Wahl in Hamburg - mb.
18. Der Haider von der Elbe. Richter Schill mischt die Hamburger Polit-Landschaft auf - dk
19. Urbane Zukunft. Nichtnachhaltiger Kapitalismus und die Notwendigkeit von Dis-governance - Neil Smith
20. Berlins besondere Orte. Städtische Politik zwischen Bürgergesellschaft und Polizeistaat - ve
21. Kritik der unternehmerischen Stadt. Aussichten auf eine "Stadt der guten Hoffnung"? Interview mit Jochen Becker
22. Euro-Skepsis in Slowenien. Antirassistische Gruppen gegen EU-Grenzregime - Interview A. Gal Kirn und Beri Laoika
23. No Border - No Nation. In Polen, Slowenien und Spanien fanden Camps gegen EU-Außengrenzen statt - Boris Kanzleiter
24. "Your are not from Ghana, you are from Kelsterbach." Versuche, mit Internierten in C 182 zu kommunizieren - Anke Schwarzer
25. Campen und Kämpfen. Das 4. antirassistische Grenzcamp lockte über 1.500 TeilnehmerInnen - Anette Riegwald
26. Tod im Transit. Ein Internationales Hearing zum Flughafenverfahren - Andreas Linder
27. Aufstand der Unanständigen. Die CDU-Kampagne gegen den Doppelpass - Kerstin Schoof
28. Ein kleiner Sieg. Tarom steht für Sammelabschiebungen nicht mehr bereit - Anke Schwarzer
29. Leipziger Allerlei - Jochen Stay
30. Widerstand jenseits von Castor. Im November ist Herbstkonferenz der Anti-Atom-Bewegung - S. Döbel, H. Ehrlich, D. Hofmeister
31. Warum manche Züge zu spät kommen ... oder gar nicht losfahren
32. Der Traum von der Unverwundbarkeit. Der geplante US-Raketenabwehrschirm provoziert atomares Wettrüsten - Gerhard Piper
33. Schlesien jenseits nationaler Mythen. Nützliche Lektüre für Linke: Schlesien - Europäisches Kernland - Gerd Bedszent

34. Erinnerung an einen jüdischen Kommunisten. Die Biografie Emil Carlebachs muss noch geschrieben werden - Dietrich Marquardt
35. "Die wird wie ein Blitz einschlagen ..." Wochenschau im "Dritten Reich" - Bernd Kleinhans
36. Kollektiver Kampf, mit Gefühl. "Brot und Rosen" - der neueste Film von Ken Loach - Peter Nowak
37. Kommunist, Sänger und Schauspieler. Ernst-Busch-Edition auf CD erschienen - Lutz Graefe
38. Zum fünften Todestag von Rio Reiser - Dse
39. Next estación Hoffnung. Manu Chao auf dem Gurten. Andere auch - Tommy Schroedter
40. "Joschka lebt in seiner Welt" - Boris Kanzleiter
41. AUFGEBLÄTTERT
42. LESERBRIEF
43. KALENDER
44. EDITORIAL
45. Die Heimtücke des Tiger-Reitens

1. Generation Widerstand (Demonstrationen gegen Globalisierung)

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/auf453.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:auf453

Seit den Demonstrationen in Seattle im Dezember 1999 ist der Protest gegen die Auswirkungen neoliberaler Politik enorm gewachsen. Und er wird offensichtlich nicht so schnell in der Versenkung verschwinden. Auch nach den Schüssen von Göteborg sind in Genua mehr als 200.000 Menschen auf die Straße gegangen. Sie haben sich nicht durch das Bedrohungsszenario abschrecken lassen, das von Regierungen, Polizei und Medien im Vorfeld des G8-Gipfels gestrickt wurde. Selbst wenn dabei inneritalienische Aspekte eine Rolle spielten, so hat dieMassenmobilisierung doch eine besondere Qualität. Darin drückt sich die Entschlossenheit aus, die Auswirkungen des Kapitalismus nicht mehr einfach hinzunehmen. Das haben auch die Staatschefs erkannt. Der Polizeieinsatz gegen die Demonstration in Göteborg war der Startschuss, mit dem den Demonstrierenden die Grenzen ihres Protestes aufgezeigt werden sollten. Ob auf internationaler Ebene abgesprochen oder nicht: Genua war die Steigerung der staatlichen Brutalität und das deutliche Signal, dass die Regierenden alles tun, um die Massenproteste einzugrenzen.

Aber diese Gewaltpolitik erzielt anscheinend nicht die gewünschten Ergebnisse. Zumindest in Italien sind im Lager der Demonstrierenden keine Spaltungstendenzen zu erkennen. Es ist zu hoffen, dass sich auch die bundesdeutsche Szene mit ihrer ausgeprägten Neigung zur "Distanzierung" keine abstrakte Gewaltdebatte aufzwingen lässt. Davon abgesehen ist eine ernsthafte Diskussion um die Einhaltung von Absprachen bei Demonstrationen notwendig. Voraussetzung dafür ist es, sowohl Distanzierungen als auch blindwütige Aktionen zu vermeiden und das "Primat der Politik" anzuerkennen. Das betrifft wohlgemerkt gemeinsame Aktionen und ist angesichts des heterogenen Protest-Spektrums kein leichtes Unterfangen. Die Demonstrationen von Seattle und Genua haben gezeigt, dass die sehr unterschiedlichen Strömungen gemeinsam demonstrieren können - auch wenn es eher ein Nebeneinander als ein Miteinander war. Dieses produktive Nebeneinander kann durchaus eine Stärke der Bewegung sein.

Nach Genua steht zunächst die Solidarität mit den Misshandelten auf der Tagesordnung, eine Kampagne gegen den staatlichen Terror und die dafür politisch Verantwortlichen. Nötig sind jetzt aber auch intensive Diskussionen über die weitere Politik der "Globalisierungs-GegnerInnen". Die Beschränkung auf Reformvorhaben wie die Besteuerung von Spekulationsgewinnen (TobinTax) führt in die Sackgasse. Allerdings sollte auch die radikale Linke nicht durch Großmäuligkeit glänzen. Ihre Analysen und Handlungsvorschläge der letzten Jahre waren nicht immer die ausgereiftesten. Allerdings wird, wenn nicht alles täuscht, wieder heftig daran gearbeitet, dieses Defizit abzubauen.

Von Globalisierung reden heißt über Kapitalismus reden. Es heißt nicht weniger als die Politik der Unternehmen, der Konzerne, der Banken unter die Lupe zu nehmen. Es heißt auch, konkrete Kämpfe zu unterstützen. Nicht die "Globalisierung" ist der Angriffspunkt, es sind die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse vor Ort, in der Region, im Betrieb. In Italien ist in Folge der Globalisierungsproteste das Italia Social Forum entstanden, das gemeinsame Aktionen der verschiedenen Kräfte organisiert - ohne den Anspruch, diese zu vereinheitlichen. Ein Zustand, von dem die bundesdeutsche Linke noch weit entfernt ist.

Es gilt einen Diskussionsprozess zu organisieren, in dem sich die verschiedenen Spektren kritisch aufeinander beziehen. Kleine kosmetische Korrekturen werden die kapitalistische Gier nach Profit und immer mehr Profit nicht aufhalten können. Die Beschränkung auf die Parole "Kapitalismus tötet" genügt allerdings ebenso wenig. Es wird in nächster Zeit um nicht weniger gehen, als wieder Schritte hin zu einer interventionistischen Politik zu versuchen.

Aufgabe einer radikalen Linken sollte sein, die neue Chance zur Intervention zu nutzen - inaller Bescheidenheit, aber auch ohne sich durch das Genörgel der rein "negatorischen" Linken davon abbringen zu lassen.

Natürlich lauern überall Gefahren: So wollen SozialdemokratInnen und Grüne der Bewegung die EU als Bollwerk im Kampf gegen den Neoliberalismus schmackhaft machen. Einige soziale Regulierungen mehr, und

schon sind sie zufrieden. Die radikale Linke kann sich in der Bewegung vor allem mit einer fundierten Kapitalismus- und Staatskritik auszeichnen. Ziel ist - so formuliert es der BUKO - die "grundlegende Veränderung des bestehenden nationalen und internationalen Institutionengefüges".

Seite 4 bis 12

2. Ein anderes Europa ist nötig! Eine andere Welt ist möglich! (Dokumentation des Protestes gegen die Polizeigewalt in Genua)

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:44

Wir dokumentieren ein Protestschreiben zu den Vorgängen in Genua.

Dieses Schreiben wurde initiiert vom Chemiekreis, einem Zusammenschluss kritischer GewerkschafterInnen.

Ein anderes Europa ist nötig!

Eine andere Welt ist möglich!

Mit aller Empörung protestieren wir gegen die im Zusammenhang mit dem G8-Treffen in Genua ausgeübte Repression in all ihren Formen. Durch Berichte und Dokumente sind wir Zeugen von politischer und polizeilicher Repression geworden, die uns auf das Tiefste beunruhigt. Deshalb wenden wir uns mit diesem Schreiben an das Europäische Parlament, an die deutsche und italienische Regierung, an den DGB und EGB, die Gewerkschaften, die Kirchen, an Intellektuelle und alle Mitmenschen, die unsere Sorge und Empörung teilen. Wir fordern diejenigen Politiker und Akteure auf, für die sich Freizügigkeit nicht auf den Warenverkehr beschränkt und Freiheit etwas anderes als Deregulierung sozialer Rechte ist, folgende Anliegen aufzugreifen und politisch weiterzuverfolgen:

Wir protestieren gegen die brutale Gewalt und besonders die tödlichen Schüsse, mit denen die italienische Polizei gegen Demonstranten in Genua vorgegangen ist, und fordern die Einsetzung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur Überprüfung der Übergriffe in der Schule Diaz, in den Gefängnissen und Krankenhäusern.

Wir wenden uns gegen die Kriminalisierung einer gesamten Bewegung.

Wir wenden uns gegen die Einschränkung der Freizügigkeit des Reisens, wie sie durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und durch Ein- bzw. Ausreiseverbote praktiziert wurde.

Wir stellen uns hinter die Anliegen der Antiglobalisierungsbewegung wie die Schuldenstreichung, die Problematisierung des Freihandels und die Kontrolle der Finanztransaktionen, und wir sind gegen Privatisierung, die Zerschlagung der Sozialsysteme und die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung, die ungerechte Wirtschaftsordnung. Für ein Ende der Bescheidenheit!

Wir rufen dazu auf, durch weitere Aktionen und Veranstaltungen dem Streben nach einer gerechteren Welt und den Protesten gegen die Einschränkung der Grundrechte Nachdruck zu verleihen.

Wir strecken all jenen, die in anderen Ländern für die gleichen Ziele kämpfen, unsere Hand entgegen und werden uns dafür einsetzen, die Bewegung zu verbreitern.

Wir fordern die Freilassung aller Inhaftierten.

Wir fordern den Zugang von Anwälten und Angehörigen zu Verletzten und Inhaftierten.

Wir fordern die Herausgabe des entwendeten Materials wie Filme, Computer-Festplatten, Videos.

Wir halten die Entwicklung in Europa Anfang des neuen Jahrtausends für unerträglich. Zum zweiten Mal in diesem Sommer wird scharf auf Demonstranten geschossen - in Göteborg in den Rücken eines Weglaufenden und in Genua mit tödlichen Schüssen in den Kopf eines 23-Jährigen. Friedlich Demonstrierende werden mit Tränengas und Schlagstöcken traktiert und Schlafende krankenhausreif geschlagen. Anwälte werden nicht zu ihren Klienten gelassen, Auskünfte über das Verbleiben von Angehörigen in Gefängnissen und Krankenhäusern verweigert, die Reisefreiheit außer Kraft gesetzt.

Dieses Vorgehen der Ordnungskräfte zur Einschüchterung und Kriminalisierung einer ganzen Bewegung wird uns nicht davon abhalten, weiter für eine gerechtere Welt einzutreten und gegen die Repressionen gleich welcher Art aufzustehen.

Ein anderes Europa ist nötig! Eine andere Welt ist möglich!

Richtet euren Protest bitte an: Europäisches Parlament Brüssel: civis@europarl.eu.int, EGB: etuc@etuc.org, Die Bundesregierung: InternetPost@bundesregierung.de, DGB: info@bundesvorstand.dgb.de, Italienisches Parlament: dlnsito@camera.it, Genoa Social Forum: webmaster@genoa-g8.org Internationaler Bund Freier Gewerkschaften: internetpo@icftu. Aufruf in weiteren Sprachen siehe http://www.isnrsi.org/

3. Retter, Schlepper und "remesas". Migration aus nicaraguanischer Perspektive

Autor: Dima Zito · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:03

Migration in Nicaragua hat viele Facetten. Da gibt es zum einen eine starke Arbeitsmigration in die USA, aber auch ins Nachbarland Costa Rica, die zunehmend die ökonomische Stabilität Nicaraguas garantiert. Gleichzeitig ist das Land aber auch auf Grund der Visumsfreiheit eine Durchgangsstation für MigrantInnen aus der Karibik, Südamerika und Afrika und soll zunehmend in die Bekämpfung illegaler Einwanderung durch die USA eingebunden werden.

Der junge Nicaraguaner Oscar Reyes rang mit dem Tode, so wie Dutzende von Menschen um ihn herum, Frauen und Männer, die bewusstlos waren oder vielleicht schon tot. Er bekam kaum Luft und konnte nicht einmal weinen, resigniert wartete er auf den Tod, als sich mit einem Schlag die Tür des Laderaums öffnete und Licht und Sauerstoff hereinströmten. Es fehlten nur Minuten und über hundert Menschen ohne Ausweispapiere wären erstickt, zusammengepfercht in einem völlig verschlossenen Lastwagen, in dem die ‚Schlepper oder ‚Coyotes sie durch die Wüste Arizonas in die Nähe von Phoenix transportierten ..."

In den nicaraguanischen Tageszeitungen erscheinen in den letzten Monaten immer wieder Artikel wie dieser, in denen darüber berichtet wird, wie nordamerikanische GrenzbeamtInnen illegale EinwanderInnen "retten". Dass diese Menschen nichts weniger wünschen als nach ihrer langen, mühevollen und teuren Reise von ihren "Rettern" an ihren Ausgangspunkt zurückverfrachtet zu werden, bleibt an dieser Stelle unerwähnt.

Traumziel der meisten mittel- und südamerikanischen ArbeitsmigrantInnen sind die USA. Da die legale Einreise quasi unmöglich ist, bleibt ihnen nur der illegale Grenzübertritt. Um diese Menschen abzuwehren, haben die USA in diesem Jahr den Etat der Grenzpatrouillen vervierfacht. Heute sind 9.500 BeamtInnen entlang der Grenze rund um die Uhr im Einsatz. Täglich werden zwischen 600 und 1.200 Menschen bei dem Versuch festgenommen, über die Grenze zu gelangen. Zwischen Oktober 2000 und Januar 2001 waren es über 340.000.

Mit Hilfe neuer Technologien konnten die GrenzbeamtInnen die Aufgriffszahlen kräftig erhöhen. "Wir haben den Banditen die Nacht weggenommen", freut sich David Aguilar, Chef der Grenzpatrouillen in Tucson. Mit Nachtsichtgeräten und seismischen Sensoren, die die Bewegung von Menschengruppen anzeigen, werden heute deutlich mehr GrenzgängerInnen als noch vor ein oder zwei Jahren aufgespürt. Unter dem Titel "Operation Skywatch" wird außerdem die Luftüberwachung der Grenze verstärkt.

Der illegale Grenzübertritt ist ein gefährliches Unterfangen. Nach Angaben der mexikanischen Regierung starben alleine im Jahr 2000 über 900 Menschen bei dem Versuch, die Grenze zu überqueren und die Zahlen steigen. Um die Wüste zwischen Mexico und Arizona zu durchqueren, brauchen die MigrantInnen mindestens drei Tage. Um sich zurechtzufinden, sind sie auf Schlepper angewiesen, die so genannten Coyotes.

Die Kriminalisierung dieser Schlepper ist ähnlich wie in Europa ein Ansatzpunkt für die Bekämpfung der illegalisierten Einwanderung. Bei einer Verurteilung in den USA sind lebenslängliche Haftstrafen nicht unwahrscheinlich, da für jede/n transportierte/n EinwanderIn eine Gefängnisstrafe von mindestens fünf Jahren vorgesehen ist. Das grenzt die Gruppe der Menschen, die sich auf diesem Gebiet betätigen, auf diejenigen ein, die bereit sind, ein derartiges Risiko einzugehen, das tun sie in der Regel wegen der hohen Profite. Ein Schlepper verlangt mindestens 1.200 Dollar. Ein horrender Preis, gemessen an mittelamerikanischen Löhnen.

Durchreiseland Nicaragua

Ähnlich wie bei der Absicherung der Festung Europa sollen die Regierungen der anliegenden ärmeren Länder genötigt werden, bei der Verhinderung der unerwünschten Migration mitzuarbeiten. "Ungefähr 350.000 Menschen kommen jedes Jahr aus oder durch Zentralamerika illegal in die Vereinigten Staaten und wir arbeiten mit den Behörden dieser Länder zusammen, um sie zu stoppen", wird John Keane, der Verantwortliche für Zentralamerikanische Angelegenheiten des State Department, in der nicaraguanischen Tageszeitung La Prensa vom 15. Juni 2001 zitiert. "Wir bilden die Länder darin fort, ihre Grenzkontrollen zu verbessern und die Gesetzgebung gegen Menschenschmuggel zu verschärfen." Vor allem macht es den USA Sorgen, dass der grenzüberschreitende Transport von Menschen ohne Ausweispapiere noch nicht in allen

Ländern der Region einen Straftatbestand darstellt. "Wir haben mit den Regierungen darin zusammen gearbeitet, entsprechende Gesetze zu erstellen", so Keane. Mit der Begründung, dass sie "Menschen in Gefahr" brächten, sollen die Regierungen schärfere Sanktionen gegen die "Coyotes" verhängen. Zudem finanzieren die USA auch ein Projekt, mit dem die Migration auf legalem Wege stärker kontrolliert werden soll, indem mittels eines vereinheitlichten Kartensystems sämtliche Grenzübertritte in Mittelamerika erfasst werden sollen.

Nicaragua ist nicht nur Auswanderungsland; Nicaragua ist auch ein wichtiges Durchreiseland für MigrantInnen anderer Länder auf dem Weg in die USA. Nicaragua ist deshalb als Durchreisestation interessant, weil seit einigen Jahren für Einreisende aus Peru, Ecuador, der Dominikanischen Republik und einigen afrikanischen Ländern keine Visumspflicht mehr besteht. So können sie auf legale Weise in relative Nähe der USA gelangen.

Mit den Pässen ihrer Herkunftsländer können diese MigrantInnen nicht ohne Visum nach Honduras, El Salvador oder Guatemala weiterreisen - mit nicaraguanischem Pass hingegen ist dies möglich. So hat sich ein schwungvoller Handel mit falschen nicaraguanischen Papieren entwickelt. Außerdem werden MigrantInnen mit nicaraguanischem Pass bei einer Festnahme in Mexico oder den USA nicht bis in ihre Heimatländer deportiert, sondern nur entsprechend ihrer Papiere bis Nicaragua - sie haben es beim erneuten Einreiseversuch also nicht so weit. Laut nicaraguanischer Presse soll mittlerweile ein Netzwerk lokaler Schlepper entstanden sein, das Verbindungen ins Ausland unterhält, die eine kontinuierliche Weitervermittlung von MigrantInnen durch Mittelamerika, Mexico bis in die USA ermöglichen.

Ganz nach den Wünschen der US-Regierung wird nun an den nicaraguanischen Grenzen verstärkt Jagd auf durchreisende MigrantInnen gemacht. In der nicaraguanischen Presse wird regelmäßig über Festnahmen von Menschen ohne gültige Papiere und über Prozesse gegen "Menschenschmuggler" berichtet. Die festgenommenen MigrantInnen werden in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Die meisten Durchreisenden allerdings schaffen den Grenzübertritt an einem der zahlreichen unbewachten Grenzübergänge im Norden Nicaraguas. "Wir haben nicht die Kapazitäten, die 76 Kilometer lange Grenze in Chinandega abzudecken, wo selbst die Natur Komplize derjenigen ist, die auf die andere Seite gelangen wollen und sich über die Grenzen lustig machen", so der dortige Polizeichef Donald Escampini.

Nicaragua braucht die Dollars der MigrantInnen

Escampini klagt, dass die Polizei über keine rechtlichen Möglichkeiten verfüge, gegen die MigrantInnen vorzugehen, die sich mit einem Tourisitenvisum im Land befinden. Zwar würden AusländerInnen mit heruntergekommenen, schmutzigem Aussehen und offensichtlichen Schlafmangel kontrolliert, aber "weil ihr Pass mit einer Einreisegenehmigung der Migrationsbehörden beschmiert" sei, müsse man sie mangels Beweisen wieder laufen lassen.

Sobald es um die Verhinderung der Migration von NicaraguanerInnen in die USA geht, befindet sich die nicaraguanische Regierung allerdings in einem Interessenskonflikt. Zwar hat sie durchaus Interesse daran, sich mit der US-Regierung gut zu stellen, andererseits kann sie es sich gar nicht leisten, die Migration in die USA ernsthaft zu verhindern. "Hauptexportgut sind Nicaraguaner" schrieb die Tageszeitung El Nuevo Diario am 3. Januar 2001. Nach einer Studie der Comisión Economica para America Latina y el Caribe halten sich 20% der NicaraguanerInnen im Ausland auf.

Die Haupteinkunftsquelle des Landes sind die Rücküberweisungen der ArbeitsmigrantInnen, die "remesas". Nach einer Studie des CINASE (Centro de Investigación y Asesoría Socioeconomica) machen die "remesas" bis zu 40% der Handelsbilanz Nicaraguas aus. Je nach Schätzung sind es zwischen 600 und 800 Millionen Dollar, die die nicaraguanischen ArbeitsmigrantInnen ihren Familien jährlich überweisen. 200-300 Millionen stammen von den NicaraguanerInnen, die in Costa Rica arbeiten, der Rest aus den USA. Auf diesen Zuwendungen basiert die relative wirtschaftliche Stabilität des Landes, da über sie ein gewisses Maß an Kaufkraft in der Bevölkerung gewährleistet wird. 22% der Bevölkerung erhalten finanzielle Zuwendungen von Familienmitgliedern aus dem Ausland.

Die "remesas" sind der "Rettungsanker für die nicaraguanischen Familien" schrieb La Prensa schon im August 2000. Bei einer Umfrage, die die Zeitung unter 931 NicaraguanerInnen in den USA durchführte, stellte sie fest, dass die größte Gruppe (35%) monatlich zwischen 100 und 250 Dollar nach Nicaragua überweist. 22%

überweisen weniger - zwischen 10 und 100 Dollar - , 16% zwischen 250 und 500 Dollar und 10% über 500 Dollar. Nur 15% der ArbeitsmigrantInnen schicken kein Geld nach Hause.

Für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung besteht also die Notwendigkeit, im Ausland Arbeit zu suchen. Dabei ist es für NicaraguanerInnen sehr viel einfacher, sich nicht auf den riskanten Weg in die USA zu machen, sondern in das wohlhabendere Nachbarland Costa Rica abzuwandern. Und das tun Hunderttausende. Inzwischen stammt jeder zehnte Einwohner Costa Ricas aus Nicaragua - fast ausschließlich ArbeitsmigrantInnen: nach einer Studie der Internationalen Organisation für Migration sind fast alle NicaraguanerInnen in Costa Rica zwischen 20 und 40 Jahre alt. Die costaricanische Wirtschaft ist tatsächlich ausgesprochen stabil und hat sich in der Lage gezeigt, die zusätzlichen Arbeitskräfte größtenteils zu integrieren. Die offizielle Arbeitslosenquote bewegt sich in den letzten Jahren stets zwischen fünf und sechs Prozent.

Die meisten NicaraguanerInnen reisen illegal über diverse Grenzposten nach Costa Rica ein, die nachts unbewacht sind. Im Land selbst werden die Kontrollen allerdings inzwischen verschärft. Von Januar bis Mai 2001 wurden über 26.000 NicaraguanerInnen, die sich ohne Papiere in Costa Rica aufhielten, abgeschoben. Nach Angaben des Vorsitzenden des costaricanischen Unternehmerverbandes, Douglas Esquivel, leben über 600.000 NicaraguanerInnen in Costa Rica, und über 70% von ihnen arbeiten in den Bereichen Landwirtschaft, Baugewerbe und Haushalt - Bereiche, die nach seinen Angaben 35% der Gesamtproduktion Costa Ricas ausmachen. "Die nicaraguanischen Arbeitskräfte kompensieren den Arbeitskräftemangel, den wir in manchen Bereichen haben", erläutert er. Die zunehmende Ablehnung der nicaraguanischen MigrantInnen, die in neueren Umfragen festgestellt wurde, würde er deshalb "nicht als Problem sehen". Jedoch ist eine Folge der massiven Aufnahme nicaraguanischer MigrantInnen in den costaricanischen Arbeitsmarkt, die dem Unternehmerverband sicherlich gelegen kommt, eine damit verbundene 10%-ige Senkung der Nominallöhne in den Bereichen Baugewerbe, Landwirtschaft und Hauswirtschaft, die Studien des Arbeitsministeriums belegen.

USA machen die Grenzen dicht

Trotz aller Ausbeutung, Hindernisse und Gefahren - in den kommenden Jahren wird die Migration aus Nicaragua weiter zunehmen. Gerade für junge Menschen ist die Alternative zur Migration oft nur die Arbeitslosigkeit. Damit der Arbeitsmarkt alle jungen Menschen aufnehmen kann, sobald sie das entsprechende Alter erreicht haben, müssten jedes Jahr 60.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies geschieht nicht. Ganz im Gegenteil: Die Situation der Beschäftigten insgesamt wird zusehends prekärer. Nur noch zwischen 16 und 17% der arbeitenden Bevölkerung werden durch die Sozialversicherung geschützt. Da es für die meisten EinsteigerInnen in den Arbeitsmarkt unmöglich ist, an eine formelle Anstellung zu kommen, versuchen viele über Saisonarbeit oder Verkaufstätigkeiten im informellen Sektor zu einem Einkommen zu gelangen. Oder eben durch Migration, die in vielen Gebieten bereits so alternativlos ist, dass sie als "Ritus zum Eintritt ins Erwachsenenleben" bezeichnet wird.

Dima Zito

Informationsbüro Nicaragua

4. Genua war nur der Anfang. Auf den Gipfel des Terrors folgen neue Massenmobilisierungen

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:15

Ein Toter, Hunderte von Verletzten, zahllose Festgenommene und Inhaftierte - das ist die Bilanz des G8-Gipfels von Genua. Anwälte hatten tagelang keinen Zugang zu Inhaftierten, ebenso erging es unabhängigen Ärzten, die Verletzte in Gefängnissen aufsuchen wollten. In Polizeifahrzeugen, Kasernen und Gefängnissen wurde systematisch gefoltert. Der 33-jährige Sozialarbeiter Marc L. aus Berlin, mit großen dunkelvioletten Flecken bedeckt, berichtet über Polizeiübergriffe in der zum Sammellager umfunktionierten Kaserne Bolzaneto: "So viel Gewalt habe ich mein ganzes Leben noch nicht gesehen. Die ziehen sich die schwarzen, gepolsterten Handschuhe an und hören eine Stunde lang nicht mehr auf zu schlagen."

Über Tage wurden die Inhaftierten geschlagen, Polizisten drückten ihre Zigaretten auf ihnen aus, brachen Gefangenen die Knochen und verweigerten medizinischen Beistand; einige Gefangene mussten bis zu 26 Stunden mit erhobenen Händen und dem Gesicht zur Wand stehen. Eine Frau mit einem gebrochenen Bein wurde mit Schlägen gezwungen weiter an der Wand zu stehen. In verschiedene Zellen wurde Tränengas geschossen, Frauen wurde mit Vergewaltigung gedroht, und auch Todesdrohungen wurden ausgesprochen.

Ein Großteil der Polizisten - gleich welcher Gattung - verhielt sich offen faschistisch, immer wieder den Arm zum Hitlergruß hebend; an den Wänden der Reviere hingen Mussolini-Bilder und Fotos der deutschen Wehrmacht. Von Dutzenden von Zeugen bestätigt ist auch das ständige Absingen eines Reims: "Uno, due, tre - evviva Pinochet! Quattro, cinque, sei - morte agli ebrei! Sette, otto, nove - il negretto non si commuove!" ("1,2,3 - es lebe Pinochet! 4,5,6 - Tod den Juden! 7,8, 9 - das Negerlein erzeugt kein Mitleid!")

Dennoch fand Innenminister Claudio Scajola (Forza Italia) an seiner Truppe nichts auszusetzen: "Die Sicherheitskräfte verhielten sich mit beispielhafter Würde und können nicht dem Spott preisgegeben werden." Auch für Silvio Berlusconi waren Gut und Böse klar abzugrenzen: "Ich will, dass den Bürgern und den Ordnungskräften eines klar ist: Ich bin auf ihrer Seite und nicht auf Seiten der Gewalttäter". Franco Frattini, Minister für Öffentliche Aufgaben, dem auch die Aufsicht über die Geheimdienste zukommt, blies ins gleiche Horn: "Ich möchte das für die Linke eines klar ist ... Sie muss sich entscheiden, auf welcher Seite sie steht. Auf Seiten derer, die auf der Straße mit Molotow-Cocktails werfen oder auf Seiten der Polizei."

Folter und systematische Misshandlungen

Vize-Premier Gianfranco Fini setzte in seiner Rede zum Misstrauensvotum gegen Scaloja noch eins drauf und stieß in alter faschistischer Manier Drohungen gegen die parlamentarische Opposition aus. Seiner Ansicht nach solle die nachfolgende Untersuchung vor allem die Verantwortlichkeiten des Genoa Social Forum und der mit ihm sympathisierenden Abgeordneten klären: "Möge Gott, dass aus den Untersuchungen und Kommissionen nicht deutlich wird, dass nicht nur außerparlamentarische Gruppen, sondern auch hier sitzende Abgeordnete für die geheime Absprache, den Schutz und die Deckung (der Gewalttäter) verantwortlich sind."

Die rechte Regierungsmehrheit lehnte nicht nur das von der Opposition beantragte Misstrauensvotum gegen Innenminister Claudio Scajola ab. Sie verhinderte auch die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Gebildet wurde eine 36köpfige Kommission aus Abgeordneten der zwei Kammern, deren Untersuchungsergebnis keinen bindenden Charakter hat. Die Kommission soll entsprechend der Sitzverteilung der Kammern - in denen der Rechtsblock der Regierung wegen des in Italien herrschenden Mehrheitswahlrechts eine erdrückende Mehrheit besitzt - zusammengesetzt sein und Ende September ihre Ergebnisse vorlegen.

Doch der innenpolitische wie der internationale Druck zwangen die Regierung schließlich zur Versetzung dreier ranghoher Polizeiführer. Das sind lediglich "Bauernopfer" - schließlich mussten ausgerechnet die Carabinieri bisher keine personellen oder juristischen Konsequenzen erleiden, und politische Verantwortung gibt es anscheinend auch nicht: "Fehler" seien nur bei der konkreten Ausführung gemacht worden. Abgesetzt wurden Arnaldo La Barbera, Chef der Antiterroreinheiten (Ucigos) aus Rom, Francesco Colucci, Polizeichef Genuas und Ansoino Andreassi, Vizechef der italienischen Polizei und Mitglied im Sicherheitsausschuss des

G8. La Barbera war bei dem Sturm auf die Diaz-Schule der höchste anwesende Beamte und Anführer der Einheiten; Colucci hatte die Aktion angeordnet und Andreassi war als Supervisor ebenfalls anwesend.

Die Staatsanwaltschaft Genua hat indes acht Ermittlungsverfahren eingeleitet. Diese betreffen die Briefbomben in Genua vor dem G8; die Tötung von Carlo Giuliani; die möglichen Straftaten in der Diaz-Schule; den Amtsmissbrauch und die Misshandlungen durch die dort eingesetzte Polizei; die Misshandlungen und Übergriffe der Polizei auf der Straße und im Lager Bolzaneto; die Gewalt und Zerstörungen durch Demonstranten; das verspätete oder unterlassene Eingreifen der Polizei bei angezeigten Gewalttaten; weitere mögliche Verfahren anhand des Beweismaterials.

Die staatstreue Linke in der Krise

Mittlerweile mehren sich die Anzeichen dafür, dass die Ausschreitungen in Genua politisch gewollt waren. Jenseits der Hysterie, die von der italienischen Presse und Teilen der moderaten Linken gegen den "Schwarzen Block" entfacht wurde, lässt sich feststellen, dass die Polizei vor allem solche Leute relativ ungestört agieren ließ, die Autos von Anwohnern anzündend und kleine Geschäfte plündernd fernab der Roten Zone durch die Stadt zogen - während sie alle anderen Protestierenden massiv angriff. Die Informationen über randalierende Zivilpolizisten verdichten sich ebenfalls. Es existieren mehrere Videoaufnahmen von vermummten und behelmten "Demonstranten" mit Eisenstangen, die aus Polizeikasernen heraus und in sie hinein laufen. Zeugen berichten davon, wie hinter einigen Containern in der Nähe des Polizeihauptquartiers Polizisten ihre Uniform gegen eine schwarze Kluft tauschten. Auch gab es einige Angriffe von Vermummten auf die Tute Bianche, die bisher nie Probleme miteinander hatten; noch nach Göteborg hatten die Tute Bianche sich gegen eine Verdammung des "Schwarzen Blocks" ausgesprochen.

Neonazis sollen sich ebenfalls an den Ausschreitungen beteiligt haben. Ein in Genua von verschiedenen Journalisten interviewter betrunkener britischer Nazi-Hool gibt an, von "italienischen Kameraden" eingeladen worden zu sein, denen die Polizei "freie Hand bei der Zerstörung der Stadt" zugesagt habe. Das Genoa social Forum (GSF) hat sogar rekonstruieren können, wie aus der Region Emilia-Romagna zwei Busse voller Nazis aus dem Umfeld von Forza Nuova nach Genua gekommen seien. Doch offizielle Stellen leugnen immer noch jegliche Beteiligung von Faschisten an den Auseinandersetzungen. Vielleicht weil ihnen tatsächlich Deckung zugesagt wurde?

Vom zivilen zum sozialen Ungehorsam

Von den Ereignissen um den G8 schwer geschüttelt ist auch das Mitte-Links-Bündnis Ulivo. Es hatte den Gipfel organisiert, im Vorfeld dann mit der neuen Regierung über die italienische Position auf dem Gipfel gekungelt - und wenige Tage vor dessen Beginn doch noch zur Demonstration aufgerufen. Nach dem Tod von Carlo Giuliani wurde wieder ein Rückzieher gemacht. Teile der Ulivo-Basis beteiligten sich dennoch weiter an den Demos. Schließlich beantragte das Bündnis mit reichlich Verspätung ein Misstrauensvotum gegen Innenminister Claudio Scajola, doch schon einige Tage später folgte bereits der erste Ansatz eines Kuhhandels. Oppositionsführer Luciano Violante blähte sich zunächst auf: "Die Regierung hat eine Woche Zeit, um eine parlamentarische Untersuchung in die Wege zu leiten, ansonsten mobilisieren wir auf der Straße". Doch schob er gleich hinterher: "Dafür sind wir aber auch bereit, den Misstrauensantrag gegen den Innenminister wieder zurück zu ziehen".

Das Gezerre innerhalb des Ulivo endete schließlich mit einem Punktsieg der Rücktrittsbefürworter. Im Parlament hielten sie flammende Reden für einen Rücktritt Scajolas und die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.

Doch eine kompromisslos oppositionelle Haltung haben bisher nur Rifondazione Comunista (RC) und die Grünen bezogen. Die Diskussionen in der Partei der Democratici di Sinistra (DS), dem ehemaligen PCI, die im Ulivo das größte Gewicht hat, gehen indes weiter. Eine "Riesenströmung" (correntone), zu der auch viele namhafte GewerkschafterInnen gehören, veröffentlichte im Vorfeld des Parteikongresses ein Grundsatzdokument, in dem eine "grundlegende Wende auf politischer, gesellschaftlicher und kultureller Ebene" gefordert wird. Die Partei müsse "klar aussprechen, wer unsere Bündnispartner und wer unsere Feinde sind". In dem Papier werden die DemonstrantInnen gegen den G8 ausdrücklich als das gesellschaftliche Spektrum genannt, auf das sich die DS beziehen müssten. Die neue Strömung konnte innerhalb der vergangenen Tage viel Zustimmung ernten.

Auch das Genoa Social Forum (GSF) wurde durch die starke Mobilisierung in Genua gestärkt. Am Dienstag nach dem G8 waren in ganz Italien erneut 300.000 Menschen auf den Straßen und protestierten gegen den Mord an Carlo Giuliani und die Polizeirepression. Mittlerweile verwandelte sich das GSF zum Italia Social Forum, ähnliche Bündnisse sollen nun auch auf lokaler Ebene ein nicht-institutionelles Forum schaffen.

Zunächst steht die Aufklärung der Ereignisse ganz oben auf der Tagesordnung. Ab Anfang September sollen inhaltliche und analytische Debatten geführt werden, und für Oktober und November sind wieder Massenmobilisierungen vorgesehen. In Erklärungen betont das GSF immer wieder es lasse sich nicht spalten. Auch die Tute Bianche sind nach einer kurzen Funkstille wieder in die Öffentlichkeit getreten und wenden sich ebenfalls gegen eine Spaltung der Bewegung und eine Verdammung des "Black Block". "Wir haben auch Barrikaden gebaut und Steine geworfen, nachdem wir stundenlang die Angriffe der Polizei erduldet haben, die Polizei wollte uns umbringen", sagte Luca Casarini, Sprecher der Tute Bianche, gegenüber der Presse. Die Phase des "zivilen Ungehorsams" sei nun vorbei, so Casarini weiter, es gehe nun um "sozialen Ungehorsam". Weiterhin betonte er, die Tute Bianche würden sich für weitere Konfrontationen etwas einfallen lassen, aber sicher nicht ungeschützt bleiben.

Währenddessen zeigt sich die italienische Regierung wegen des für September in Rom geplanten Kongresses der Welternährungsorganisation FAO schwer besorgt und erwägt, sie nach Afrika zu verlegen. Zugleich bahnt sich für den 26. und 27. September eine weitere große Auseinandersetzung an. An diesen Tagen wollen die NATO-Außenminister in Neapel zusammen kommen. Die Mobilisierung verspricht mehr DemonstrantInnen als am vergangenen 17. März, an dem in Neapel 30.000 Menschen gegen ein Treffen des Global Forum auf die Straße gingen und von der Polizei heftig attackiert wurden. Francesco Caruso, Sprecher des Netzwerkes Rete No global verkündet: "Diesmal werden wir nicht unvorbereitet sein wie auf der Piazza Municipio am 17. März, als die Ordnungskräfte Tausende zusammenschlugen. Sie können das Feuer eröffnen, wie sie es in Genua getan haben, aber das wird gegen unsere Entschlossenheit nicht reichen."

Der Herbst in Italien könnte heiß werden: Die Metaller der Gewerkschaft FIOM (die auch zum GSF gehören) wollen gegen die Tarifabschlüsse der rechten Gewerkschaften streiken und demonstrieren, und in den Schulen und Krankenhäusern beginnen Aktionen gegen die Privatisierung von Bildung und medizinischer Versorgung.

Dario Azzellini

5. Notwehr oder Mord?

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:23

Die offizielle Version ist frei von Zweifeln: Der Carabiniere Marco Placanica erschoss Carlo Giuliani in Notwehr, als dieser mit einer Gruppe von Demonstranten seinen Polizei-Jeep angriff. Zeugenaussagen und Fotos legen einen anderen Tathergang nahe. Der Corriere della Sera (31.7.) zitiert den Bericht eines Freundes von Carlo: "Auch ich habe mich beteiligt, Steine und andere Gegenstände auf den Jeep zu werfen. Aber niemand von uns hat versucht, den Carabiniere aus dem Wagen zu ziehen, wie dieser behauptet hat; es gab keinen Körperkontakt. Dann habe ich die gezogene Waffe gesehen und gehört, wie der Carabiniere schrie: ‚Bastarde, ich bringe euch um. Ich bringe euch um.`" Er habe dann den anderen zugerufen: "Lasst uns abhauen, der schießt!" und sei weggelaufen. Kurz darauf habe er drei Schüsse gehört. Fotos zeigen, dass der Feuerlöscher, den Carlo Giuliani trug, vorher aus dem Jeep geschleudert worden war. Dann standen sich Giuliani und Placanica gegenüber, der eine mit dem Feuerlöscher, der andere mit gezogener Waffe. Eine Notwehrsituation? Aber für wen? Dass der Carabiniere Carlo Giuliani töten wollte, ist offensichtlich: Nach den Schüssen setzte er seinen Jeep zurück und überfuhr den Sterbenden, dann legte er den ersten Gang ein und überfuhr ihn noch einmal. Dem Todesschützen sei nichts vorzuwerfen, befand Silvio Berlusconi. Vielmehr habe er sich einen Urlaub verdient. Wenig später folgte die Einladung zu einem Gratis-Urlaub vom Forza-Italia-Ortsverband Avellino. Eine weitere Provokation startete der neofaschistische "Sicherheitsexperte" Filippo Ascierto ("Alleanza Nazionale"): "Wäre jemand mit mehr Erfahrung an der Stelle jenes Carabiniere gewesen, hätte er mehr als einen umgelegt, denn juristisch war die Notwehrsituation ja gegeben."

6. Verhaftungen und Verurteilungen. Eine vorläufige Bilanz von Göteborg und Genua

Autor: nv · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Italien; Schweden; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:39

Seattle - Prag - Göteborg und Genua: Je stärker die Proteste der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung wurden, um so repressiver reagierten die jeweiligen Regierungen auf die unerwünschten "Störer" und "Chaoten".

Die als liberal geltende schwedische Polizei ging von Anfang an beim Göteborger Gipfel mit extremer Härte und Brutalität gegen die DemonstrantInnen vor. Bilanz dieser Prügelorgie: viele Knochenbrüche, Platzwunden und Verletzungen. Bei einer "Reclaim-the- streets-Party" wurden drei Menschen durch Schüsse der Polizei verletzt, einer davon lebensgefährlich. Der lebensbedrohlich Verletzte Hannes Westberg ist mittlerweile aus dem Krankenhaus entlassen, er hat durch die Schüsse eine Niere und seine Milz verloren. Insgesamt haben über 100 DemonstrantInnen Strafanzeige gegen die von PolizeibeamtInnen verübte Gewalt erstattet. Während die Ermittlungen gegen die PolizistInnen sich zwei Monate später immer noch im Vorstadium befinden, arbeitet die schwedische Justiz mit voller Kraft an der Verurteilung der DemonstrantInnen.

Dem Gothenburg Prisoner Info zufolge ist bereits gegen 29 DemonstrantInnen ein Verfahren eröffnet worden, zwölf Inhaftierte warten noch auf ihren Prozess, 19 Angeklagte sind bisher zu Haftstrafen verurteilt worden. Ein am Bein angeschossener Gymnasiast aus Bad Münstereifel erhielt bei einem ersten Prozess 14 Monate Haft. Er hatte zugegeben, einen Stein auf einen Polizisten geworfen zu haben. Ein weiterer Prozess gegen ihn wegen Unruhestiftung und Rädelsführerschaft, bei dem mehrjährige Haftstrafen möglich sind, steht noch aus. Ein 24-jähriger Schwede wurde wegen Sabotage zu 14 Monaten verurteilt. Sein Vergehen: Er soll während der Krawalle den Polizeifunk gestört haben.

Viele AktivistInnen wurden wegen "gewalttätigen Aufruhrs" schuldig gesprochen - ein äußerst dubioses Rechtskonstrukt. Ein Gewalttäter ist - so die schwedische Rechtsverdrehung - auch schon jemand, der sich in einer Gruppe aufhält, die Gewalt gegen Menschen und Sachen ausübt. Zu einer Verurteilung reicht also allein schon die Vermutung, dass der oder die Betroffene "mit Gewalt sympathisiert". Die Haftstrafen für diese "Gewalttäter in spe" reichen von acht Monaten bis zu vier Jahren sowie fünf- bis zehnjähriges Einreiseverbot nach Schweden. Die ungewöhnliche Härte der Urteile zeigt, dass sie vor allem eins bewirken sollen: Abschreckung. Bei aller Soliarbeit für die Eingeknasteten in Genua darf die Unterstützung der in Göteborg Inhaftierten nicht vergessen werden: Kontinuität statt Solidaritätshopping.

Spätestens seit Göteborg hat die Repression gegen DemonstrantInnen eine neue Qualität erreicht. Tendenz: Wer demonstriert und dabei erwischt wird, wird kriminalisiert. Dieses neue Demokratieverständnis bekommen auch derzeit die Gefangenen in Genua zu spüren. Von den ursprünglich 51 Inhaftierten befinden sich noch 17 im Knast. Die entlassenen und abgeschobenen Personen sind nicht freigesprochen, sondern befinden sich lediglich bis zu ihrer Hauptverhandlung in ca. einem Jahr auf freiem Fuß.

Bei den derzeit noch Inhaftierten handelt es sich um zwei Italiener und 15 Deutsche. Ihre Haftbeschwerde wurde mit der Begründung abgeschmettert, es lägen gravierende Indizien vor, die die Zugehörigkeit zum "Black Block" vermuten ließen. Um entsprechende Gesetze aus dem Antiterror- und Antimafiabereich auch auf die DemonstrantInnen anwenden zu können, bedient sich die italienische Justiz eines besonderen Konstrukts. Die Gefangenen werden der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung beschuldigt, dem sogenannten "Schwarzen Block". Diese "Organisation" wird als "politisch reife, nicht hierarchische, militante Gruppe" beschrieben, die in autonom agierenden Kleingruppen aktiv werde. Bei einer Verurteilung nach § 416 des italienischen Strafgesetzbuches (Bildung einer kriminellen Vereinigung) und § 419 (Zerstörung und Plünderung) drohen Haftstrafen von acht bis 15 Jahren. Die Prozesse werden voraussichtlich als reine Indizienprozesse geführt werden. Die PDS-Abgeordnete Heidi Lippmann besuchte am 16./17. August die in Genua Inhaftierten. Sie sprach dort u.a. mit der 10er Gruppe, die in ihren Campingmobilen verhaftet wurden. Laut Heidi Lippmann stützen sich die italienischen Ermittlungsbehörden auf folgende bei den Inhaftierten gefundenen und beschlagnahmten Indizien, die für die Verhandlung herangezogen werden sollen: Flugblätter und Infomaterial, eine Anzahl von Gegenständen, die als Waffen genutzt werden können (u.a. ein

Zimmermannshammer, Ketten, Dietriche, Brechstangen), Mittel zur medizinischen Selbstversorgung, schwarze Kleidungsstücke, Dosen und Flaschen mit Lackspray, einen Film mit 17 Fotos, die einige der Beschuldigten neben einem in Brand gesetzten Bankautomaten zeigen, Streichhölzer und Zigarettenfilter (angeblich zur Herstellung eines Molotows).

Die drakonischen Haftstrafen, die gegen die DemonstrantInnen in Göteborg verhängt wurden, und die derzeitigen Bemühungen der italienischen Justiz, die DemonstrantInnen auf Grund dubioser Indizien zu verurteilen, zeigen das ganze Ausmaß der Repression. An den Gefangenen soll - so stellt Lippmann abschließend in ihrem Reisebericht fest - "ein Exempel statuiert werden, dass zur Kriminalisierung und Spaltung der immer stärkeren Protestbewegung der Globalisierungskritiker dienen soll".

nv

Die Soli- und Antirepressionsarbeit kostet viel Geld. Hier einige der Spendenkonten, die für die Gefangenen von Göteborg und Genua eingerichtet worden sind:

Rote Hilfe e.V., Konto: 7189590600, Berliner Bank, BLZ 100 200 00,

Stichwort: Göteborg

S. Zehetmair, Konto: 09 05 629 104, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10,

Stichwort: Genua

Ruff e.V., Konto: 1813040318, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00,

Stichwort Genua 2001

Politisches Bewußtsein e.V., Konto: 10 40 40 100, Sparkasse Leverkusen, BLZ 375 51 440, Stichwort Genua-Gefangene

Weitere Infos: Ermittlungsausschuss Mailand/Genua: Tel./Fax: 0039-010-252549, E-Mail: eamilano@email.com.

7. Nach Göteborg und Genua. Weder Reisefreiheit noch Demonstrationsrecht in der EU?

Autor: Olaf Griebenow/Heiner Busch · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:10

Übermittlung ungesicherter Daten über "Risikogruppen", strenge Kontrollen im Inland und an den Grenzen, Ein- und Ausreiseverbote, vorbeugende Festnahmen - derartige Maßnahmen schienen im grenzenlosen Europa bisher nur für Fußball-Hooligans vorgesehen. Nun werden sie auch gegen internationale Demonstrationen genutzt.

Die Befürchtungen haben sich bestätigt. Bei zwei internationalen Demonstrationen - gegen den EU-Gipfel in Göteborg und gegen den G8-Gipfel in Genua - hat die Polizei gezielt auf Protestierende geschossen. In Genua wurde ein Demonstrant getötet. Hunderte wurden zum Teil schwer verletzt - bei den harten Polizeieinsätzen während der Demonstrationen selbst, aber auch bei der Räumung jener Schule, in der das Genua Social Forum untergebracht war. Die Eskalationsstrategie der italienischen Regierung, der die EU-Partner im Vorfeld heftig applaudiert haben, die krampfhafte Verteidigung demonstrationsfreier Zonen gegen die Grundrechte von Hunderttausenden hat ihre Wirkung getan.

Trotz der tragischen Ereignisse in Genua ist jedoch zu befürchten, dass nun erneut staatliche Repräsentanten auf den Plan treten, um weitere Maßnahmen gegen "reisende Gewalttäter" und "Polit-Hooligans" zu fordern. Damit wird nicht nur die Versammlungsfreiheit verletzt, die in den nationalen Verfassungen der EU-Staaten verankert ist und die neue Grundrechtecharta der EU ziert. In Frage gestellt ist vielmehr auch die Freizügigkeit, die eine der tragenden Säulen der Unionsbürgerschaft und des Binnenmarktes darstellt.

Dass solche Angriffe auf die Grundrechte nicht bei einer medialen Schaumschlägerei bleiben, sondern in konkrete Planungen münden bzw. sich auf schon verabschiedete Maßnahmen stützen, wurde bereits nach dem Göteborger Gipfel vorgeführt.

Spezialisten der Strafverfolgung

Vom 18. bis 20. Juni fand in Stockholm eine Tagung des Europäischen Justiziellen Netzes (EJN) statt. (1) In diesem Rahmen organisierte die schwedische Präsidentschaft ein Treffen von 25 spezialisierten StaatsanwältInnen, an dem auch Vertreter von Pro-Eurojust teilnahmen. Ein Göteborger Staatsanwalt berichtete dabei, dass rund 400 Personen im Vorfeld des Gipfels verhaftet worden waren, aber auf Grund schwedischen Rechts bereits nach zwölf Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt werden mussten. Weil Schweden kein Vermummungsverbot kenne, sei die Identifizierung von 400 Straftätern ein Problem. Die gute Verschlüsselung habe es nicht zugelassen, die E-Mail-Kommunikation bestimmter Gruppen zu knacken. Man habe ein Kommandozentrum von zwölf Personen entdeckt. Möglicherweise, so hieß es in der anschließenden Diskussion, stünden kriminelle Organisationen hinter den Ausschreitungen. Es gäbe auch "einige Aspekte, die auf Terrorismus hindeuten".

In der Runde der "spezialisierten" Staatsanwälte blieb es nicht bei Vorschlägen eines besseren Erfahrungsaustausches. Gefordert wurden u.a. vorbereitete Rechtshilfeersuchen, wie es sie bei der Fußball-Europameisterschaft 2000 gab, die Bildung eines speziellen Netzes innerhalb des EJN, eine Zuständigkeit von Eurojust und von Europol, das dann im Vorfeld solcher Tagungen entsprechende Analysen erstellen könnte. Bilder der nicht identifizierten Personen seien via Internet auszutauschen.

Der Ad-hoc-Tagung der EU-Innen- und Justizminister am 4. Juli lag nicht nur der Bericht des EJN-Treffens, sondern auch ein Vorschlag des deutschen Bundesinnenministers vor, der die Errichtung einer EU-weiten Datei über "Polit-Hooligans" gefordert hatte. Dieses Ansinnen lehnte der Rat zwar vorerst ab. Die "Schlussfolgerungen" zeigen allerdings, dass der Rat von den deutschen Erwägungen nicht weit entfernt ist. (2) So soll u.a. geprüft werden, ob bei der Überarbeitung der Europol-Konvention gegebenenfalls eine entsprechende Zuständigkeit des Amtes einzuführen wäre. Damit würde Europol notwendigerweise zum Zentrum der einschlägigen Datensammelei auf europäischer Ebene. Angesichts der Tatsache, dass die Europol-Konvention eine Speicherung von Daten schon weit unterhalb der Ebene des konkreten Verdachts erlaubt, wäre die vom Bundesinnenminister geforderte Datei der "Polit-Hooligans" spätestens dann perfekt.

Auf fruchtbaren Boden fielen bei den Ministern auch die Vorschläge der EJN-Staatsanwälte. Im Vorfeld von Großereignissen sollen bei den Justizbehörden der Mitgliedstaaten rund um die Uhr besetzte Stellen für die umgehende Bearbeitung von Rechtshilfeersuchen eingerichtet werden. Direkte Kontakte zwischen den Strafverfolgungsbehörden könnten über das EJN organisiert werden.

Die Überlegungen der Minister

Darüber hinaus erinnern die Minister an die Möglichkeiten der unaufgeforderten Weitergabe von Daten gemäß Art. 46 des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) und einer gemeinsamen Maßnahme von 1997. Diese entspricht im Wesentlichen einem erstmals 1996 aufgelegten und 1997 revidierten Schengener Leitfaden. (3) Beide Dokumente fassen die Methoden zusammen, die seit der Fußball-EM 1988 in München bei sportlichen Großveranstaltungen angewandt werden: Sammlung, Analyse und Austausch von Informationen durch nationale Kontaktpunkte, Entsendung von Verbindungsbeamten vor Ort, Rückgriff auf Polizeibeamte aus den verschiedenen Staaten, die - wie der Rat in seinen aktuellen Schlussfolgerungen wiederholt - "in der Lage sind, Gruppen zu identifizieren, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen könnten". Welche Daten zu übermitteln sind, geht aus der Check-Liste im Anhang des Schengener Leitfadens hervor: Größe, Art und Zusammensetzung einer Gruppe, "Triebfedern, Gewalttätigkeit, potenzielle Ausschreitungen, Orte und Zeiten der Versammlungen, Routen und Zwischenhalte, Beförderungsmittel". Störer sollen gegebenenfalls ausgewiesen und in ihr Heimatland zurückgeschafft werden.

Auch das Instrumentarium an den Grenzen, genauer gesagt an den Binnengrenzen der Union, ist bereits bekannt: Die Kontrollen, die im Normalfall nach Art. 2 Abs. 1 SDÜ abgeschafft sein sollen, werden gestützt auf Abs. 2 wieder eingeführt. "Im Bedarfsfall" soll das außer Kraft gesetzte Gemeinschaftsrecht durch eine neue Gemeinsamkeit ersetzt werden: Kontrollen und "präventive Streifen" könnten die angrenzenden Staaten zusammen oder koordiniert durchführen. "Alle in den Mitgliedstaaten existierenden rechtlichen Möglichkeiten (sind zu nutzen), um Personen, die notorisch für Störungen der öffentlichen Ordnung bekannt sind, an der Einreise in das Land zu hindern", in dem das politische Großereignis stattfindet.

Die deutschen Behörden haben diese Möglichkeit offensichtlich rege genutzt. Für mehrere Hundert Menschen dürfte die Fahrt nach Genua schon an Kontrollstellen innerhalb Deutschlands oder an der deutschen Grenze geendet haben. Die genaue Zahl der Personen, die der Bundesgrenzschutz aus den "gefilzten" Bussen herausholte, ist nicht bekannt. Bei diesem Vorgehen stützte man sich u.a. auf die Daten der Datei "linksextremistische Gewalttäter" des BKA, in der selbst Personen gespeichert sind, deren einziges Vergehen darin bestanden hat, dass die Polizei ihre Personalien im Zusammenhang mit einer Demonstration feststellte.

Ausreiseverbote haufenweise ...

Viele andere sollten erst gar nicht in den Bus oder Zug einsteigen. Gegen sie hatte die Polizei Meldeauflagen und Ausreiseverbote gemäß dem im vergangenen Jahr geänderten Passgesetz verhängt. Die neue Regelung in §7 Abs. 2 war knapp vor der Fußball-Europameisterschaft verabschiedet worden und sollte Ausschreitungen deutscher Fans wie zwei Jahre zuvor bei der Weltmeisterschaft in Frankreich verhindern. In der Begründung des Gesetzentwurfs hatte es damals geheißen, es müssten "Tatsachen vorliegen, die auf die Gefährlichkeit des Betroffenen schließen lassen, und auf Grund derer damit zu rechnen ist, dass er bei dem bevorstehenden Anlass erneut gewalttätig wird. Der Betroffene muss als gewaltbereiter Hooligan bekannt sein und in jüngerer Zeit, d.h. innerhalb der letzten zwölf Monate im Zusammenhang mit Gewalttaten oder als Teilnehmer von gewalttätigen Ausschreitungen aufgefallen sein." (4) Von dieser ursprünglich auf Fußball-Hooligans gemünzten Maßnahme hat allein Berlin in mindestens 16 Fällen Gebrauch gemacht. (taz, 28.7.01) Die Berliner Zeitung meldete am 18. Juli, Brandenburg habe bis dahin vier Personen die Reise nach Genua untersagt. Wie häufig die anderen Bundesländer solche Auflagen verhängten, ist nicht bekannt.

Begründet wurden die Auflagen standardmäßig durch eine polizeiliche Wertung: "Nach Erkenntnissen der Berliner Polizei gehören Sie zu Personen, die der gewaltbereiten linksextremistischen Szene zuzuordnen sind." Danach folgt eine Aufzählung vermeintlicher Gesetzesverstöße, die in einem der Fälle mit zwei Verurteilungen aus dem Jahre 1993 beginnt. Für die Folgezeit werden dem Betroffenen noch drei Sachbeschädigungen, drei Hausfriedensbrüche, ein Landfriedensbruch sowie die Beteiligung an der Demonstration in Göteborg vorgeworfen.

... und wie sie gerechtfertigt werden

Nicht erwähnt wurde, dass die Verfahren wegen der Sachbeschädigungen ohne strafrechtliche Konsequenzen eingestellt wurden, dass im Verfahren um den Landfriedensbruch nicht einmal Ermittlungen aufgenommen worden waren, dass in einem Fall des Hausfriedensbruchs ein Freispruch erfolgte und auch die beiden anderen Fällen nach Zahlung geringer Geldbußen eingestellt wurden. Zu einer Demonstrationsteilnahme in Göteborg kam der Betroffene gar nicht erst, da ihn die Schwedischen Sicherheitsbehörden, gestützt auf Informationen ihrer deutschen Partner, schon bei der Anreise festnahmen und nach einem Tag Haft nach Deutschland abschoben. Die einzigen gerichtlich bestätigten Vorwürfe von einigem Gewicht liegen damit acht Jahre zurück. In den letzten zwölf Monaten, von denen in der Begründung der Passgesetzänderung die Rede war, liegt nur eine polizeiliche Aktion gegen den Betroffenen vor, aber keine Handlung, die ihm selber anzulasten wäre. Dennoch blieben die Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz und der damit verbundenen Aussetzung der Meldeauflagen bis zur gerichtlichen Klärung erfolglos. (5)

Auf die vom Anwalt des Betroffenen dargelegte Fehlerhaftigkeit der polizeilichen Angaben sind die Gerichte nicht eingegangen. Sie bejahten vielmehr einen Restverdacht, der im Hinblick auf das öffentliche Interesse zum Schutz vor Straftaten genüge. O-Ton Verwaltungsgericht: "Selbst wenn er indes bislang an den übrigen Veranstaltungen nicht in strafbarer Weise beteiligt gewesen sein sollte, lässt dies für sich genommen nicht den Schluss zu, seine Teilnahme an gewalttätigen Auseinandersetzungen in Genua komme von vornherein nicht in Betracht ... Gemessen an der Mobilisierung und der bereits jetzt festzustellenden hohen Gewaltbereitschaft in Bezug auf dieses Ereignis muss an die zu stellende Prognose keine allzu hohe Anforderung gestellt werden ... eine bei offenen Erfolgsaussichten der Hauptsache im Eilverfahren erforderliche Interessenabwägung (führt) zu dem Ergebnis, ... dass das öffentliche Interesse an der Verhütung künftiger Straftaten das Interesse des Antragstellers überwiegt. Für den Antragsteller stellt es nämlich lediglich eine Unannehmlichkeit dar, wenn er sich für einen kurzen Zeitraum täglich bei der Polizei melden muss." Mit keinem Wort wurden die Grundrechte aus Artikel 8 (Versammlungsfreiheit), Artikel 11 (Freizügigkeit) und Artikel 2 (Allgemeine Handlungsfreiheit) des Grundgesetzes erwähnt. (6)

Das Oberverwaltungsgericht nimmt in einem anderem Fall zwar Bezug auf die Grundrechte, hat aber "keine ernstlichen Zweifel an der Richtigkeit des erstinstanzlichen Beschlusses, da das öffentliche Interesse überwiegt." Denn "da er (der Antragsteller) über einen längeren Zeitraum wiederholt mit schwerwiegenden Vorwürfen konfrontiert war, kann dem Umstand, dass es bislang nicht zu einer Verurteilung gekommen ist, im Rahmen der Interessenabwägung kein entscheidendes Gewicht beigemessen werden." (7) Hierin liegt eine klare Verkennung der grundgesetzlich geschützten Rechtspositionen.

Die Reiseverbote auf Grundlage von §7 Abs.2 Passgesetz wurden vom Landeseinwohneramt erteilt. Ein Stempel in den Pass untersagt die Ausreise in bestimmte Länder. Verstöße können mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe geahndet werden. Mit welcher Willkür und Gedankenlosigkeit die Grundrechte der EmpfängerInnen eingeschränkt wurden, lässt sich besonders deutlich an der Begründung ablesen - ein Beispiel: "Nach Erkenntnissen der Berliner Polizei sind Sie in der Vergangenheit mehrfach durch gewalttätiges Verhalten auffällig geworden und gehören somit zum Kreis der Globalisierungsgegner."

"Es gibt kein Grundrecht auf Ausreise." So hatte sich der neue Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) in der Öffentlichkeit vernehmen lassen. (taz Berlin, 28.7.2001) Bedenklich ist diese Aussage nicht nur vor dem historischen Hintergrund der Mauer zwischen den Stadthälften, sondern auch angesichts der innerhalb der EU für EU-BürgerInnen geltenden Freizügigkeit.

EU-Freizügigkeit am Ende?

Art. 18 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) bestimmt, dass UnionsbürgerInnen das Recht haben, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten - vorbehaltlich der Bestimmungen des Vertrags selbst und etwaiger Durchführungsvorschriften. Jedoch kennt weder der Vertrag noch das sekundäre Gemeinschaftsrecht einschränkende Regelungen, die sich im Verhältnis der Mitgliedstaaten zur ihren eigenen Staatsangehörigen auswirken. Die Mitgliedstaaten werden sich auch kaum auf einen allgemeinen Grundsatz des Ordre public berufen können, um Ausreiseverbote oder Abschiebungen von EU-Staatsangehörigen zu rechtfertigen. Denn ein solcher ungeschriebener Grundsatz des Gemeinschaftsrechts würde die Verbindlichkeit der vertraglichen Pflichten und deren einheitliche Anwendung beeinträchtigen. Diese juristische Frage muss vor dem Luxemburger Gerichtshof ausgetestet werden.

Politisch besteht dagegen kein Zweifel: "Der reale Zustand der Demokratie in Europa lässt sich besser ablesen am Umgang mit den Gegnern der eigenen Politik als an den Inhalten feierlich verkündeter Grundrechtskataloge", heißt es in der Resolution der Europäischen Demokratischen Anwälte (EDA) zu den Ereignissen in Göteborg. Wenn die EU ein Raum ohne Binnengrenzen sein will, dann darf diese Grenzenlosigkeit nicht nur für Kapital, Waren und Dienstleistungen gelten, sondern muss auch für Personen und ihre Versammlungsfreiheit Bestand haben.

Olaf Griebenow/Heiner Busch

Olaf Griebenow ist Sprecher der "AG Gegen Polizeigewalt". Heiner Busch ist Redakteur der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP. Bei dem Artikel handelt es sich um einen Nachdruck aus Bürgerrechte & Polizei/CILIP Nr. 69 (2/2001).

Anmerkungen:

1) Ratsdok. 10525/01 Copen 34/Enfopol 70, 3.7.2001

2) Projet de conclusions, Ratsdok. 10731/1/01, 11.7.2001

3) Gemeinsame Maßnahme betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit 97/339/JI, 26.5.1997, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1997, Nr. L 147, S. 1f., Leitfaden zur polizeilichen Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung SCH (97) 36, 4. Rev., 11.6.1997

4) BT-Drs. 14/2726, 18.2.2000, S. 6

5) Verwaltungsgericht Berlin, Beschluss vom 16.7.2001 (Az.: 1 A 233.01); Beschluss vom 17.7.2001 (Az.: 1 A 235.01)

6) Verwaltungsgericht Berlin, Beschluss vom 17.7.2001 (Az.: 1 A 235.01)

7) Oberverwaltungsgericht Berlin, Beschluss vom 18.7.2001 (Az.: 1 SN 61.01)

8. Nicht immer die Freiheit der Wahl. Kritische Anmerkungen zur Gewaltdebatte nach Göteborg und Genua.

Kritische Anmerkungen zur aktuellen Gewaltdebatte

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Diskussion; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:36

Dass wir die Polizeigewalt verurteilten, die mit dem Mord an Carlo Giuliani nicht angefangen hatte und mit dem Überfall auf Indymedia und die gegenüberliegende Schule noch längst nicht vorbei war, das konnten fast alle bürgerlichen JournalistInnen ja noch verstehen. Pflichtübung, Ritual, war ja auch schlimm. Geschenkt.

Aber was hält denn attac davon, dass DemonstrantInnen plündernd und zerstörend durch Genua zogen, nur an Randale und der Höhe des Schadens, kein bisschen an Politik interessiert? Nichts. Natürlich würde ich nichts von solchen Aktionen halten - wenn sie denn so stattgefunden hätten.

Gewiss gab es in Genua neben Polizeiprovokateuren auch andere, die nur mal einfach Lust hatten, etwas kaputt zu machen. Selbstverständlich war andererseits ein beträchtlicher Teil des militanten Verhaltens der Polizeirandale geschuldet. Aber von all dem abgesehen, gab es Militanz in Genua. Und da endet die einfache Weltsicht nach dem Motto, hier die Verantwortlichen, Gewaltfreien, Politischen, dort die Hohlköpfe, Desperados, Hooligans.

Der Koordinierungskreis von attac in der BRD hatte sich schon nach den Polizeischüssen von Göteborg um eine differenziertere Sicht bemüht. Dabei war seine Erklärung (3.7.2001) ein vorsichtiger Kompromiss verschiedener Sichtweisen. Attac lehnt Gewalt als Mittel seiner Politik ab, distanziert sich aber nicht von denen, die das anders sehen. Vielmehr wird eine Verständigung auf den genauen Charakter einer jeden geplanten Aktion zur Bedingung bündnispolitischer Einigung gemacht und die Einhaltung solcher Übereinkünfte gefordert.

In einem taz-Kommentar vom 16.7.2001 legte Peter Wahl - mit mir Autor der attac-Erklärung - seine Interpretation dar: Militanz sei die Scheidelinie zwischen der "große(n) Mehrzahl derjenigen, die eine andere Form des Internationalismus wollen als den der neoliberalen Globalisierung", und "jene(n) Protestierer(n), die Gewalt oder eine staatliche Gewalt provozierende Militanz in ihr politisches Kalkül einbeziehen". Diesen wirft er vor, im Zusammenspiel mit dem Staat zu Gunsten des Gewaltthemas "alles Inhaltliche marginalisieren".

Hier wird nicht nur, anders als in der attac-Erklärung, das Verhältnis von Gewalt und Gegengewalt auf den Kopf gestellt, sondern auch die Dialektik von Form und Inhalt völlig verkannt - selbst in Zeitungen wie der taz, dem Neuen Deutschland und der Frankfurter Rundschau wurde darauf hingewiesen, dass es sehr wohl einen direkten Zusammenhang zwischen Gewalt und kritischer Berichterstattung gibt. Es handelt sich um eine außerordentlich unhistorische und auch völlig unpolitische Betrachtungsweise, zu sagen, Gewalt habe sozialen Bewegungen immer geschadet.

Vielmehr ist es so, dass geschichtlich gesehen Gewalt soziale Bewegungen einer gewissen Relevanz immer begleitet hat, und zwar in allen ihren Formen: destruktiven wie wohl überlegten, begrenzten und nützlichen. Eine Gesellschaft wie die unsrige bringt - auch destruktive - Gewalt notwendig hervor. Das heißt nicht, dass es unvermeidlich ist, dass genau dieser Schüler Amok läuft oder genau jene Jugendlichen Fußball-Hooligans werden. Aber würden gar keine Individuen mehr gewaltsam auf diese gewalttätige Gesellschaft reagieren, könnte man nur noch ihren endgültigen sozialen und moralischen Tod konstatieren. Alle, die sich gegen die Verhältnisse hier wehren, tun damit etwas Richtiges, von dem sich niemand distanzieren kann, der/die tatsächlich die herrschenden Verhältnisse in all ihrer mörderischen Wirklichkeit verändern will.

Nicht die Frage der Mittel entscheidet, wer PartnerInnen sind, sondern die Frage, wer und was bekämpft wird. Da sind bei vielen "gewaltfreien" NGOlerInnen durchaus Zweifel angebracht. Jegliche Thematisierung der Gewaltfrage in abstrakter Allgemeinheit kann also nur damit beantwortet werden, dass die Militanten wie die Militanz zu uns gehören. Es stellt sich nicht die Frage nach der prinzipiellen Berechtigung der Gewalt. Das

wäre so sinnlos wie die Frage nach der Berechtigung schlechten Wetters - beides ist einfach da, solange die Voraussetzungen dafür da sind.

Etwas anderes ist es, ob im konkreten Fall Militanz das angebrachte politische Mittel ist. Da habe ich meistens meine Zweifel. Und ich habe sie systematisch, wenn Militanz aus der Situation, aus Wut, aus Frust entsteht, die Folgen nicht bedenkt, nicht von vorneherein einen Ausweg eingebaut hat, in der Niederlage endet.

Nicht nur Zweifel habe ich, sondern bin sicher über den schädlichen Charakter von Militanz, wenn sie von kleinen Avantgarden stellvertretend angewandt wird oder sich keine Rechenschaft darüber abgegeben hat, dass sie Gewalt vermindernd wirken muss: "Jeder echte Revolutionär", sagte uns 1974 Ernesto Cardenal, der damalige Sprecher der Sandinistischen Befreiungsfront aus Nicaragua und spätere Kulturminister seines Landes, "lehnt Gewalt ab. Aber man hat nicht immer die Freiheit zu wählen".

Deshalb ist es meistens kein Problem, sich über den Charakter von Aktionen zu einigen. Aber das verlangt, dass Absprachen und Kritik konkret auf den Fall bezogen sind und nicht generalisiert werden. Ein abstraktes Bekenntnis zu Militanz oder Gewaltfreiheit übersieht nebenbei die Vielzahl von real existierenden Vorstellungen davon, was Militanz, was Gewalt, was legitime Gegenwehr, was Gewaltfreiheit überhaupt ist oder sein soll.

In der jüngsten Geschichte sozialer Bewegungen in der BRD stehen die Anti-AKW-Bewegung der 70er und die Friedensbewegung der 80er Jahre für zwei völlig unterschiedliche Umgehensweisen mit der Militanz - und für so gegensätzliche Erfolgsbilanzen, wie sie kaum gegensätzlicher sein könnten: Die Anti-AKW-Bewegung hatte bewusst darauf gesetzt, dass unterschiedliche Aktionsformen, auch militante, möglich und akzeptiert sind, auch wenn nicht alle sie anwenden. Sie tut das heute noch und war ausgesprochen erfolgreich damit, auch wenn die Bauplätze nur selten (Wackersdorf, immerhin) zur Wiese wurden. Das Atomprogramm wurde erst mal angehalten, weitere AKWs nicht gebaut, stabile, bis heute tragende Mehrheiten gegen Atomenergie aufgebaut.

Die Friedensbewegung hatte in ihrer von SPD/DKP bestimmten Mehrheitsströmung auf geradezu penibelste Weise aller Militanz abgeschworen. Wenn man aber gleichzeitig behauptet, die Herrschenden würden den atomaren Weltuntergang planen oder zumindest wissentlich in Kauf nehmen, ist man völlig unglaubwürdig, wenn man lediglich zu eben diesen Herrschenden "bitte, bitte" sagt. Und innerhalb eines Jahrzehnts war Deutschland kriegsfähig. Diese komplette Niederlage der Friedensbewegung ist nicht nur, aber auch auf dem Mist der Gewaltfreiheit gewachsen: Volksfeste sind eben auch dann keine Politik, wenn ihre Organisatoren das vorgeben.

Eine abstrakte Gewaltdebatte, die Distanzierung, Abgrenzung, meist auch Denunziation fordert, kann nur im Interesse derer sein, die die gewalttätigen Verhältnisse nicht ins Blickfeld rücken lassen wollen. Lassen wir uns darauf nicht ein - bei aller notwendigen Kritik an Aktionsformen, die so leicht von Provokateuren, Durchgedrehten, wem auch immer enteignet werden können.

Werner Raetz,

attac-Koordinierungskreis BRD

Die attac-Erklärung und der taz-Kommentar sind zu finden auf der attac-homepage unter www.attac-netzwerk.de.

9. Globalisierungskritik, Genua, Gewalt. Positionspapier des Arbeitsschwerpunkts "Weltwirtschaft" des BUKO

Positionspapier vom Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Autor: BUKO · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:11

Die Ereignisse von Genua haben viele Facetten. Im Vordergrund steht die massive staatliche Gewalt. Ein Toter, hunderte von (Schwer-)Verletzten und vermutlich viele lang anhaltende Traumatisierungen sind die deprimierenden Folgen dieser Gewalt. Darüber sollte aber nicht die Mobilisierung von 200-300.000 Menschen (ZDF und n-tv berichteten dagegen nur von 50-60.000 DemonstrantInnen) vergessen werden. Diese Mobilisierung ist erst einmal als Erfolg zu bewerten. Sie zeigt, dass die uneingeschränkte Hegemonie der neoliberalen Globalisierung zumindest angekratzt ist.

Diese neoliberale Globalisierung ist ein widersprüchlicher sozialer Prozess, der äußerst gewaltförmig verläuft, vor allem in Ländern der sogenannten Dritten Welt. Dies wurde und wird hier nur von einer verschwindend geringen Minderheit wahrgenommen und kritisiert. Die Gewalt nimmt dabei unterschiedliche Formen an. Seit wenigen Monaten äußert sie sich auch hier (EU-Länder) zunehmend in Gestalt massiver physischer Repression gegenüber den KritikerInnen der neoliberalen Globalisierung. Die - so ist zu befürchten - vorläufigen Höhepunkte dieser Entwicklung sind die Todesschüsse, die Prügelorgien und die auf den Polizeiwachen die Schwelle zur Folter erreichenden Praktiken der "Sicherheitskräfte" in Genua. Ihnen voraus gingen bis dahin unbekannte Versuche zur Kriminalisierung und Einschüchterung der sogenannten Globalisierungsgegner. Angefangen von aberwitzigen, aber nichtsdestotrotz durch "seriöse" Medien verbreiteten Unterstellungen (Stichwort: Attentate mit aidsverseuchten Blutkonserven) über das zeitweilige Außerkraftsetzen der Reisefreiheit bis hin zur öffentlichkeitswirksamen Bereitstellung von 200 Leichensäcken. Der Hass und die bewusst durchgeführten, brutalen Prügeleien seitens der Polizei haben eine Dimension erreicht, die bisher unvorstellbar war und auch in keiner Weise mit dem Agieren des sogenannten Schwarzen Blocks und anderer Militanter erklärt werden kann. Einige sprechen von Polizeistaat und Staatsterrorismus, andere von protofaschistischen Elementen, wieder andere denken an Chile. Für viele wird sich Genua mit traumatischen Erfahrungen, mit purer Angst, Panik und Hilflosigkeit verbinden. Noch fehlt uns die passende Sprache, um diese Ereignisse angemessen zu beschreiben.

Wir sehen in den Ereignissen von Genua eine neue Qualität des staatlichen und medialen Umgangs mit den Widersprüchen neoliberaler Globalisierung. Dabei sind wir uns der langen Geschichte der Unterdrückung linker Bewegungen vor allem in den 70er Jahren bewusst. Wir sehen aber auch neue Herausforderungen für die internationale Protestbewegung. Im Folgenden wollen wir auf beide Aspekte eingehen, indem wir uns - ausgehend von Genua - mit der Frage staatlicher Gewalt, der Rolle von Militanz und den Perspektiven des internationalen Protestes beschäftigen.

1. Internationaler Protest und staatliche Gewalt

Noch in den 90er Jahren hatten sich staatliche AkteurInnen darauf konzentriert, dem damals vor allem in Gestalt von professionalisierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) daher kommenden Protest gegen die "Auswüchse" neoliberaler Globalisierung dadurch zu begegnen, dass sie den NGOs auf dem Nebenschauplatz der UN-Konferenzen begrenzte Mitspracherechte einräumten. Mit dieser "Offensive des Lächelns", einer Strategie der Kooption und Einbindung, hatten die staatlichen AkteurInnen großen Erfolg. Viele Lobby- und NGO-VertreterInnen sahen in diesen Dialogangeboten auch einen Beweis ihrer Stärke. Sie produzierten Expertisen, bewegten sich professionell auf dem diplomatischen Parkett und vertrauten auf die Macht des besseren Arguments. Mit Seattle änderte sich die Situation. Die massiven Proteste auf der Straße unterstrichen, dass es mit der "Offensive des Lächelns" allein nicht mehr getan ist.

Anders ausgedrückt: Nachdem sich ein relevanter Teil der KritikerInnen neoliberaler Globalisierung nicht länger an den herrschenden Politikformen und -inhalten orientiert, sondern diese selbst in Frage stellt und mit

den symbolischen Angriffen auf G-8, IWF oder WTO die Legitimation dieser Institutionen erfolgreich angekratzt hat, wird verstärkt die repressive Karte gespielt. Zwei Ziele werden damit verfolgt: Zum einen soll die sich heraus bildende internationale Protestbewegung in der Öffentlichkeit delegitimiert werden. Dies zeigt sich in Kommentaren, die den "Globalisierungsgegnern" bescheinigen, in Genua "keine zusätzliche Legitimität gewonnen (zu haben), die sie auch nur entfernt in die Nähe der gewählten Repräsentanten alter Demokratien rückte" (FAZ, 23.07.01); dies zeigt sich des Weiteren in der Rede von "Krawallmachern" und "Polit-Hooligans", die sich durch die Mainstream-Medien zieht; und dies zeigt sich schließlich in der Diskreditierung und Kriminalisierung der Bewegung seitens der staatlichen Gewaltapparate. Zum anderen wird versucht, die Heterogenität und Widersprüchlichkeit der Protestbewegung zu nutzen, um sie zu spalten. Aufforderungen zur Distanzierung von den Gewalttaten des sogenannten Schwarzen Blocks gehen hier einher mit Vereinnahmungsbemühungen gegenüber gemäßigten Organisationen und den meisten Intellektuellen. Angesichts der nicht länger zu verschleiernden, bislang jedoch vor allem symbolischen Erfolge der Bewegung ist in naher Zukunft mit verstärkten Kooptionsoffensiven zu rechnen. Diese werden sich vor allem an die Teile der Bewegung richten, die man vielleicht als "außerparlamentarische internationale Sozialdemokratie" inklusive ihrer grünen und kirchlichen Strömungen bezeichnen kann. Diese besetzen die Politikfelder, die in Deutschland mit der neoliberalen Wende von Rot-Grün aufgegeben wurden. Für andere Länder gilt ähnliches. Typisch für diese Teile der Bewegung ist die Hoffnung auf den Staat als Moderator des Globalisierungsprozesses. Diese relative Staatsnähe macht sie anfällig für Vereinnahmungs- und Spaltungsversuche seitens der staatlichen Apparate. Sehr wahrscheinlich ist, dass nur noch diejenigen Organisationen finanzielle Zuwendungen erhalten, die sich von radikaleren Aktionsformen unmissverständlich distanzieren.

Ob dieses staatliche und mediale Vorgehen erfolgreich sein wird, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Jedoch sind u. E. mindestens zwei Entwicklungen vorstellbar. Erstens: Die Polizeistaatsmethoden fallen auf ihre Urheber zurück. Bis in die konservative Presse wird eingestanden, dass die Polizei den Bogen überspannt hat. Wenn eine relevante und zunehmend artikulationsfähige Minderheit mittels Wasserwerfer, Tränengas und Prügelorgien von den Segnungen des Freihandels überzeugt werden soll, dann findet das vielleicht die Zustimmung der FAZ. Liberalere Medien geraten dadurch in ein Dilemma, das sich auf die Formel "Für Freihandel oder für Bürgerrechte" bringen lässt und entscheiden sich u.U. für letztere. Auch die im Zuge von Göteborg scheinbar noch erfolgreichen Versuche zur Spaltung der Protestbewegung könnten mit Genua einen Rückschlag erlitten haben. Denn die an die gemäßigteren Teile gerichtete Forderung, sich von den "Militanten" zu distanzieren, droht dann ins Leere zu laufen, wenn sich diese Teile selbst plötzlich mit massiver staatlicher Repression konfrontiert sehen.

Die zweite denkbare Entwicklung bestünde darin, dass sich die Tendenz eines primär repressiven Umgangs mit großen Teilen der Protestbewegung verdichtet. Diese Strategie müsste, um dauerhaft erfolgreich zu sein subtiler ausgeübt werden als in Genua. Des Weiteren müsste sie von einer auf die Stabilisierung neoliberaler Hegemonie zielenden ideologischen Offensive begleitet werden, die auch die Mitspracheangebote an gemäßigte KritikerInnen und verbundenen Intellektuellen zu erweitern verspricht. Der nächste Gipfelort böte hierfür gute Gelegenheiten, denn in der Abgeschiedenheit der kanadischen Rocky Mountains könnte die Zitadellenatmosphäre von Genua u.U. einem Klima der Vertraulichkeit weichen, in dem erlesene VertreterInnen der globalen "Zivilgesellschaft" der Einladung zum Kamingespräch nur schwer widerstehen würden. Der "militante Rest", der nicht hinzu gebeten würde beziehungsweise sich dieser Form des "Dialogs" zu widersetzen wagte und sich damit selbst "diskreditierte", würde dann vertrauensvoll den staatlichen Gewaltapparaten überantwortet. Die Spaltung der Protestbewegung ebenso wie die Delegitimierung der "nicht-dialogwilligen" Teile innerhalb selbiger wäre geglückt.

Die internationale Protestbewegung befindet sich u. E. also in einer wichtigen Phase. Möglich ist, dass sie in einer breiteren Öffentlichkeit Rückhalt gewinnt (ATTAC Deutschland z.B. erfreute sich in den Tagen nach Genua laut Frankfurter Rundschau vom 27.07.01 eines starken Mitgliederzuwachses) und dass sie sich intern festigt, dass also die brutale staatliche Gewalt zur Solidarisierung mit und innerhalb einer äußerst heterogenen Bewegung führt. Eine Bewegung, die sich ihrer Widersprüchlichkeit bewusst ist, kann sich in ihrer wechselseitigen Kritik durchaus stärken. Möglich ist aber auch, dass die Protestbewegung einen Legitimitätsverlust erleidet und dass die staatliche Repression die internen Widersprüche verschärft. Einer dieser zahlreichen Widersprüche betrifft die Haltung zur Militanz.

2. Militanz in sozialen Bewegungen

Gebetsmühlenartig wird in vielen Medien behauptet, militante Aktionsformen würden den Anliegen der GegendemonstrantInnen per se schaden. Behauptet wird dies in aller Regel von denselben Medien, denen die Anliegen der GegendemonstrantInnen keine Notiz wert sind, die bei Begriffen wie strukturelle Gewalt nur müde abwinken und die nicht willens sind, über die katastrophalen Auswirkungen etwa der Verschuldungskrise zu informieren. All dies ist ihnen zu abstrakt und zu theoretisch. Damit lassen sich keine Auflagen steigern. Es sind dieselben Medien, die nach der Randale, nach martialischen Bildern, nach dem eingeschlagenen Schaufenster und nach Blut gieren, um sich sofort empört davon distanzieren zu können.

Doch auch von vielen KritikerInnen neoliberaler Globalisierung wird die Position vertreten, dass Militanz per se den politischen Anliegen von Bewegungen schadet. So schreibt etwa Peter Wahl (taz, 16.7.01), Mitarbeiter von WEED: "Das Gewaltthema marginalisiert alles Inhaltliche." Und Susan George, eine der bekanntesten GlobalisierungskritikerInnen, formulierte unmittelbar nach Göteborg: "Die Medien sprechen natürlich nur über die Gewalt. Unsere Ideen, die Gründe für unsere Opposition, unsere Vorschläge werden vollständig in den Hintergrund gedrängt ... Eine Bewegung kann sich nicht auf der Grundlage einer Jugendkultur und auf der Bereitschaft, sich verprügeln zu lassen, entwickeln" (elektronischer Rundbrief von ATTAC Frankreich, 18.06.01). Solche Einwände und sollte Kritik müssen ernst genommen werden.

Wie auch immer man der Militanz gegenüberstehen mag, festzuhalten bleibt: Militanz in sozialen Bewegungen war immer sehr widersprüchlich. Sie war seit der 68er Bewegung fester Bestandteil sozialer Bewegungen. Sie hat des Öfteren auch dazu beigetragen, Themen in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu bringen und somit Räume für politische Auseinandersetzungen zu öffnen. Zu nennen wären für die BRD etwa die Häuserkampfbewegung, die Anti-AKW-Bewegung und die Bewegung gegen die Startbahn West zu ihren Hochzeiten. Keineswegs war es in diesen Bewegungen so, dass der Protest nur von denen getragen wurde, die dazu bereit waren, sich verprügeln zu lassen (siehe Wackersdorf). Und in den 90er Jahren waren es vor allem Militante, die sich den neonazistischen Aufmärschen entgegen gestellt und Flüchtlingsheime vor dem rassistischen Mob geschützt haben. Die Militanz der Zapatistas, um ein weiteres Beispiel zu nennen, hatte eine Fülle positiver Auswirkungen. Ihre Aktionen waren stets begründet und vermittelbar. Ihre Militanz folgte immer dem Primat des Politischen. Sie machte aufmerksam auf die Auswirkungen der neoliberalen NAFTA-Politik und war auch eine Art Initialzündung für eine internationale kapitalismuskritische Protestbewegung. In Folge der Interkontinentalen Treffen bildeten sich transnationale Netzwerkstrukturen heraus. Von diesen profitiert die internationale Protestbewegung heute.

Ein letztes Beispiel ist die internationale Protestbewegung selbst. Mit ihrer Mischung aus Massenmobilisierung, Entschiedenheit und Militanz hat sie es geschafft, den Schwerpunkt der Aktivitäten in Seattle zum ersten Mal seit langer Zeit vom Konferenzsaal auf die Straße zu verlagern. Deutlicher als zuvor werden seitdem der gewalt- und herrschaftsförmige Charakter der Weltwirtschaft und die Rolle, die die G-8-Staaten dabei spielen, thematisiert. Im Gegensatz zu Susan George sind wir deshalb der Ansicht, dass auch auf Grund der in Seattle etc. angewandten, militanten Protestformen so viel über "unsere Ideen" und "die Gründe für unsere Opposition" berichtet wird wie seit langem nicht mehr. Die Zeit schreibt in ihrer Ausgabe vom 26.07.01: "Genua 2001: War das die Geburtsstunde einer neuen linksradikalen Bewegung? (...) Klar ist, dass die Ereignisse von Genua die Globalisierungskritiker geeint und gestärkt haben. (...) Seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus 1989 hatte die neoliberale Wirtschaftstheorie nahezu unangefochten den Ton vorgegeben. War es überhaupt nicht chic, nach den Schattenseiten von Globalisierung, Flexibilisierung und Rationalisierung zu fragen. Nun aber etabliert sich wieder ein linker, antikapitalistischer Diskurs, der bis weit in die Bevölkerung hinein Sympathie findet. (...) Die Globalisierungskritiker sind im Aufwind, und der radikale Flügel hat ihr Anliegen in die Schlagzeilen gebracht. Erinnert sich noch jemand an den Weltwirtschaftsgipfel vor zwei Jahren in Köln? Damals hatten 40.000 Protestierer friedlich für dieselben Ziele demonstriert wie jetzt in Genua - große Aufmerksamkeit wurde ihnen nicht zuteil. (...) Gewalt, kein legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung, hat die Mobilisierung sozialer Bewegungen schon oft vorangetrieben." Wie gesagt, man kann dies bedauern oder nicht. Aber man sollte nicht einfache Kausalketten wie Wahl und George herstellen, die der Überprüfung nicht standhalten.

Allerdings kann nicht verschwiegen werden, dass es auch in Genua Aktionsformen gab, die nicht akzeptiert werden können. Jede Aktionsform trägt ein hohes Maß an Verantwortung für andere in sich. Dieser Grundsatz wurde des Öfteren missachtet. Einige Militante haben andere DemonstrantInnen als Schutzwall missbraucht;

andere haben Bankfilialen angezündet, die sich in Wohnhäusern befanden (siehe taz vom 1.8.01). Wieder andere haben kleine Läden geplündert und Tankstellen angezündet. Dies waren beileibe nicht nur Polizeiprovokateure, die es, wie Foto- und Filmaufnahmen eindeutig belegen, auch gegeben hat. Unsere Kritik gilt aber auch den Kommentaren auf einigen Internetseiten, die für eine Ausweitung der Militanz plädieren. Wir können nicht beurteilen, wie repräsentativ solche Aussagen sind. Solche Beiträge lassen sich u. E. nur als unmittelbare Reaktionen auf die schockartigen Eindrücke von Genua erklären. Denn eins sollte klar sein: Auf dieser Ebene kann es nur einen Sieger geben.

Trotz dieser Kritik kann es angesichts der Ereignisse von Genua nicht darum gehen, in voraus eilendem Gehorsam und im zweifelhaften Bemühen, die "eigentlichen Anliegen" der Bewegung davor zu bewahren, diskreditiert zu werden, sich in Distanzierungen von der Militanz gegenseitig zu überbieten. Dies käme einem Steilpass auf die Regierenden und ihre massenmedialen Unterstützer gleich. Es würde bedeuten, sich auf deren Spielfeld zu begeben und sich den herrschenden Spielregeln anzupassen und damit eben den Weg zu verlassen, der in Seattle eingeschlagen wurde und der die Stärke der Bewegung bislang ermöglicht hat. Solche Distanzierungen würden auch den medial vermittelten Eindruck verstärken, als hätten sich in Genua linke und staatliche Gewalt gegenseitig aufgeschaukelt und die Eskalation der Gewalt seitens der Polizei wäre eine Folge dieses Aufschaukelungsprozesses.

3. Internationale Protestbewegung nach Genua

Die staatliche Gewalt hatte - ebenso wie die Kriminalisierungsversuche im Vorfeld des G-8-Gipfels - zum Ziel, die internationale Protestbewegung einzuschüchtern, zu schwächen und zu delegitimieren. Es besteht allerdings die begründete Aussicht, dass dies nicht wie gewünscht gelungen ist. Infolge dieser Ereignisse sehen wir drei Herausforderungen, die sich der internationalen Protestbewegung jetzt stellen.

Erstens muss die staatliche Gewalt von Genua zum Anlass genommen werden, die Kritik und den Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung und die Institutionen, über die diese sich durchsetzt, voranzutreiben. Neoliberale Globalisierung richtet sich nicht nur gegen die "Dritte Welt"; die internationale Protestbewegung ist nicht einfach der "Anwalt" der Menschen im Süden, als der sie in nahezu allen Medien immer dargestellt wird. Neoliberale Globalisierung, so die zentrale Botschaft der staatlichen Repression vor und während Genua, geht vielmehr mit dem gewaltförmig sich vollziehenden Abbau von sozialen und politischen Rechten weltweit einher; und die Protestbewegung ist folglich Ausdruck eines globalen Kampfes für eine radikale Demokratisierung, die eine grundlegende Veränderung des bestehenden nationalen und internationalen Institutionengefüges erfordert.

Zweitens halten wir es für erforderlich, dass die internationale Protestbewegung ihr Verhältnis zum Staat grundlegend überdenkt. Bisher dominiert eine Tendenz, die wir hier als "internationale außerparlamentarische Sozialdemokratie" bezeichnen. Dieser durchaus widersprüchlichen Strömung gehören die meisten NGOs, Bewegungen wie ATTAC und viele Intellektuelle an. Merkmal dieses derzeit dominanten Teils der Protestbewegung ist eine etatistische Grundorientierung, d.h. eine Ausrichtung auf die staatlichen Institutionen. Diese geht einher mit einem konsens- und dialogorientierten Politikverständnis. Man hofft auf staatsinterventionistische Maßnahmen, um den angeblich über die Ufer getretenen Weltmarkt wieder zähmen zu können. Man beklagt die Auswüchse des Kapitalismus, die vor allem in der Expansion der internationalen Finanzmärkte sichtbar seien, und stellt dem relativ technokratische Steuerungsmodelle wie die Tobin-Tax entgegen. In ihren Forderungen repräsentiert sie das Programm des ehemaligen Finanzministers Lafontaine (s. Frankfurter Rundschau 7.8.01, S. 5). Die Bedeutung dieser Strömung besteht darin, wichtige Fragen auf die Tagesordnung gesetzt und so aufbereitet zu haben, dass sie eine hohe Mobilisierungswirkung entfalten. Diese Wirkung wird aber mit einem reduzierten Kapitalismus- und Staatsverständnis erkauft. Der Staat wird als prinzipiell neutrales Terrain betrachtet, das nur von den fortschrittlichen Kräften besetzt werden muss, um den "entfesselten" Kapitalismus wieder an die Leine nehmen zu können. Eine solche Herangehensweise war schon vor Genua problematisch, zeigt doch die neoliberale Globalisierung, dass die Chancen äußerst gering sind, über den Staat Veränderungen im progressiven Sinne zu erreichen. Nach Genua ist eine solche Position noch problematischer geworden. Lässt sich anschaulicher als dort zeigen, dass die staatlichen Instanzen - trotz aller internen Widersprüche - nicht gegen den vermeintlich entfesselten Markt in Stellung gebracht werden können? Der neoliberale Kapitalismus wird vielmehr durch sie mit Gewalt durchgesetzt und verteidigt.

Wir sehen innerhalb der Protestbewegung eine weitere Strömung, die dem Rechnung zu tragen versucht. Es handelt sich um die mehr aktionsorientierten, explizit anti-etatistischen und anti-institutionalistischen Netzwerke, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Im Gegensatz zur ersten Strömung thematisiert diese Gewalt- und Machtverhältnisse grundsätzlich, seien diese kapitalistischer, rassistischer oder patriarchaler Art. Ihren Ausgangspunkt fand diese Strömung in den zapatistischen Treffen. Die Zapatistas hatten deutlich gemacht, dass Widerstand gegen den Absolutheitsanspruch des Neoliberalismus möglich ist. Das "Ende der Geschichte" war eben nicht erreicht. Das "Ya basta - Es reicht, wir wehren uns" der Zapatistas wirkte dabei als Triebfeder für neue internationale Vernetzungsversuche. Eine ihrer Organisationsformen ist PGA (Peoples Global Action), ein weltweit operierendes Bündnis.

Bedeutend für diesen Teil der Bewegung ist, dass sie - insbesondere in westeuropäischen Ländern - vor allem von vielen jungen Leuten getragen wird, deren biografische Erfahrungen sich fundamental von denen älterer AktivistInnen unterscheiden. Für die BRD heißt dies: das Scheitern des autoritären Sozialismus und die damit einhergehende, fast vollständige Marginalisierung auch undogmatischer Linker ist ebenso wenig Teil ihrer Lebenszeit wie die desillusionierende und desaströse Entwicklung der Grünen, die für viele Altlinken ein wichtiger Bezugspunkt in den letzten beiden Jahrzehnten waren. Die Grünen sind für sie definitiv kein Bezugspunkt mehr - ebenso wenig die PDS, abgesehen von eher taktischen Bündnissen. Äußerungen wie die von Außenminister Fischer, dass man in Genua eigentlich "eine Demonstration der Freude veranstalten" müsse, weil "die Frage nach der gerechteren Welt Thema des Gipfels" (Spiegel 30/2001) ist, ernten zu Recht nur noch Spott. Eine neue, junge Oppositionsbewegung, die "hungrig ist auf Opposition gegen den globalen Kapitalismus, der die Kosten eines Erfolgs allzu gerne externalisiert" (Die Woche vom 27.7.01 S. 7), könnte somit tatsächlich im Entstehen sein. Dass es in diesen Strömungen theoretische Schwächen gibt, ist nicht zu verkennen. Damit ist nicht das von den Medien immer wieder beklagte Fehlen einer gebrauchsfertigen Alternative zur neoliberalen Globalisierung gemeint. Im Gegenteil: Dieser "Mangel" ist u. E. eine Stärke. Gesellschaftliche Entwürfe entstehen in Auseinandersetzungen und lassen sich nicht am Reißbrett planen und in klar aufeinander folgenden Schritten und Etappen umsetzen. Richtig ist jedoch, dass es bislang oft an einem Begriff dessen fehlt, wogegen sich der Protest richtet. Stattdessen scheint ein eher diffuses Unbehagen am nicht weiter durchdrungenen Neoliberalismus vorzuherrschen, das es KritikerInnen leicht macht, die Anliegen der Protestbewegung als wohlmeinend-weltfremde Spinnereien abzutun. Auch hier ist eine Auseinandersetzung mit so grundlegenden Kategorien wie "Staat" und "Kapitalismus" angesagt, die gerade angesichts von Genua neue Nahrung erhalten sollte.

Drittens erscheint uns eine stärkere Verankerung der Protestbewegung vor Ort erforderlich. Dies betrifft vor allem die BRD. Der Zustand der internationalen Protestbewegung und ihrer Teile zeigt sich von Land zu Land sehr unterschiedlich. Deutschland stellt aus diversen Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, in vielen Punkten ein Schlusslicht dar. Hier verbietet es sich noch, von einer Bewegung zu sprechen. Denn hier kontrastiert die Dynamik, die die Bewegung auf internationaler Ebene offensichtlich erlangt hat, auffallend mit dem nahezu völligen Stillstand in den alltäglichen Zusammenhängen, in denen sich viele ihrer AktivistInnen bewegen: den Universitäten, den Betrieben, den Stadtteilen. Die Folgen einer kapitalistischen Globalisierung müssen nun wieder in den konkreten Lebenszusammenhängen thematisiert werden: der Leistungszwang, das Funktionieren-Müssen, die Vorherrschaft des Marktes in den Köpfen, das TINA-Denken (There is no Alternative), das Konkurrenzdenken, der Ausschluss derjenigen, die sich das Recht nehmen, weniger als 12 Stunden am Tag zu arbeiten. Hier ist der Aufbau entsprechender Strukturen vonnöten, die dem internationalen Protest einen stärkeren Rückhalt und mehr Kontinuität verleihen würden und auch gegenüber staatlicher Repression weniger anfällig und angreifbar wären. Eine Konzentration der Anstrengungen auf internationale Großereignisse trägt nur eine kurze Zeit. Protestbewegungen waren immer nur so stark, wie sie vor Ort verankert waren.

10. Tute Bianche. Weiße Overalls im zivilen Ungehorsam

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:09

Für Irritationen sorgten während der G8-Proteste in Genua Ende Juli die Gruppe der Tute Bianche, die "Weißen Overalls". Mit ihrem entschlossenen Vorhaben "defensiv-offensiv" in die Rote Zone einzudringen, um den Gipfel zu verhindern, passten sie nicht so recht in die fest gefügte Vorstellungswelt, die viele aus dem Ausland angereiste DemonstrantInnen mitgebracht hatten. Die Tute Bianche kommen weder dem Militanzfetisch des "Schwarzen Block" nach, noch agieren sie vorauseilend gewaltfrei wie viele NGOs. Mit ihrer originellen Vorgehensweise und ihren basisdemokratischen Organisationsprinzipien sind sie ein Teil der internationalen anti-kapitalistischen Bewegung, der nach neuen Formen des Widerstandes sucht.

Bereits seit einigen Jahren wird in Italien von verschiedenen Gruppen die Taktik benutzt, während Aktionen und Demonstrationen einen weißen Overall zu tragen. Dies schuf im ersten Moment nicht nur größere Distanz zur Polizei, sondern auch mehr Öffentlichkeit. Den Tute Bianche gelang es, kostenlose Züge zu Demonstrationen im Ausland durchzusetzen, mit Journalisten in ein Mailänder Abschiebegefängnis einzudringen und seine vorübergehende Schließung zu erzwingen und mit 300 AktivistInnen die Delegation der zapatistischen KommandantInnen im März 2001 als Schutzgruppe auf ihrem Marsch zu begleiten.

Während der vergangenen drei Jahre entwickelten die Tute Bianche ihr Konzept einer "defensiv-offensiven" Strategie auf Demonstrationen. Sie betonten, es handele sich um "zivilen Ungehorsam". Dabei nehmen sie aber das Recht auf Selbstschutz in Anspruch. D.h. sie schützen sich und ihre Körper bei Angriffen der Polizei mit Polstern, Schilden, Helmen, Arm- und Schienbeinschützern, Handschuhen, Gasmasken und Gasschutzbrillen. Das benutzte Equipment bleibt aber immer auf der Ebene nicht-offensiver Ausrüstung. Gleichzeitig kündigen sie ihre Vorgehensweise im Vorfeld von Aktionen immer öffentlich an. Dies ermöglichte den Tute Bianche, die zunächst im Nordosten Italiens entstanden waren, große Verbreitung zu erlangen. Gerade die Einschätzbarkeit ihrer Vorgehensweise und die Offenheit ihres Konzepts machte eine Ausweitung der Bewegung möglich.

Entschlossen defensiv-offensiv

Während der Aktionstage in Genua übernachteten die AnhängerInnen der Tute Bianche und anderer Gruppen, die sich an ihrem Konzept beteiligten, im Stadion Carlini. Dort wurde nahezu eine Woche lang von zunächst Hunderten und schließlich um die 8.000 Menschen gemeinsam campiert und die Schutzausrüstung für die Demonstrationen vorbereitet.

Die auf Delegiertenplena der italienischen Städte und internationalen Gruppen entwickelten Konzepte und Entscheidungen wurden im Stadion auf Vollversammlungen präsentiert und waren für alle nachvollziehbar. Da die einzelnen Gruppen vor allem den Erfolg der gemeinsamen Aktion im Blick hatten und auf die "Reinheit" der eigenen Linie verzichteten, schlug die stark basisdemokratische Entscheidungsstruktur und die absolute Transparenz nicht in Handlungsunfähigkeit um.

Diese Transparenz ist vor allem ein Resultat der Erfahrungen der Autonomia Operaia und der Bewegung in den 70er Jahren. Damals bestimmte ein relativ kleiner Kern der Bewegung das Konfrontationsniveau bei Massendemonstrationen. Innerhalb weniger Jahre führte dies dazu, dass die Bewegung immer isolierter wurde. Einem Großteil der TeilnehmerInnen auf der Straße kam faktisch nur eine StatistInnenrolle zu. Ihnen wurde die Möglichkeit genommen, einen realen Einfluss auf das konkrete Geschehen zu nehmen.

Die Tute Bianche spielten bei der "Rückkehr der Bewegung" in Italien während der vergangenen zwei Jahre eine bedeutende Rolle. Sie erlangten eine starke Präsenz in der italienischen Öffentlichkeit. Vor dem Gipfel führten sie nach dem Vorbild der Zapatistas eine Befragung der Bevölkerung durch. Sie fragten, ob es legitim sei unter Einsatz des geschützten eigenen Körpers in die Rote Zone, das abgesperrte Gipfelgelände, vor zu dringen. So konnten sie eine breite öffentliche Debatte über ihr defensiv-offensives Vorgehen führen. Nicht ganz ohne Erfolg im Meinungskrieg: Wenige Tage vor Beginn des Gipfels hielten laut einer Umfrage der bürgerlichen Tageszeitung La Repubblica immerhin 23 Prozent der italienischen Bevölkerung ein Eindringen in die Rote Zone für legitim.

In Genua beteiligten sich am Freitag, dem Tag der Blockade, 10.-15.000 Menschen an dem von den Tute Bianche initiierten Demonstrationszug. Eine Größenordnung, die den Rahmen aller bisherigen Tute Bianche Aktionen sprengte und mit der sie selbst nicht gerechnet hatten. Die Militanz konzentrierte sich auf das öffentlich angekündigte Durchbrechen der Polizeiketten und der Stahlmauer auf dem Weg in die Rote Zone. Um einer breiten Öffentlichkeit ein politisch gezieltes offensives Vorgehen vermitteln zu können, sollte kein Sachschaden in der Stadt angerichtet werden. Der "zivile Ungehorsam" der Bewegung zielt auf eine Verbreiterung der Aktionsformen der Anti-Globalisierungs-Bewegung nach dem Vorbild der Zapatistas. Vermittelbarkeit und Transparenz gehören so zu den wichtigsten Maximen.

Die Ausrüstung, die sie zum Selbstschutz mit sich tragen Helme, Körperschutz aus Schaumstoff und Plastik, Plexiglasschilde und sogar die Flex-Geräte, die sie mitsamt Dieselgeneratoren mitschleppten, um den Zaun aufzuschneiden ist im Rahmen der italienischen Gesetze weder explizit legal noch illegal. "Es ist im wesentlichen eine politische Frage was durchsetzbar ist", so Federico Martelloni von den Tute Bianche aus Bologna. Die Legalität wird also auf fantasievolle Art bis an ihre äußersten Grenzen ausgereizt und der Rahmen ständig weiter gespannt. So konnten die Tute Bianche im Bündnis des Genova Social Forum (GSF) auch durchsetzen, dass nicht nur diese Formen der Selbstverteidigung sondern auch der Bau von Barrikaden zum Schutz gegen Polizeiangriffe als Aktionsform getragen wurde. Lediglich angezündet werden sollten sie nicht.

Transparenz der Entscheidungen

Dennoch oder gerade deshalb war der Demonstrationsblock der Tute Bianche den härtesten Angriffen der Polizei ausgesetzt. Es sollte ein Exempel am radikalsten Teil des GSF-Bündnisses statuiert werden. So war es auch kein Zufall, dass Carlo Giuliani am Rande dieser Demonstration erschossen wurde, als ihre Spitze an das Innenstadtgebiet angrenzte und sie von einem massiven Polizeiaufgebot gestoppt und zurückgeschlagen wurde.

Eine Massenpanik während der nahezu vier Stunden andauernden Tränengas- und Knüppelattacken der Polizei, die Tausende von Personen, in einer Situation in der sie sich weder nach vorne noch zurück bewegen konnten, in Atemnot brachten, wurde wahrscheinlich nur durch die enorme Disziplin der Teilnehmer und die gute Organisierung des Zuges verhindert. Im Verlauf des Freitags entschied ein siebenköpfiges Gremium, bestehend aus Delegierten verschiedener Bündnisse und Gruppen, die aus dem Delegiertenplenum des Stadion Carlini ernannt wurden, über das gemeinsame Vorgehen. Die einzelnen Schritte und Stufen des Aktionskonzept waren schon vorher fest gelegt worden, so dass dem Gremium lediglich die Aufgabe zukam, über Zeitpunkte zu entscheiden, bzw. in Absprache mit der Demospitze über Rückzug, Ruhepausen oder Vorrücken zu beschließen.

Die Entscheidungen wurden bis zum Ende der Aktion in mehreren Sprachen über den (allerdings zu leisen) Lautsprecherwagen an die gesamte Demonstration vermittelt. Zusätzlich gab es innerhalb der Demonstration ein Informationssystem über Funk. Spezielle Gruppen wurden gebildet, die die Gasgranaten in mit Wassern gefüllten Mülleimern ablöschten, andere fuhren mit Einkaufswagen voller Wasserflaschen durch die Demo und spülten Augen, vom Lautsprecherwagen aus wurden hunderte Wasserflaschen verteilt. Durch das große Vertrauen, das so in die Leitung der Demonstration hergestellt werden konnte, gelang es die Demonstration kompakt zu halten. Ein Gefühl der Sicherheit vermittelte DemonstrantInnen auch die Tatsache, dass die Geschlossenheit des Demonstrationszuges, das zusammen bleiben und gemeinsam zurück kehren während der gesamten Zeit im Vordergrund stand.

Am Rande der Demonstration kam es allerdings auch zu Auseinandersetzungen zwischen DemoteilnehmerInnen - auf einen Ordnungsdienst war ausdrücklich verzichtet worden - und mit Stangen Bewaffneten, die sich in den Zug zurück ziehen wollten, um dann wieder los zu schlagen. Bereits im Vorfeld war verkündet worden, dass im Demozug der Tute Bianche keine Stangen mit geführt werden sollten und so wurden Personen mit Eisenstangen angesprochen, entweder die Stangen weg zu legen oder wo anders hin zu gehen. Die Demonstration verteidigte so ein vorher von allen gemeinsam beschlossenes und öffentlich bekannt gemachtes Konzept. Die Reaktionen darauf waren sehr unterschiedlich. Einige Vermummte akzeptierten die Vorgabe, andere reagierten mit Gewalt und brachen demjenigen, der sie angesprochen hatte das Nasenbein. Wiederum andere wurden von DemoteilnehmerInnen als Zivilpolizisten ausgemacht und verjagt.

Eine Distanzierung vom imaginären "Schwarzen Block" hat es seitens der Tute Bianche bisher dennoch nicht gegeben. Sie betonen, dass der Widerstand breiter war und nicht als "Schwarzer Block" abgestempelt werden kann, üben aber deutliche Kritik: "Die sogenannten ‚schwarzen Overalls` sind eine Erscheinung die nicht kriminalisiert werden sollte. Es sind Leute, die glauben, dass es reicht eine Scheibe einzuschlagen, um den Kapitalismus zu treffen. Das ist ihr smash capitalism. Wir denken anders. Wir haben einen Prozess der gesellschaftlichen Transformation im Kopf, bei dem das ‚Netz der Netze` zum attraktiven Pol wird, sich ausbreitet und die Entstehung weiterer gesellschaftlicher Netze begünstigt."

Weitere Schwierigkeiten in der Demonstration tauchten an der Stelle auf, an der die Demo von der Polizei aufgehalten wurde. Die Konfusion in der Demoaufstellung (teilweise befanden sich Personen in den vorderen Reihe, die nicht über genügend Schutz verfügten und bei den Gasangriffen zurück weichen mussten) sowie die enge Straße führten dazu, dass ein Teil der Demonstration in einem bestimmten Moment zwar die erste Polizeiblockade durchbrechen, dem massiven Gegenangriff der Polizei jedoch nicht lange stand halten konnte und sich wieder zurück zog, um sich der restlichen Demo anzuschließen.

Das Recht auf Barrikaden

Im vorderen Teil der Demonstration konnte das Konzept des zivilen Ungehorsam ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr aufrecht erhalten werden. "Wir haben uns solange daran gehalten wie wir konnten", so Tute Bianche Sprecher Luca Casarini. "Aber als der Walzer mit den Panzerwagen anfing, als man die ersten Schüsse hörte, haben wir reagiert, indem wir uns hinter Müllcontainern verschanzt und Steine geworfen haben." Angesichts der Eskalation von Seiten der Polizei stehen die Tute Bianche auch zu einer weiteren Ausdehnung des Selbstschutzes, erklärt Luca Casarini: "Wir wurden aus heiterem Himmel angegriffen, wo unser Block sich völlig friedlich verhalten hat. Wir wurden erst mit Tränengas beschossen, dann sind Panzerwagen in uns rein gefahren, ohne uns Fluchtwege zu lassen. Am Freitag nachmittag ging die Hölle los, und die Leute haben Angst gehabt, sie sterben. In dieser Situation haben wir uns das Recht herausgenommen, Barrikaden zu bauen." Die Bewegung der Tute Bianche ist in Genua mit ihrem Konzept auf der Straße - gemessen an ihren Vorgaben - gescheitert. "Sicherlich müssen wir über den zivilen Ungehorsam als Aktionsform und über die politischen Strategien auch anderer Teile der Bewegung nachdenken. Keiner hatte damit gerechnet, dass uns in Genua nicht nur ein Konflikt, sondern ein regelrechter Krieg erwartet. Normalerweise schieben wir Tute Bianche uns ja nur als Masse mit unseren Schutzanzügen vor. Die haben aber nicht mehr ausgereicht, als die Polizei uns mit Panzerwagen attackiert hat", so Luca Casarini in einer kurzen Analyse. "Sie wollten beweisen, dass sie stärker sind und haben es geschafft. Aber wir werden sie weiterhin bekämpfen. Aber wir dürfen uns nicht in eine Spirale der Gewalt ziehen lassen. Unsere Geschichte lehrt uns, dass in diesem Spiel nur der Staat gewinnt."

Dario Azzellini

11. Verhaftet in Genua. Ein Bericht über Polizeiwillkür

Autor: Ulrich Brand · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:30

Zu siebt nahmen wir am Samstag, 21. Juli an der Großdemonstration in Genua während des G8-Treffens teil. Wir entschlossen uns, gegen 15:30 Uhr mit dem Demonstrationszug durch das Zentrum zu laufen. Die Stimmung war sehr gut, trotz der Vorfälle vom Freitag. Entfernt waren erste Auseinandersetzungen mit Rauchbomben zu beobachten, jedoch in sicherer Entfernung der Demonstrationsroute. Wir schlossen uns einem Teil des Demonstrationszuges an, in dem auch eine Gruppe italienischer GewerkschafterInnen mitlief, und kamen so an eine Straßenkreuzung im Zentrum der Stadt, an der die VeranstalterInnen die TeilnehmerInnen aufforderten schneller zu gehen, damit der Zug nicht stockte.

Plötzlich wurde sowohl hinter als auch vor uns Tränengas in die Menge geschossen. Unter den Demonstranten brach Panik aus. Ich blieb mit zwei anderen Mitgliedern meiner Gruppe zusammen; wir wollten zurück gehen. Dann entdeckten wir eine offene Haustür und suchten zusammen mit etwa einhundert anderen Menschen Schutz. Wir waren alle relativ ruhig, damit beschäftigt, uns mit Wasser die Augen auszuwaschen und das Gesicht abzuwischen. Eine Hausbewohnerin öffnete die Tür und bot Hilfe an. Nach etwa 20 Minuten ging die Meldung durch den Flur, dass unten dien Polizei stehe und uns rauslassen würde. Wir gingen hinunter und im Erdgeschoss - ich dachte an überhaupt nichts Böses - riss mich plötzlich ein wütender Polizist an meinem schwarzen T-Shirt, zeigte auf das darauf abgebildete Porträt von Marcos und schrie: "Terrorista". Ich versuchte weiter zu gehen, wurde aber festgehalten und musste meinen Ausweis zeigen, der mir sofort abgenommen wurde. Etwa fünf Minuten lang wurde ich im Hauseingang festgehalten. Meine beiden Begleiterinnen mussten weitergehen, im Flur hinter mir wurden Leute geprügelt. Ich musste den Rucksack öffnen, er wurde auf den Boden geworfen; zwei Kniebandagen, Fotoapparat, den Rucksack selbst und eine Uhr sah ich nicht wieder.

Zu zweit wurden wir festgenommen, ein Italiener (Maracielli o.ä., ich nenne ihn in Unkenntnis seines Namens Massimo) und ich. Wir waren diejenigen gewesen, die schwarze Kleidung trugen: Er war ganz in schwarz gekleidet, ich trug ein schwarzes (Marcos-) T-Shirt, blaue Hosen und Turnschuhe. Vor einem Polizeiwagen mussten wir auf den Boden knien und uns wurden Handriemen angelegt, die wir bis zur Einlieferung in Bolzaneto um hatten. Mit einem Kombi wurden wir in etwa fünf Minuten zu einem Gebäude in der Innenstadt gefahren. Man spürte bereits die Wut und den Hass der Polizisten, Massimo wurde permanent mit einem Polizeiknüppel geschlagen. Dann wurden wir vom Auto in das Gebäude geführt. Der Polizist neben mir drohte (die Verständigung war die ganze Zeit auf Englisch), wenn ich fliehen würde, würde er mich umbringen ("I will kill you"). Dann summte der hinter mir laufende Polizist ein Lied, worauf der neben mir fragte: "Do you know this song? No? It's a fascist song."

Vor dem Gebäude standen uniformierte und zivil gekleidete Polizisten. Drinnen wurden wir in einen schmutzigen Raum ohne Möbel und mit Kachelboden geführt, und ich wusste sofort, was jetzt passieren würde. Wir wurden auf den Boden geworfen, dann erst Massimo und danach ich verprügelt, dabei die ganze Zeit in Handschellen gefesselt. Um mich herum standen etwa zehn bis 15 Polizisten, etwa fünf von ihnen kamen nacheinander an mich heran und traten zu: Kopf, Gesicht, Rücken und Beine. Es war ein hasserfülltes Treten. Gleich zu Beginn wurde mir die Brille abgenommen, neben mich gelegt und jemand trat drauf. Dann lagen wir die ganze Zeit gefesselt - in Ungewissheit auf dem Boden, uns wurden die letzten Sachen abgenommen (Geld, Adressen, Gürtel), wobei zwei Hosentaschen nicht geöffnet, sondern aufgerissen wurden. Die Schuhe wurden mir ausgezogen, ich bekam sie auch nicht wieder, sondern lief die nächsten etwa 15 Stunden nur auf Socken. Es kam irgendwann ein Arzt, der meinte, jetzt sei alles in Ordnung. Er leuchtete in die Augen und maß den Puls. Ich dachte aber schon, wofür das gut sei. Irgendwann wechselten recht schnell die Leute im Raum, der Arzt und sein Gehilfe waren weg, es kamen Polizisten mit schwarzen Handschuhen: die zweite Runde. Diesmal wurde mir das T-Shirt zerrissen; wir wurden die gesamte Zeit beschimpft und nochmals mit Fäusten geschlagen und getreten. Dann wurde mir das T-Shirt abgeschnitten und ein neues über den Kopf gezogen und zwar eines mit EZLN-Aufdruck. Doch dies wurde mir wieder abgenommen und durch ein farbiges ersetzt. Darüber war ich froh, denn ich hoffte, es würde in den nächsten Stunden "de-eskalierend" wirken. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt extreme Angst, da die Polizisten alles mit uns hätten machen können. Hass und

Willkür waren überwältigend. Falls Massimo herausgeführt worden und ich alleine geblieben wäre, wärete ich wohl in Panik geraten.

Plötzlich wurden wir rausgeführt, auf dem Weg zum Auto nochmals geschlagen, mein Kopf schlug gegen eine Wand. Dann ging es in getrennten Autos mit hoher Geschwindigkeit durch die unbelebte Stadt und über die Autobahn in ein Sammelgefängnis. Wie ich später erfuhr, war es Bolzaneto. Die Handriemen wurden abgenommen, und ich wurde in eine Zelle (Nr. 7) geführt. Auf dem Flur standen wieder Polizisten Spalier, von denen einige nach Belieben zuschlugen und -traten. Ich wurde mit den Worten "trattamento speciale" zu einer Zelle geführt und bekam Angst, dass es gleich so weiter gehen würde. Es bezog sich aber wohl auf die vorherige "Behandlung". In der Zelle (etwa 6x6 Meter) waren wir zu acht und mussten mit dem Gesicht zur Wand stehen, die Nase an die Wand, die Hände nach oben. Die Aufpasser schrien dauernd "alto gli mani!" (die Hände hoch), gingen immer wieder durch die Zelle und zwangen uns, die Hände noch höher zu strecken. Hämische Rufe waren etwa "Comunista", "Bastardi", "global", "Manu Chao" u.a. Das Lieblingswort der Polizisten war "Cazzo" (Schwanz). Hinter dem Fenster standen ebenfalls hämisches Zeug redende Polizisten. Irgendwann ließ einer von dort Tränengas in den Raum ziehen, sich an unserem Husten erfreuend.

Nach etwa zwei Stunden, es war noch hell, musste ich raus (wieder das Spießrutenlaufen über den Flur) und nochmals etwa 30 Minuten warten. Ddann kam ich zum Erkennungsdienst: Elektronischer Fingerabdruck, normale Fingerabdrücke, Fotos, Daten angeben. Übrigens sehr gut ausgestattet mit Computern; ein irischer Gefangener erzählte mir anschließend, dass er bezüglich seiner Personenangabe auf dem Bildschirm gesehen hätten, dass er vor einem halben Jahr die Zeitung The Internationalist abonniert hätte. Beim Rausgehen wusch ich mir die Hände auf dem Hof, als plötzlich ein Polizist neben mir stand, etwas sagte, mir etwas 20 cm Langes vors Gesicht hielt und abdrückte: Es war Tränengas. Glücklicherweise konnte ich mich wegdrehen und die Augen schließen. Abwaschen konnte ich nichts, weil sich gleich der nächste Polizist von der anderen Seite näherte und ich Angst vor einem weiteren Übergriff hatte. Es tat in den kommenden Stunden höllisch weh.

Dann kam ich in dieselbe Zelle zurück, in der mittlerweile nicht mehr acht, sondern über dreißig Leute standen. Eine Frau sah ich auch. Es wurde dunkel. Neben mir standen ein Deutscher aus Stuttgart und ein Italiener. Wir konnten uns leise verständigen. Der Italiener wurde irgendwann rausgeholt und kam nach 15 Minuten stöhnend zurück: "trattamento speciale". Man hörte immer wieder Schreie über die Flure von offenbar gefolterten Menschen. In den kommenden Stunden wurden einzelne Gefangene rausgeholt. Sie mussten sich offenbar ihren Verhaftungsgrund anhören und Protokolle unterschreiben (setenzia). Es kamen immer wieder Leute rein, die mit einzelnen Gefangenen über Anwälte sprachen. Es herrschte eine absolute Unklarheit, wie lange ich wo bleiben und was mir zur Last gelegt würde. Dann passierte noch einmal die widerliche Sache mit dem Tränengas.

Zusammen mit Massimo, der in einer anderen Zelle war, wurden wir vor ein Büro geführt. Offenbar sollte es nun auch um Anschuldigung gegen uns gehen. Wieder Tritte und Knuffe auf dem Flur. Massimo musste mehrmals laut "Viva il Duce" (Mussolini) sagen. Wir kamen aber direkt zurück in die Zelle ohne Verhör, Gespräch o.ä. Dann konnten wir uns nach Stunden zum ersten Mal auf den Boden setzen, mit schmerzenden Armen und Schultern. Nach zehn Minuten mussten wir allerdings wieder aufstehen, uns zur Wand drehen und wieder die Arme hoch halten. Der Raum leerte sich; offenbar wurden die Gefangenen entweder frei gelassen oder weg gebracht. Wir mussten wieder vor das Büro, kamen wieder nicht rein, jetzt aber in eine andere Zelle. Uns wurden unsere Sachen ausgehändigt (in meinem Fall nur der Ausweis und Geld, andere auch Rücksäcke u.ä.). Die Zelle wurde von einem Sadisten überwacht, der nochmals schlug und peinigte. Wir mussten später aufrecht knien, was höllisch schmerzte. Ich dachte aber, bald seien wir frei, malte mir schon aus, ob vor der Tür wohl Leute vom Genova Social Forum seien, ob ich auf Socken zurück gehen müsste, hoffte, dass mich nicht Polizisten in die Stadt zurück fahren würden. Irgendwann, vielleicht nach einer weiteren Stunde, es war wohl nach Mitternacht, kamen wir in das Büro. Dort mussten wir alles mögliche unterschreiben. Als ich etwas durchlesen wollte, wurde ich zur Eile getrieben. U.a. unterschrieb ich wohl, dass die Polizei mich gut behandelt hat. Dann ging es noch mal zum Arzt (hier erfuhr ich, dass ich nicht frei kommen würde, sondern in ein Gefängnis), noch mal in die Zelle und schließlich - ohne Massimo - in Handschellen (zu zweit aneinander gekettet) in einen Bus mit Zellen für je vier Personen. Irgendwann ging es bei Sonnenaufgang los. Wohlgemerkt verließ ich Bolzaneto ohne Verhör und ohne Anklage. (Im Bus nickte ich mehrmals kurz weg und träumte mich sofort in ganz drastische Gegenwelten von Urlaub und ruhigen Szenen.)

Nach etwa 30-45 Minuten Fahrt kamen wir im Gefängnis von Alessandria an. Beim Ein- und Aussteigen ließen es sich die Bewacher nicht nehmen, nochmals zuzuschlagen. Dann kamen wir zu sechst oder siebt in kleine Zellen, mussten einen Meter von der Wand entfernt stehen, durften uns nur mit zwei, später mit einem Finger abstützen. Hier bekam ich wieder Angst, weil über den Flur dauernd etwas von "german" (was nicht Deutscher/tedesco, sondern Germane heißt) zu hören war und ich an die 1.200 DM dachte, die mir zu Beginn abgenommen worden waren. Auf die könnten die Polizisten evtl. scharf sein und es mir im Gefängnis oder später mit Gewalt abnehmen wollen. Relativ spät kam ich dran (auf dem Weg von der Zelle zum Aufnahmebüro wurden wieder einzelne Leute geschlagen). Im Aufnahmebüro saßen zwei offenbar Verantwortliche und zusätzlich standen noch mal acht bis zehn Polizisten im Raum. Ein Verantwortlicher zählte gerade mein Geld, was meine Befürchtung zu bestätigen schien. Einer direkt neben mir zischte mir immer wieder Sauereien ins Ohr. Ich sagte auf Englisch, dass ich auf das Geld verzichten würde, dass es keine Anklage gegen mich gäbe, dass ich mit einem Rechtsanwalt und mit der deutschen Botschaft sprechen wolle. Ich gab eine Nummer in Frankfurt an, doch die interessierte sie nicht. Statt dessen sollte ich auf einer Liste der deutschen Botschaft einen Anwalt ankreuzen.

Ich kam noch mal zum Arzt, dann in eine Zelle. Wir konnten duschen, bekamen Essen, wurden mit Bettwäsche und Geschirr eingedeckt, konnten uns ein Buch ausleihen (man musste wählen zwischen Hofspaziergang und Buch). Der Tag verging, ich schlief immer wieder unruhig und sprach mit meinem Zellenkollegen. Gegen Abend kam jemand und teilte uns auf Italienisch mit, dass ich frei sei. Zusammenpacken, dann zum "Auschecken". Das Perfide war, dass teilweise dieselben Leute, die uns morgens noch verachteten, nun ganz freundlich waren. Zigaretten wurden angeboten; es herrschte umtriebige, aber lockere Stimmung. Meinen Ausweis fanden sie nicht gleich, dann bekam ich aber sogar mein Geld zurück. Ein Polizist sagte: "Forget all. It was a bad dream." Zu siebt samt Polizeibegleitung gingen wir zum Ausgang, einer musste zurück, weil noch Sachen fehlten. Andere hörten, dass er oben wieder geschlagen wurde.

Aufgeschrieben am 31.7.2001

Ulrich Brand

Ulrich Brand ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel. Er ist Autor und Ko-Autor verschiedener Bücher zu den Themen kritische Staatstheorie, NGOs, soziale Bewegungen (insb. Zapatisten in Chiapas) und Umweltpolitik. Politisch ist er aktiv im BUKO und im Dritte Welt Haus Frankfurt/M. Sein Bericht wurde von der ak-Redaktion leicht gekürzt.

eMail: ulibrand@gmx.de

"Plötzlich wurde sowohl hinter als auch vor uns

Tränengas in die Menge geschossen."

"Kopf, Gesicht, Rücken und Beine.

Es war ein hasserfülltes Treten."

"Do you know this song? No? It's a fascist song."

12. Vom Staatsterror zum Faschismus?

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:21

Die Orgie staatlicher Gewalt in Genua markiert eine Zäsur. Viele befürchten, dass den Demonstrierenden im Dezember beim EU-Gipfel in Belgien noch Schlimmeres drohen könnte. Die besonderen italienischen Verhältnisse kommen in solchen Kommentaren kaum vor. Gerade sie muss man aber kennen, um die Bedeutung und die Folgen des blutigen Wochenendes von Genua zu verstehen.

Es sah aus wie abgesprochen. Auf die gezielten Schüsse von Göteborg folgte die Eskalation staatlicher Gewalt in Genua; die breiter werdende Protestbewegung ist geschockt und eingeschüchtert. Auf Wandzeitungen zum Tod Carlo Giulianis wurde die Gewalttätigkeit der Herrschenden auf den schlichten Nenner gebracht: "Für die Macht der Reichen gehen sie über Leichen." Aber war die Gewaltorgie von Genua wirklich das Ergebnis internationaler Absprachen; ist also die weitere Eskalation - unabhängig vom Ort der Auseinandersetzung - unabwendbar, weil "die Herrschenden" sie wollen, um die Opposition gegen ihre Politik auf lange Sicht zu zerschlagen? Als Anhaltspunkte für eine "Globalisierung" der Repression nennt Angela Klein u.a. die Mehrsprachigkeit der polizeilichen Provokateure in Genua und die Ausbildung italienischer Elite-Einheiten in den USA. (SoZ, 16.8.01) Ist Genua also "überall"?

Bei genauerer Betrachtung scheint eher das Gegenteil der Fall: Der in Genua wütende Staatsterror war - zum jetzigen Zeitpunkt und in diesem Ausmaß - nur in Italien möglich. Und das nicht, weil dort seit Berlusconis Amtsantritt der Faschismus an der Macht wäre. Dass Luca Casarini, der Sprecher der Tute Bianche, von der "faschistischen Regierung" und dem "Polizeistaat" Italien sprach, mag als unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse von Genua legitim sein. Es ersetzt aber keine Analyse. Denn tatsächlich kann derzeit von einem faschistischen Regime in Italien keine Rede sein - allerdings könnte, ohne massive demokratische Gegenwehr, Genua zum Beginn einer Entwicklung werden, die zum Faschismus hinführt. Zwar ist - in Italien oder in anderen europäischen "Demokratien" - "alles schon mal da gewesen", was Genua zum Albtraum werden ließ: tödliche Schüsse auf DemonstrantInnen, Knüppelorgien gegen friedliche Demos, Einsatz von Provokateuren, Misshandlung von festgenommenen DemonstrantInnen. Aber der Umfang und die Systematik, mit der in Genua der "Rechtsstaat" seine eigenen Normen außer Kraft setzte, haben eine neue Qualität erreicht.

Die faschistische Tradition der Carabinieri

Die in den Tageszeitungen La Repubblica und Il Manifesto abgedruckten Fotos belegen, dass die Polizei gleich in mehreren Fällen mit gezogener Schusswaffe hantierte. Das deutet auf einen entsprechenden "Wink" (wenn nicht Befehl) von oben hin. Die Erschießung Carlo Giulianis ist schon deshalb nicht der Einzelfall, bei dem ein junger Polizist in Panik zur Waffe gegriffen hat. (Hinzu kommen die Zeugenaussagen, welche eher die Mordthese stützen; vgl. nebenstehenden Artikel.)

Das polizeiliche Vorgehen insgesamt kann nur als Ergebnis eindeutiger politischer Vorgaben verstanden werden: die Nachsicht gegenüber dem Black Block, der Angriff auf friedlich Demonstrierende, die Überfälle auf die Diaz-Schule und das Pertini-Institut, schließlich die systematische Misshandlung und Demütigung der Festgenommenen. Die Aussage eines anonymen Polizei-Offiziers, abgedruckt in La Repubblica, macht deutlich, dass die römische Spezialeinheit in der Polizeikaserne von Bolzaneto mit Rückendeckung von ganz oben wütete. Als er Einspruch gegen die Brutalitäten einlegte, wurde ihm geantwortet: Keine Angst, uns und dir kann nichts passieren, alles was wir tun, wird politisch gedeckt.

Das entsprach ganz offensichtlich der Wahrheit. Nicht nur, dass Berlusconi, Innenminister Scajola (Forza Italia) und der Rest der Regierungsbande die Polizei pauschal in Schutz nahmen - Justizminister Castelli (Lega Nord), in der "chilenischen Nacht" in der Kaserne von Bolzaneto vor Ort, machte sich gar zum willfährigen Zeugen der Verteidigung: Von Misshandlungen habe er nichts bemerkt; die Gefangenen müssten sich ihre Verletzungen schon bei den Auseinandersetzungen auf der Straße zugezogen haben.

Die politische Entscheidung, in Genua "hart durchzugreifen", um den reibungslosen Ablauf des G8-Gipfels zu gewährleisten, wurde von der Polizei dankbar aufgegriffen. Es waren keineswegs nur die Spezialisten für "organisierte Kriminalität", die sich durch besondere Brutalität auszeichneten, sondern auch Beamte der Finanzpolizei (Guardia di Finanza), der Polizia und der Carabinieri - keineswegs bloße Befehlsempfänger,

sondern eifrige und für ihre Taten voll verantwortliche Täter. Dass sich in der Polizei, insbesondere bei den Carabinieri und in den Geheimdiensten, neofaschistische Kader und Sympathisanten tummeln, ist kein Geheimnis. Auch in den vergleichsweise mageren "Jahren" zwischen 1946 und 1992 hatte die neofaschistische Partei MSI, die bei Wahlen kaum über fünf Prozentpunkte hinaus kam, in Polizei und Armee ihre stärksten Bastionen. In einzelnen Kasernen erzielte sie Traumergebnisse von über 90 Prozent. Die Zusammenarbeit von Staatsdienern und rechten Terroristen ist spätestens seit dem als "Staatsmassaker" in die Geschichte eingegangenen Bombenanschlag von Mailand (Dezember 1969: 16 Tote) allgemein bekannt. Hinzu kommt die Verwicklung von hohen Polizisten in klassische rechte Putschvorbereitungen. Der prominenteste Verschwörer war der Carabinieri-General Giovanni De Lorenzo, dessen Umsturzplan Piano Solo 1964 aufgedeckt wurde. De Lorenzo blieb straffrei und beendete seine Karriere als MSI-Abgeordneter. Eine Entfaschisierung der Polizei und der Geheimdienste hat es bis heute nicht gegeben, deren "demokratische Kontrolle" durch Parlament und Öffentlichkeit scheint in Italien noch weniger realisierbar als in anderen europäischen Ländern.

Nicht nur spezialisierte Elitetruppen zur "Aufstandsbekämpfung", auch maßgebliche Teile der Carabinieri sind in hohem Maße politisiert. Wenn auch nicht eindeutig "faschistisch", so doch zumindest im Sinne einer klaren Frontstellung gegen alles, was entfernt mit Aufruhr und Kommunismus zu tun haben könnte. Hinzu kommt die systematische Verhetzung durch Schauermärchen über Bewaffnung und Terror der DemonstrantInnen. Ausgerechnet Italiens prominentester politischer Gefangener, Adriano Sofri, in den 70er Jahren Führer der linksradikalen Gruppierung Lotta Continua, fühlte sich nach Genua bemüßigt, die Polizisten als "Opfer" der Politik in Schutz zu nehmen. Sie seien "brave Jungen, die aus Angst schlimmer werden als die spezialisierten Schläger". (L'Espresso, 16.8.01) Das trifft offensichtlich nicht einmal für den 20-jährigen Marco Placanica zu, der Carlo Giuliani erschossen hat; als generelle Aussage über die Aktivitäten der Polizei in Genua ist es eine krasse Verharmlosung. Denn die Polizei agierte in Genua nicht nur auf Anweisung, sondern im Einvernehmen mit "der Politik", genauer: mit namentlich bekannten Politikern.

Viel zu wenig beachtet wurde bisher, dass neben den zuständigen Ministern für Inneres und für Justiz, Scajola und Castelli, ein weiteres Regierungsmitglied die Polizei bei ihrer blutigen Arbeit "unterstützte": Der stellvertretende Ministerpräsident Gianfranco Fini, Sekretär der neofaschistischen Partei Alleanza Nazionale, hatte zusammen mit einigen Vertrauten direkt im operativen Zentrum der Polizei Quartier bezogen. Mit welchem Auftrag er dort war und was er dort tat, ist bis heute unklar geblieben. Die Vermutung liegt nahe, dass er vor Ort die Einhaltung der politischen Generallinie überwachte und der Polizeiführung etwaige noch verbliebene Skrupel ausredete. Fini war auch der Rammbock, der sich nach dem 20. Juli der internationalen Kritik entgegenstellte. Während Berlusconi Ausflüchte suchte (die überforderten Polizeiführer seien noch von der Mitte-Links-Regierung eingesetzt worden), wich Fini keinen Zentimeter zurück. Damit sei er zum "ideologischen Kopf des Regierungslagers" und zum maßgebenden "Interpreten des Law&Order-Blocks" geworden, kommentierte Edmondo Berselli in L'Espresso. Während Berlusconi vor allem den sozialen Frieden brauche, bevorzuge Fini ein Klima des Konflikts und der Rebellion, in dem er sich als hart durchgreifender Garant der inneren Sicherheit profilieren könne.

Rückkehr zur Strategie der Spannung?

Es wäre falsch, in Berlusconi Finis Marionette zu sehen. Aber nach Genua haben die Scharfmacher Oberwasser. Neben Gianfranco Fini war es vor allem Umberto Bossi, der Anführer der Lega Nord, der die von internationaler Kritik bedrängte Rechtsregierung aus der Defensive zu reden versuchte. Ohne auch nur ein einziges Indiz nennen zu können, lastete er den Bombenanschlag auf das Gericht von Venedig am 9. August Teilen der Geheimdienste an, die "mit der Linken verbündet seien". Ihr Kalkül sei es gewesen, mittels Terror Bedingungen für eine Regierung der "nationalen Solidarität" zu schaffen - eine Anspielung auf die 70er Jahre, als die kommunistische Partei, die PCI, in eine informelle große Koalition mit der Christdemokratie eingebunden wurde. Tatsächlich haben Teile der parlamentarischen Opposition sich nach der Bombe von Venedig demonstrativ auf die Regierung zubewegt - namentlich der linksdemokratische Fraktionsvorsitzende Luciano Violante, der schon direkt nach Genua mit einer Ehrenrettung für die "diffamierten" Sicherheitskräfte aufgefallen war.

Die wirkliche Opposition findet auf der Straße statt. Ihr gilt auch offenbar die Bombe von Venedig. Das Bekennerschreiben der "Nuclei territoriali antimperialisti" hält der ermittelnde Staatsanwalt Felice Casson für nicht überzeugend, zumal die rechte "Falange armata" ebenfalls die Bombe für sich reklamiert. Für andere

Vertreter der Justiz scheint eine linke Urheberschaft festzustehen. Es passt doch - scheinbar - alles so schön zusammen: "Das Bekennerschreiben ist glaubwürdig, weil es sich auf die Thematik des G8-Gipfels bezieht, die das Schlachtross der neuen Subversion sein wird", erklärte der venezianische Richter Mastelloni. Es passt tatsächlich, aber augenscheinlich zu gut: Denn dass breite linke Oppositionsbewegungen alsbald von Bombenanschlägen begleitet werden, ist in Italien Teil der politischen Tradition - einer Tradition von Staatsterror und Faschismus. Seit 1969, dem "heißen Herbst" der rebellierenden ArbeiterInnen und StudentInnen, wird diese rechtsterroristische Kriegführung gegen die Linke Strategie der Spannung (strategia della tensione) genannt. Im Unterschied zu damals sitzen heute die Neofaschisten mit in der Regierung.

Js.

13. Säen und Ernten. Die NATO moderiert die ethnische Spaltung Mazedoniens

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Mazedonien · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:38

Mit der Operation Essential Harvest ("Notwendige Ernte") hat nach dem SFOR-Einsatz in Bosnien und dem KFOR-Einsatz im Kosovo am 21. August die dritte von der NATO geführte militärische Mission auf dem Balkan begonnen. Die Bundeswehr ist wie immer mit dabei. Was von den NATO-PolitikerInnen als eine kurzfristige friedensstiftende Feuerwehraktion zur Vermeidung eines Bürgerkriegs verkauft wird, droht die ethnische Spaltung Mazedoniens zu verfestigen und mittelfristig eine territoriale Neuordnung der gesamten Region zu befördern.

Wir werden die UCK nicht dazu zwingen, uns irgendwelche Waffen auszuliefern", vertraute General Gunnar Lange, Kommandeur des NATO-Einsatzes in Mazedonien, JournalistInnen an. "Nicht nur haben wir dazu kein Mandat, das wäre auch falsch", erklärte er am 16. August. (1) Damit widersprach der NATO-Kommandeur bereits vor Beginn der offiziell auf 30 Tage Dauer befristeten Waffenkollekte den Verlautbarungen der PolitikerInnen, die den Mazedonien-Einsatz mit der angeblich beabsichtigten Entwaffnung der albanischen Separatistentruppe UCK begründeten. Kein Zweifel: Sicher werden die UCK-Kämpfer mit symbolischen Gesten freiwillig einige Waffen aushändigen. Aber niemand glaubt ernsthaft, dass sich die UCK vollständig entwaffnen lässt. Etwa um dann, nach einem eventuellen Rückzug der NATO, unbewaffnet der mazedonischen Armee gegenüberzustehen? Selbst General Lange erklärt freimütig, in der Region gäbe es inzwischen so viele Waffen, dass die UCK keine Schwierigkeit haben dürfte, sich neu aufzurüsten, falls es an Kriegsmaterial fehle. (2)

Niemand weiß so recht, wie viel Waffen die UCK gebunkert hat. Nach eigenen Angaben möchte sie 2.300 freiwillig abliefern. Die NATO erwartet 3.000. Das mazedonische Innenministerium wiederum nennt die Zahl von 85.000 abzugebenden Waffen. Ob damit schwere Waffen wie Mörsergranatwerfer gemeint sind oder leichte Feuerwaffen, bleibt in den Verlautbarungen unklar. Viele der Waffen stammen aus den Beständen der kosovarischen UCK, die vor 1999 von den NATO-Staaten bewaffnet worden war. Erst säen, dann ernten, könnte die Devise des NATO-Einsatzes lauten.

Vieles deutet aber darauf hin, dass die Ernte eher spärlich ausfallen wird und die Entwaffnung ähnlich gehandhabt werden soll wie die "Demilitarisierung" der Kosovo-UCK nach dem Ende des NATO-Luftkrieges gegen Jugoslawien 1999. Auch damals wurde die Abgabe der Waffen versprochen. Während ein paar Gewehre eingesammelt wurden, wandelte sich der harte Kern der UCK aber unter KFOR- und UN-Kontrolle in das Kosovo-Schutz-Korps (KPC) um, das heute 5.000 Mitglieder und 2.000 Reservisten umfasst. Eigentlich soll es zum Katastrophenschutz eingesetzt werden. Tatsächlich bildet es aber unter dem Kommando des ehemaligen Kosovo-UCK-Generalstabschefs Agim Ceku den Nukleus einer künftigen Kosovo-Armee. Die meisten Waffen wurden niemals abgegeben, sondern gebunkert. KPC-Kommandeure und Mitglieder sind nach zahlreichen Berichten an führender Stelle beim Aufbau der mazedonischen UCK beteiligt. Gzim Ostreni beispielsweise, früher führender Offizier der kosovarischen UCK und nach deren offizieller Demobilisierung des KPC, ist heute Generalstabschef der mazedonischen UCK. (3)

Die in Mazedonien eingesetzten westlichen Vermittler betonen immer wieder, dass die NATO-Mission der Aufrechterhaltung der territorialen Einheit des Landes diene. In dem am 13.8.2001 unter US- und EU-Aufsicht ausgehandelten Friedensabkommen zwischen slawisch- und albanisch-mazedonischen Parteivertretern, das als eine Vorbedingung für die Truppenentsendung galt, heißt es: "Mazedoniens Souveränität und territoriale Integrität sowie der einheitliche Charakter des Staates sind unverletzbar und müssen erhalten bleiben. Es gibt keine territorialen Lösungen ethnischer Fragen." (4) Genauso wenig wie es realistisch scheint, die NATO wolle die UCK entwaffnen, dürfte dieses Vorhaben ernst gemeint sein. Diesen Eindruck vermitteln zumindest die konkreten Reformvorhaben, welche das Abkommen vorsieht, und der politische Kontext, in dem es ausgehandelt wurde.

Die NATO kommt, um zu bleiben

Die UCK konnte durch die Offensive der vergangenen sechs Monate große Teile des nördlichen und westlichen Mazedoniens unter militärische Kontrolle bringen. Ihre Führer machen keinen Hehl daraus, dass sie die Ankunft der NATO-Truppen freudig erwarten. UCK-Chef Ali Ahmeti gibt sogar Pressekonferenzen mit NATO-Fahnen im Rücken. (5) Ihr Kalkül: Die 3.500 NATO-Soldaten werden in den von der UCK kontrollierten Gebieten stationiert, die mehrheitlich von AlbanerInnen bewohnt sind. Damit wird eine Demarkationslinie zwischen der UCK-kontrollierten Region und dem restlichen Mazedonien gezogen. Die mazedonische Armee wird in dieser Region keine militärischen Operationen mehr durchführen können, um den UCK-Einfluss zurückzudrängen, da die NATO dies verhindern wird, schließlich ist sie ja zur Vermeidung eines Bürgerkriegs einmarschiert. De facto entsteht so ein NATO-Protektorat, in dem die UCK zur lokalen Ordnungsmacht wird, ganz ähnlich wie im direkt angrenzenden Kosovo. Die Regierung in Skopje wird die Kontrolle über die Gebiete weitgehend aus den Händen verlieren.

Ohrid-Abkommen: Ethnifizierung der Politik

Vor diesem Hintergrund erscheint das Abkommen von Ohrid vom 13.8.2001 in einem anderen Licht, als die vordergründigen Verpflichtungen auf den Erhalt des mazedonischen Staates suggerieren. Nach siebenwöchigem Verhandlungsmarathon war es dem EU-Gesandten François Leotard und dem US-Sonderbotschafter James Pardew gelungen, die Vertreter der slawisch-mazedonischen Parteien VMRO-DPMNE und SDSM unter Einsatz aller möglichen diplomatischen Druckmittel zur Unterschrift des Dokumentes zu zwingen, das die komplette Ethnifizierung der Politik in Mazedonien bedeutet. Die Vertreter der albanischen Parteien DPA und PDP unterschrieben selbstverständlich ebenfalls, nicht ohne vorher grünes Licht von UCK-Chef Ahmeti bekommen zu haben. Wesentliche Kernpunkte sind: In Gebieten mit mindestens 20 Prozent albanischer Bevölkerung wird das Albanische auf lokaler Ebene zur gleichberechtigten Staatssprache. In den öffentlichen Verwaltungen und Behörden werden die Jobs entsprechend der ethnischen Zusammensetzung der lokalen Bevölkerung verteilt. Das bedeutet unter anderem, dass etwa tausend neue albanische Polizisten eingestellt werden müssen, die hauptsächlich in albanischen Gebieten eingesetzt werden sollen. Der Annex C des Abkommens schreibt außerdem vor, dass die lokalen Selbstregierungen gestärkt werden sollen. Im Parlament benötigen alle Gesetzesvorhaben mit "kultureller oder sprachlicher Bedeutung" eine Zweidrittelmehrheit und mindestens 50 Prozent der Abgeordnetenstimmen der Vertreter der betroffenen ethnischen Minderheit. (6)

Das Ohrid-Abkommen muss innerhalb von 45 Tagen nach der Unterzeichnung, also spätestens bis zum 27.9., im Parlament von einer Zweidrittel-Mehrheit ratifiziert werden, um in Kraft zu treten. Eine Voraussetzung dafür ist die zuvor erfolgte UCK-Entwaffnung, erklären die slawisch-mazedonischen Politiker. Es darf also bezweifelt werden, dass es jemals zur Ratfizierung des Abkommens kommen wird. Nicht zuletzt deshalb, weil die slawisch-mazedonischen Politiker unter wachsenden Druck großer Teile der Bevölkerung geraten, die das Abkommen als den Beginn der Teilung des Landes betrachten. Auch führende VMRO-DPMNE-Politiker, wie Premierminister Georgievski und Parlamentspräsident Andov, machen aus ihrer Abneigung gegen das Abkommen keinen Hehl. Der Druck der westlichen Diplomatie auf eine Unterzeichnung des Abkommens hat zu einer Radikalisierung weiter Teile der slawisch-mazedonischen Bevölkerung geführt. In den mehrheitlich von slawischen MazedonierInnen bewohnten Gebieten werden die NATO-Truppen als Besatzungsmacht betrachtet. Keine sonderlich guten Bedingungen für eine "Friedensmission".

Während in den meisten westlichen Medien die Furcht der slawisch-mazedonischen Bevölkerung vor einer ethnischen Teilung des Landes als paranoid abgestempelt wird, sprechen die Vorgänge innerhalb der UCK-kontrollierten Gebiete eine andere Sprache. Seit Beginn der UCK-Offensive Anfang des Jahres mussten über 100.000 Menschen vor Kampfhandlungen fliehen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks befinden sich davon 53.000 im Kosovo, 60.000 Menschen sind innerhalb Mazedoniens auf der Flucht. In verschiedenen Dörfern hat die UCK allem Anschein nach "ethnische Säuberungen" durchgeführt, berichten hunderte slawisch-mazedonische Flüchtlinge, die in die Hauptstadt Skopje oder andere Orte geflüchtet sind. (7) Die Befürchtung der slawischen MazedonierInnen ist, dass nach dem Abzug der Armee und dem Einmarsch der NATO in die mehrheitlich albanisch bewohnten Gebiete Ähnliches passieren könnte wie im Kosovo. Dort terrorisieren albanische NationalistInnen unter den Augen der KFOR seit 1999 alle Nicht-AlbanerInnen, von denen die meisten flüchten mussten. Bis heute haben die 200.000 serbischen Kosovo-Vertriebenen keine Chance auf eine Rückkehr und fristen zum großen Teil in Flüchtlingsunterkünften in Serbien ein tristes Leben.

Erntehelfer Bundeswehr

Diese Perspektive vor Augen macht verständlich, warum slawisch-mazedonische NationalistInnen zur Volksbewaffnung aufrufen und seit Monaten wachsende Zustimmung finden. Dabei mobilisieren sie die ohnehin starken anti-albanischen Ressentiments in der slawischen Bevölkerung. Falls die NATO-Truppen nach der 30-Tage-Frist tatsächlich wieder aus Mazedonien abziehen werden, wird das Land vor tieferen ethnischen Gräben stehen als jemals zuvor seit der Unabhängigkeitserklärung 1992. Doch allem Anschein nach kommen die NATO-Truppen, um zu bleiben. Das verlautbaren hohe NATO-Offiziere bereits jetzt. (8)

Im Kontext der gesamten Situation auf dem Balkan deutet der NATO-Einsatz in Mazedonien darauf hin, dass der Weg zur territorialen Neuordnung entlang ethnischer Grenzen weiter beschritten wird. Eine Teilung Mazedoniens würde die Auflösungstendenzen des jugoslawischen Reststaates beschleunigen. Sowohl in Montenegro als auch im Kosovo würden die sezessionistischen Kräfte weiter Auftrieb erhalten, zumal der Machtkampf zwischen dem noch-jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica und dem serbischen Premier Zoran Djindjic den Bestand der ohnehin fast nur noch formal bestehenden Föderation, die Serbien, Montenegro und Kosovo vereint, endgültig auf das Spiel setzt. Neue Unabhängigkeitsproklamationen wiederum würden die Grundfesten Bosnien-Herzegovinas erschüttern. Hier offenbart sich das Scheitern des Dayton-Abkommens von 1995 immer deutlicher. Auch sechs Jahre nach dem Ende des Krieges ist das Land ethnisch und politisch in einen kroatischen, serbischen und muslimischen Teil gespalten. Sowohl auf kroatischer als auch auf serbischer Seite wachsen die Kräfte, welche eine Angliederung an das jeweilige "Mutterland" fordern.

Bei Redaktionsschluss (24.8.) hatte der Bundestag noch nicht über den Mazedonien-Einsatz beschlossen. Deutlich ist aber in jedem Fall, dass die Mazedonien-Mission zur weiteren Militarisierung der Außenpolitik genutzt wird. 500 Bundeswehr-Soldaten, darunter 300 von der neuen Division Spezielle Operationen (DSO) aus Regensburg und den Kommando-Spezialkräften (KSK) aus Calw, sollen die NATO-Truppe verstärken. Trotz erheblicher Bedenken aus allen Bundestagsfraktionen stand für die Schröder/Fischer-Regierung eine Beteiligung an Essential Harvest nie in Frage. Auch ohne Parlamentsbeschluss stimmte der deutsche Botschafter bei der NATO dem Einsatz am 22.8. zu. Die unklaren Mehrheitsverhältnisse im Bundestag nutzend, machten die CDU-Außenpolitiker Wolfgang Schäuble und Karl Lamers gleich den Vorschlag, das Parlamentsvotum gänzlich abzuschaffen. Dem Spiegel sagte Lamers: "Der Parlamentsvorbehalt beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit unseres Landes ... Die operative Leitung militärischer Einsätze muss Sache der Regierung und der Bundeswehr sein." (9) Bei Außenminister Fischer und Bundeskanzler Schröder stößt der Vorschlag auf Zustimmung.

Boris Kanzleiter, 24.8.2001

Anmerkungen:

1) taz, 17.8.2001

2) Reuters, 22.8.2001

3) Dnevnik, 17.8.2001; Süddeutsche Zeitung 1.8.2001

4) www.president.gov.mk

5) Balkan Report 273, 21.8.2001

6) www.president.gov.mk; ICG Balkans Briefing Paper, 15.8.2001: Macedonia War on Hold.

7) www.realitymacedonia.org.mk/; Neue Züricher Zeitung, 22.8.2001

8) taz, 23.8.2001

9) Spiegel, 20.8.2001

14. Westpapua: Tragödie in ungezählten Akten. Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil IV)

Autor: Vo. · Rubrik: Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:17

Nach dem Machtwechsel in Indonesien im Juli haben sich die Chancen für eine Lösung des Westpapua-Konfliktes verschlechtert. Allgemein wird erwartet, dass die eng mit dem Militär verbundene neue Präsidentin Sukarnoputri wieder einen härteren Kurs gegen die nach Unabhängigkeit strebenden Kräfte in der östlichsten indonesischen Provinz einschlagen wird.

Der westliche Teil der Insel Neuguinea kam 1883 unter holländische Kolonialherrschaft. Während das ebenfalls niederländisch kolonialisierte Ostindien im Jahre 1949 als neuer Staat Indonesien die Unabhängigkeit erlangte, verblieb das westliche Neuguinea zunächst unter holländischer Herrschaft. In den 50er Jahren bereiteten die NiederländerInnen den Übergang der Kolonie in die Unabhängigkeit vor. Im Mai 1961 bildeten VertreterInnen der 250 indigenen Sprachgruppen den Neuguinea-Rat als Kern einer künftigen Regierung des neu zu gründenden Staates. Am 1. Dezember 1961 proklamierte ein nationaler Kongress die Unabhängigkeit Westpapuas.

Doch konnte sich der junge Staat nicht konsolidieren. Indonesien unter Präsident Sukarno beanspruchte das Gebiet für sich und behauptete, es von holländischer Kolonialherrschaft befreien zu wollen. Anfang 1962 drangen indonesische Truppen in Westpapua ein. Unter massivem Druck der USA erklärte sich die niederländische Regierung in einem mit Indonesien am 15.8.1962 in New York getroffenen Abkommen zur Übergabe des Territoriums an eine UN-Übergangsverwaltung bereit. Diese Vereinbarung wurde ohne westpapuanische Beteiligung geschlossen. Nach nur sieben Monaten jagten die IndonesierInnen die UN-Verwaltung davon, besetzten Westpapua und schlossen es als Provinz Irian Barat (später: Irian Jaya) Indonesien an (1963).

Verraten und verkauft

1969 ließ sich die indonesische Regierung diese Okkupation absegnen: 1025 handverlesene "Repräsentanten" der westpapuanischen Bevölkerung votierten in einem so genannten "Act of Free Choice" für den Anschluss ihrer Heimat an Indonesien. Die Generalversammlung der UN nahm dieses Votum "zur Kenntnis" und strich Westpapua von der Liste der zu entkolonialisierenden Territorien. Seither erkennt die "internationale Staatengemeinschaft" an, dass Westpapua integraler Bestandteil der Republik Indonesien sei.

Nicht so allerdings die westpapuanische Unabhängigkeitsbewegung. Sie hat den "Act of Free Choice" stets als "Act of No Choice" zurückgewiesen, und sie besteht darauf, dass die UN ihre fehlerhafte Entscheidung von 1969 zurücknehmen und der Bevölkerung Westpapuas das Recht auf Selbstbestimmung einräumen. Seit Besetzung ihres Landes in den 60er Jahren durch Indonesien kämpft der bewaffnete Arm der Unabhängigkeitsbewegung, die OPM (Organisasi Papua Merdeka - Organisation Freies Papua), für dieses Recht. Damit handelt es sich bei der OPM um die älteste nationale Befreiungsbewegung weltweit.

In der Suharto-Ära herrschte das indonesische Militär mit harter Hand in Westpapua. Die OPM war ihm zwar militärisch weit unterlegen, konnte aber in dem für Guerillakriegführung geradezu idealen Terrain nie endgültig geschlagen werden. Die Zivilbevölkerung hingegen war Opfer massiven indonesischen Terrors: Zehntausende von Menschen wurden umgebracht; die indonesischen Streitkräfte machten sich schwerster Menschenrechtsverletzungen: Folter, außergerichtliche Hinrichtungen, "Verschwindenlassen" von UnabhängigkeitsbefürworterInnen - schuldig. Tausende von Menschen flohen vor dem Militär in die Berge oder ins benachbarte Papua-Neuguinea. Viele gingen auf Dauer in die Niederlande, nach Australien, Papua-Neuguinea oder andere Länder ins Exil. Die indonesische Regierung wiederum verfrachtete im Kontext ihres Transmigrasi-Programms Hunderttausende von IndonesierInnen aus anderen dicht besiedelten Provinzen nach Westpapua, um so die indonesische Herrschaft zu festigen. Das führte dazu, dass heute den rund 1,2 Millionen mealnesischen Westpapuas rund eine Millionen indonesische ZuwandererInnen gegenüber stehen. Zudem beutete das Suharto-Regime die ressourcenreiche Provinz gnadenlos aus. Die Ausbeutung der Bodenschätze, vor allem Kupfer, Gold und Erdöl, sowie die Abholzung der Regenwälder bescherten dem Regime und ausländischen Konzernen immense Profite. Die einheimische Bevölkerung hingegen ging leer aus; von der versprochenen "Entwicklung" für die nach indonesischer Lesart "zurückgebliebenen" und

"primitiven" Papua-Stämme war so gut wie nichts zu bemerken. Vielmehr hatten die Menschen unter Vertreibungen, Zerstörung ihrer Umwelt und Lebensgrundlagen und rassistischer indonesischer Überheblichkeit zu leiden. Angesichts dieser Zustände blieb der Wunsch nach Unabhängigkeit in der Bevölkerung stets lebendig.

Mit dem Ende der Suharto-Ära eröffneten sich auch für die Westpapuas neue politische Möglichkeiten. Die Unabhängigkeitsbewegung nahm einen Aufschwung, nicht zuletzt beflügelt durch die Entwicklung in Ost-Timor. Neben der OPM entstanden vor allem in den Städten Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie politische Vereinigungen, die den neuen Entfaltungsspielraum nutzten und begannen, für das alte Ziel der Unabhängigkeit mit neuen Methoden zu kämpfen.

Am 26. Februar 1999 wurde eine Delegation von einhundert RepräsentantInnen der westpapuanischen Bevölkerung beim damaligen indonesischen Präsidenten Habibie vorstellig und konfrontierte ihn mit einer Erklärung, in der es hieß, dass "das Volk Westpapuas sich von der Republik Indonesien zu trennen wünsche, vollständig souverän und unabhängig sein wolle unter den anderen Nationen der Welt". Das folgende Jahr war gekennzeichnet von einer politischen Mobilisierung für die Unabhängigkeit. Sie mündete im Zweiten Papuanischen Volkskongress ("zweiter" in Bezug auf den Kongress vom Dezember 1961), der Ende Mai/Anfang Juni 2000 mehr als 3000 Papua-VertreterInnen in Port Numbay zusammenführte. Dieser Kongress bekräftigte die Unabhängigkeitserklärung von 1961, erklärte die indonesische Besetzung Westpapuas für illegal und den "Act of Free Choice" von 1969 für ungültig. Ferner versicherte man, diese Unabhängigkeit mit friedlichen und demokratischen Mitteln und auf dem Wege von Verhandlungen mit der indonesischen Regierung realisieren zu wollen. Der Kongress wählte ein 31-köpfiges Präsidium - gleichsam eine Regierung im Wartestand - und autorisierte dieses Gremium zu Verhandlungen mit der indonesischen Seite.

Diese lehnte - wie nicht anders zu erwarten - die Positionen des Kongresses ab. Gleichwohl zeigte sich Präsident Wahid gesprächsbereit. Sein Angebot: Autonomie im Rahmen Indonesiens. Schon bei seinem Besuch Westpapuas zur Jahreswende 1999/2000 hatte er sich für die in der Vergangenheit begangenen Menschenrechtsverletzungen entschuldigt und deren Untersuchung versprochen sowie angekündigt, den Namen der Provinz von "Irian Jaya" in "Papua" ändern zu lassen. Zudem erlaubte er das Hissen der Morgenstern-Fahne, der symbolbeladenen Flagge der Unabhängigkeitsbewegung - allerdings nur neben der indonesischen Fahne, und ein wenig kleiner und tiefer. (Das Zeigen dieser Fahne war zuvor mit der Todesstrafe bedroht). Im Juli 2000 empfing er eine westpapuanische Delegation, die ihm die Beschlüsse des Kongresses vortrug.

Wahids aufgeschlossener Kurs passte dem Militär und den alten Suharto-Kräften offensichtlich nicht. Diese befürchteten, nach Ost-Timor eine weitere Provinz zu verlieren. Sie verstärkten daher den Druck auf Wahid. Und gleichzeitig verschärften sie auf eigene Rechnung die Gangart gegenüber der westpapuanischen Unabhängigkeitsbewegung. Das führte im Herbst 2000 zu einer Eskalation der Gewalt.

Trotz der auf Versöhnung und Zugeständnisse gerichteten symbolischen Akte Wahids wurden in 2000 zugleich die indonesischen Sicherheitskräfte - Militär und paramilitärische Polizei - in Westpapua massiv um mehrere Tausend Mann verstärkt. Und nach dem Vorbild Ost-Timors wurden mit Unterstützung des Militärs pro-indonesische Milizen aufgebaut; im Januar 2001 übernahm zudem Generalmajor Simbolon das Oberkommando der in Westpapua stationierten indonesischen Truppen - Simbolon ist einer der Schlächter von Ost-Timor und war dort hauptverantwortlich für den Aufbau der pro-indonesischen Milizen.

Am 6. Oktober 2000 kam es in der Stadt Wamena im Hochland zu den schwerwiegendsten gewaltsamen Zusammenstößen der Wahid-Zeit. Dort hatten Militär und Polizei Morgenstern-Fahnen von Flaggenmasten geholt und die diese Fahnen beschützenden Angehörigen der dem Papua-Präsidium ergebenen Unabhängigkeits-Miliz angegriffen. Die Militärs töteten mehrere Milizionäre. Daraufhin zog eine große Menge Papuas plündernd und mordend durch die von indonesischen ZuwandererInnen bewohnten Stadtteile. 24 IndonesierInnen wurden getötet, Tausende flüchteten daraufhin aus der Stadt. Militär und Polizei begannen mit einer brutalen Jagd auf die westpapuanischen UnabhängigkeitsbefürworterInnen. Rund 80 Westpapua wurden verhaftet und in der Haft zum Teil schwer gefoltert. Diese Ereignisse sind besonders tragisch, weil sich erstmals die Gewalt der Westpapuas gegen die indonesischen ZuwandererInnen richtete. Bis dahin waren stets nur die indonesischen Sicherheitskräfte Ziel militanter Aktionen gewesen. Die Provokationsstrategie des

Militärs, den Konflikt zu einem "ethnischen" zwischen Westpapuas und Indonesiern zu machen, zeigten also einen ersten Erfolg.

Im Dezember 2000 verschärfte das Militär seine Provokationen. Anlass waren die Feiern der Westpapuas am 1.12., mit denen sie der Unabhängigkeitserklärung von 1961 gedachten. In Jayapura überfiel das Militär am 7.12. Studentenwohnheime, ermordete mehrere SchülerInnen und StudentInnen und nahm mehr als einhundert gefangen und folterte sie teilweise schwer. An verschiedenen Orten kam es zu Kämpfen, eine Welle der Repression rollte durch Westpapua. Die fünf führenden Mitglieder des Papua-Präsidiums wurden verhaftet und wegen separatistischer Aktivitäten angeklagt. Wieder flüchteten Hunderte von Westpapuas über die Grenze nach Papua-Neuguinea. Kirchen und Menschenrechtsorganisationen wiesen den Militärs zahlreiche Menschenrechtsverletzungen nach: Willkürliche Verhaftungen, Niederbrennen von Häusern, "Verschwindenlassen" von Personen, Folter. Bisher wurde noch kein indonesischer Soldat hierfür zur Rechenschaft gezogen. Statt dessen überschwemmt gegenwärtig eine Prozesswelle prominente UnabhängigkeitsbefürworterInnen und einfache Satgas Papua - Mitglieder.

Eskalation der Gewalt

Durch den Machtwechsel in Jakarta haben jene Kräfte, die weiterhin auf gewaltsame Repression der Unabhängigkeitsbestrebungen setzen, Oberwasser bekommen. Megawati Sukarnoputri gilt als entschiedene Verfechterin des indonesischen Einheitsstaates; insbesondere pflegt sie den Mythos ihres Vaters Sukarno, demzufolge er Westpapua für Indonesien aus den Klauen des holländischen Kolonialismus befreit habe. Aber nicht nur diese große ideologische Bedeutung unterscheidet Westpapua vom Fall Ost-Timor, sondern vor allem auch die überragende ökonomische Bedeutung, die die Region auf Grund ihres Ressourcenreichtums für Indonesien hat. Auch wenn die UnabhängigkeitsbefürworterInnen immer wieder Ost-Timor als ermutigendes Vorbild heranziehen, so ist doch zu erkennen, dass die Ausgangsbedingungen für einen Erfolg der Unabhängigkeitsbestrebungen in Westpapua viel schlechter sind. Die herrschenden Kräfte in Indonesien werden ihre Beute Westpapua mit allen Mitteln verteidigen. Sie haben dabei auch die nahezu uneingeschränkte Unterstützung der "internationalen Staatengemeinschaft": Die USA, Australien, die EU, die Niederlande und alle anderen beeilen sich immer wieder zu erklären, dass Westpapua integraler Bestandteil Indonesiens ist. Allenfalls Jakarta ist bereit, Westpapua eine "spezielle Autonomie" innerhalb Indonesiens einzuräumen.

Über verschiedene Modelle einer solchen Autonomie wird zur Zeit in den politischen Gremien in Jakarta diskutiert - allerdings ohne die UnabhängigkeitsbefürworterInnen. Diese kämpfen weiter unter dem Slogan "Autonomie nein - Unabhängigkeit ja". Sie haben Megawati vor dem Anstreben einer "militärischen Lösung" gewarnt und sie zum Dialog aufgefordert. Doch ihre Chancen stehen schlecht. Vor ein paar Tagen hat sich Sukarnoputri in einer programmatischen Rede anlässlich des indonesischen Unabhängigkeitstages zwar für die Menschenrechtsverletzungen in Westpapua entschuldigt und einmal mehr "spezielle Autonomie" angekündigt, doch gleichzeitig klar gemacht, dass Westpapua "niemals" Unabhängigkeit erlangen werde.

In der nächsten ak: Zusammenfassung und Ausblick

Vo.

II. Internationales Solidaritätstreffen zu Westpapua

"Visionen für ein neues Papua"

15.-17. Oktober 2001

Neuendettelsau bei Nürnberg

Informationen und Anmeldung bei: Pazifik-Informationsstelle, Hauptstr. 2, 91564 Neuendettelsau, Tel.: 09874-91220, pazifik-info@missionswerk-bayern.de

15. Kampf gegen die Straflosigkeit. Sara Méndez auf Europareise

Autor: Nicole Graul und Manuela Happe · Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:22

"Por verdad y memoria" - am 20. Mai diesen Jahres gingen 70.000 Menschen auf die Straßen der uruguayischen Hauptstadt Montevideo, um gegen die Straflosigkeit der Militärverbrechen und für die verschwundenen Personen zu demonstrieren. Unter ihnen Sara Méndez; sie wurde zum Sinnbild für die Verbrechen der Militärdiktaturen in Uruguay und Argentinien. Seit 25 Jahren gibt sie die Suche nach ihrem von Militärs geraubten Sohn nicht auf, kämpft gegen die Straflosigkeit der uniformierten Mörder und für die Aufklärung der Diktaturverbrechen. Im Juni diesen Jahres sprach sie in Hamburg.

In den 70er-Jahren herrschten in fast allen Ländern Lateinamerikas Militärdiktaturen. Nach Jahren des Ausnahmezustandes putschte sich 1973 auch das Militär in Uruguay an die Macht. Viele Menschen verließen das Land und flohen vor der Repression in das benachbarte Argentinien. Buenos Aires war zu diesem Zeitpunkt Fluchtpunkt für politisch Verfolgte aus dem gesamten Cono Sur, dem südlichen Kegel des amerikanischen Kontinents (Chile, Argentinien, Paraguay, Uruguay). Doch drei Jahre später intensivierte auch in Argentinien ein Staatsstreich den Terror, und die Zusammenarbeit der Diktaturen ermöglichte die Verfolgung politischer Flüchtlinge im Ausland und die illegale Auslieferung von Gefangenen. Die Militärdiktaturen Chiles, Boliviens, Brasiliens, Paraguays, Argentiniens und Uruguays hatten auf Geheimdienst- und Militärebene beschlossen, gemeinsam Jagd zu machen auf Oppositionelle, Guerillagruppen und alle, die sie als RegimegegnerInnen ausmachten.

Zusammenarbeit zwischen Militärdiktaturen

Diese als Plan Cóndor bekannt gewordene Operation baute die Ländergrenzen ab, um die Verfolgung intensivieren und ausweiten zu können. Kommandos von Militärs und Paramilitärs wurden gebildet. Bisherige Bilanz dieser Internationalen des Staatsterrorismus: in Argentinien wurden mehr als 30.000 Menschen systematisch verschleppt, einige hundert Opfer gehen nachweislich auf das Konto von Spezialeinheiten, im Südteil Lateinamerikas wurden ungefähr 50.000 Menschen ermordet, 35.000 zählen als verschwunden, 400.000 wurden inhaftiert und meist gefoltert. Die Veröffentlichung von Geheimdokumenten belegt, dass der US-amerikanische Geheimdienst CIA über Existenz und Ziele der Operation unterrichtet und in sie verwickelt war. Verschiedene Papiere tragen die Unterschrift des damaligen Außenministers der USA, Henry Kissinger.

Auch Sara Méndez geriet ins Fadenkreuz des Plan Cóndor. Als jugendliche Aktivistin der Anarchistischen Föderation Uruguays auf den Listen der Militärs registriert, floh sie 1973 nach Buenos Aires. Hier wurde sie kurz nach dem Putsch in einer groß angelegten Operation, bei der mehr als 50 Menschen verhaftet wurden, von uruguayischen und argentinischen Militärs in das als Autowerkstatt getarnte Folterzentrum Automotores Orletti verschleppt, eines der vielen klandestinen Gefängnisse, die während der Militärdiktaturen eingerichtet wurden. Ihren damals 20 Tage alten Sohn nahm man ihr weg. Auf Grund eines Zufalls entkam sie dem Tod. Sara Méndez gehört zu den wenigen UruguayerInnen, die ihre Verhaftung in Argentinien überlebten. Um das Weiterbestehen des Militärapparates in Uruguay zu rechtfertigen, wurden die uruguayischen Gefangenen zurück nach Montevideo gebracht und dort in einer inszenierten Verhaftungsaktion von einem zentralen Militärkommando "festgenommen". Hiermit waren sie sozusagen als politische Gefangene legitimiert; Sara Méndez kam für viereinhalb Jahre ins Frauengefängnis.

Amnestie für Militärs

Seit ihrer Freilassung 1981 sucht sie nach ihrem Sohn Simón, zuerst in Zusammenarbeit mit argentinischen Menschenrechtsorganisationen und den Madres de Plaza de Mayo, die schon damals auf der Suche nach ihren Enkelkindern waren. 1986 erhielt sie eine Information über ein Kind, von dem sie ziemlich sicher war, dass es Simón sei. Zehn Jahre hat es gedauert, bis die DNA-Analyse als sicherer Nachweis durchführt wurde. Letztes Jahr stellte sich heraus, dass es sich nicht um Simón handelte.

In Uruguay herrscht seit 1985 eine formale Demokratie, doch das 1986 erlassene Ley de Caducidad, welches die Militärverbrechen amnestiert und welches bis heute gilt, blockt alle Unternehmungen ab, die Aufklärung

schaffen wollen. "Die Straflosigkeit ist kein zufälliges historisches Ereignis am Ende der Militärdiktatur", sagt Sara Méndez, "sondern das Ergebnis eines Paktes, den Militärs und zivile Kräfte geschlossen haben."

Uruguay ist innerhalb des Cono Sur in Bezug auf die Aufklärung der Verbrechen während der Diktatur am Rückständigsten. Die verschwundenen Menschen in wie auch außerhalb von Uruguay sind bis vor kurzem von keiner der auf die Militärdiktatur folgenden Regierungen offiziell als verschwunden anerkannt worden. Das Verschwindenlassen existierte offiziell nicht, es gab keine Verschwundenen. Im Unterschied zu Argentinien oder Chile ist in Uruguay noch kein einziger Militär in einen Strafprozess verwickelt worden. Außerdem werden die Menschenrechtsverletzungen in Uruguay dahingehend bewertet, so Sara Méndez, dass dort das Verschwindenlassen im Gegensatz zu Argentinien kein systematisches Mittel der Repression gewesen sei. In Argentinien wurden ungefähr 30.000 Menschen verschleppt (4.000 davon wurden gefesselt, mit Gewichten beschwert und von Flugzeugen aus ins Meer geworfen), in Uruguay "nur" ca. 30.140 exilierte UruguayerInnen verschwanden in Argentinien.

Sara Méndez weiß, wer ihre Folterer sind. Es existiert sogar eine Liste der Militärs, die in ihrem Fall beteiligt waren. "Daraus ergibt sich die paradoxe Situation, dass die Mutter überlebt, der Sohn verschwindet und die Verantwortlichen dafür bekannt sind, auch die, die dabei waren. Die Militärs, die für die gewaltsame Entführung von Simón verantwortlich sind, leben heute in Uruguay, äußern sich aber nicht dazu." Sara Méndez richtet ihren Appell deshalb auch insbesondere an den uruguayischen Präsidenten, denn der ist zugleich oberster Befehlshaber der Streitkräfte und somit Vorgesetzter derjenigen Militärs, die die Entführung damals durchgeführt haben.

Jorge Batlle, seit 1999 im Amt, ist der erste Präsident Uruguays, der es heute, 17 Jahre nach der Militärdiktatur, gegen den Widerstand der Generäle wagt, nach den Verschwundenen zu suchen. Zu Beginn seiner Amtszeit hat er dieses Thema auf die Agenda gesetzt. Ob er an der Generalamnestie für die Militärs rütteln will, ist jedoch fraglich. Erklärte er den Militärs doch letztes Jahr noch, sie müssten keine Angst haben, in Uruguay werde kein Mitglied der Streitkräfte ins Gefängnis kommen. Vielmehr ginge es darum, den BürgerInnen "ihren Frieden zurückzugeben und ein Gefühl von Verständnis zu schaffen". Immerhin richtete Batlle letztes Jahr die Comisión para la Paz ein, die das Schicksal von 150 UruguayerInnen und ihrer in geheimer Haft geborenen Kinder erforschen soll. Sie setzt sich zusammen aus VertreterInnen der Kirche, der Regierung und des linken Oppositionsbündnisses Frente Amplio. Sara Méndez räumt der Kommission die Möglichkeit ein, "die Fälle von Entführungen zu untersuchen, aber", so Méndez, "sie hat überhaupt keine Handhabe, juristisch irgendetwas durchzuführen. Im Grunde ist sie eine Kommission ohne weitere Befugnisse."

Kommission ohne Befugnisse

Hoffnung setzt sie in internationales Eingreifen und Solidarität, um den Druck auf die uruguayische Regierung zu erhöhen. Sofern Verbrechen gegen die Menschlichkeit im eigenen Land nicht verfolgt werden, kann im Ausland gegen sie Anklage erhoben werden. Dies bringt die Militärs in den einzelnen Ländern in eine neue Situation. Für richtungsweisend hält Sara Méndez die Aktivitäten des spanischen Richters Baltasar Garzón, mit dem sie sich im Juni diesen Jahres in Madrid traf, um die Fälle sämtlicher im Zusammenhang mit dem Plan Cóndor Verschwundenen in Uruguay und Argentinien zur Sprache zu bringen. Denn Garzón beschäftigt sich nicht nur mit den in Lateinamerika verschwundenen SpanierInnen, sondern vertritt die Position, dass das Verschwindenlassen völkerrechtlich den Straftatbestand des Völkermordes erfüllt. Dass die europäischen Länder, die Anklage gegen lateinamerikanische Militärs erheben, hiermit von der eigenen nötigen Vergangenheitsbewältigung und von ihren gegenwärtigen Strategien zur Aufstandsbekämpfung im Innern ablenken, lässt Sara Méndez dahingestellt. Garzóns Arbeit in Bezug auf Lateinamerika hält sie für bedeutend. "Dass es zu Verurteilungen kam, ist Fakt, und das muss man anerkennen. Das Argument, dass man an solche Leute wie Pinochet nicht herankommt, ist durch die Ereignisse der letzten Jahre hinfällig geworden." Nur dass der sich in Chile immer noch frei bewegen kann.

Sara Méndez ist sich im Klaren darüber, dass ihr Kampf auch nach 25 Jahren noch nicht zu Ende ist. Deshalb war sie hier: "Aber dieses Treffen, das sich gegen die Straflosigkeit richtet, braucht notwendigerweise dieses andere Treffen, zu dem ich Euch zusammenrufe, und das sich Solidarität nennt."

Nicole Graul und Manuela Happe

Amnestiegesetze und Verschwundene

Bedingung für den Übergang zu bürgerlichen Demokratien nach den Militärdiktaturen waren Amnestiegesetze. Konkret bedeutet das zugesicherte Straffreiheit für die uniformierten Mörder. Die Gesetze beziehen sich auf Mord, Folter und Entführung. In Argentinien heißt dieses Gesetz Ley de Punto Final (Schlusspunktgesetz) und in Uruguay Ley de Caducidad (Gesetz der Hinfälligkeit des Strafanspruchs des Staates). In Argentinien folgt dann noch das Gesetz des Gehorsams oder Befehlsnotstandsgesetz. Der Tatbestand des Kindesraubes ist in ihnen nicht enthalten. Außerdem verjähren Kindesraub und Identitätsfälschung nicht, da ihre Folgen andauern. Unter der Voraussetzung, dass hinter der Verschleppung der Kinder ein System stand, wurden in Argentinien schon mehrere hohe Militärs angeklagt. Nicht so in Uruguay. Erst vor kurzem hat der uruguayische Präsident Batlle die Tatsache, dass es Verschwundene gibt, quasi anerkannt.

1994 wurde vor dem interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof eine Konvention erlassen, die das Verschwindenlassen von Menschen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit festschreibt.

Für den spanischen Richter des nationalen Gerichtshofs, Baltasar Garzón, erfüllt das Verschwindenlassen völkerrechtlich den Straftatbestand des Völkermords. 1996 beginnt er in Spanien mit Ermittlungen gegen lateinamerikanische Militärs, 1998 wird der chilenische Ex-Diktator und bis dahin immer noch amtierende militärische Oberbefehlshaber Pinochet in England festgenommen.

Bei den verschwundenen Kindern handelt es sich vor allem um Babys, die die entführten Frauen kurz nach ihrer Verschleppung zur Welt brachten, oft in den Folterzentren. Die Madres de Plaza de Mayo, die schon während der Militärdiktatur in Argentinien anfingen, jeden Donnerstag auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires für die Verschwundenen zu demonstrieren, und die zur festen Größe im Kampf gegen die Verbrechen der Militärdiktaturen geworden sind, gehen davon aus, dass mindestens 500 Kinder verschwunden sind. In der Regel statteten die Militärs die Kinder mit neuer Identität aus und gaben sie illegal an Freunde weiter. Einige behielten sie aber auch selbst. In einem geheimen Militärlager wurde eine Liste mit Namen derjenigen Militärangehörigen gefunden, die kinderlos waren. Die Kinder sollten nicht mit linksorientierten Ideen aufwachsen, sondern in den Militärfamilien "richtige" Werte vermittelt bekommen. 240 Fälle haben die Madres bisher dokumentiert, 60 Kinder wurden gefunden, 31 sind in ihre Familien zurückgekehrt, 13 leben weiter bei ihren Adoptiveltern, sechs Fälle werden noch vor Gericht entschieden und acht Kinder wurden ermordet gefunden.

Nicole Graul und Manuela Hoppe

Quellen:

Vortrag Sara Méndez 7.06.01, Werkstatt 3, Hamburg.

www.simonriquelo.org.uy (homepage Sara Méndez)

www.npla.de (Nachrichtenpool Lateinamerika)

www.comcosur.org

16. Gentechnik oder Hunger. UNDP-Bericht: Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung

Autor: Gregor Kaiser · Rubrik: Gentechnologie; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:18

Zum 12. Mal ist im Juni der Report des UNDP, United Nations Development Programm, zur menschlichen Entwicklung erschienen. Dieser jährlich einem anderen Schwerpunktthema gewidmete Bericht, war in den letzten Jahren trotz eines Mainstreamverständnisses von Entwicklung in weiten Teilen eine Bestätigung der KritikerInnen der herrschenden Wirtschaftsordnung und Politik. In diesem Jahr ist die Kehrtwende vollzogen, die andere UN-Organisationen schon vorgelebt haben. Das UNDP folgt der Marschroute Kofi Annans auf dem Weg zur Förderung der Privatwirtschaft, der Privatisierung von Weltpolitik und der absoluten Technikbegeisterung.

Die Verantwortlichen im öffentlichen und privaten Sektor und in gemeinnützigen Organisationen stehen vor der großen Herausforderung, sich über Mittel und Wege zu einigen, um den globalen Markt so zu segmentieren, dass Produkte der Spitzentechnologie in den Entwicklungsländern zu niedrigen Preisen verkauft werden können, ohne in den Industrieländern die Märkte und die Anreize für die Industrie zu zerstören." (1) Sätze wie dieser durchziehen wie ein roter Faden den neuen UNDP-Report für die menschliche Entwicklung. Im Namen der Armutsbekämpfung und Entwicklung werden für die weltweit agierenden Konzerne Werbung und Marketingstrategien entwickelt. Neben der Propagierung privatwirtschaftlicher Entwicklung werden "die neuen Technologien in den Dienst der menschlichen Entwicklung" gestellt. Gen- und Biotechnologie sowie Informations- und Kommunikationstechnologien sollen helfen, Armut und Hunger zu beseitigen und eine gerechte Welt zu schaffen.

Gentechnik im Sinne der Armen?

Der Bericht, der die Menschen im "Süden" nur als Empfänger von Technologien zur Lösung ihrer Probleme ansieht, hat weltweit Kritik ausgelöst. Einen ursachenorientierten Ansatz oder die Einsicht, dass neue Techniken neue Probleme schaffen, wo die alten noch nicht gelöst sind, gibt es im Vokabular des UNDP nicht. Folge dieser Strategie des UNDP ist, dass eine Minderheit der mächtigen Eliten noch viel reicher werden und noch mehr Macht erhalten wird, so die Kritik von indischen AktivistInnen, die sich lokal in ihren Gemeinschaften für ein besseres Leben einsetzen.

Eine an mehreren Stellen des Berichts auftauchende Formulierung ist, "dass sie (die Entwicklungsländer, ak) davon profitieren können, dass sie nicht zu den führenden Ländern gehören", da sie Fehler vermeiden und von den Industriestaaten lernen können. Die Entwicklungsländer sollen also ihrer Armut dankbar sein, dass die Industrieländer ihnen die Entwicklungskosten abgenommen und Fehler vorexerziert haben und sie jetzt die fertigen Produkte und Technologien überreicht bekommen. Entwicklung wird nur in eine Richtung betrachtet - von Nord nach Süd. Der alte Mythos der nachholenden Entwicklung wird neu aufgewärmt, die Traditionen und angepassten Techniken der Menschen des Südens und deren Nutzung in den reichen Ländern (chinesische Medizin, Nutzung indigenen Wissens) werden negiert. Die verfehlten Politik-, Wirtschafts- und Lebensstile des Nordens geraten so immer mehr aus dem Blickfeld regierungsamtlicher Politik und der Bevölkerung. Technologischer Determinismus par excellence: Das UNDP sieht Technologien als politisch neutral und technischen Wandel als grundsätzlich positiv - überkommen gedachte Entwicklungsparadigmen erleben eine Renaissance. Die Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten der Großtechnologien wird verschwiegen.

Auch die Werbung des UNDP für PPP, Public Private Partnerships, ist nicht zu überlesen. Diese werden pauschal als win-win-Projekte verkauft, die keine Nachteile haben: "Das betroffene Land erhält Zugang zu lebenswichtigen neuen Technologien, das betreffende Unternehmen verbessert sein Image in der Öffentlichkeit und erhält häufig auch Steuervorteile". Schöne heile Welt und Linderung der Armut? Richtiger müsste man wohl sagen: Subventionierung von Nord-Unternehmen auf Kosten des "Südens" mit mindestens fragwürdigen Privatisierungsansätzen der Politik. Beispiele dafür sind die 1-Milliarde-Dollar-Spende von Ted Turner an die UN mit der Verpflichtung, diese nur für Gesundheitspolitik auszugeben; die Global-Compact-Initiative von Kofi Annan, die es Unternehmen erlaubt, mit dem Logo der UN Werbung zu

betreiben oder auch auf nationaler Ebene das Aids-Projekt zwischen DaimlerChrysler und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ. Dass Aids in Sub-Saharaafrika eine schnell um sich greifende Krankheit mit extremen gesellschaftlichen Auswirkungen ist, ist spätestens seit der Kampagne aus dem Frühsommer zur verbilligten Einführung von Medikamenten in Südafrika weltweit bekannt. In Südafrika beschäftigt auch DaimlerChrysler 4.200 MitarbeiterInnen, unter denen eine steigende Anzahl die Symptome der Krankheit zeigt. Um die wirtschaftlichen Kosten von Ausfällen durch Krankheit und Tod zu senken und die Verwertung des Humankapitals zu steigern, möchte DaimlerChrysler Südafrika (DCSA) "seine Belegschaft systematisch und kontinuierlich mit Aufklärung und Information gegen die HIV-Infektion ‚impfen`". (2) Auf Grund mangelnder Erfahrung in diesem Bereich suchte das Unternehmen einen Partner mit Erfahrung in der Aids-Prävention und wurde mit der GTZ fündig. "Im Rahmen einer Public Private Partnership erarbeiten GTZ und DCSA nun gemeinsam eine Unternehmensstrategie für den Umgang mit Aids am Arbeitsplatz sowie für die Information und Gesundheitserziehung (...)".Warum ein Großunternehmen wie DaimlerChrysler (Umsatz 2000: 162,4 Mrd Euro, Operating Profit 9,75 Mrd. Euro, Jahresüberschuss 7,87 Mrd. Euro) mit Unterstützung öffentlicher Mittel ein Projekt durchführen kann, das in erster Linie der Profitmaximierung der Aktionäre und dem Imagegewinn des Unternehmens dient, ist beim besten Willen nicht einleuchtend. Die Vorteile für Daimler liegen auf der Hand, für die Entwicklungszusammenarbeit jedoch ist dieses Projekt ein Rückschritt - oder aber Strategie, das Entwicklungsmodell des Nordens weltweit zu implementieren, ohne Rücksicht auf Verluste.

Akzeptanz für die Gen- und Biotechnologie

Die Aufforderung an die Regierenden, mit den Global Players zusammen zu arbeiten, ist besonders dann gefährlich, wenn grundlegende öffentliche Dienste, z.B. die Gesundheitsversorgung betroffen sind. Der Zugang der Armen zur Basisgesundheitsversorgung ist heute schon nicht ausreichend. Findet jedoch eine noch weitergehende Privatisierung statt, bedeutet dies: ohne Geld keine Behandlung. Gefordert ist daher nicht die kostenintensive Einführung neuer Technologien, sondern breit gefächerte Sozial- und Entwicklungsprogramme, die die Armut bekämpfen.

Im dritten Kapitel, welches unverfänglich "Risikomanagement des technischen Wandels" betitelt ist, aber im Grunde "Akzeptanzbeschaffung für die Gen- und Biotechnologie" heißen müsste, wird behauptet: "Westliche Konsumenten, die nicht unter Lebensmittelknappheit oder Ernährungsdefiziten leiden (...), werden sich viel eher auf die Unbedenklichkeit von Lebensmitteln und den potenziellen Verlust von biologischer Vielfalt konzentrieren, während bäuerliche Gemeinschaften in Entwicklungsländern sicher eher an potenziell höheren Erträgen und höherem Nährwert interessiert sind." Der Report nimmt für sich in Anspruch im Namen der Armen und Hungernden zu sprechen und puscht, um dieses Ziel zu erreichen, Gen- und Informationstechnologien. Er versucht, die Bevölkerung des "Nordens" gegen die des "Südens" auszuspielen und negiert völlig, dass auch in den so genannten Entwicklungsländern die Menschen gegen genmanipulierte Organismen (GMO) vorgehen. Bäuerinnen und Bauern, WissenschaftlerInnen, KonsumentInnengruppen und Indigenas äußern seit Jahren ihre Befürchtungen und Opposition gegenüber GMO.

Bericht als Auftragsarbeit

Die Einführung von GMO in der Landwirtschaft kreiert Märkte für transnationale Unternehmen und zerstört die Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern. Neben vielen der Gentechnik eigenen und bekannten Gefahren - Resistenzentwicklung bei Schädlingen, Auskreuzung auf Wildpflanzen, unbeabsichtigte Auswirkungen auf "Nichtzielorganismen" - sind es v.a. die indirekt mit ihr verbundenen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gefahren, die bedeutend sind. Der Besitz von Geld wird Voraussetzung um Nahrung zu beschaffen, wenn eine marktorientierte Großtechnologie wie die Gentechnik als Lösung aller Probleme verkauft wird - und somit ist sie für arme Bauern, die bisher kein üppiges, aber ein gesichertes Leben führten, auch keine Alternative, da die Kosten der Produktion noch weiter gesteigert werden. GMO können auf Grund ihrer hohen Entwicklungskosten nur großflächig angebaut werden, was riesige Monokulturen zur Folge hat. Diese Felder sind genetisch relativ einheitlich und können von einem einzigen Schädling komplett vernichtet werden. Für die Bäuerinnen und Bauern ist eine mögliche Folge, dass die ganze Ernte eines Jahres vernichtet ist - somit wird ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen, und hohe Kreditschulden beschleunigen den Teufelskreis der Armut und des Hungers. Zusätzlich werden die Bäuerinnen und Bauern durch die Verwendung patentgeschützten Saatgutes in Unfreiheit gezwungen. Sie dürfen es nicht wieder aussäen, nicht tauschen und müssen gleich das Herbizid der Saatgutfirma mitkaufen. Sie sind den Konzernen, deren Preispolitik und dem Konkurrenzkampf ausgeliefert.

Die Fortschritts- und Technikgläubigkeit des UNDP ist kaum zu überbieten. Je weiter man liest, desto stärker drängt sich der Verdacht auf, es handele sich bei diesem Report um eine Auftragsarbeit von Monsanto, Bayer, Merck etc.. Wie sonst lassen sich folgende Sätze erklären: "Die Gentechnologie kann die Pflanzenzucht beschleunigen und die Entwicklung neuer Kulturpflanzen vorantreiben, die trocken- und krankheitsresistenter sind, die Umwelt weniger belasten und einen höheren Nährwert haben." "Mit wissenschaftlichen Methoden lassen sich technologische Risiken unter Kontrolle halten." Viele wissenschaftliche Studien haben jedoch gezeigt, dass genau das Gegenteil der Fall sein wird. In einem im Mai 2001 veröffentlichen Artikel in dem Journal BioScience wird berichtet, dass der Anbau von Bt-Mais (3) weder signifikant höhere Erträge noch einen geringern Verbrauch an Insektiziden zur Folge hatte. (4) In einer Studie der Research Foundation of Science, Technology and Ecology wird geschätzt, dass die Kosten für die BäuerInnen um das neunfache steigen, wenn sie von herkömmlicher auf gentechnisch veränderte Baumwollpflanzungen umsteigen. (5)

Nachahmung erwünscht

Durch die Einführung von GMO in den armen Ländern werden die Menschen und Ökosysteme dort zu Versuchsobjekten der Gentechnikindustrie degradiert, um über den Umweg der sich angeblich nicht Wehrenden die Technologie und somit die Märkte in den Industrieländern durchzusetzen. Arme Länder brauchen keine GMO, sie müssen ihre traditionelle, den Gegebenheiten angepasste Nahrungsmittelproduktion erhalten bzw. dort, wo diese bereits zerstört ist, wiedererlangen und brauchen eine gerechte Nahrungsmittelverteilung weltweit.

Gregor Kaiser

Bonner Arbeitskreis

gegen Gentechnologie

Anmerkungen:

1) UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung. Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung. Deutsche Ausgabe, Bonn 2001.

2) vgl.: Kampagne gegen ein Tabu. DaimlerChrysler Südafrika im Kampf gegen Aids. In: GTZ (Hrsg.) PPPreport 2/März 2001, S. 4.

3) Bei dem Bt-Mais handelt es sich um eine gentechnisch veränderte Maissorte, deren DNA um drei Gensequenzen erweitert wurde: Zum einen produziert die veränderte Pflanze ein Gift, welches die Raupen des Maiszünglers (eine Schmetterlingsart) töten soll, da diese als Fraßfeinde gelten. Zum zweiten sind die Pflanzen resistent gegen das Totalherbizid Basta, so dass großflächig gespritzt werden kann und nur die Maispflanzen überleben. Bei der dritten Gensequenz handelt es sich um eine Resistenz gegen ein Antibiotikum.

4) Zitiert in: Erklärung des Pesticide Action Network Asia and the Pacific (PAN AP): The UNDP exploits the Poor and Hungry to Push Genetic Engineering, Juli 2001. siehe auch: http://www.gene.ch/genet/2001/Jul/msg00052.html

5) Srinand Jha; Seeds of Death - Farmers in India Are Fighting to Ban Monsanto's GM Cotton http://www.tompaine.com/opinion/2001/05/18/index.html

17. "Das kleinere Übel gibt es nicht." Interview mit KandidatInnen des "Regenbogen" zur Wahl in Hamburg

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:43

Am 23. September stehen in Hamburg die Wahlen zur Bürgerschaft an. Nach letzten Umfragen könnte dabei die rot-grüne Koalition ihre Mehrheit verlieren. Der Wahlkampf wird seitdem von einer Polarisierung zwischen Rot-Grün und einem rechten "Bürgerblock" aus CDU, FDP und Schill-Partei bestimmt. Die Partei des Rechtspopulisten Roland Schill ist der Shooting-Star dieser Wahl. Bei Umfragen liegt sie zwischen zehn und zwölf Prozent. Ob es diesen ominösen Bürgerblock allerdings überhaupt gibt, darf bezweifelt werden. Zwar signalisiert die CDU gegenüber Schill Koalitionsbereitschaft, unklar ist jedoch, ob die FDP für eine solche Konstellation zur Verfügung stünde. Nicht nur bundespolitische Erwägungen machen es wenig wahrscheinlich, dass die Liberalen ein Jahr vor der Bundestagswahl eine Koalition mit Schill eingehen. Vielmehr spricht einiges dafür, dass es in Hamburg zu einer Ampel-Koalition aus SPD, GAL und FDP kommt, wenn es für Rot-Grün pur nicht mehr reicht. SPD und GAL jedenfalls senden auffällig viele Signale in diese Richtung.

Zur Wahl tritt auch die Gruppe "Regenbogen - für eine neue Linke" an. Entstanden ist "Regenbogen" durch den Parteiaustritt von fünf GAL-Abgeordneten im Mai 1999. Unmittelbarer Anlass für diesen Schritt war die Haltung der Grünen zum NATO-Krieg im Kosovo. Allerdings kritisierten die Aussteiger auch eine "schleichende Auflösung grüner Grundsätze" und die "FDPisierung der Grünen". Ob es für einen Wiedereinzug der linken Wahlliste in die Bürgerschaft reicht, ist fraglich. "Regenbogen" steht vor zwei Problemen. Zum einen droht er angesichts der Polarisierung zwischen Rot-Grün und dem "Bürgerblock" zerrieben zu werden. Das zweite Problem ist die PDS.

Ende Mai dieses Jahres beschloss der amtierende Landesarbeitsausschuss eine eigene Kandidatur der PDS. Seit Jahren tobt innerhalb der PDS Hamburg ein erbitterter Streit zwischen dem Landesarbeitsausschuss, der von der studentischen "Liste Links" dominiert wird, und gemäßigten Reformern. Mit seiner Entscheidung zu einer "sozialistischen Programmkandidatur" hat sich der PDS-Landesverband nun vollends politisch isoliert, denn die Wahlbeteiligung der PDS findet (fast) keine Unterstützung. Nicht nur die innerparteilichen KritikerInnen rufen zur Wahl von "Regenbogen" auf. Die Kandidatur von "Regenbogen" wird ebenso von der DKP, den trotzkistischen Gruppen SAV und Linksruck sowie zahlreichen außerparlamentarischen Initiativen unterstützt.

Ende August hat nun ein prominenter PDS-Politiker seine Unterstützung für "Regenbogen" bekannt gegeben: Gregor Gysi. Mit ihm, so hofft man nun bei "Regenbogen", könne man auch potenziellen PDS-WählerInnen das Hamburger Kuriosum klar machen, dass, "wer in Hamburg PDS will, Regenbogen wählen muss".

Über den Wahlkampf in Hamburg, mögliche Regierungskonstellationen sowie über die Politik und Perspektiven von "Regenbogen" sprachen wir mit der Abgeordneten Heike Sudmann und dem Sozialreferenten der "Regenbogen"-Bürgerschaftsgruppe, Dirk Hauer.

Könnt ihr unseren Hamburger Leserinnen und Lesern kurz erklären, warum sie zur Wahl gehen und "Regenbogen" wählen sollen?

Dirk Hauer: Für die vielen außerparlamentarischen Initiativen, die es in Hamburg gibt, ist es überlebensnotwendig, dass sie eine parlamentarische Unterstützung haben. Die Dialektik von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition funktioniert zur Zeit meines Erachtens so, dass die Initiativen einen parlamentarischen Arm und damit den Zugang zu Medien und Informationen brauchen, damit vernünftige außerparlamentarische Arbeit überhaupt stattfinden kann. Das ist der eine Aspekt, der für die Wahl von "Regenbogen" spricht.

Der andere Aspekt hat mit dem als "Richter Gnadenlos" bekannt gewordenen Rechtspopulisten Roland Schill zu tun. Schill ist es gelungen, die gesamte Parteienlandschaft in Hamburg vor sich her zu treiben. Das geht so weit, dass jetzt sogar der rot-grüne Senat in vorauseilendem Gehorsam wichtige Positionen in Schills Parteiprogramm eins zu eins übernimmt. Es gibt also die Konstellation eines "kleineren Übels" so nicht,

zumindest nicht so, wie sich das vielleicht viele denken. Ein rot-grüner Senat oder eine Große Koalition oder alle anderen denkbaren Alternativen werden in der Sozial-, Migration- und Drogenpolitik eine harte Repressionslinie fahren und da wird es kaum Unterschiede zu Schill geben.

Heike Sudmann: Im Januar noch hatten wir eine Debatte in der Bürgerschaft, bei der die GAL vehement gegen Brechmittel aufgetreten ist und auch die SPD sich dagegen ausgesprochen hat. Jetzt haben sie eine Kehrtwende um 180 Grad gemacht. Der jetzt abgesegnete Einsatz von Brechmitteln gegen Kleindealer ist absolut populistisch. Mit massiver Polizeipräsenz und Repression soll nun gegen Drogendealer und -abhängige vorgegangen werden. Dass dadurch kein Abhängiger von seiner Abhängigkeit geheilt wird, ist ihnen egal. Daran ändert auch die Errichtung eines zweiten Druckraums in St. Georg nichts, den die GAL nun als ihren Erfolg verkauft. Der war längst überfällig und außerdem schon seit langem geplant.

Angesichts einer solchen Politik des rot-grünen Senats ist klar, dass eine linke Opposition in der Hamburger Bürgerschaft absolut notwendig ist. Denn wenn du nicht wählen gehst und für "Regenbogen" stimmst, gibt es noch weniger Chancen, dass solche Schweinereien überhaupt öffentlich gemacht werden.

Was heißt das politisch, wenn man fünf Wochen vor der Wahl zentrale Forderungen der CDU und von Schill übernimmt?

HS: Sie werden politisch verlieren, weil jetzt das Original gewählt wird. Diese abrupte Kehrtwende nimmt der SPD doch kein Arsch ab. Was allerdings falsch ist, denn die SPD und die Grünen haben sich real verändert, was dazu führt, dass sie diese Politik fortsetzen werden, wenn sie wieder eine Mehrheit bekommen.

DH: Die gegenwärtige Politik des Senats im Bereich der so genannten Inneren Sicherheit hat zwei Elemente: Zum einen das Moment der städtischen Entwicklung unter dem Motto "Die Visitenkarten der Stadt säubern". Da gibt es eine Linie vom ersten Handlungskonzept St. Georg 1995, dem berühmten Bettler-Papier 1996 und dem ersten rot-grünen Handlungskonzept 1998. Das jetzige Handlungskonzept 2001 ordnet sich nahtlos ein.

Das zweite Element ist, dass es sich dabei um einen symbolischen Akt handelt, mit dem man Schill etwas entgegensetzen will. Die Logik, die dahinter steht, ist, Schill mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen. Genau mit dieser Begründung ist der neue Innensenator Scholz von der SPD auch inthronisiert worden. Seine Aufgabe ist es zu verhindern, dass Sozis zu Schill abwandern.

Objektiv macht der rot-grüne Senat also eine Politik, die "Regenbogen" zuarbeitet. In den Umfragen steht die GAL allerdings immer noch bei 11 Prozent. Muss man davon ausgehen, dass sie sich mittlerweile auf ein so gefestigtes Milieu bezieht, an das man nicht herankommt?

DH: Es gibt wohl tatsächlich mittlerweile ein gefestigtes grünes Milieu. Das hängt mit mittel- und längerfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen zusammen und wird sich daher auch nur mittel- und langfristig knacken lassen. Die ganze Alternativbewegung, die die Grünen getragen und sie an die Regierung gebracht hat, ist eng mit den Grünen verwoben. Es wird Zeit brauchen, bis sich in den verschiedenen Politikfeldern neue, auch grünen-kritische Ansätze und Initiativen herausbilden. Manchmal habe ich den Eindruck, es ist das Dilemma von "Regenbogen", dass wir vier Jahre zu früh kommen. Es muss erst wieder eine neue gesellschaftliche Basis für eine reformistische Wahloption entstehen.

Aber hat die GAL nicht ein massives Glaubwürdigkeitsproblem?

DH: Die GAL kann eine solche Politik anscheinend unbedenklich durchhalten. Und sie ist auch gewillt, das zu tun. Die GAL wird auch in Zukunft jede Kröte schlucken. In den letzten vier Jahren hat sie nie versucht, irgendetwas zum Koalitionsthema zu machen. Und mir fällt kein Punkt ein, wo sie in Zukunft die Koalitionsfrage stellen würde. Die GAL ist für mich moralisch und politisch bankrott.

HS: Das stimmt, die meisten, die heute bei der GAL Landespolitik machen, sind bereit jede Kröte zu schlucken, weil sie das Gefühl haben, dass sie Macht hätten und Dinge bewegen könnten.

Dennoch ist nach den Umfragen euer Wiedereinzug in die Bürgerschaft eher unwahrscheinlich.

DH: Es war von Anfang an klar, dass eine der größten Gefahren für uns eine Polarisierung des Wahlkampfs zwischen dem Dämonen Schill und Rot-Grün als Bewahrer des Abendlandes ist.

HS: Die Umfragen der letzten Woche haben diese Stimmung noch verschärft. Obwohl die FDP sich bisher mit keiner Silbe zum Bürgerblock bekannt hat, wird ja der Eindruck erweckt, als wäre diese Wahl eine Richtungsentscheidung zwischen Rot-Grün und einem rechten "Bürgerblock" aus CDU, FDP und Schill-Partei. Aber es ist doch so, dass die CDU genauso wie die FDP vor dem Problem stehen, dass nächstes Jahr Bundestagswahlen sind. In Hamburg ist es dabei für beide Parteien absolut wichtig, sich zu profilieren. Aber wie könnte sich z.B. die CDU zusammen mit Schill in einer Koalition profilieren?

DH: Die FDP hat sich bislang dezidiert nicht festgelegt. Zwar hat die CDU signalisiert, dass sie mit Schill koalieren würden, aber ich glaube, dass das der CDU in Hamburg das Genick brechen würde. Insofern ist das wohl eher ein Instrument, um die SPD in eine Große Koalition zu zwingen. Allerdings halte ich es für wahrscheinlicher, dass es zu einer Ampel-Koalition kommt, wenn Rot-Grün keine Mehrheit erhält.

Entscheidende Stimmen könnte euch die Kandidatur der PDS in Hamburg kosten, nachdem sich der Landesvorstand um die Liste Links dafür entschieden hat, zur Wahl anzutreten, obwohl ihr mit anderen Teilen der PDS lange Zeit über eine gemeinsame Kandidatur verhandelt hattet?

HS: Stimmt, das könnte uns entscheidende Stimmen kosten. Allerdings stellt sich die Frage, welche PDS die Menschen hier in Hamburg wählen wollen. Die nicht-fundamentalistischen Teile der PDS rufen ja zur Wahl von "Regenbogen" auf. Für uns wird es deshalb darum gehen, klarzumachen, dass, wer PDS wählen will, dieses Mal "Regenbogen" wählen muss. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht natürlich darin, dass hier viele Menschen die PDS wählen, ohne die Hamburger PDS zu kennen, weil sie als Ableger einer Bundespartei automatisch bekannter ist.

Diese Konkurrenzsituation haben wir uns nicht gewünscht, aber wir hätten wahrscheinlich ein Wunder vollbracht, wenn wir den "Liste-Links"-Haufen dazu gebracht hatten, nicht zu kandidieren. Auf der anderen Seite ist es erfreulich, dass der Teil der PDS, der an Hamburger Themen interessiert ist, sich für eine Unterstützung von uns entschieden hat.

DH: Politisch kann man das nicht erklären, warum die PDS hier kandidiert. Der Teil, der das durchgesetzt hat, ist politisch total isoliert. Dabei finde ich, dass es für eine linke Option in Hamburg extrem entscheidend ist, dass sich die PDS kommunalpolitisch handlungsfähig erweist. Es hat deshalb auch eine gewisse Tragik, dass die PDS in den letzten Jahren nicht geschafft hat, die Voraussetzung dafür zu schaffen.

Was würde ein Wiedereinzug von "Regenbogen" für die Linke in Hamburg und darüber hinaus bedeuten?

HS: Ich denke, wenn in Hamburg eine linke Oppositionsgruppe bei Wahlen Erfolg haben würde, dann würde das schon ein Signal sein für alle, die mit den Grünen unzufrieden sind und sonst keine Alternativen sehen.

DH: Ich möchte keine Aufbruchstimmung herbeireden, aber ich glaube auch, dass ein Wiedereinzug von "Regenbogen" Ausstrahlungskraft hätte. Denn das würde bedeuten, dass eine linke Opposition im Parlament verankerbar ist und eine Arbeit an und mit diesen Strukturen eine Perspektive hat. Ein solches Ergebnis würde doch auch zeigen, dass die Linke gar nicht so schwach ist, wie man befürchten muss. Zum anderen sind das weitere vier Jahre Zeit, um überhaupt außerparlamentarische Vernetzungsstrukturen zu verankern.

Auf welche Resonanz seid ihr in eurer mehr als zweijährigen Arbeit als "Regenbogen - für eine neue Linke" gestoßen?

HS: Die anfängliche Skepsis gegen uns als ehemalige grüne Abgeordnete hatte sich sehr schnell gelegt. Wir, die wir die GAL 1999 verlassen haben, waren ja auch diejenigen, die noch am meisten bei den Initiativen einen Stein im Brett hatten, weil wir immer versucht hatten, gemeinsam mit ihnen was zu machen. Als wir dann nach einem halben Jahr den Kongress "Lichter der Großstadt" gemacht haben, war spätestens klar, dass die Verbindung zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit wieder klappt. Die schlechten Erfahrungen, die man mit der GAL gemacht hatte, wurden dann nicht mehr auf uns übertragen.

DH: Durch unsere Arbeit sind wir mittlerweile wohl gelitten. Unsere Antifa-Kampagne, die wir im letzten Jahr gemacht haben, hat uns viel Zustimmung gebracht, ebenso unsere Arbeit in der Migration- und Sozialpolitik, wo wir in der Bürgerschaft der einzige Ansprechpartner für Initiativen sind. Und ich denke, das sind auch Politikbereiche, in denen wir uns inhaltlich und programmatisch profiliert haben, etwa mit unserem Verständnis von sozialen Grund- und Menschenrechten oder in unserer Kritik des "aktivierenden Sozialstaates". Nicht zu

vergessen auch unsere inhaltliche Position beim Thema Antimilitarismus, wo wir bei aller Gegnerschaft zur NATO nicht bereit sind, Nationalismus, Rassismus und Unterdrückung etwa in der Politik des Milosevic-Regimes zu akzeptieren. Allerdings stößt man auch bei kritischen Sympathisanten auf einen tief verwurzelten Vorbehalt, wenn wir mit einem gewissen Anteil Ex-Grüner ankommen und sagen "Regenbogen - Für eine neue Linke". Es gibt einen ganz starken Vorbehalt, sich von einer Wahlinitiative vereinnahmen zu lassen. Insofern besteht an uns die Anforderung, und der müssen wir uns ganz ehrlich stellen, deutlich zu machen, wie wir unseren Vernetzungsansatz verstehen und ob wir nicht doch durch die Hintertür eine neue Rathauspartei in grüner Tradition aufbauen wollen.

Was wird aus "Regenbogen", wenn es für den Einzug in die Bürgerschaft nicht reicht?

HS: Ich kann nicht glauben, dass es in dieser Stadt mit seiner linken Tradition nur ein Potenzial links von Rot-Grün von nur einem bis drei Prozent geben soll. Falls wir trotzdem den Einzug verfehlen, werden wir nicht aufhören, Politik zu machen.

DH: Für mich ist der 23. September natürlich ein wichtiges Datum, aber es ist nicht das entscheidende Datum, bei dem über Wohl und Wehe von "Regenbogen" bzw. dem Gedanken, den ich mit "Regenbogen" verbinde, befunden wird. Insofern stehen wir vor der Aufgabe, Strukturen zu schaffen, die unverzichtbar sind, um die Vernetzung der Linken oder bestimmte Inhalte weiter in der Diskussion halten.

Dass uns das gelingen kann, sehe ich optimistisch. Wir haben fachlich-inhaltliche Kompetenzen wie auch Kompetenzen, sich im medialen, vorparlamentarischen Raum zu bewegen. Das sind Fähigkeiten, die für Initiativen und andere linke Gruppen wichtig sind. Ich glaube, für die Neukonstituierung linker Politik muss ein ganz grundlegender Selbstverständigungsprozess organisiert werden, über das Verständnis von Politik, über Inhalte, über Strategien von gesellschaftlicher Veränderung, eine Selbstreflexion über die eigene Arbeit. Ich denke, dass die Organisation solcher Diskussionsprozesse in hohem Maße moderiert werden muss. Dabei wird es auch auf Personen ankommen, die sich glaubhaft in verschiedenen Milieus oder "Szenen" bewegen können. Und da denke ich schon, dass wir in einer solchen Art von Vernetzung eine wichtige Rolle spielen können.

Und was macht ihr nach einem Wiedereinzug?

HS: Gute Politik, natürlich.

DH: Opposition, linke Opposition.

Das Interview führte mb.

18. Der Haider von der Elbe. Richter Schill mischt die Hamburger Polit-Landschaft auf

Autor: dk · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:40

Die Faszination des Schreckens hat einen Namen: Roland Barnabas Schill. Der Mann ist Amtsrichter und kandidiert bei den nächsten Hamburger Bürgerschaftswahlen. Und inzwischen gilt sein Einzug ins Parlament als sicher. Zwischen zehn und zwölf Prozent der Stimmen werden dem "Richter Gnadenlos" und seiner "Schill-Partei" in den Umfragen zur Zeit zugetraut.

Roland Schill bringt die Hamburger Verhältnisse zum Tanzen. In einer Mischung aus Faszination und Panik schauen Medien und politische Beobachter auf das Phänomen Schill, nämlich dass ein offenkundiger politischer Scharlatan mit ausgeprägt neurotischen Zügen aus dem Stand zum politischen Hoffnungsträger für viele Menschen in dieser Stadt werden kann. Schill hat sich in den letzten Jahren vor allem als Strafrichter mit haarsträubenden bis skurrilen Urteilen einen Namen gemacht. Seine Entscheidungen wurden in schöner Regelmäßigkeit von den höheren Instanzen kassiert. Nichtsdestotrotz waren sie Schills Eintrittskarte für die Medien. Nun will er nichts Geringeres als Innensenator werden, in einer Koalition mit der CDU oder einem "Bürgerblock" mit CDU und FDP.

"Richter Gnadenlos"

Nach politischen Kriterien ist Schill ein Rechtspopulist, seine Welt ist die eines autoritären Polizei- und Obrigkeitsstaates. Die Bekämpfung von "Subversion" und von "subversiven Kräften", der Schutz einer imaginären "Gemeinschaft", die rigorose Unterordnung von Minderheiten, ihren Interessen und ihren Rechten unter die allgewaltigen Normen einer "Allgemeinheit", die ständige Betonung von Repression, die Beschimpfung und Verächtlichmachung von Liberalität in der Sozialpolitik, der Kriminalpolitik, der Kinder- und Jugendpolitik - dies alles zieht sich wie ein roter Faden durch das Programm der Schill-Partei.

Bereits die Präambel des Parteiprogramms bringt das "besondere Anliegen" der Schill-Partei auf den Punkt: "Der Schutz der Gemeinschaft vor kriminellen und/oder subversiven sowie autonomen Kräften". Der "Schutz der Gemeinschaft" genießt auch "Vorrang vor dem Gedanken der Resozialisierung". Das Recht auf Asyl soll aus der Verfassung gestrichen werden und "subversive Kräfte ... und sonstige gewaltbereite Kriminelle müssen die gesamte Härte der staatliche Organe spüren". Schill will das "Kartell strafunwilliger Jugendrichter" auflösen, "geschlossene Heime für den harten Kern von Intensivgewalttätern unter Kindern und Jugendlichen" ebenso einführen wie "unwirtliche Einzelzellen, Abschiebungen, Sanktionen gegen Eltern, Anhebung der Höchststrafe für Jugendliche und die Herabsetzung der Strafmündigkeit. Zum Schillschen Repertoire gehören auch der Brechmitteleinsatz gegen vermeintliche Drogendealer, die Verpachtung und damit Privatisierung öffentlicher Räume, die umfassende Überwachung aller "Verbrecher" in einer Gen-Datei, die drakonische Verschärfung des Strafvollzuges und die Einschränkung der Rechte von Gefangenen.

Über die Hälfte des Parteiprogrammes beschäftigt sich mit Kriminalitätsbekämpfung. Zweifellos ist Schill ein Demagoge. Auf alle Problemlagen hat er eine simple Antworten parat: (Polizei-)Knüppel aus dem Sack. Schill reduziert Politik und Gesellschaft auf ein einfaches Begriffspaar: Law and Order. Dabei ist er gänzlich unverfroren. Er macht sich nicht den Hauch irgendeiner Mühe, zu gesellschaftlichen Problemen irgendwelche programmatischen Aussagen zu treffen. Polizei, Knast, Repression ist ihm Programm genug.

Roland Barnabas Schill ist kein Faschist, und seine Partei ist keine Neonazi-Truppe. Es gibt eindeutige und auch glaubhafte Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber NPD, DVU oder Republikanern. Schill fordert nicht "Ausländer raus!" oder "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche". Nein, genau wie die Süssmuth-Kommission und die große Allianz der Einwanderungsfreunde findet auch Schill, dass die braven, fleißigen und nützlichen MigrantInnen natürlich hier bleiben dürfen. Rigoros vertreiben will er die "Unnützen", die Flüchtlinge, "Scheinasylanten" und "kriminellen Ausländer".

And the winner is - Schill

Schill bedient die Stammtische der "ganz normalen Deutschen". Und er bedient eine in Hamburg weit verbreitete Unzufriedenheit mit sozialdemokratischer Selbstgefälligkeit und Filzokratie. Schill verspricht

glaubhaft "frischen Wind" und "reinen Tisch". Es ist die Kombination von rechtspopulistischen Inhalten und "jugendlichem Tatendrang gegen verkrustete Strukturen", die alle Parteien der Mitte vor Schill erzittern lassen. CDU, SPD und Grüne - Schill treibt sie alle vor sich her. Er diktiert nicht nur das Thema des Wahlkampfes. Er diktiert auch, wie es besprochen wird. Und er diktiert die Richtung, in die "Lösungen" nur noch diskutiert werden können bzw. dürfen. Egal, wie erfolgreich Schill also am 23. September tatsächlich sein wird: Er prägt das Klima in Hamburg schon jetzt und in Zukunft. Er steht für einen politischen und klimatischen Rechtsruck, der CDU, SPD und Grüne auf breiter Front miterfasst hat.

Das grundsätzliche Problem der "Neuen Mitte" ist, dass sie sich das autoritäre Gemeinschaftsdenken, das Schill so vehement bedient, selbst ein gutes Stück weit zur Norm gemacht hat. Der neu-sozialdemokratische "aktivierende Staat" ist ein Staat, der die Rechte von Individuen systematisch gegenüber den so genannten Gemeinschaftspflichten negiert. Gerade die Rechte von Schwachen, Minderheiten, von Jugendlichen, Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Marginalisierten, MigrantInnen, Flüchtlingen - einschließlich ihres Anspruchs auf gesellschaftliche Solidarität - gelten nur dann, wenn sie vorher "verdient" worden sind - durch Wohlverhalten, durch "Nützlichkeit", durch Arbeitswilligkeit Gerade in dem Maß, wie die "Neue Mitte" die sozialen Grundrechte und Freiheitsansprüche von Individuen denunziert und ihre angebliche Pflichterfüllung gegenüber der "Gemeinschaft" betont, hat sie jede klare Scheidelinie zu Rechtspopulisten wie Schill aufgeweicht.

dk

19. Urbane Zukunft. Nichtnachhaltiger Kapitalismus und die Notwendigkeit von Dis-governance

Autor: Neil Smith · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:05

Die Halbwertzeit von plötzlich in Mode gekommenen Ideen (d.h. die benötigte Zeit, in der sich eine Idee vom revolutionären Schrecken zum radikalen Chic wandelt, bis sie letztendlich vom Bürokratenjargon aufgesogen wird), hat sich in den 90er Jahren dramatisch verringert und es ist nur anzunehmen, dass diese Geschwindigkeit im 21. Jahrhundert weiter zunehmen wird. Das neueste Schlagwort, das die städtische Zukunft mit der Globalisierung verbindet, ist das der "nachhaltigen Stadt".

Vieles über die Zukunft der Städte lässt sich nicht voraussagen, aber wir können sicher sein, dass diese Zukunft voller Widersprüche sein wird. In demographischer wie in geographischer Hinsicht sind Städte in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten explosionsartig gewachsen, insbesondere - aber bei weitem nicht nur - in Asien, wo eine bisher beispiellose Akkumulation von Kapital dieses Wachstum noch beschleunigt hat. Es besteht so die Gefahr, dass Städte funktionsunfähig werden, da der Verkehr, die Abwasserentsorgung, der Wohnungsmarkt und die öffentliche Versorgung mit diesem Tempo nicht mehr Schritt halten können. Diese Anfälligkeit wird verstärkt durch die dramatische ökonomische, soziale und politische Umstrukturierung der Städte. Ein neuer Globalismus erzeugt einen neuen Urbanismus und ruft für die Manager des globalen Kapitals das allgemeine Schreckensbild eines städtischen Chaos hervor - oder einer "zukünftigen Anarchie", wie es ein Apologet formulierte. Diese Gefahr des Chaos, die der Struktur des neoliberalen Kapitalismus innewohnt, bedroht gleichzeitig sein Überleben.

Die Angst der Strategen

Die Städte werden in zunehmenden Maße zu Dreh- und Angelpunkten von Akkumulation in der Weltwirtschaft, sie übernehmen teilweise vormals regional oder landesweit organisierte ökonomische Funktionen und demzufolge werden Stadtpolitik und -regulierung unweigerlich Aufgaben von höchster Wichtigkeit. Daher die Besorgnis um Stadtpolitik, nachhaltige Städte und "governance". Bei der Wiederentdeckung der "urbanen Politik" geht es um die Kontrolle des städtischen Raums und darum, dass die urbanen Ökonomien weiterhin ihrer neuen Rolle als Motoren für globale Profitraten gerecht werden.

Die Vereinnahmung von Umweltschutz durch den Neoliberalismus vollzog sich so schnell und so vollständig, dass es uns nicht überraschen sollte, wenn es mit der "Wiederentdeckung" urbaner Politik ebenso passiert. Aber dies ist ein leicht zu durchschauender Prozess. Am Beispiel der nachhaltigen Entwicklung können wir sehen, dass die angeblich wohltätigen ökologischen Zielstellungen nur als Deckmantel der Förderung von sich selbst regulierender Kapitalakkumulation fungierten: Es sind in erster Linie die Profitraten der Unternehmen, die nachhaltig sein sollen. Ebenso handelt es sich bei "nachhaltigen Städten" im Grunde um Städte, die gut reguliert, umfassend kontrolliert und effektiv darauf ausgerichtet sind, um Kapital anzuziehen und zu vermehren. Wiederum sind die Profitraten - und nicht die Lebensbedingungen der Bewohner - das tatsächliche Ziel der "urbanen Nachhaltigkeit".

Die unausgesprochene Prämisse dieser neuen urbanen Agenda geht auf den altmodischen Liberalismus zurück, demzufolge der Staat in großem und ganzem wohltätig ist und die Interessen seiner Bürger vertritt. Das ist nicht nur naiv, sondern es ist genauso heimtückisch wie falsch. Vom Standpunkt des Kapitals betrachtet, scheint der Staat durchaus wohltätig zu sein, aber für die meisten Stadtbewohner ist das Gegenteil der Fall. Das lässt sich leicht anhand der misslichen Lage veranschaulichen, in der sich das Bildungswesen einer der reichsten und gleichzeitig ärmsten Städte der Welt befindet: New York City.

Seit den 70er Jahren wurde die staatliche Universität der Stadt, die City University of New York (CUNY), von der Stadtverwaltung und der Regierung des Bundesstaates auf Grund der vergleichsweise erschwinglichen Bildung für die Arbeiterklasse der Stadt angegriffen. Die drastischen Kürzungen waren äußerst ungleichmäßig und trafen im besonderen Maße die ärmsten Studenten der Stadt, die Afroamerikaner und Latinos. Im Gegensatz dazu wurden die Mittel für Unterricht in Englisch als Fremdsprache erhöht, um gut ausgebildete, weiße, zum großen Teil russische und osteuropäische Einwanderer in den Arbeitsmarkt der Stadt zu integrieren. Der Staat hat die Interessen des globalen Kapitals vertreten, anstatt ihnen entgegenzuwirken.

Selektiv wurde verhindert, dass ganze Teile der lokalen Arbeiterklasse Bildung erwerben, steht doch die globale Migration als Reservoir billiger Arbeitskräfte zur Verfügung.

Die Krise der Primär- und Sekundärschulbildung in New York City hat ähnliche Ursachen. Während die Stadtverwaltung für Bildung von New York City nun routinemäßig Lehrer aus dem Ausland rekrutiert - ein stillschweigendes Eingeständnis, dass das eigene Bildungssystem nicht mehr in der Lage ist, genügend Lehrer auszubilden - verlassen immer mehr Schüler die Schule ohne ausreichende Lese- und Schreibfähigkeiten. Sie werden auf das Abstellgleis gestellt von einer politischen Ökonomie, die weiße Arbeiter aus dem Ausland oder von Privatschulen rekrutieren kann und nur einen begrenzten zusätzlichen Bedarf an einer des Lesens und Schreibens kundigen Arbeiterklasse hat.

Gefahren des Laissez-faire Kapitalismus

Die Krise des Schul- und Universitätssystems in New York City ist nicht zufällig entstanden, sondern mit Absicht hervorgerufen worden. Der selektive Abbau von Investitionen in soziale Dienstleistungen, die auf eine soziale Reproduktion neuer, ortsansässiger Arbeitnehmergenerationen abzielen, ist in der globalen Welt eine "rationale" Wirtschaftsstrategie. Der Mangel an Bildung führt daher zu Armut, aber die indirekte Annahme ist grundfalsch, dass die Opfer selbst Schuld an ihrem Bildungsdefizit seien und ein wohltätiger Staat das geeignete Vehikel für die Lösung des Problem darstelle. Dies würde eine Motivation voraussetzen, die der lokale Bundesstaat nicht besitzt und ignoriert bewusst die Mitverantwortung des Staates bei der Entstehung des Problems. Es ist demzufolge nicht so sehr der Mangel an Bildung, der Armut verursacht, sondern Armut, die im neuen neoliberalen Urbanismus den Mangel an Bildung aufrecht erhält.

Nichts kennzeichnet den neoliberalen Staat besser als die "neue Partnerschaft" mit dem Kapital. So überreichte der Bürgermeister von New York gemeinsam mit dem Bundesstaat New York der New Yorker Börse (NYSE) Weihnachten 1998 ein "Weihnachtsgeschenk" in Höhe von 900 Mio. US-Dollar zum Bau einer neuen Börse in der Wall Street, während die Schulen von New York City massiv unterfinanziert sind. Diese "Geo-Bestechung" sollte offensichtlich verhindern, dass die Börse einige Meilen weiter in einen anderen Bundesstaat nach New Jersey umzieht. Es wurde nie behauptet, dass die NYSE, die in Geld schwimmt (das aus der gesamten globalen Ökonomie hereingeschwemmt wird) und einen Dow Jones Index von über 10.000 aufweist, an akutem Geldmangel leidet. Vom Bürgermeister wurde das Geschenk jedoch als eine "gute Investition" gerechtfertigt, getreu der Theorie, dass das Hereinbringen von Kapital in die Stadt allen zugute kommt.

Obwohl diese Beispiele spezifisch für New York sind, verweisen sie auf einen übergeordneten Zusammenhang, der für viele Städte gültig ist. Der Staat - ob auf lokaler oder nationaler Ebene - ist ein williger und enthusiastischer Partner des Kapitals im Tanz der Globalisierung. So ist das quid pro quo der Enthaltsamkeit des Staates bei der Gewährleistung von Bildung und anderen für die soziale Reproduktion grundlegenden Dienstleistungen die verstärkte Ausgrenzung derer, die durch die neue politische Ökonomie überflüssig geworden sind. Auch hier ist der Staat wieder willfähriger Partner des Kapitals. Wenn New York in den 90er Jahren eine "revanchistische Stadt" wurde, so teilte sie diese Erfahrung mit vielen anderen Städten. In Form des "zero tolerance"-Konzeptes wird der Revanchismus von New York in Städte auf der ganzen Welt exportiert und damit globalisiert.

Einhergehend mit der Erosion der Sozial- und Wohlfahrtsleistungen in vielen Staaten verschwinden die Linderungsmittel gegen Armut und politische Revolte und die Ambitionen für einen global wettbewerbsfähigen (d.h. "nachhaltigen") Urbanismus bringen notwendigerweise Zwangsmittel mit sich. Wie Erik Swyngedouw so treffend bemerkte ist der neue Autoritarismus integraler Bestandteil der Umstrukturierung staatlicher Aktivitäten in der sogenannten Globalisierung. Als Ausdruck höchst symbolischer und pikanter Ironie erlebt das leer stehende Gebäude der New Yorker Börse seine Wiedergeburt als Polizeistation.

Der Begriff "governance" klingt so harmlos und unproblematisch wie Nachhaltigkeit - wer könnte was dagegen einzuwenden haben? - aber er ist heimtückisch, indem er die brutalen politischen Realitäten des neoliberalen Urbanismus verschleiert. "Good governance", so wird uns weisgemacht, wird die Städte nachhaltig machen. Doch hinter dieser inhaltsleeren Phrase verbirgt sich ein knallhartes Kalkül. "Good governance" subventioniert das Kapital und hält die Löhne niedrig; "good governance" setzt die Ordnung der Mittelklasse auf der Straße durch; "good governance" misst politische Wirksamkeit in den nüchternen Kategorien von Dollar und Euro.

Selbst in der Linken beschäftigt die Idee der "governance" die Fantasie vieler Wissenschaftler. Zweifellos, weil dem Begriff immer noch eine radikale Spur von Foucaults (völlig anderem) Herrschafts- und Disziplinierungsbegriff (governability) innewohnt. Doch genau wie bei der Nachhaltigkeit ist jeder radikale Beigeschmack, den "governance" gehabt haben mag, seit langem durch seine bürokratisierten Konzepte aufgesogen worden. In den 90er Jahren wurden "good governance" das beliebteste Instrument der Weltbank bei der Umgestaltung der nationalen politischen Systeme, die ihrer Meinung nach einer größeren "Transparenz" bedürften. Mit den im US-amerikanischen politischen System benutzten Begriffen der "good governance" und der "Transparenz" wird in der Bürokratensprache eine ganz bestimmte Absicht verfolgt: "transparente governance" implizieren ein westlichen Kapitalisten vertrautes politisches System, das den global agierenden Wirtschafts-Managern offenen Zugang zur Macht ermöglicht.

Die unterschwellige Angst, die aus den Konzepten von Nachhaltigkeit und "governance" spricht, ist Ausdruck der Befürchtung, dass die Art und Weise, in der sich die Gesellschaft organisiert hat, nicht nachhaltig sein könnte und somit "good governance" am Ende gar nicht durchführbar wäre. Diese Befürchtungen sind realistisch und begründet: Nachhaltigkeit und "governance" sind oberflächliche ideologische Massagen, die eine innere Krankheit des Körpers nicht erreichen. So lange weiterhin kurzfristig gewaltiger Wohlstand für Wenige produziert wird, ist das kapitalistische Sozialsystem grundlegend gescheitert, wobei verschiedene Dimensionen eine Rolle spielen.

Neuer Autoritarismus

Obwohl es viele in den 80er und 90er Jahren schon vergessen hatten, rief uns die wirtschaftliche Krise in Asien abrupt ins Gedächtnis, dass der Kapitalismus auch gegenüber weit verbreiteten wirtschaftlichen Zusammenbrüchen anfällig ist - was sich aus der Logik seiner eigenen Entstehung ergibt (eine Tatsache, die Ökonomen in der Regel nicht erklären können). Genau das, was den Kapitalismus am Laufen hält, bringt ihn auch zu Fall. Das Weltwirtschaftssystem ist besonders anfällig, wenn es, wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt, eine rasante interne Transformation erfährt. Aber die Anfälligkeit des Kapitalismus ist nicht nur rein intern, logisch oder ökonomisch. Sogar nach den Standards des 19. Jahrhunderts hat die krasse, durch den modernen Kapitalismus verursachte Ungleichheit ungeheure Ausmaße.

Wir kennen alle die Vergleiche von den Vermögen multinationaler Unternehmen mit den Bruttosozialprodukten der Länder der "Dritten Welt". Mittlerweile übertrifft das Vermögen von Microsoft das Bruttosozialprodukt Spaniens. Bill Gates' persönliches Vermögen übersteigt den Jahreshaushalt vieler Länder. Ein soziales System, das auf einer derart großen Ungleichheit basiert, ist von Natur aus verwundbar. Vielen erscheint diese Art von kompromisslosem Antikapitalismus und der Glaube an Alternativen als unrealistisch, vergeblich, idealistisch oder sogar als eine pathetische Hoffnung einiger weniger übrig gebliebener Sozialisten, die nicht mit der Zeit gehen wollen.

Aber es sind nicht nur Sozialisten, die die Anfälligkeiten des Kapitalismus wahrnehmen und die absolute menschliche Notwendigkeit nach etwas Anderem, Besserem verstehen. Einer der größten Verteidiger und Nutznießer des Kapitalismus, George Soros, hat die Grenzen und Gefahren des Kapitalismus kristallklar formuliert: "Obwohl ich ein Vermögen in den Finanzmärkten erworben habe, fürchte ich jetzt, dass die ungehinderte Intensivierung des Laisser-faire-Kapitalismus und die Ausbreitung des Marktwertes in allen Bereichen des Lebens unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft gefährdet. Der größte Feind der freiheitlichen Gesellschaft ist nicht länger die kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung. (...) Zu viel Wettbewerb und zu wenig Zusammenarbeit kann unerträgliche Ungleichheiten und Instabilität hervorrufen. (...) Die Doktrin des Laisser-faire-Kapitalismus basiert auf der Annahme, dass dem Gemeinwohl am besten gedient ist, wenn jeder seine eigenen Interessen ungehindert verfolgen kann. Solange es jedoch nicht durch ein gemeinsames Interesse gemäßigt ist, das über den Interessen des Einzelnen steht (...) läuft unser gegenwärtiges System Gefahr zusammenzubrechen." Wenn der Zusammenbruch des Kapitalismus bereits in die politische Gedankenwelt von George Soros vorgedrungen ist, sollte er auch uns zum Nachdenken bringen.

Anfälligkeit des Kapitalismus

Kapitalismus ist auf lange Sicht nicht nachhaltig. Urbane "Nachhaltigkeit" und "governance" sind nicht nur äußerst konservative Vorstellungen, sondern auch heimtückisch falsche Versprechungen. Eine echte urbane Agenda für das 21. Jahrhundert müsste von der offensichtlichen Nicht-Nachhaltigkeit des Kapitalismus

ausgehen und von der Möglichkeit, mit einer grundlegend anderen sozialen Logik völlig andere Städte zu entwerfen. Es ist der nachhaltige Kapitalismus, der unrealistisch, idealistisch und letztlich eine pathetische Hoffnung ist. Was "governance" betrifft, warum sollten wir ein politisches System der sozialen Kontrolle und Ordnung perfektionieren, das nur eine nicht-nachhaltige und brutale Gesellschaftsordnung zementiert? Die Antwort auf den neuen globalen Revanchismus, der integraler Bestandteil der ökonomischen Globalisierung ist, lautet nicht mit etwas progressiveren Formen von "governance" zu experimentieren. Unser politisches Ziel sollte nicht "governance", sondern Dis-governance sein. Wie können wir gegen die Komplizenschaft des Staates mit dem weltweiten Kapital vorgehen? Die Thematisierung der Nicht-Nachhaltigkeit des Kapitalismus und die Notwendigkeit von Dis-governance sind ein erster Schritt bei der Entwicklung von Alternativen für die Zukunft der Städte.

Neil Smith

Neil Smith ist Professor für Anthropologie und Geographie am Graduate Center der City University of New York (CUNY) und Direktor des Center for Place, Culture and Politics. Seine Arbeiten beschäftigen sich mit den Wechselwirkungen zwischen Raum, Sozialwissenschaften und Geschichte. Zu seinen Büchern gehören: The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City (1996) und Uneven Development: Nature, Capital and the Production of Space (1991).

20. Berlins besondere Orte. Städtische Politik zwischen Bürgergesellschaft und Polizeistaat

Autor: ve · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:08

Das Armenhaus der Republik, das mit 76 Milliarden Mark in der Kreide stehende und gut 265.000 Arbeitslose beheimatende Berlin, beteiligt sich munter an der Ausweisung von Quartieren, Vierteln oder Orten zu Sonderrechtszonen, die ganz entgegen der erklärten Absicht neue und alte Ausgrenzungsmuster begründen und fortsetzen. Wahlweise einzeln oder im Verbund setzen Polizei, Sozialarbeit, private Sicherheitsdienste, freie Träger und "Quartiersmanager" um, was immer der Kontrolle und Disziplinierung dienlich sein könnte.

Das Territoriale feiert in den bundesrepublikanischen Städten und Möchtegern-Metropolen fröhliche Urständ. "Kleinräumig" und "projektbezogen" habe es zuzugehen, wenn den Auswüchsen von Arbeitslosigkeit und Armut in den Quartieren auf den Leib gerückt und den Folgen neoliberaler Großstadtpolitik eine gelegentlich sozial verbrämte Reißleine angelegt werden soll. Die Entdeckung von "überforderten Nachbarschaften", "sozialen Brennpunkten" oder "Ghettoverdachtsgebieten" geht mit der Installierung neuer gebietsbezogener Instrumente einher, die unter der Fahne der Integration segeln. Die von der Europäischen Union angeschobenen Territorialen Beschäftigungspakte (TEP) sollen Arbeitslose wie Sozialhilfeempfangende in den Quartieren um jeden Preis "beschäftigen"; das mittlerweile mit dem Bund-Länderprogramm "Soziale Stadt" unterfütterte und in Berlin als Quartiersmanagement bezeichnete Aktivierungskonzept für "benachteiligte Nachbarschaften", konzentriert sich auf die Armutsverwaltung; die Kommunalen Kriminalpräventionsräte (KKP) und die auf Straßenzüge ausgerichteten Sondereinheiten der Polizei - in Berlin Operative Gruppen (OP) geheißen - gehen kiezgenau gegen die Armutsbevölkerung vor.

Ein eher klassisch zu nennendes Kontroll- und Ausgrenzungsinstrument in Berlin, weil es nicht auf die Mobilisierung einer "guten Gemeinschaft" abhebt und offen rassistisch daherkommt, ist der im Oktober 1996 ins Leben gerufene "gefährliche Ort". Nach Paragraf 21 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) dürfen Ordnungsbehörden und Polizei ohne Anhaltspunkte für eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit Identitätsfeststellungen durchführen, "wenn die Person sich an einem Ort aufhält, a) von dem Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass aa) dort Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden, vorbereiten oder verüben, bb) sich dort Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Strafvorschriften verstoßen, cc) sich dort gesuchte Straftäter verbergen, b) an dem Personen der Prostitution nachgehen." Von "gefährlichen" Orten ist also direkt keine Rede; überhaupt ist es der Indiskretion einer großen Berliner Boulevardzeitung zu danken, dass überhaupt die betroffenen Orte und mit ihnen die dortige Aushebelung von Grundrechten 1996/97 zur Sprache kamen.

Gefährliche Orte und ...

Ein seinerzeit als "vertrauliche Liste" gehandeltes Polizeipapier umfasste seinerzeit zunächst 14, dann 20 Straßen, Plätze und Parks, die als "gefährliche Orte" zählten: Dazu gehörten das Kottbusser Tor in Kreuzberg (Begründung: Drogen-Szene), der Stuttgarter Platz in Charlottenburg (Prostitution und Glücksspiel), der Breitscheidplatz, ebenfalls Charlottenburg und Aushängeschild der Stadt (Fixer, Dealer, Taschendiebe) und der Nollendorfplatz in Schöneberg (Prostitution, Dealer, Fixer), den Alexanderplatz (Punks, Trebekids) nicht zu vergessen.

Auf dem Herrmannplatz in Neukölln, auf dem es regelmäßig zu Übergriffen durch die Polizei vor allem gegen Migranten kommt, war unlängst ein 37-jähriger farbiger US-Amerikaner mit Handschellen gefesselt und im Polizeiwagen bedroht worden, hatte sich jedoch mit einer Anzeige gewehrt und einen Teilerfolg erzielen können. Eine ohne Verhandlung gegen ihn festgesetzte Strafe von 1.600 Mark braucht er nicht zu zahlen, seine Anzeige wegen Körperverletzung im Amt jedoch wurde ohne Begründung schon vor Verhandlungsbeginn abgewiesen. Der zuständige Zugführer der Polizeieinheit pocht lapidar auf die Rechtmäßigkeit: "Wir müssen den Bürgern nicht erklären, warum sie kontrolliert werden." Der US-Amerikaner habe "einfach Pech gehabt", da er als Farbiger in das Täterbild passe: "Auf der Straße können wir keine Sozialarbeiter sein."

Was der gute Mann meint, versteht, wer die U-Bahnlinie 8 benutzt. Sie durchquert den Hermannplatz kreuzend Teile Kreuzbergs und Neuköllns und gilt als Umschlagplatz für Drogen, seit die Operativen Gruppen

oberirdisch mit regelmäßigen Razzien und Überfallkommandos die Drogenszene zunächst von einem Ort zum anderen und sodann in die U-Bahnschächte getrieben haben. Die U8 ist damit der einzige mobile "gefährliche Ort" - allerdings nur ohne Polizei. Die nämlich stoppt ganze Züge, und 30 bis 50 Beamte treiben aus den Waggons alle jugendlichen Migranten. Mit erhobenen Armen und breit gespreizten Beinen müssen sie an den Wagenwänden stehen. Taschen- und Ausweiskontrollen folgen, wer keine Papiere bei sich hat oder sonst in Verdacht steht, muss auf die Wache oder wird direkt mit einer Hausdurchsuchung bedacht. Diese Praxis, ähnlich schon 1993 auf dem Breitscheidplatz vorexerziert, (1) wurde seinerzeit als "Apartheid am Breitscheidplatz" durch antirassistische Gruppen attackiert.

Versuche, das Instrument "gefährlicher Ort" mit Quartiersmanagement zu verbinden, werden gerade am Helmholtzplatz im Bezirk Prenzlauer Berg erprobt. (2) Dem staatlichen Credo folgend, dass gefälligst alle - auch die vielgerühmte Zivilgesellschaft - zusammen zu arbeiten und Netzwerke auszubilden hätten, ist der Helmholtzplatz nicht nur Quartiersmanagementgebiet, sondern zugleich auch ein "gefährlicher Ort". So ist hier auch die Polizei zentraler Akteur bei der Herstellung "sozialen Zusammenhalts" wie ihn sich die dort organisierte Mittelklasse vorstellt: Die etwa 50 Punks, Trinker und Obdachlose wurden im Rahmen einer als Platzverschönerung bezeichneten Sanierung vertrieben. Mit der Gestaltung des Platzes stellten Polizei und Ämter Regeln zur Benutzung auf, um das "Funktionieren des Stadtplatzes" zu gewährleisten. Vor allem das "Niederlassen zum Alkoholverzehr außerhalb zugelassener Schankflächen" (Berliner Straßengesetz § 11 Abs. 2) gilt als Problem. Der zuständige Dienstgruppenleiter der Polizeidirektion 7 hat angekündigt, zusätzliche Kräfte für diese Aufgabe freizustellen und z.T. stündliche Kontrollen auf dem Platz durchzuführen.

... gefährliches Quartiersmanagement

Auf Betreiben der "Sozialen Runde" - einer Koordinationsrunde der professionellen und administrativen Akteure auf dem Platz - soll zudem eine Stelle für einen sogenannten "Platzdienst" eingerichtet werden. Durch dessen ständige Präsenz und eine intensive Zusammenarbeit mit der Polizei wird eine "entlastende Wirkung" erwartet. Der verantwortliche Koordinator des Platzkonzeptes sieht in der "Entlastung des Platzes von der Gruppe" die Voraussetzung für eine integrative Sozialarbeit: "erst wenn positive Nutzungen störungsfrei auf dem Platz stattfinden können, können Versuche unternommen werden, die Personengruppe und ihr abweichendes Verhalten zu integrieren."

Ermöglicht die Festlegung von Orten als "gefährlich" das Vorgehen gegen Trinker, Obdachlose, Punks, MigrantInnen oder andere als überflüssig gehandelte zu Gruppen stilisierte Menschen ohne lästige Bürgerrechtsbelastung, so bietet das Quartiersmanagement die Möglichkeit, diese Ausgrenzungsprozesse gleich noch als Gemeinwesenorientierung zu verkaufen. Berlin baut derzeit beide Instrumente aus - sie stehen als Arsenal getrennt (3) und als Kombipack weitgehend unhinterfragt zur Verfügung.

ve

Anmerkungen:

1) Vgl. Eick, V.: Die "Operative Gruppe City West". Polizeiarbeit auf Zuruf des Einzelhandels, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 51 (02/95).

2) Vgl. Holm, A.: "Behutsame Verdrängung" am Helmholtzplatz: Ausgrenzung im Aufwertungsgebiet. Trinker, Punks und Obdachlosen im Zangengriff von Polizei, Sozialarbeit und Quartiersmanagement, in: MieterEcho Nr. 286 (Juli/August 2001), Berlin.

3) Vgl. Eick, V.: Land unter in Neukölln? Die Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land spielt "Soziale Stadt", in: MieterEcho Nr. 285 (Mai/Juni 2001), Berlin.

21. Kritik der unternehmerischen Stadt. Aussichten auf eine "Stadt der guten Hoffnung"? Interview mit Jochen Becker

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:13

Jochen Becker ist Herausgeber des Buches "bignes?", das sich mit der unternehmerischen Stadt und neuen Formen städtischer Image-Politik beschäftigt. Volker Eick sprach mit ihm über Großprojekte in postfordistischen Städten und über mögliche Widerstandsformen gegen diesen Größenwahnsinn.

Du bist Herausgeber von "bignes?". Ganz unterschiedliche Leute haben in dem Buch geschrieben, wie ist die Entstehungsgeschichte?

Jochen Becker: Ausgangspunkt war eine Einladung zu den Internationalen Kurzfilmtagen in Oberhausen 1999. Ich wurde gefragt, ob ich zum Thema Stadt Vorträge und ein Kurzfilmprogramm organisieren könnte. Das Kurzfilmprogramm entstand zusammen mit der Filmkuratorin Madeleine Bernstorff. Mir schien das Thema zu Oberhausen vor der Tür zu liegen, nämlich die "Neue Mitte Oberhausen". Also die CentrO Shopping Mall, die Mehrzweckhalle Arena Oberhausen mit Fußball-, Eishockey-, aber auch RTL2-The Dome-Chartshow, einem Strip aus Themengastronomie, einem Planet Hollywood, einem Musicaltheater, einem Multiplex, also was landläufig heute als Urban Entertainment Center verkauft wird. Wenn ich Leuten von Oberhausen erzählt habe, war es - auch bei mir selbst - so, dass man früher an die Kurzfilmtage gedacht hat. Jetzt verbinden die meisten allerdings mit Oberhausen die "Neue Mitte" oder das CentrO. Es hat also auf der mentalen Landkarte eine deutliche Verschiebung gegeben. Insofern tat es dem Festival auch gut, darüber nachzudenken.

Modellcity Oberhausen

Die Idee dabei war zu schauen, was großmaßstäbliche Stadtentwicklungsprojekte in zentraler Lage, die es nicht nur in Oberhausen gibt, bedeuten; also: Potsdamer Platz, das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21, der Space Park in Bremen oder dann so etwas wie EuroLille, der Bahnknotenpunkt im nordfranzösischen Lille von Rem Koolhaas. Der niederländische Architekt hat den Begriff bigness geprägt. Er skizziert bigness eher positiv. Bigness sei das "Regime der Komplexität", das man nicht mehr steuern könne, so dass ein gewisses produktives Chaos ausbräche. Das wurde Anfang der 90er Jahre in Berlin beim Potsdamer Platz "den Tiger reiten" genannt. Also: die Marktkräfte als etwas Positives zu akzeptieren und sich derer zu bedienen.

Das war unser Ausgangspunkt: Oberhausen sich als ein Spezifikum anzuschauen, aber doch einzubinden in eine Entwicklung, die breiter ist und über Oberhausen hinausgeht. Das zweite "s" im Titel ist durch ein Fragezeichen ersetzt, da es uns einerseits um die Analyse, aber dann auch um die Frage nach Formen von Widerstand dagegen geht.

Muss es dagegen eine Form von Widerstand geben? Die Akzeptanz der Neuen Mitte ist doch relativ groß.

Ja, das ist so. Das kann man ja auch hier am Potsdamer Platz sehen. Alle offiziellen Befürchtungen, dass das Potsdamer Platz Projekt nahe an Kreuzberg liege und dass da, wer weiß was passiert - nichts - keine großen Aktionen, so weit ich weiß. Offensichtlich federn neuartige Marketingstrategien solche Dinge ab. Dies führt auch zum zweiten Teil des Titels, Image/Politik: Es gibt also eine neue Art, solche Projekte zu vermarkten und zu lancieren.

Ausgrenzungsprozesse hat es vorher auch gegeben, gibt es denn so etwas wie eine neue Qualität, haben sich die Zielgruppen geändert, hat sich etwas auch im gesellschaftlichen und ökonomischen Umfeld geändert? Wo seht ihr da den Knackpunkt?

Ich fand an der "Neuen Mitte Oberhausen" interessant, dass es früher ein geschlossenes Terrain war. Es war ein Stahlwerk, wo die männliche Arbeitsbevölkerung temporär Aufenthalt hatte und sonst nicht. Rein von der Begehbarkeit desOrtes her war die Umwidmung also eine Öffnung. Das sollte man nicht unterschätzen. Die jetzt aufgeräumten Hafen- und Industrieareale waren ja geschlossene, vom Werkschutz abgeschottete Bereiche. Das hat sich jetzt verschoben. Heute ist es so, dass diejenigen, die konsumieren können und wollen,

dort zugelassen sind. Aber du hast weiterhin Wachschutz, der aus dem Werkschutz hervorgegangen ist, und weiterhin ist es ein kontrolliertes Terrain im privatwirtschaftlichen Besitz.

Das war beim Potsdamer Platz anderes, der war ja mal normaler Stadtraum undwurde jetzt zu einem teilweise privatwirtschaftliche kontrollierten Terrain. Wie es ein Kameramann in dem sehenswerten Film "Dritte Generation des Wohlfühlens" erzählt, dass er gar nicht mehr weiß, wo jetzt Privatgelände ist und wo nicht, wo er nach einer Filmgenehmigung fragen muss oder nicht. Der Senatsbaudirektor Stimmann hat gesagt, man würde es an den Laternen erkennen, wo Privat- und öffentliches Land sei.

Wir beobachten die Ausweitung des privat kontrollierten Terrains, wo aber meine Schlussfolgerung nicht so sehr wäre, denVerlust des öffentlichen Raum zu bejammern, sondern endlich mal zu überlegen, was denn der privatwirtschaftlich kontrollierte Raum bedeutet: Muss man da nicht viel stärker ansetzen und da die politische, gewerkschaftliche Betätigung, das Demonstrationsrecht und so weiter einfordern, anstatt den Verlust zu bejammern. Die Reste öffentlichen Raums werden ja schließlich auch kontrolliert und bewirtschaftet. Gewisse Debatten scheinen mir eher rückwärts gewandt - vielleicht muss man da auch stärker darauf beharren, schon alleinestrategisch. Aber ich kann mich dafür nicht mehr so begeistern.

Die Ansätze im Buch versuchen Kultur mit Politik und Widerständigkeit zu verbinden. Ist das eine Auswahl, die du bewusst getroffen hast? Oder handelt es sich Deiner Meinung nach dabei um die neuen Akteure städtischer Widerständigkeit auf Grund des Wandels von der fordistischen zur postfordistischen Stadt?

Es sind zumeist Akteure mit Kultur-Hintergrund, die versuchen, städtische Themen und Konflikte zusammenzuführen. Genau so wie das Buch versucht, dies zusammenzuführen. Aber nicht nur aus dem Kulturbereich: Mogniss H. Abdallah und andere, die beschreiben was in Frankreich in den Banlieue passiert, oder die "Mission" in Hamburg, ein Projekt, das von obdachlosen Leuten gemacht wird.

In der Frage, wie die verschiedenen, doch recht zersplitternden Interessen und Konflikte wieder zusammengeführt werden können, und wer das überhaupt versucht, da ist vielleicht das Kunst- und Kulturmilieu das eher Offenste, Weichste und damit auch mit mehr Möglichkeiten des Zugangs nicht nur zur Fachöffentlichkeit ausgestattet. Vielleicht sind es auch die, die immer noch die meiste Zeit haben. Andererseits beobachtet man ja verstärkt, dass der Widerstand relativ selten von den Betroffenen selbst ausgeht - aus verschiedenen Gründen. Das ist jetzt etwas anderes als die Bewegungen der 80er Jahre.

Warum ist das kulturelle Milieu deutlich stärker in den städtischen Auseinandersetzungen engagiert, als die 80er Jahre Bewegungen?

Sie sind zum Teil selbst zentrale Akteure der Stadtentwicklung. Zumindest im kritischeren Kulturbereich hat es sich mittlerweile herumgesprochen, dass man - Ted Gaier von den Goldenen Zitronen nennt das "trocken wohnen" - eine Funktion hat in der Stadtentwicklung. Zumindest sollte darüber reflektiert werden, dass man im Rahmen von gentrification eine Pionierrolle spielt, dass man die Funktion hat, den Standort attraktiv zu machen. Ich glaube, es gibt in der Kulturszene durchaus ein Bewusstsein, welche Rolle man selbst spielt. Offensichtlich ist Kultur zudem ein Terrain, auf dem sicherlich viel symbolische Politik, aber auch viel konkrete Politik verhandelt wird. Da muss man aufpassen, in wie weit man sich blenden lässt. Für mich ist das ein reales Kampfterrain.

In den 80er Jahren lief ja viel über Text, als Diskussionen um Bebauungspläne etc. Heute vermittelt sich Stadtpolitik viel mehr über Zeichen und Bilder. Abgesehen von der Ambivalenz, die das beinhaltet, gibt es dadurch natürlich auch eine höhere Anschlussfähigkeit für Gruppen aus dem Kunst- und Kulturspektrum. "Reclaim the Streets" (RTS) oder auch die "InnenStadtAktion" haben ja durch Verfremdungen versucht, Anschlüsse zu finden, etwa indem sie städtische Codes aufgreifen.

Die "NoOlympics"-Kampagne in Berlin hatte massive reale stadtpolitische Effekte. Sicherlich gab es auch andere Gründe, warum die Olympischen Spiele an Berlin vorbei gegangen sind. Meiner Kenntnis nach war "NoOlympics" die Pionierdebatte um Imagebeschmutzung in der Bundesrepublik. Die Frage, welche Effekte "RTS" realpolitisch hat, ist schwer einzuschätzen. Ich denke, es ist die Menge an diversen Projekten, die dann aber auch strategisch gebündelt werden müssen, um Effekte zu erzielen. Es ist so, dass die Stadtpolitik selbst sehr stark auf Symbole und Images setzt. Vom computeranimierten Film, der den Potsdamer Platz - schon bevor irgendeine Baugrube ausgehoben ist - als real existierend zeigt. Ich glaube, das hat auch was an

Widerstand und Protest weggenommen. So ein Gefühl, das Ding steht schon, obwohl zum Teil noch gar nicht die Baugenehmigungen da waren. Es gab wenig Protest. Bis auf kleine Initiativen und Gruppen, die genau auf dieser Symbolebene das Gefühl hatten, ansetzen zu können, die Bilder anzugreifen bzw. Gegenbilder zu entwickeln.

Und natürlich Kunzelmanns legendärer Eierwurf auf den regierenden Bürgermeister Diepgen. Da kann man lange drüber reden, welche Effekte das real hat. Aber ich denke, es hat schon allein den Effekt, dass es viele Debatten darum gab, die das dann auch noch einmal verlängert und verstärkt haben.

In deinem Einleitungsbeitrag schreibst Du "Ein Leben auf Abruf kennt Politik häufig nur noch als Notwehr".

Das sind Erfahrungen auch der "InnenStadtAktion". Man sieht, dass die Leute, die man mantra-artig immer als Junkies, Obdachlose, Illegalisierte auflistet, dass das Leute sind, die wegen hoher Alltagsorganisationsanforderungen, wegen nun weiß Gott anderer alltäglicher Probleme, aber auch wegen der juristischen und polizeilichen Notwendigkeit, nicht sichtbar zu werden, im Grunde genommen keine Politik im linken klassischen Sinne machen. Höchstens als Notwehr. Das alles sind Sachen, die bislang nicht sehr als politisches Handeln gelesen worden sind. Ich habe den Begriff des städtischen Handelns übernommen, der diese anderen Formen zu beschreiben versucht, was andererseits auch die kulturelle Praxis einschließt, die oftmals auch nicht klassischer Protest und Widerstand ist. Diese Anekdote, die ich vom dem Typen an der Champs Elisées erzähle, fand ich persönlich sehr beeindruckend. Eine klitzekleine Sache. Dieser Mann macht Liegstütze und hält sich fit. Dann sieht man ihn in seinem Appartement, und er lächelt und sagt: "Ja, ich bin der letzte hier, um mich herum sind überall Büros, und wenn ich sterbe, dann wird meine Wohnung für das Vierfache vermietet werden können." Und man versteht, warum sich der Mann fit hält.

Großprojekt gleich große Rendite?

Ist da so etwas wie eine Hoffnung, eine vage Idee, eine Strategie drin?

Das ist wahrscheinlich ähnlich wie bei "KanakAttak". Ob sich jetzt die authentischen sog. Straßenkanacken wirklich so organisieren würden, das ist natürlich etwas anderes, das glaube ich auch nicht. Eher ist das Buch der Versuch zu beschreiben, was auch Franziska Roller beschäftigt: wie sieht "Politik nach der Politik" aus, nach der großen Politik. Es gibt noch das Andere neben der großen Politik, aber man muss auch aufpassen, dies nicht über zu bewerten. Aber dennoch finde ich wichtig, ein Auge darauf zu haben. Letztendlich haben die "InnenStadtAktions"-Gruppen es nicht geschafft, mit denen, die ich vorhin aufgezählt habe, wirklich direkte große Koalitionen einzugehen. Sie sind darin aus verschiedenen Gründen gescheitert, und es braucht sicherlich ein anderes Vorgehen. Der große Schritt war, überhaupt über die direkte Betroffenheit hinwegzugehen, und zu sagen, da sind ganz andere betroffen oder werden verfolgt bzw. ausgegrenzt und dagegen muss man etwas tun. Man muss die Waage zwischen diesen sehr konkreten, lokalen Perspektiven und einer strukturellen Analyse suchen und vor allem, Sachen zusammenführen, bündeln und ihnen dadurch Gewicht verleihen. Das ist vielleicht auch der Versuch des Buches - nicht als Bewegung, sondern als Einzelperson mit ihren Kontakten.

Es entsteht der Eindruck, dass MieterInnenwiderstand in dieser Perspektive deutlich unterrepräsentiert ist. Hat das konzeptionelle Gründe, oder ist das Deiner individuellen Biografie der Zugänge geschuldet?

Richtig, ich bin nicht darauf gekommen, zu überlegen, wie sähe das aus dieser Perspektive aus. Andererseits ist das allerdings auch eine Form von Protest und Widerstand, die besser organisiert scheint. Ich erwähne zwar gewerkschaftlichen Protest etwa im Dienstleistungs- und IT-Bereich, aber eben als Neu-Formulierung, wobei versucht wird, auf neue Verschiebungen im beruflichen Bereich einzugehen und damit die eigene Politik neu zu entwickeln. Die MieterInnenvertretungen erscheinen mir jedenfalls relativ organisiert, aber sie stehen kaum in Kontakt zu Leuten, die nicht einmal mehr Miete zahlen können. Im Kern ging es mir eher um Sachen, die nicht so repräsentiert und noch nicht so sichtbar sind.

Kulturmilieu hat Pionierrolle

"Gott ist rund", behauptete unlängst der FAZ-Journalist Dirk Schümer in einem Band zum Thema Fußball, die Landespolizeien interessiert - mathematisch einigermaßen desaströs - die "dritte Halbzeit". Was beobachtet Ihr zum Thema "Fußball in der Stadt"?

Der Ausgangspunkt war das Projekt von Marc Pataut, das ich erstmals auf der letzten documenta gesehen hatte. Der hat die Erstehung des Stade de France in Saint Denis - ein Vorort von Paris -, das zur WM 98 errichtet worden ist, in einem Kunstprojekt fotografisch beobachtet. Vorher war dort eine große Brache zwischen verschiedenen Verkehrsinfrastrukturen. Dort sollte das Stadion der Franzosen und für Frankreich entstehen, in dem das Eröffnungs- und Endspiel stattfand. Gleichzeitig war das aber auch ein riesiges Stadtentwicklungsprojekt für Saint Denis. Die Stadt war mal eine kommunistische Hochburg, wo Le Hummanité ihre Redaktion hat - die Stadt gehört zum roten Gürtel von Paris.

Marc Pataut hatte sich als Fotograf gesagt, ich schau' mir diese Brache an und hat dann gemerkt, da wohnen Leute: WagenburgbewohnerInnen, Obdachlose sowie Leute, die irgendwie das Landleben in der Stadt mögen. Deren sehr unterschiedliche Lebenspraxis hat er dort bis zur Räumung beobachtet. Die Leute haben keinen klassischen Protest und Widerstand organisieren können und sind dann irgendwann einfach von dannen gezogen und zum Teil in traurige Wohnungen umgesiedelt worden, wodurch der gesamte soziale Zusammenhang auseinander gerissen wurde. Das zeigt er in sehr nüchternen Fotos. Gunnar Ulbrich schrieb dazu dann einen Text, wie die Lokalpolitik das Stadion begleitet hat und welche Phantasmen von "Wir bringen den Bewohnern Sport, Spaß, Spannung" entstanden.

Es ist eigentlich ein groß angelegtes Stadtentwicklungsprojekt, doch außer einem sehr traurigen Sportkaufhaus und wenigen Wohnungsansätzen ist dort nichts entstanden. Letztendlich ist das Stade des France ein Flop. Und weil das teuer ist, sucht man neue Finanzierungsmodelle, und das ist das Vermarkten - die mediale Verwertung, der Fanshop bis hin zur shopping mall. Weil die Gagen der Fußballer und die Ablöse-Summen zunehmend steigen, versuchen die Vereine, marktfähig zu werden und sich in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Diese Verzahnung zwischen Stadtpolitik, Sport, Freizeit und unternehmerischen Aktivitäten, die aus Fußballclubs Unternehmen macht, hat uns interessiert. Es war der Versuch, sich anzuschauen, was das für die Stadt und die Stadtpolitik an Effekten zeitigt. Da ich kein großer Sportfan bin, war es mir relativ egal, welche Veränderungen damit für den Sport verbunden sind, aber es gibt da natürlich auch Auswirkungen.

Linke Politik als Notwehr

In den USA soll es ja eine neue bzw. alte Klassenzusammensetzung in den Stadien geben. In wie weit greift so etwas auch in der BRD?

Du spielst auf das Logen-Prinzip an. Es gab eine hoch interessante Ausstellung über Stadienbau im niederländischen Architektur-Institut. Da sagen Verantwortliche, dass sie im Grunde genommen mit den Fernsehübertragungen das meiste Geld machen. Sie könnten also eigentlich eine black box bauen, mit ganz vielen Kamerapositionen, und darin machen sie ihr Spiel. Aber das würde natürlich nicht funktionieren. Die Stimmung, die Life-Aktionen, das Life-Publikum ist wie bei Talk-Shows und den großen Samstagabendshows wichtig. Der Hooliganism und die Laola-Welle sind offensichtlich Marketingargumente. Und das wollen sie, aber gleichzeitig wollen sie auch neue Kundschaft anziehen. Also darf andererseits nicht zu viel Gewalt sein, Hooliganism ist dann doch Scheiße. Denn sie wollen familienfreundlicher werden, noch das Museum und den Shop angliedern. Und sie wollen neue Schichten erschließen, die sich in Glasvitrinen abgeschottet für viel Geld ihre Kundenbeziehungen abends noch durch einen netten Fußballspielbesuch unterfüttern. Das sind die Klassenaufteilungen in den Stadien.

So läuft das "auf Schalke" aber nicht.

Richtig, meines Wissens unterläuft das nur Schalke, in dem sie zwar feste Sitze, die für die WM notwendig sind, temporär installieren, aber sonst weiterhin fangerechte Stehplätze haben. Alle anderen Stadien haben sich dem unterworfen und warfen die Stehplätze komplett raus: gepflegtes Fußballspielen ist jetzt angesagt.

Was mich auch interessiert hat, und das zeigt sich ja jetzt auch an der Göteborg-Debatte, dass sich das Vorgehen gegen Hooligans - also die polizeilichen Kontrollmaßnahmen, die man während der letzten Europameisterschaft mitbekommen hat - jetzt auf alle "gewaltbereiten" Milieus überträgt. Die Pionierfunktion, die Faschos und Hools hatten, sind jetzt auch auf das linke Milieu und linke Aktionsformen zu übertragen: Grenzen dichtmachen, Passkontrollen, Dateien anlegen. Um das Thema Fußball kristallisiert sich sehr viel an neuen Politikformen.

Was steckt dahinter, dass man seit den 90er Jahren Großbauten, die Festivalisierung von Stadtpolitik erlebt?

Durch das Ende der Großindustrie - sprich die Verlagerung der Produktion in so genannte Billiglohnländer - sind plötzlich innerstädtische Brachen entstanden, Militärareale, Werftgelände, Bahnanlagen, die zum Teil auch mehr Profit abwerfen, wenn man sie als Immobilie entwickelt, anstatt zu versuchen, sie als Rest-Industrie-Areal zu verwerten. Der Potsdamer Platz ist da sicherlich ein Spezialfall, der war eine Brache durch Krieg und Mauer. Grundsätzlich sind im Innern der Städte durch Restrukturierungsprozesse erstmals solch große Areale überhaupt verfügbar geworden. So konnte die ganze Politik der 90er Jahre - die Stärkung der Innenstadt wurde propagiert - also auch weg von der "grünen Wiese" und hin zur "Wiederbelebung der Innenstädte" weisen. Nur wenn man groß baut, so die These, ist überhaupt die entsprechende Rendite zu machen - so scheint es zumindest.

Ein kleines Beispiel: Mein Vater hat das Häuschen meiner Oma geerbt und das Grundstück war zu klein, um eine Tiefgarage anzulegen. Da ist mir ganz klar geworden, dass auf der Parzelle nichts mehr zu holen ist, weil allein die Ein- und Ausfahrt für die Tiefgarage das komplette Erdgeschoss zerstört hätte. Diese Bedürfnisse von Parken, ab wann sich solche Geschäfte also lohnen, welche Größe ein "Saturn"-Markt haben muss, um entsprechende KonsumentInnen-Schichten anzuziehen, wie ein Multiplex Cinema organisiert sein muss - diese scheinbare Eigendynamik fordert den Großmaßstab ein. Um überhaupt Kundschaft anzuziehen und zu halten, muss man offensichtlich auf dieser Ebene konkurrieren. Nur ganz wenige Projekte, beispielsweise die "Hackeschen Höfe" in Berlin-Mitte, funktionieren anders. Zwar haben auch sie den gleichen Effekt, sie sind aber anders gebaut worden, und sie fungieren noch mehr im klassischeren Sinne wie Stadt.

Es ist, während ich mich im Rahmen des Buchprojekts damit beschäftig habe, zur Standard-Annahme geworden, dass große privatwirtschaftlich kontrollierte Terrains ein neues Phänomen seien. Da herrscht dann oft so ein allgemeiner kulturpessimistischer Ton vor, der sich in Begriffen wie "Amerikanisierung", "Konsumtrottel", "alles aus Plastik" und so niederschlägt. Diese Ebene nervt mich total, die will ich nicht. Ich schau mir solche Sachen ja durchaus selbst an, und zwar nicht nur zu Studienzwecken, sondern weil diese Mechanismen auch bei mir funktionieren.

Festivalisierung von Stadtpolitik

In unserem Buch findet sich auch ein Text über "Christiania" in Kopenhagen - ein vormaliges Kasernengelände, was sich anders organisiert hat -, weil es zeigt, es ginge auch anders. Es geht also eher darum, wie so ein Projekt organisiert wird, und welche Kräfte da zum Zuge kommen. Die Art wie "Christiana" entwickelt worden ist, diese Zeit ist offensichtlich nicht mehr da. Das Rad lässt sich so schnell nicht mehr dahin drehen. Was an diese Stelle getreten ist, ist eine Stadtpolitik, eine Stadtentwicklung, die sich nicht verabschiedet, die aber gewisse Dinge, die sie vorher selbst gemacht hat, an die Privatwirtschaft outsourced.

Die Stadt Oberhausen ist da das beste Beispiel, weil da der damalige Stadtdirektor und jetzige Oberbürgermeister zusammen mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalens an der Stadtverwaltung und dem Kommunalparlament vorbei die "Neue Mitte Oberhausen" bis zur Entscheidungsreife durchgeboxt hat. Da wurden zum Teil Gutachten, die normalerweise stadtintern gemacht werden an die Privatwirtschaft abgegeben - aus Geheimhaltungsgründen, aber auch weil er meinte, der wahre Sachverstand läge außerhalb. Das ging dann so weit, dass die gesamte Stadtverwaltung Oberhausen in GmbHen umgewandelt wurde, die sich gegenseitig Rechnungen stellen können. Die einzigen, die nicht in GmbHen umgewandelt werden konnten, weil sie sich nicht rentierten, waren bezeichnenderweise das Altenheim und das Stadttheater.

Also die Frage nach der Rentabilität der Stadt: wie tritt die Stadt als ökonomischer Akteur auf und welche Effekte hat das für den Arbeitsmarkt?

Ja, diese Art des serviceorientierten, unternehmerischen Handelns fand ich interessant - auf Kosten einer wie auch immer gearteten Innenstadtentwicklung; die ist jetzt eine ghost town, das Arbeitsamt ist das größte kommunale Gebäude usw. Es hat also keinerlei Arbeitsmarkteffekte gehabt. All der Hype, der darum passierte - die Innenstadt wird weiterhin existieren können, ja, es werden viele beschäftigt sein - das hat sich alles nicht eingestellt.

Es ist ein neues Regierungshandeln entstanden, das sicherlich auch reagiert auf das, was als Ende des Einflusses von Kommunalpolitik verhandelt wird. Sie sagen, wir werden hier von Unternehmen unter Druck

gesetzt, wir müssen jetzt selbst überlegen, wie wir wieder handlungsfähig werden. Sie erfinden neues Regierungshandeln - das, was Foucault "Gouvernementalität" genannt hat, was ich für einen sehr hilfreichen Begriff halte. Was nicht auf diese billige Formulierung "Der Staat wird durch das Kapital abgelöst" abhebt. Der Staat, die Kommunalregierungen formulieren sich neu. Das war auch der Versuch, am konkreten Beispiel Oberhausen diese Riesenprojekte, die vielleicht eine klassische Kommunalverwaltung wirklich überfordern würden, in einen Kontext zu stellen: Die Größe bringt bereits eine andere Form des Sich-Organisierens mit sich.

Wie würdest Du dann Initiativen wie Quartiersmanagement darin einordnen?

Das ist eine schwierige Debatte, weil sie einerseits das aufnimmt, was mal gefordert worden ist, nämlich lokale Politik vor Ort zu debattieren und zu diskutieren. Ganz offensichtlich gibt es zumindest ein Problem - ohne jetzt Experte für Quartiersmanagement und deren Kritik zu sein -, dass es eine Mangelverwaltung ist bzw. sich eher an Trikont-Selbsthilfeprojekten orientiert, wo letztendlich auf der Ebene von Glasperlen und ein bisschen Ermutigungsgeld operiert wird. Es ist ganz sicherlich eine Aktionsebene, wo man Teil der Stadtverwaltung wird, so wie Leute in Gruppenarbeit Teil des Unternehmens werden. Aber man ist dadurch nicht Eigentümer von VW, obwohl man da Gruppenarbeit macht, und genau so entscheidet die Einzelnen nicht wirklich über das Stadtgeschehen, nur weil sie aktiv im Quartiersmanagement sind. Es auf jeden Fall auch so ein Teil des neuen Regierungshandeln auf lokaler Ebene, das ganz sicher.

Ich finde auch, dass das, was Festivalisierung genannt wird, ja einerseits die Durchsetzung von Großprojekten ist, aber andererseits ist es auch etwas - und das funktioniert ja gerade in Berlin extrem -, dass es die Leute per Kanzlerfest oder "Schaustellen" zur neuen Identifikation mit der Stadt bringen soll: Sich als Stadtbürger selbst erfahren und identifizieren. Dieses Interesse muss man auch als Teil des verwaltungsinternen Regierungshandelns jenseits der Durchsetzung von Großprojekten sehen -, verwaltungsintern werden Images und Events produziert, die in die Bevölkerung hinein wirken sollen.

Jochen Becker (Hrsg.): bignes? Size does matter. Image/Politik. Städtisches Handeln. Kritik der unternehmerischen Stadt, b_books Verlag, Berlin, 269 Seiten, zahlr. Abb., DM 32,-, 2001 www.bbooksz.de

22. Euro-Skepsis in Slowenien. Antirassistische Gruppen gegen EU-Grenzregime

Autor: Interview A. Gal Kirn und Beri Laoika · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:06

Interview mit Andrej Gal Kirn und Beri Laoika vom Netzwerk "Büro für Einmischung" MEI aus Ljubljana, in dem sich linksorientierte Basisgruppen koordinieren. Das MEI beteiligte sich an der Organisation des Grenzcamps in Petisovci, das vom 4. bis 8. Juli mit etwa 60 TeilnehmerInnen stattfand.

Als sich Slowenien vor zehn Jahren unabhängig erklärte, hofften große Teile der Bevölkerung auf einen schnellen Eintritt in die Europäische Union. Der scheint jetzt bevor zu stehen. Doch mittlerweile ist die Euphorie verflogen. Warum?

Je näher der anvisierte EU-Beitritt rückt, desto geringer ist die Zustimmung in der slowenischen Bevölkerung. Das ist richtig. Anfang der 90er Jahre wollten 90 Prozent der Bevölkerung einen schnellen Eintritt. Vergangenes Jahr waren es noch 70 Prozent. Nach einer kürzlich durchgeführten Meinungsumfrage sind es jetzt erstmals weniger als die Hälfte, um genau zu sein: 48,3 Prozent. Auch die Zahl derjenigen, die meinen, die Mitgliedschaft in der EU würde Slowenien nützen, sackte von 50 auf nur noch 39,8 Prozent ab.

Die Gründe für die wachsende Skepsis sind vielfältig. Die einen, aus dem rechten Lager, befürchten den Verlust der neu gewonnen nationalen Souveränität. Andere, wie die Bäuerinnen und Bauern, fürchten billigen EU-Exporten nicht standhalten zu können. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 hat zudem allgemein Befürchtungen vor westlicher Dominanz Vorschub geleistet. So erteilte die Regierung damals gegen geltendes Gesetz den NATO-Flugzeugen in einem Akt vorauseilenden Gehorsams Überflugerlaubnisse. Auch die undurchschaubare Brüsseler Bürokratie leistet Befürchtungen, unter die Räder zu kommen, Vorschub.

Vielen Slowenen geht jetzt alles zu schnell, denn es ist noch gar nicht so lange her, dass der Staat Slowenien entstand. Die Regierung unter Ministerpräsident Janez Drnovsek von der Liberalen Demokratie Sloweniens (LDS) allerdings bleibt bei ihrer Politik, so schnell wie möglich in die EU eintreten zu wollen. Hier steht sie nicht allein, sondern wird von faktisch allen Parteien im Parlament unterstützt. Slowenien hat bereits 20 der 31 Verhandlungskapitel mit der EU abgeschlossen. Von den Beitrittskandidaten hat nur Ungarn mit 22 mehr Kapitel beschlossen. Zypern liegt gleich auf. Tschechien und Polen liegen mit 19 und 16 Kapiteln im Rückstand.

Es stellt sich also nicht die Frage ja oder nein, sondern lediglich, wie die Bevölkerung davon überzeugt werden kann. Dazu ist auch eine breite Werbekampagne angelaufen, die den Beitritt zur EU und gleichzeitig den Beitritt zur NATO propagiert.

Ihr engagiert euch in einem Bereich der EU-Politik, der auch in der slowenischen Öffentlichkeit kaum diskutiert wird, der intensiveren Abschottung der Grenzen durch die Übernahme des Schengener Vertragswerks zur Einwanderungskontrolle.

Ja, der Eintritt Sloweniens in die EU bedeutet auch, dass die EU-Außengrenzen verschoben werden. Konkret können wir das bereits jetzt beobachten. In Kooperation mit den österreichischen und den italienischen Grenzschutzbehörden wird derzeit die slowenisch-kroatische Grenze gegen unerwünschte Einwanderung abgeschottet. Die Polizeikräfte werden aufgerüstet und die Kontrollen intensiviert. Begleitet werden diese Maßnahmen durch eine Medien-Kampagne gegen EinwanderInnen und Flüchtlinge, die nach Slowenien kommen. So wird davon geredet, dass Slowenien "überflutet" würde und ein Verlust der "kulturellen Identität" drohe. Diese Kampagne ist völlig an den Haaren herbeigezogen, denn de facto geht die Einwanderung zurück. Noch vor sieben Jahren lebten 70.000 Flüchtlinge aus dem Krieg in Bosnien in Slowenien, heute sind es gerade mal 2.800. Die meisten Menschen, die heute die Grenze überqueren, sind Flüchtlinge aus Kurdistan, dem Iran oder Irak. Bis vergangenes Jahr benötigten KurdInnen keine Visa, jetzt schon. Sie werden nach fünf Tagen abgeschoben, weshalb die Behörden noch nicht einmal eine Basisversorgung zur Verfügung stellen. Das brutale Abschottungsregime der EU wird schon jetzt auf Slowenien übertragen. Dabei entstehen absurd anmutende Situationen, die aber für viele Menschen sehr tragisch sind. So wird Kroatien als "sicherer Drittstaat" definiert, in den Flüchtlinge abgeschoben werden können. Dabei gibt es dort noch nicht einmal ein

Asylrecht. Stellen Sie sich mal einen serbischen Flüchtling aus Kosovo vor, der von Slowenien nach Kroatien abgeschoben wird, immerhin ein Land, aus dem SerbInnen während der Kriege in Jugoslawien zu Tausenden vertrieben wurden.

Bei einem Camp anti-rassistischer Gruppen habt ihr Anfang Juli im Grenzdreieck zwischen Ungarn, Slowenien und Kroatien mit öffentlichen Aktionen auf die Grenz-Problematik aufmerksam gemacht. Die Bevölkerung reagierte überraschend positiv. Wie erklärt ihr euch die gute Resonanz auf das Thema?

An der slowenisch-kroatisch-ungarischen Grenze besteht eine sehr spezielle Situation. Auf allen Seiten wohnen Menschen, die sich der jeweils benachbarten Nation zugehörig fühlen. Die Grenze hat hier etwas sehr künstliches. Die Grenzziehung zwischen Slowenien und Kroatien vor zehn Jahren hat zudem eine Menge sozialer und wirtschaftlicher Probleme erzeugt. Viele Bäuerinnen und Bauern haben beispielsweise ihren Wohnort auf der einen, aber ihre Felder auf der jeweils anderen Seite. Der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten für den lokalen Markt wurde erschwert. Viele Menschen haben auch ihre Arbeit verloren, weil sie auf der einen Seite wohnen und vor der Unabhängigkeitserklärung auf der anderen arbeiteten und es sehr schwer ist, ein Arbeitsvisum zu bekommen.

Dazu kommt, dass die Region polizeilich sehr intensiv überwacht wird. In Petisovic, wo wir das Camp organisierten, kommt zum Beispiel auf je 50 EinwohnerInnen ein Polizist. Es gibt viele Schikanen. So können AutofahrerInnen mit Strafen belangt werden, wenn sie einen Anhalter mitnehmen, bei dem sich herausstellt, dass er über keine gültigen Papiere verfügt. Generell sind die Menschen in der Region gegenüber den Flüchtlingen aber sehr hilfsbereit. Genau das soll durch die Polizeipräsenz vermindert werden.

Wir denken, dass es hauptsächlich diese spezielle Situation ist, die unserer Initiative hier so gute Resonanz verschafft. Als wir vergangene Woche eine Demonstration gegen die Grenze durchgeführt haben, sind die Leute teilweise aus ihren Häusern gekommen, um uns zu gratulieren.

Interview: Sherin Abu-Chouka/Boris Kanzleiter

23. No Border - No Nation. In Polen, Slowenien und Spanien fanden Camps gegen EU-Außengrenzen statt

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Spanien; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:20

Gute Ideen verbreiten sich schnell. Als 1998 in Rothenburg an der Neisse an der deutsch-polnischen Grenze das erste Grenzcamp stattfand, konnte sich wohl kaum eine/r der TeilnehmerInnen vorstellen, dass es nicht lange dauern würde, bis die Grenzcamps zum festen Bestandteil der Sommergestaltung der antirassistischen Bewegung in ganz Europa würden. Dieses Jahr fanden insgesamt vier Camps statt. Neben dem Camp an der "inneren Grenze" am Frankfurter Großflughafen trafen sich insgesamt mehrere hundert AktivistInnen auch im südspanischen Tarifa, in Lendava im slowenisch-ungarisch-kroatischen Grenzdreieck sowie in Krynki an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland.

Die Idee der Grenzcamps ist denkbar einfach: Während der Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital durch die Politik neoliberaler Globalisierung erleichtert wird, gilt die Bewegungsfreiheit nicht für Menschen, die zu unerwünschten Personen erklärt werden: Politische Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen und Menschen, die sich durch einen Grenzübertritt ein besseres Leben erhoffen. Ihr Versuch, Grenzen zu überwinden, endet nicht selten mit dem Tod. Die Grenzcamps sollen auf diesen grundlegenden Widerspruch im herrschenden Globalisierungsdiskurs über die angeblich zusammenwachsende Welt aufmerksam machen. Durch politische Debatten, öffentliche Aktionen und das Zusammentreffen von AktivistInnen aus unterschiedlichen Ländern soll ein Austausch über die Situation in verschiedenen Ländern ermöglicht und Protest artikuliert werden.

In Krynki in Ostpolen an der Grenze zu Weißrussland reagierten die Behörden auf das Grenzcamp mit besonderer Härte. Bereits im Vorfeld des Camps, das vom 5.7.-12.7.01 stattfand, wurden OrganisatorInnen eingeschüchtert. Die Auftaktkundgebung, das Camp selbst und alle mit ihm in Verbindung stehenden kulturellen und politischen Aktionen waren verboten worden. Ein massives Aufgebot an Polizei und Militär sollte die nach Angaben der OrganisatorInnen rund 300 TeilnehmerInnen einschüchtern. Im Verlauf des Camps, das von Gruppen aus Polen, Weißrussland, Ukraine, Russland und Deutschland vorbereitet worden war, wurden mehrere TeilnehmerInnen verhaftet.

BesucherInnen der Gruppe ARAB aus Bremen vermuten, "dass die Herstellung der neuen EU-Ostgrenze eine ebenso sensible wie prioritäre Angelegenheit ist und No-Border-Aktionen deshalb als massive Störung betrachtet werden. In der Tat lehnen auch die grenznahen Communitys das neue Regime eher ab (und bilden damit einen ganz anderen Resonanzboden für Aktionen, als wir dies an der deutsch-polnischen Grenze erlebt haben), und einer Verbindung des Unbehagens mit dem politischen Protest sollte hier wohl vorgebeugt werden."

Für viele BewohnerInnen der Grenzregion bedeutet die Verschärfung der Grenzkontrollen, die unter anderem eine Voraussetzung für den geplanten EU-Beitritt Polens sind, in vielen Fällen eine Verschlechterung ihrer sozialen Situation. Kleinbauern haben Probleme, Märkte auf der anderen Seite der Grenze zu beliefern. Der Grenzübertritt ist seit der Verschärfung der Kontrollen zu Beginn diesen Jahres mit teilweise tagelangen Wartezeiten verbunden. Kleinere Übergänge wurden ganz geschlossen, und Visa kosten viel Geld.

Ganz ähnlich stellt sich die Situation in Lendava im slowenisch-ungarisch-kroatischen Grenzdreieck dar. Auch hier reagierte die lokale Bevölkerung positiv auf die Aktionen der knapp hundert GrenzcamperInnen (vgl. Interview) vom 4.7.-8.7.01. Während des Camps wurde die freundliche Atmosphäre nicht einmal durch Polizeipräsenz gestört. Um so heftiger traf die Repression einen Teil der CamperInnen nach den Protesten in Genua. Mitglieder der Volxtheater-Karawane aus Österreich, die das Camp mit vorbereitet hatten, wurden unter fadenscheinigen Begründungen wochenlang in Haft gehalten. Unter anderem behaupteten die italienischen Behörden, das Camp in Lendava hätte der Vorbereitung militanter Aktionen in Genua gedient, eine völlig absurde Behauptung. Mittlerweile wurden alle Mitglieder des Volxtheaters wieder freigelassen.

Das Camp in Tarifa in Andalusien fand an der für MigrantInnen wohl gefährlichsten EU-Außengrenze statt. Beim Versuch, die Meerenge von Gibraltar zwischen Marokko und Spanien zu überqueren, ertrinken jedes Jahr über 1.500 Menschen. Etwa 1.000 Menschen werden jeden Monat von der spanischen Polizei verhaftet. Die OrganisatorInnen des Camps, an dem 300 Anti-RassistInnen teilnahmen, schreiben: "Das

‚Migrationsproblem` ist in Spanien auf eine bestimmte Weise neu und unterscheidet sich von anderen Ländern Europas, in denen ImmigrantInnen seit mehr als drei Jahrzehnten leben.

Der Prozess ist komplett unterschiedlich vor allem auf einer politischen Ebene. Die anti-rassistische Bewegung und die Erfahrungen der Selbstorganisation machen ihre ersten Schritte in einem Land, in dem die traditionelle Linke einen ihrer schlechtesten Momente erlebt. Die ‚Festung Europa` übt größeren Druck als jemals zuvor auf die spanische Regierung aus, die Grenzkontrollen zu verstärken."

Boris Kanzleiter

Ausführliche Berichte, Video-Streams und weitere Links zu den Grenzcamps finden sich unter: http://noborder.eu.org

24. "Your are not from Ghana, you are from Kelsterbach." Versuche, mit Internierten in C 182 zu kommunizieren

Versuche, mit den Internierten in C 182 zu kommunizieren

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:31

Kein Besuch, Bewachung, klitzekleine Fenster, kaum Tageslicht, mit Glück einige Minuten Freigang - Zustände, wie man sie nur aus Gefängnissen kennt, und doch ist das Internierungslager im Transitbereich des Frankfurter Flughafens C 182 formal gesehen kein Knast. Die Flüchtlinge dort sind aber von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Die vielfältigen Versuche des Grenzcamps in Kelsterbach, mit den internierten Flüchtlingen in Kontakt zu treten, scheiterten weitgehend oder wurden vom Bundesgrenzschutz vereitelt.

Im Internierungslager sind MigrantInnen untergebracht, die über den Luftweg nach Deutschland einreisen wollten. Manche ohne gültiges Visum, andere mit einem Fluchtweg, der sie über sogenannte sichere Drittstaaten führte. Grund genug für den Bundesgrenzschutz (BGS), diese Menschen monatelang zu internieren und ihnen Geld für ihre Unterbringung abzuknöpfen.

Für zahlreiche Flüchtlinge ist das trostlose Lager Endstation ihres Versuchs, nach Deutschland zu gelangen und hier Lebensmöglichkeiten zu finden. Ihnen wird schlicht die Einreise verweigert, das Internierungslager zum "extraterritorialen" Gebiet erklärt.

Physische und psychische Krisen sind Alltag. Im Mai letzten Jahres nahm sich Naimah Hadjar am 238. Tag ihrer Abschiebehaft aus Verzweiflung das Leben. Ein Flüchtling, der bereits seit drei Monaten interniert ist, erzählt: "Ich habe keine Hoffnung mehr. Es ist wie im Gefängnis hier. Ich muss erleben, wie Menschen weinen und schreien, wenn sie abgeschoben werden. Es ist ein schlimmes Gefühl, wenn ein Mensch, den du kennen gelernt hast, abgeschoben wird."

Die Depression ist groß, aber die Internierten entwickeln auch Widerstand, zahlreiche Ausbruchversuche sind ein Teil dessen. Auch auf andere Art und Weise versuchen die Flüchtlinge, sich ihrem Ausgeliefertsein zu widersetzen: Während des diesjährigen Grenzcamps klebten einige Flüchtlinge zum Zeichen der Solidarität Pappschilder an die Fenster, als sie von den ersten Protesten am 29. Juli am Flughafen hörten. Der BGS verbot ihnen, ihre Meinung kundzutun. Die Internierten beschwerten sich über das undemokratische Verhalten der deutschen BeamtInnen. Die Sicherheitsauflagen wurden verschärft, das Lager streng bewacht. Wasserwerfer und Räumfahrzeuge standen vor dem Gebäude.

Auch bei der Abschluss-Demonstration gegen das Internierungslager am 4. August am Flughafen mit über 2.500 TeilnehmerInnen misslang eine richtige Kontaktaufnahme. Das Stop and Go und die Zermürbungstaktik der Polizei hatte die DemonstrantInnen erschöpft, viele registrierten auch nicht mehr, dass zumindest ein Blickkontakt zu den Internierten möglich war. Auch die schwache Musikanlage und das Großaufgebot von Polizei und BGS vereitelten den Versuch, eine Kommunikation herzustellen.

Die Internierten standen an den verschlossenen Fenstern, winkten, hüpften und hielten ein Plakat an die Scheibe. Telefonisch waren sie bereits über das Grenzcamp und die Demonstration informiert worden. Auch diesmal habe der BGS die Flüchtlinge aufgefordert, von den Fenstern wegzugehen, erzählt ein Internierter. Sie hätten sich aber geweigert und weitergewunken.

Der BGS fürchtet selbst den harmlosen Gesprächskontakt zwischen MenschenrechtsaktivistInnen und den Flüchtlingen. Ein Internierter, der mit CampteilnehmerInnen regelmäßig telefonierte, wurde nach seinen Angaben von BGS-Beamten drangsaliert und stand unter Beobachtung. Er wurde kontrolliert und als Spion diffamiert. Mindestens einmal wurde ihm verboten zu telefonieren. Am 2. August verweigerte man ihm den "Freigang" in einem umzäunten Gelände.

Auch die anderen Flüchtlinge wurden an diesem Tag bereits nach zehn Minuten in das Lager zurückgefahren. Eine zwölfköpfige Delegation mit CampteilnehmerInnen und VertreterInnen der Flüchtlingsorganisationen The

Voice und der Brandenburger Flüchtlingsinitiative warteten vergeblich vor dem "Freigelände" für Flüchtlinge im Flughafenbereich Cargo Süd. Ein angemeldeter Besuch im Internierungslager war zuvor verboten worden. Sie wollten mit den Flüchtlingen sprechen und Telefonkarten sowie englisch- und französischsprachige Zeitungen übergeben. Statt Flüchtlinge sah die Delegation nur Zivilpolizei, Uniformierte und Airport-Security.

Das Gelände - kaum größer als ein halbes Fußballfeld - befindet sich in einem menschenleeren Areal. Hunde bellen in den Zwingern, die direkt neben der doppelt mit Stacheldraht umzäunten Wiese stehen. Die Flüchtlinge dürfen in der Regel einmal am Tag für 30 bis 60 Minuten in das "Freigelände", das drei Bäume und einen Holzverschlag vorweisen kann.

Bereits zu Beginn des Camps hatte ein Teilnehmer einen eigenwilligen Versuch gestartet, mit den Flüchtlingen in Kontakt zu kommen: Der 30-jährige ließ seinen deutschen Pass zu Hause und bat am 27. Juli als Kwame Paniing aus Ghana im Transitbereich des Flughafens um Asyl. Von diesem Zeitpunkt an sprach er nur noch African English. Sein Ziel: Die Unsichtbarkeit der Flüchtlinge zu brechen, sie über das Grenzcamp zu informieren und ihnen Möglichkeiten zu geben, sich in der Öffentlichkeit zu äußern.

Bis zu seiner Freilassung, 18 Stunden später, verließ ihn nie das Gefühl, nur noch Objekt zu sein. "Die BeamtInnen, die sich unbelauscht wähnten, sprachen ungezwungen miteinander. Kostprobe: ‚Heute schon wieder Chinesen gejagt?`", berichtet er. "Aber was mich im Nachhinein viel mehr erschreckt hat, ist die Banalität des Ganzen. Die meisten BeamtInnen sind nicht offensichtlich rassistisch motiviert oder gar übermäßig gewalttätig. Sie machen einfach ihre Arbeit. Und während sie sich beraten, wie man bei der Autoversicherung möglichst viel herausschinden kann, behandeln sie die Fälle von Flüchtlingen und entscheiden über deren weitere Lebensläufe, in manchen Fällen über deren Leben."

Es folgten erkennungsdienstliche Behandlung, Durchsuchungen und mehrmaliges Ausziehen - Erklärungen erhielt er nicht. Ein Kontakt zu den Internierten war nicht möglich, da der Fake-Flüchtling in einem anderen Stockwerk untergebracht wurde als die anderen Asylsuchenden. Bei der Befragung durch den BGS ging es ausschließlich um den Fluchtweg, Fluchtgründe interessieren nicht. Als der hinzugezogene Dolmetscher feststellt, dass der vermeintliche Asylbewerber keine westafrikanische Sprache spricht, stellt sich bei den BeamtInnen ein erster Verdacht ein: "You are not from Ghana, you are from Kelsterbach." Nach einigen Stunden ergibt ein Abgleich der Fingerabdrücke Klarheit und der falsche Asylbewerber darf als freier Mensch gehen. Die anderen nicht.

Anke Schwarzer

25. Campen und Kämpfen. Das 4. antirassistische Grenzcamp lockte über 1.500 TeilnehmerInnen

Autor: Anette Riegwald · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:29

Antira heißt campen. Zumindest in der Woche des diesjährigen Grenzcamps in Kelsterbach bei Frankfurt am Main. Noch nie haben so viele AntirassistInnen am Grenzcamp teilgenommen wie dieses Jahr. Auch die Vielfalt der Aktivitäten, Themen und Diskussionen war enorm. An allen Tagen attackierten die TeilnehmerInnen innere und äußere Grenzen, gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus. Und zwar mit fantasievollen, friedlichen Aktionen, die immer wieder Grenzen überschritten und ausgrenzende Normalitäten irritiert haben. Größter Erfolg war sicher die ständige Störung des Betriebes an Deutschlands größtem Flughafen. Die Stimmung war meist gut und umtriebig, Trauer und Bestürzung löste aber der Tod eines Campteilnehmers aus. Alexis starb bei einem Badeunfall: Am 1. August ertrank der Asylbewerber im nahe gelegenen Mönchswaldsee.

Frachtschiffe brummen auf dem Main vorbei, auf der anderen Seite des Campplatzes zischen Eisenbahnen längs, Autos und LKWs fahren auf der Bundesstraße, und am Himmel über den Zelten dröhnen die Urlaubsflieger - ab und zu auch ein Polizeihubschrauber. Mitten in der Rhein-Main-Metropole campten und kämpften vom 27. Juli bis 4. August zeitweilig über 1.500 AntirassistInnen. Nicht mehr an der deutschen Ostgrenze, wie in den drei Jahren zuvor, sondern ganz in der Nähe des Frankfurter Flughafens schlug das 4. Antirassistische Grenzcamp seine Zelte auf.

Im Zentrum der Camp-Aktivitäten stand der Flughafen: Jährlich werden dort über 10.000 Menschen abgeschoben, manchmal mit solcher Gewalt, dass Flüchtlinge dabei sterben. Zahlreiche Flüchtlinge haben in den vergangenen Jahren versucht, sich im Internierungslager am Frankfurter Flughafen das Leben zu nehmen, weil sie ihre Situation im Transitbereich C182 nicht mehr ertragen konnten (siehe nebenstehender Artikel). Zentrale Forderung des Camps: Sofortige Schließung des Internierungslagers und Stopp aller Abschiebungen. Bei Einzelaktionen erhoben die AktivistInnen noch weitergehende und detaillierte Forderungen.

Das Camp bot ein thematisches Spektrum, in dem die Heterogenität der verschiedenen Gruppen deutlich wurde, dessen Vielfalt aber nicht als Beliebigkeit abgewertet werden kann: Aktionen zur sofortigen und angemessenen Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen, zum Beispiel an der Frankfurter Börse und an der Frankfurter Universität, Diskussionen zum Thema Residenzpflicht, Umgang mit rassistischen und sexistischen Vorfällen, mögliche Zusammenarbeit antirassistischer und antifaschistischer Gruppen, Anti-AKW und Castor, Flüchtlingskontrolle, Einwanderungsdebatte, Abschiebung; Aktionen zu rassistischen Kontrollen und Ausgrenzung im öffentlichen Raum sowie gegen Nazistrukturen in Wölfersheim. Auch die Entwicklungen in Genua und die Unterstützung der Inhaftierten waren stets präsent auf dem Camp. Bei der Besetzung des SPD-Fraktionsbüros im Frankfurter Römer verschickten die AktivistInnen Protestfaxe nach Genua und forderten die sofortige Freilassung der Inhaftierten.

Ein roter Faden war trotz der thematischen Breite erkennbar. Weitergehende inhaltliche Homogenisierungen oder die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven kann das Camp allerdings nicht leisten. Zu unausgegoren sind basisdemokratische Entscheidungs- und Diskussionsmodelle (vor allem auf den Plenen), zu groß die unterschiedlichen Analysen und Herangehensweisen der teilnehmenden Gruppen und Einzelpersonen und zu verfestigt die Konkurrenzen und Eitelkeiten. Das Camp ist vielmehr ein antirassistischer, aktionsorientierter Treffpunkt mit linksradikalen, antikapitalistischen, antisexistischen und antifaschistischen Verbindungslinien. Es bietet die Möglichkeit zum Austausch und Streit und nicht zuletzt die Gelegenheit, praktische Erfahrungen zu sammeln. Und zwar nicht nur in Hinsicht darauf, wie sich über 1.000 Leute satt machen können, wie ein Chemie-Klo am hygienischsten benutzt wird oder wie Teller der Vokü so abgespült werden, dass keine Fettränder bleiben. Übung und Weiterentwicklung bedarf es sicher bei Fragen der Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Aufenthaltsstatus'; beim Demoverhalten, das manchmal Zielstrebigkeit vermissen ließ, sowie bei Möglichkeiten, effektive und spaßvolle Aktionsformen durchzuführen.

Neuer Shooting-Star am Aktionshimmel ist sicher der "Pink-and-Silver-Block". Die Energie und der Humor der schrill gekleideten "radical cheerleaders" begeisterte so viele CampteilnehmerInnen, dass die Gruppe, die täglich auf einer freien Wiese trainierte, auf fast 100 Leute anwuchs. Der Block überzeugte nicht nur durch das spaßvolle, aber entschlossene Auftreten, sondern bot auch Anknüpfungspunkte für inhaltliche Debatten zum Thema Geschlechteridentitäten. Krönender Abschluss war die Demonstration am 4. August am Flughafen mit über 2.500 TeilnehmerInnen. Es war die größte Protestaktion gegen Abschiebung und Internierungslager, die dort je stattgefunden hat.

Die Camp-Vorbereitungsgruppe hat eine große organisatorische Leistung vollbracht, aber das Camp war auch getragen von vielen Gruppen, die mit eigenen, vorbereiteten Ideen angereist waren. Allerdings ist zu befürchten, dass eine Konsumhaltung der TeilnehmerInnen zunimmt und ein Festivalcharakter entsteht, wenn das Camp zahlenmäßig weiter wächst. Das Grenzcamp hat sich als antirassistisches Projekt weiter etabliert. Nächstes Jahr geht es in eine neue Runde. Der Austragungsort ist aber noch unklar. Bislang stehen zwei Optionen im Raum: Flüchtlingsorganisationen schlugen ein Camp in Thüringen vor; eine andere Idee ist, in Straßburg ein internationales Noborder-Camp zu veranstalten.

Anette Riegwald

26. Tod im Transit. Ein Internationales Hearing zum Flughafenverfahren

Autor: Andreas Linder · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:34

Sitzfleisch haben die GrenzcamperInnen bereits auf dem mehrstündigen Eröffnungsplenum bewiesen. Am 3. August brachen sie aber alle Rekorde: Sieben Stunden lang lauschten, referierten und diskutierten die TeilnehmerInnen des Hearings "Tod im Transit - Menschenrechtsverletzungen an Flughäfen" in der Frankfurter Universität. Im Rahmen des antirassistischen Grenzcamps versammelten sich ExpertInnen, Betroffene und antirassistische AktivistInnen, um eine kritische Bilanz der mehrjährigen Erfahrungen mit Flughafenasylverfahren, Abschiebepraxis und Polizeigewalt gegen Flüchtlinge zu ziehen. Den 150 ZuhörerInnen bot das Hearing fundierte Informationen, unter die Haut gehende Betroffenenberichte und einen sonst oft vernachlässigten internationalen Austausch. Das Hearing war ein inhaltlicher Höhepunkt des antirassistischen Grenzcamps, auch wenn es wegen der kurzfristigen Kündigung durch die Fraport AG nicht wie geplant "in der Höhle des Löwen", im Airport Center des Flughafens, abgehalten werden konnte.

Zu Beginn des Hearings zogen die Moderatorinnen Regine Trenkle-Freund und Danielle Hermann vom Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main eine Bilanz aus acht Jahren Flughafenverfahren, Internierungslager und Abschiebungen: BGS-Beamte wenden bei Abschiebungen nachweislich Gewalt an durch verbale Einschüchterungen, Stockschläge, Knebelungen, Klebeband, Motorradhelme und Ähnliches. Die Asyl-AnhörerInnen des Bundesamts prüfen wie der BGS vornehmlich den Fluchtweg, um eine Einreise möglichst zu verhindern. Die RichterInnen am Verwaltungsgericht hören in der Regel nicht persönlich an und übernehmen meist die Einschätzungen des Bundesamts. Das medizinische Abschiebebegleitpersonal und die Fluggesellschaften machen sich zu Handlangern der Abschiebemaschinerie. Seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün hat sich am Verfahren außer leichter Kosmetik nichts geändert. Im Gegenteil: Seit etwa einem Jahr laufen im Innenministerium Planungen für ein neues Internierungslager mit Abschiebetrakt innerhalb des Frankfurter Flughafens für 100 Gefangene.

Der juristische Umgang mit den Flüchtlingen im Internierungslager spottet rechtstaatlichen Grundsätzen. Rechtsanwalt Helmut Bäcker, der seit 1993 Flüchtlinge im Flughafenverfahren vertritt, zweifelt am juristischen Sinn dieses Sonderverfahrens, weil dem weitaus größten Teil der Flüchtlinge die Einreise gestattet werden müsste. Das in der deutschen Rechtskultur "noch einzigartige Verfahren" werde wegen seiner überaus kurzen Fristen zur reinen Schikane für die Flüchtlinge und deren AnwältInnen. Bäcker belegte anhand von länderspezifischen Daten des Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), dass es im Flughafenverfahren zu einem weitaus größeren Anteil an Ablehnungen als "offensichtlich unbegründet" kommt als bei den anderen Asyl-Bundesämtern: "Dies zeigt, dass in diesem Verfahren ein anderer Maßstab in den Köpfen der Entscheider herangezogen wird", so Becker. Für diejenigen Flüchtlinge, die direkt aus dem Flughafenverfahren abgeschoben werden, hat das Verfahren noch einen besonderen verfassungswidrigen Hammer zu bieten: Das im Artikel 60, Abs. 5 des Ausländergesetzes geregelte Abschiebehindernis bei Gefahr für Leib und Leben im Herkunftsland gilt im Flughafenverfahren nicht.

Wie es den Flüchtlingen ergeht, die vom BGS vom Flughafen oder aus der Abschiebehaft abgeschoben werden, referierte die Rechtsanwältin Susanne Rohfleisch. Die von ihr zusammengetragenen Fälle zeigen auf, warum der Grenzcampparole "Menschenjäger BGS" noch der Hinweis auf die körperverletzende und tödliche Gewalt fehlt: "Abschiebehäftlinge kommen zurück von der Abschiebung und sind mal mehr, mal weniger schwer verletzt. Es handelt sich unter anderem um Prellungen, Schädelprellungen, Hämatome und gebrochene Arme." Die misshandelten Flüchtlinge haben meist kein Geld, um sich juristisch verteidigen zu lassen, und: "Jeder Flüchtling, der eine Strafanzeige gegen BGS-Beamte stellt, hat automatisch eine Gegenanzeige wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte." Dabei besonders perfide: Das Grenzschutzamt Frankfurt hat ein "Dezernat Verbrechensbekämpfung" eingerichtet, das in solchen Fällen im Auftrag der Staatsanwaltschaft ermittelt. Dort werden zwar die prügelnden Beamten und die Flüchtlinge vernommen, aber damit hört es auf. Es werden keine ärztlichen Gutachten in Auftrag gegeben, neutrale ZeugInnen werden abgelehnt und schließlich das Verfahren eingestellt. Der Korpsgeist lässt grüßen. Bislang

wurde noch kein einziger BGS-Beamter wegen der Misshandlung eines Flüchtlings verurteilt. Abzuwarten bleibt zur Zeit allerdings die Aufklärung des Abschiebetods von Aamir Ageeb.

Hämatome und gebrochene Arme

In der Regel holen sich die BGS-ErmittlerInnen amtsärztliche Gutachten nicht von unabhängigen ÄrztInnen, sondern von KnastärztInnen in der Abschiebehaft. Diese seien, so die Rechtsanwältin, "gelinde ausgedrückt nicht besonders hilfreich". Ein solches ärztliches Berufsethos kritisierte Claus Metz von der internationalen Organisation Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW) vehement. Die beiden am Flughafen angestellten Abschiebegleitärzte würden vor allem dann hinzu gezogen, wenn das "BGS-Gewaltarsenal aus teils knochenbrechender oder hodenquetschender Schmerzzufügung und den variantenreichen Methoden der Atembehinderung oder Fesselung zur Abschiebungserzwingung nicht ausreichen", sagt Metz. Oft schauten die ÄrztInnen der BGS-Gewalt nicht nur tatenlos zu, sondern leisteten "ärztliche Abschiebehilfe" durch Beruhigungstabletten oder -spritzen.

Wie sieht es im Innern des Frankfurter Internierungslagers aus? Die iranische Staatsbürgerin Fereshte Taie beschrieb das Transitlager, in dem sie fast drei Monate lebte, als eine Art Gefängnis: "Da wir in einem Sechsbettzimmer und einem Gemeinschaftsraum eingesperrt waren, kam eine sehr aggressive Stimmung auf. Bei den Frauen äußerte sich das vor allem in hysterischem Lachen oder Weinen. Ich war zu der Zeit im Transitlager, als Naimah Hadjar dort war. Ich habe ihre Schreie und Anfälle mitbekommen." Zum Alltag gehörte auch die permanente Furcht vor Abschiebungen und die täglichen Zähl-Appelle. "Es war immer am schlimmsten, wenn sich die Leute gegen die Abschiebung gewehrt haben, auch für die Kinder, die das mit ansehen mussten. Schlimm waren auch die regelmäßigen Zählungen. Morgens und abends wurden vom BGS alle durchgezählt."

Der algerische Staatsbürger Mokhda Dahmane ist ein Opfer von BGS-Gewaltexzessen bei mehrfachen Abschiebeversuchen. In einem Fall wurde er wie ein Paket am ganzen Körper zugeklebt und von vier BGS-Beamten in den Gepäckraum einer Lufthansa-Maschine getragen. Von Rom aus sollte er in einer Air-Algerie-Maschine abgeschoben werden. Die BGS-Beamten verboten ihm unter Androhung von Schlägen, zu sprechen: "Mir wurde gesagt, ich hätte keine Chance. Wenn ich versuchen sollte, mit Passagieren oder dem Piloten zu reden, dann würde es mir schlecht gehen. Die haben mir die Ohren zugedrückt. Ich konnte überhaupt nicht mehr reden und habe kaum Luft bekommen. Der Pilot hat sich geweigert, mich mitzunehmen. In Rom habe ich Schläge von italienischen Beamten bekommen. Als ich zurück war, haben mich die Deutschen geschlagen. Sie haben mich in einen Aufzug gesteckt, in dem keine Kamera war. Da drin haben sie mich geschlagen, das konnten andere Leute nicht sehen. Am Schluss haben sie mich in eine Einzelzelle gesteckt, dort habe ich wieder Schläge bekommen, meistens in den Rücken, in den Magen und auf die Schläfen."

Die Gewalt bei Abschiebungen ist international. Für augenauf, die zur Zeit größte antirassistische Organisation in der Schweiz, berichteten Michi Stegmaier und Yves Kramer über die dortigen Polizeiübergriffe gegen Flüchtlinge. Besonders perfide sind in der Schweiz die gewaltsamen Abschiebemethoden spezieller Anti-Terror-Einheiten der Grenzbehörden. Gängige Praxis sind Ganzkörperverschnürungen mit Klebeband. Einzige Verschlimmbesserung: Motorradhelme wurden durch Sparringshelme ersetzt, weil mit diesen die Erstickungsgefahr geringer sei.

Flughafenverfahren in Zürich und Paris

Auch die Schweiz hat, wen wundert es, ihre Abschiebetoten. Am 3. März 1999 erstickte der Algerier Khaled Abuzarifa am Flughafen Zürich-Klothen an Knebelung und der Verklebung des ganzen Körpers. Am 1. Mai 2001 wurde der Nigerianer Samson Chukwu von einer Antiterroreinheit im Wallis aus der Abschiebezelle geholt, überwältigt und zum Anlegen von Handschellen auf den Boden gedrückt. Als die Beamten von ihm abließen, war er tot. Diagnose wie bei Abuzarifa: "Plötzlicher Erstickungstod." In der Schweiz konzentriert sich die Abschiebepolitik auf den Flughafen Klothen. Seit einigen Monaten wird ein ausgeklügeltes gesamtschweizerisches Abschiebesystem entwickelt. Ein spezieller "jail train", betrieben von der Bahngesellschaft und dem größten privaten Sicherheitsunternehmen Securitas soll Abzuschiebende aus dem letzten Winkel der Schweiz nach Klothen bringen. Yves Kramer: "Der Flughafen Klothen ist Angelpunkt einer größeren Abschiebemaschinerie in der Schweiz, die laufend perfektioniert wird und die mehr und mehr

industrielle Dimensionen annimmt." Im letzten Jahr wurden von Klothen aus 13.454 Abschiebungen vorgenommen. 1.950 Menschen ohne (gültige) Papiere sind im Transit angekommen. Insgesamt haben 600 einen Asylantrag gestellt, von denen nur hundert einen Rechtsbeistand erhielten, davon fünfzig von augenauf.

In Frankreich werden fast alle Asylanträge am Flughafen Paris-Roissy gestellt. "Zones d'attente" werden die Wartezonen im Transitbereich von Roissy genannt, in denen beispielsweise 1999 12.500 Asylsuchende unter Polizeischutz festgehalten wurden, davon 1.663 Minderjährige. Die meist überfüllte "Zone dattente" befand sich bis Anfang 2001 in zwei abgeschotteten Stockwerken des Hotel Ibize mit geschlossenen Fenstern, schmalen Gängen und permanenten Polizeikontrollen. Seitdem gibt es ein neues Gebäude mit dem Namen ZAPI 3. Ein kleiner Unterschied zu Deutschland und der Schweiz besteht darin, dass Einreisende ohne Papiere in Paris-Roissy höchstens vier Tage festgesetzt werden können. Wer einen Asylantrag stellt, wird einem Untersuchungsrichter vorgeführt, der innerhalb von vier Tagen entscheiden muss. Die Gewalt ist aber auch in Frankreich groß: Nur zufällig hatte ein Mitarbeiter des Außenministeriums beobachtet, wie eine junge kongolesische Frau von Polizeibeamten auf den Boden gestoßen und an den Haaren über den Flur gezogen wurde. Ein Polizist sprang auf ihre Beine, um ihr diese zu brechen. Es ist einer der wenigen Fälle, in denen es zu einer Anklage kam, und "nur die Spitze des Eisbergs", sagte Anne-Marie Parodie vom Comité Anti-Expulsion aus Paris. Die französischen GenossInnen zeigten sich hoch erfreut über den starken antirassistischen Widerstand in Frankfurt im Vergleich zu Paris. Dieser Eindruck dürfte aber auch durch die Sonnenbrille des Grenzcamps entstanden sein. Das Verhältnis zwischen Flüchtlingswiderstand und UnterstützerInnengruppen ist in Frankreich allerdings genau umgekehrt wie in Deutschland und der Schweiz. Dort wird der Widerstand gegen Abschiebungen hauptsächlich von Flüchtlingsorganisationen wie den Sans Papiers selbst getragen und findet Unterstützung durch Antirassismus-Gruppen wie dem Comité. In Deutschland und in der Schweiz ist der autonome Flüchtlingswiderstand weniger stark entwickelt. Alle vereint jedoch die bürokratische Kälte des Abschiebesystems und die nahezu identischen Gewaltmethoden der Abschiebepolizei.

Andreas Linder

Das Flughafen- Verfahren

Die Konstruktion von sicheren Drittstaaten und verfolgungsfreien Herkunftsstaaten, die Beschleunigung des Asylverfahrens sowie die Einführung des Flughafenverfahrens waren die tragenden Säulen des sogenannten Asylkompromisses, der faktischen Abschaffung des Asylrechts.

Seit 1993 befindet sich im Transitbereich des Frankfurter Flughafens ein "exterritoriales" Internierungslager. Seit Oktober 1999 werden dort auch unbegleitete Kinder und Jugendliche inhaftiert. Das Flughafenverfahren ist ein Vorverfahren zur Prüfung der Berechtigung auf eine Asylantragsstellung (§ 18a AsylVG). Ins Flughafenverfahren kommen Menschen, die aus einem "sicheren Herkunftsstaat" kommen oder keine (gültigen) Papiere haben. Den meisten von ihnen wird die Einreise verweigert.

Bei Ablehnung als "offensichtlich unbegründet" tritt das verkürzte Rechtsschutzverfahren in Kraft. Innerhalb von drei Tagen muss der Widerspruch beim Verwaltungsgericht verhandelt sein, die AntragstellerInnen müssen bis zum Abschluss des Verfahrens, spätestens 19 Tage nach Ankunft, im Transitlager bleiben. Bei Ablehnung wegen Einreise aus einem "sicheren Drittstaat" oder einem "verfolgungsfreien Herkunftsland" verbleiben die Flüchtlinge entweder im Transitlager (wenn sie eine "Freiwilligkeitserklärung" unterschreiben) oder werden in einen Abschiebeknast verlegt. Im Jahr 1998 haben 1.700 Menschen das Flughafenverfahren durchlaufen, 1999 noch 1.263 und letztes Jahr rund 1.000 Flüchtlinge.

27. Aufstand der Unanständigen. Die CDU-Kampagne gegen den Doppelpass

Autor: Kerstin Schoof · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:04

Die CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft war die erste Unterschriftenaktion in der Geschichte der BRD, durch die eine große Volkspartei gegen eine Minderheit mobilisierte. Andreas Klärners Studie "Aufstand der Ressentiments" zeigt: Die Argumentationsstrukturen von damals sind noch lange nicht erledigt.

Das Boot ist voll", "Asylanten-Springflut" - sie sind bekannt, die Stammtischparolen, die in Deutschland programmgenau abrufbar jede Erwähnung von Einwanderungs- und Asylrechtsfragen begleiten. Erwähnung deshalb, weil von einer Diskussion nicht einmal die Rede sein kann, wenn SPD und Grüne sich regelmäßig außer Stande sehen, das Thema überhaupt anzugehen. Langwierig erarbeitete Kommissionsberichte werden im Vorfeld platt gemacht, die Konsens-Republik gefeiert und zusammengezuckt, wenn "Ausländer" und "Wahlkampf" in einem Atemzug genannt werden. "Wir haben aus der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gelernt", behauptet der Kanzler zum Thema und erinnert sich nur zu gut an das darauf folgend vernichtende Ergebnis der Hessen-Wahl 1998.

Was es über die psychologisch-sprachlichen Hintergründe deutscher Ausländerfeindlichkeit und Fremdenangst zu wissen gibt, damit hat sich der Darmstädter Soziologe Andreas Klärner in seinem soeben in zweiter Auflage erschienenen Buch "Aufstand der Ressentiments" auseinandergesetzt. Festgemacht an den Argumentationsstrukturen der politisch wohl einmaligen CDU/CSU-Unterschriftenaktion, untersucht der Autor die Logik rechtsextremer Metaphern und ihre Auswirkungen auf den alltäglichen Umgang mit deutscher Identität und den "Anderen". Den wiederholten "Ausrutschern" bundesdeutscher Politiker setzt Klärner eine Demonstration der Schlüsselrolle, die sprachlicher Ausdruck im politischen und ideologischen Denken einnimmt, entgegen. Hierbei gilt: Grenzen testen hat System.

Historisch rekonstruiert wird im ersten Teil des Buches der wandlungsfähige Diskurs rund um die Einwanderung in die Bundesrepublik seit 1945, angefangen mit Begriffen wie "Fremd- und Gastarbeiter" bis zu neueren Debatten um "Ausländer und Asylanten". Rechtsgerichtete Einstellungen kommen aus der Mitte der Gesellschaft - nach Klärners These ist die "Aufnahme rechtsextremistischer Ideologeme in den Mainstream-Diskurs der Gesellschaft" eine Entwicklung insbesondere der achtziger Jahre. Schäuble, Stoiber, Beckstein, Schily - aufgelistet wie in einem Nachschlagewerk des Populismus lässt sich hier nachlesen, wie die "wahren Anständigen" zur Enttabuisierung von völkisch-nationalen Diskursfragmenten beigetragen haben. Schäubles Ideen von der Nation als "Schutz- und Schicksalsgemeinschaft", das Unbehagen an der Vergangenheitsbewältigung eines Martin Walser und eine weit verbreitete Selbststilisierung als Opfer der "Political-correctness-Keule" haben gleichermaßen zusammengespielt, um Berührungsängste nach rechts abzubauen.

Methodisch orientiert sich der Autor an Michel Foucaults Verständnis von Diskurs, das grundsätzlich auf der Untrennbarkeit von (Sprach-) Theorie und Praxis beruht. Die sprachliche Konzeptionalisierung der Wirklichkeit bezeichnet Foucault als diskursive Praktik, die auf individuelles und institutionelles Handeln einwirkt und gleichzeitig davon geprägt ist. In diesem Sinn verfolgt Andreas Klärner in einem nahezu kriminalistisch angelegten Spannungsbogen das Wechselspiel von Ereignissen und Diskursformationen im Verlauf der Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und der daraus resultierende Gesetzgebung. Die Kompromisslösung "Optionsmodell" ist nach Klärners Argumentation das Produkt einer rot-grünen Koalition, die - vom Drohgebährden der CDU eingeschüchtert - "reagiert statt zu regieren". Anhand von umfangreichen Textmaterial charakterisiert der Autor die diskursiven Veränderungen in den unterschiedlichen Phasen der Kampagne: Neben Politiker-Statements werden dabei auch Haitzinger-Karikaturen oder Spiegel-Titelbilder wie das legendäre "Gefährlich-fremd"-Cover herangezogen.

Extra krude sticht ein Wahlplakat der CDU Rheinland-Pfalz hervor: Unter dem Motto "Mittendrin statt voll daneben" ist eine sportlich attraktive, blonde Fußballerin abgebildet. Mit 100% deutschem Aussehen dem Volkssport der Deutschen gewidmet, hat sich die türkisch-stämmige Feliz Üstbas "für Integration mit dem

deutschen Pass entschieden" - Anpassung total bestimmt das Wunschdenken der CDU, die anhand des Kollektivsymbols Fußball Nationen in gegnerische Mannschaften abgrenzt, die unbedingte Loyalität erfordern.

Klärners Studie konzentriert sich auf die Untersuchung von fremdenfeindlichem und rechtsextremem Diskurs. Wiederholt wird jedoch der Anstoß gegeben, auch die Befürworter der Einwanderung einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Sprachlosigkeit der rot-grünen Koalition und ihre vereinfachende Diskreditierung der Rechtskonservativen als irrationale, geistige Amokläufer legt eine Rat- und Entscheidungsunfähigkeit auf Seiten der Linken nahe, die eine energische Stellungnahme und Auseinandersetzung - auch mit den Ängsten der Bevölkerung - scheut. Mit Ruhm bekleckert hat sich zu diesem Thema keine der Parteien, und stellenweise liest sich Andreas Klärners Nachzeichnung der Ereignisse wie ein groteskes Kammerspiel. Wenn's doch bloß nicht wahr wäre ...

Kerstin Schoof

Andreas Klärner: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Papyrossa, Köln, zweite Auflage 2001, 166 Seiten, 28 Mark

28. Ein kleiner Sieg. Tarom steht für Sammelabschiebungen nicht mehr bereit

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:27

Die Fluglinie Romanian Air Transport (Tarom) gilt unter AbschiebegegnerInnen als Schmuddelkind: Eine willfährige Fluggesellschaft, die um jeden Preis Sammelabschiebungen mit eigenem Sicherheitspersonal durchführt. Wenn es sein muss, auch mit Hilfe von Elektroschockgeräten. Eine osteuropäische Billig-Air-Line, die nicht - so die allgemeine Annahme - um ihr Image fürchten muss. Umso erstaunlicher, dass Tarom relativ überraschend die wöchentlichen Abschiebecharterflüge aus Düsseldorf eingestellt hat. Begründung: Proteste von MenschenrechtsaktivistInnen vor Tarom-Büros in Berlin, Frankfurt und Düsseldorf.

Mit den wöchentlichen Charterflügen aus Düsseldorf wurden seit 1993 rumänische, türkische und libanesische Staatsangehörige abgeschoben. "Auf Grund unerwarteter Aktivität deutscher Menschenrechtsaktivisten in Büros der Tarom in Frankfurt, Düsseldorf und Berlin haben wir uns entschieden, mit dieser Art der Beförderung aufzuhören", sagt der General-Manager von Tarom, Nicolai Demetriade. Das antirassistische Netzwerk kein mensch ist illegal hatte in den vergangenen Monaten gegen die Praxis der Sammelabschiebungen durch Tarom protestiert. Jeden Dienstag sei die Tarom von Düsseldorf nach Bukarest geflogen, sagt Hagen Kopp von kein mensch ist illegal. Frühmorgens fuhr ein Bus zu Wohnheimen und Abschiebegefängnissen in Büren, Moers oder Neuss, um ausländische Familien und Einzelpersonen festzunehmen. Mit auf dem Rücken gefesselten Händen wurden sie in eine große Halle im Cargobereich des Flughafens gebracht, wo sie auf den Abflug warten mussten. Allein in den vergangenen zwei Jahren sind schätzungsweise über 10.000 Menschen mit der osteuropäischen Fluglinie abgeschoben worden. Nach Informationen von kein mensch ist illegal betreibt die Fluglinie am Flughafen Otopeni in Bukarest ein Haftzentrum, in dem die "Schüblinge" (Beamtenjargon) bis zu ihrem Weiterflug nach Amman oder Istanbul eingesperrt werden.

Manfred Braun, zuständiger Referent für Rückführungen im Innenministerium Nordrhein-Westfalen, bestätigte, dass die Tarom im Juni die Charterflüge eingestellt hat. Der Vertrag zwischen der rumänischen Fluglinie und der Bezirksregierung Düsseldorf sei sowieso ausgelaufen. "Im Rahmen der Neuverhandlungen hat Tarom sehr hohe wirtschaftliche Vorstellungen entwickelt, die wir nicht bereit waren zu erfüllen", so Braun. Bei der Bezirksregierung Düsseldorf - dem Vertragspartner der Tarom - hieß es, die Gründe für den Ausstieg seien nicht bekannt.

Ersatz ist aber bereits gefunden: Die deutsche FTI-Fluggesellschaft hat am 3. Juli eine Sammelabschiebung türkischer Staatsangehöriger nach Istanbul unter Bewachung des BGS übernommen, weitere Charter sind geplant. "Für die Flüge nach Beirut suchen wir noch einen Vertragspartner", so ein Sprecher der Bezirksregierung.

Der FTI-Geschäftsführer Godwin Demicoli zeigte sich über den Abschiebecharter überrascht: "Ich mache das aus Prinzip nicht." Der Charter sei über einen Vermittler gebucht worden, der ihn nicht über den Zweck des Fluges aufgeklärt habe. Er bemühe sich, weitere Abschiebeflüge zu stornieren.

"Wir finden die Entscheidung der Tarom sehr eindrucksvoll", sagt Claus-Ulrich Prößl, Vorsitzender des Arbeitskreises Asyl NRW e.V. Die Fluglinie sei vor zwei Jahren in die Kritik geraten, weil das Sicherheitspersonal der Tarom unfreiwillige Passagiere mit Elektroschockgeräten traktiert hat.

Um die Zahl der für Abschiebungen eingesetzten Beamten des BGS zu verringern, ist die Bundesgrenzschutzdirektion seit Jahren bestrebt, mit Flugunternehmen Absprachen zu treffen, damit diese die Ausreisepflichtigen mit eigenem privaten Sicherheitspersonal bewachen. Zur Zeit stellen 16 Luftverkehrsgesellschaften, die den Flughafen Frankfurt anfliegen, eigenes "Sicherheitspersonal" als "Flugbegleiter" zur Verfügung. Zum Teil handelt es sich um privates Bewachungspersonal, bei staatlichen Fluggesellschaften auch um staatliche Bewachungsorgane.

In der Regel absolvieren die "Sicherheitskräfte" einen zehntägigen "Lehrgang zur Einweisung in die begleitete Rückführung auf dem Luftweg" beim BGS. Dennoch hat das Sicherheitspersonal nur sogenannte Jedermannsrechte. Es kann zum Beispiel aus Notwehr handeln und für Ruhe an Bord sorgen; eine

Abschiebung durchsetzen darf es aber nicht, da dies eine hoheitliche Aufgabe bis zum Verlassen des Flugzeugs am Zielort ist.

Auch die Deutsche Lufthansa hat einen eigenen Sicherheitsdienst, der auch "Flugbegleitungen" durchführt: Lufthansa-Konzernsicherheit (LH FRA CG). Wegen der hohen politischen Brisanz werden offensichtlich nur Abschiebungen von sogenannten Flugwilligen bewacht. In der Zeitschrift Die Kriminalpolizei vom September 2000 erklärt Dr. Markus Ritter, Polizeioberrat im BGS Frankfurt am Main, die Kriterien dafür, wann der BGS oder wann privates Sicherheitspersonal eingesetzt wird: "Dies erfolgt nach jeweiliger Einzelprüfung, wenn sich aus der Volkszugehörigkeit (!) oder aus der Anzahl der Rückzuführenden Anhaltspunkte dafür ergeben, dass eine Begleitung aus Sicherheitsgründen notwendig ist."

Auf Linienflügen schiebt Tarom weiterhin ausreisepflichtige rumänische Staatsangehörige ab, wenn sie "dieser Art des Transports zustimmen", so der Tarom-General-Manager. Die Piloten seien instruiert, keine Passagiere zu befördern, die sich dem Flug beim Betreten der Maschine widersetzen. Damit ist die Haltung der Tarom vergleichbar mit der der belgischen Fluglinie Sabena, die seit dem Tod der 20-jährigen Semira Adamu während einer Abschiebung generell keine Zwangspassagiere mehr befördert. Bei der Lufthansa, in deren Maschinen bereits zwei Menschen während einer zwangsweisen Abschiebung starben, müssen die Passagiere, die nicht geflogen werden wollen, "erkennbar Widerstand leisten", damit sie nicht die unfreiwillige Reise antreten müssen.

Anke Schwarzer

29. Leipziger Allerlei

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:42

Die sächsische Vorbereitungsgruppe für die Herbstkonferenz der Anti-Atom-Bewegung versucht mehr zu organisieren als nur den Rahmen für das halbjährliche Treffen der AtomkraftgegnerInnen. Das ist vor allem vor dem Hintergrund, dass die letzten beiden Konferenzen ausgefallen sind, zu begrüßen. Andererseits darf der Einfluss von organisierter inhaltlicher Diskussion auf diesen Bewegungstreffen nicht überschätzt werden. Die Stärke der Bewegung - nämlich der Wildwuchs vieler Basisinitiativen ohne gemeinsamen organisatorischen Überbau - ist gleichzeitig ein Problem für die Konferenz. Erfahrungsgemäß finden die wichtigsten Debatten auf informeller Ebene zwischendurch statt.

Nichtsdestotrotz ist es immer wieder einen Versuch wert, sozusagen "von außen" ein strukturiertes Diskussionsangebot für die unstrukturierte Bewegung zu machen. Zu große Hoffnungen sollten in die Ergebnisse nicht gesetzt werden. Schon die Frage, die die OrganisatorInnen in den Mittelpunkt der Herbstkonferenz stellen wollen - Wie weiter mit der Anti-Atom-Bewegung - geht wahrscheinlich an den Bedürfnissen einer ganzen Reihe von TeilnehmerInnen vorbei. Viele arbeiten in konkreten Projekten und wissen ziemlich genau, dass sie da auch weitermachen und das große Treffen für konkrete Arbeit nutzen wollen: Zwischenlager, Uran, WAA-Transporte, eigene Standorte, Auseinandersetzung mit Atompolitik der Regierung, usw.

Für die Vorbereitungsgruppe ist ein wichtiger Ansatz für die Konferenz, dass sich die Bewegung aus der Fixierung auf die Castor-Transporte löst. Sich thematisch verbreitert und auch mit anderen Bereichen beschäftigen soll. Das ist ein guter Gedanke. Aber die Einschätzung, der Widerstand gegen Castor-Transporte sei kein Thema mehr, weil die Transporte eh bald auslaufen und sich der Staat immer besser darauf einrichtet, erscheint mir nicht zutreffend.

Zu den WAAs sollen in den nächsten vier Jahren noch ungefähr 450 Behälter gebracht werden. Nach Gorleben werden die Transporte noch mindestens 15 Jahre rollen. Der Spiegel berichtet über noch zu erwartende 300 Transporte aus Frankreich. Die Auseinandersetzung um diese Atommüllzüge ist in vollem Gange. Die Zusammenarbeit mit französischen Gruppen klappt immer besser und auch hier zu Lande ist an den Strecken mehr und mehr Widerstand. Die Castor-Transporte sind ein Bereich, in dem sich die größte Mobilisierung und öffentliche Aufmerksamkeit für unsere Positionen gewinnen lässt. In dieser Situation nicht am Thema dranzubleiben, wäre fatal.

Die Atompolitik ist viel zu kurzatmig, als dass es jetzt Sinn machen würde, darüber zu diskutieren, was die Bewegung in vier Jahren macht. Schätzungsweise 60 % derjenigen, die jetzt auf die Herbstkonferenz kommen, werden dann nicht mehr in der Anti-Atom-Bewegung aktiv sein.

Deshalb bin ich dafür, sich auf der Herbstkonferenz neben neuen Themen und anderen Kampagnen auch um nahe Liegendes zu kümmern, und das werden u.a. die nächsten WAA-Transporte sein.

Jochen Stay

30. Widerstand jenseits von Castor. Im November ist Herbstkonferenz der Anti-Atom-Bewegung

Autor: S. Döbel, H. Ehrlich, D. Hofmeister · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:37

Die Anti-Atom-Bewegung existiert noch. Das hat sie in diesem Jahr mehrfach bewiesen. Dennoch gibt es in der Anti-Atom-Bewegung eine anwachsende Zahl von Menschen, denen es nicht reicht, sich auf den Widerstand gegen Atommüll-Transporte zu beschränken. Politisch ist es fragwürdig, am Ende der Nuklearspirale anzusetzen, wenn doch schon ihr Beginn Widerstand hervorrufen müsste. Taktisch muss festgestellt werden, dass sich der Staat immer besser auf den Widerstand gegen die Atommülltransporte einstellt. Sie werden sich mittelfristig auf eine Fuhre pro Jahr nach Gorleben reduzieren.

Nicht nur in Bezug auf die Castor-Transporte lassen sich veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen für den Widerstand gegen Atomanlagen ausmachen. Die rosa-grünen Regierungsparteien haben ein neoliberales Klima par excellence geschaffen. Sie unterstützen: Interims- und dezentrale Zwischenlagerung, die Novellierung des Atomgesetzes, den Ausbau der Urananreicherung in Gronau und die Deregulierung des Strommarktes. All das bietet zugleich neue Interventionsmöglichkeiten für die Anti-Atom-Bewegung. Und nicht zuletzt haben die Ereignisse von Göteborg und Genua das Selbstverständnis eines Teiles der Anti-Atom-Bewegten beeinflusst.

Eine übergreifende Diskussion um das "Wie weiter?" hat es bisher nur auf Sparflamme gegeben, zuletzt auf der Frühjahrskonferenz 2000 in Mühlheim. Seitdem sind zwei Konferenzen ins Wasser gefallen. Nun hat sich das Anti-Atom-Regionalplenum Ost vorgenommen, die diesjährige Herbstkonferenz in Leipzig auszurichten und diese Diskussion erneut anzuzetteln. Weil in den Herbsttagen (mindestens) ein WAA-Transport und die Müllfuhre nach Gorleben anstehen, soll die Konferenz nach den heißen Tagen Ende November stattfinden. Verschiedene Ansätze sollen zu Handlungsperspektiven für den Widerstand weiterentwickelt werden. Ein paar mögliche Themen hat das Anti-Atom-Regionalplenum Ost schon mal benannt:

Uran: Inhaltlich und praktisch ist zu dem Thema schon einiges ausgearbeitet. Nur: Den Durchbruch haben die Uran-AktivistInnen in der Anti-Atom-Bewegung noch nicht geschafft. Dabei wäre das politisch sehr sinnvoll. Denn der Uranabbau liegt am Beginn der nuklearen Spirale und geht oftmals einher mit der Entrechtung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Mit der Verbindung zur Menschenrechts-, Flüchtlings- und "Dritte-Welt"-Thematik lässt sich der gesamtgesellschaftliche Widerstand verbreitern. Zudem wird die Urananreicherung in der BRD entgegen allem Atom-Ausstiegs-Geschwafel ausgebaut.

Endlager: In der BRD drehte sich bisher an diesem Punkt alles um Gorleben. Gorleben ist noch nicht gekippt. Die Suche nach einem möglicherweise geeigneten Standort wird aber unabhängig von der Entwicklung in Gorleben in Zukunft republikweit geschehen. Also werden in Zukunft andere Menschen mit der Problematik konfrontiert werden, denn natürlich will niemand den Müll vor der eigenen Tür haben. Die Endlagersuche in der BRD wird durch internationale Entwicklungen unterstützt: Finnland hat im Mai beschlossen, den Müll im Granit zu versenken, und Russland hat im Juni ein Gesetz verabschiedet, das den Müllimport regeln soll.

Dezentrale Zwischenlager: An jedem AKW sollen Zwischen- oder Interimslager entstehen. An den Standorten haben teilweise mehrere Zehntausend gegen diese Mülllagerung Widerspruch eingelegt. Durch das Einmischen vieler Menschen an diesem Punkt kann der Bau dieser Müllverschleierungsanlagen zumindest hinausgezögert werden. Manche sehen darin den ersten Weg zur Abschaltung der AKWs.

Ökostrom: Seit der Deregulierung des Strommarktes 1999 ergeben sich für umweltfreundlich erzeugten Strom neue Perspektiven. Die Ökostromanbieter versprechen, dass nun jedeR den Atomausstieg ganz privat vollziehen kann. Mit dem Wechsel des Stromversorgers hin zu einem Anbieter, der auf regenerative Energien setzt, könnte den Energiemonopolisten das Geld abgegraben werden.

Soziale Bewegungen: Nicht erst seit Seattle, Prag oder Genua ist klar: Die Stärke, die von der Bewegung gegen den globalisierten Kapitalismus ausgeht, bedeutet neue Hoffnung für die Linke nach 1990. Die Anti-Atom-Bewegung ist kein isolierter Haufen, der von diesen Entwicklungen unbeeindruckt bleibt. Zudem ergeben sich viele Themenüberschneidungen mit Eine-Welt-Gruppen, Flüchtlingsinitiativen und Kampagnen

wie z.B. der gegen den Klimagipfel. Was könnte also näher liegen, als sich aus der Anti-Atom-Ecke in eine Richtung zu bewegen, in der die Anti-Atom-Bewegung Bestandteil einer großen, aus vielen Strömungen zusammengesetzten antikapitalistischen Bewegung ist?

Osteuropa: Russland und andere Staaten des ehemaligen Ostblocks sind schon jetzt die Spielwiese der westlichen Atomindustrie. So will z.B. Russland in den nächsten Jahren die Atomenergie weiter ausbauen - finanziert durch deutsche Hermes-Bürgschaften oder durch Investitionen von z.B. Siemens. Seit dem Frühjahr 2001 hat die russische Regierung zudem den Weg für westeuropäischen Atommüll frei gemacht. Vorhandene Kontakte zu Anti-Atom-Initiativen in Russland sollten intensiviert werden, um den Atommüllverschiebungen gemeinsam entgegenzutreten.

Firmenverflechtungen: Der Firmenfilz stellt ein weites Feld mit zahlreichen Handlungsperspektiven dar. Aus anderen Widerstandsbereichen werden diesbezüglich erhebliche Erfolgsaussichten signalisiert. Die durch die Kampagne "kein mensch ist illegal" initiierte Imageverschmutzung von Tarom und Lufthansa erinnert an die Siemens-Boykott-Kampagne, die wiederbelebt werden könnte.

Soweit einige Ansätze, die die Zukunft der Anti-Atom-Bewegung bestimmen könnten. Vorgesehen ist, schon jetzt einen konkreten Ideenpool zu schaffen, um auf der Konferenz eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu haben. Bedauerlich wäre in jeden Fall, wenn die Anti-Atom-Bewegung nicht auf das jetzige Diskussionsangebot eingeht. Schließlich geht es um nicht weniger als die Zukunft einer wichtigen emanzipatorischen Kraft.

Susen Döbel, Heike Ehrlich

und Dirk Hofmeister

Für Diskussionsbeiträge und Anregungen zur Konferenz:

Herbstkonferenz@squat.net oder presse@anti-atom-sachsen.de oder: Anti-Atom-Netzwerk Sachsen, Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig

31. Warum manche Züge zu spät kommen ... oder gar nicht losfahren

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:28

Seit dem Frühjahr gibt es immer wieder Probleme bei den Atommüll-Transporten nach La Hague und Sellafield. Und für September planen unterschiedliche Gruppen, darunter die Kampagne "X-tausendmal quer", weitere Aktionen gegen Castor und Co; konkret gegen einen Atommülltransport aus einem deutschen AKW zur Wiederaufarbeitung ins Ausland.

Eigentlich war alles ganz anders geplant. Nach dem Castor-Transport von La Hague nach Gorleben im März sollten die Atommüllfuhren aus den deutschen AKWs in die Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) wieder regelmäßig rollen. Diese Transporte sind für den Weiterbetrieb der Reaktoren dringend nötig, denn sie schaffen Platz in den Abklingbecken, um dort künftig anfallende abgebrannte Brennelemente lagern zu können. Bis 2005 sollten noch 500 Behälter mit hochradioaktivem Müll über die Grenzen verschoben werden. Ein Fahrplan wurde aufgestellt, der vorsah, alle ein bis zwei Wochen atomaren Abfall auf den Weg zu schicken. Eigentlich ...

Doch der Fahrplan geriet aus den Fugen. Scheinbar hatte auf staatlicher Seite niemand damit gerechnet, dass der Widerstand gegen die WAA-Züge solche Ausmaße annehmen würde. Der für Ende April vorgesehene dritte Transport aus Stade und Brunsbüttel rollte also erst Mitte Mai. Und von da ab gab es nur noch Verspätungen. Offizielle Begründungen: Einmal konnten die Atommüll-Züge nicht fahren, weil die Trauerfeier für Hannelore Kohl von der Polizei geschützt werden mußte. Ein andermal waren die Polizei-Einsätze beim Weltklimagipfel in Bonn und die verstärkten BGS-Kontrollen an den Grenzen wegen des G8-Gipfels in Genua der Grund.

Hinter den Kulissen tobt eine heftige Diskussion zwischen den Innenministern von Bund und Ländern. Auch die Polizeigewerkschaften werden zusehends nervös. Inzwischen gibt es in mehreren Landesverbänden Proteste gegen die personelle Überlastung wegen der Castor-Transporte. Auch beim nächsten Gipfeltreffen zwischen Schröder und Chirac steht das Thema wieder auf der Tagesordnung. Das Problem: Selbst wenn es nur an wenigen Orten der jeweiligen Strecke Aktionen von AtomkraftgegnerInnen gibt - die Behörden wissen vorher nie genau, wo der Zug mit den Castor-Behältern besonderen Schutz braucht. Deshalb muss mehr oder weniger die ganze Strecke bewacht werden, und das ist sehr personalintensiv.

Wurde bei den Aktionen gegen die ersten WAA-Transporte diesen Jahres hauptsächlich an den Abfahrts-AKWs agiert, haben sich die Proteste inzwischen auf den ganzen Streckenverlauf verteilt. Selbst auf Hauptstrecken mit ICE-Verkehr ist es gelungen, mit gründlich abgesicherten Aktionen Castor-Züge zu stoppen, wie beispielsweise Mitte Mai in Lüneburg und Uelzen und Anfang Juni im hessischen Lampertheim. Allein in Hamburg konnte der Transport aus Brunsbüttel am 1. August viermal aufgehalten werden.

Diese dezentrale Aktionsstrategie ist effektiv, weil die Polizei eben doch nicht überall sein kann. Und sie ermöglicht die Beteiligung an Aktionen mehr oder weniger vor der eigenen Haustür. Mensch muss nicht quer durch die Republik reisen, um dabei zu sein. Von Nachteil ist allerdings, dass die Medien offenbar überfordert sind, Kleingruppenaktionen entsprechend wahrzunehmen. 1.000 Leute vor einem AKW sind für JournalistInnen mehr Widerstand als 20 Gruppen von 50 Leuten, verteilt über die ganze Strecke, von denen dann zehn Gruppen direkt auf die Strecke gelangen.

Unterm Strich haben seit März lediglich sechs WAA-Transporte mit insgesamt 31 Behältern stattgefunden. Besonders schmerzlich ist dies für die Bundesregierung, denn jedesmal, wenn bislang in diesem Jahr Atommüll ins Ausland rollte, war es Thema in den Hauptnachrichtensendungen des Fernsehens, wodurch der Öffentlichkeit klar wurde: Das Atommüllproblem bleibt ungelöst, und der Ausstieg lässt auf sich warten.

Auch in Frankreich werden die Atommüll-Züge aus Deutschland mit schöner Regelmäßigkeit gestoppt. Beim Transport Anfang August kam es erstmals zu einer gemeinsamen französisch-deutschen Ankettaktion im Elsass. Auch auf der weiteren Strecke wurde mehrmals blockiert. Die Kontakte zur französischen Anti-Atom-Bewegung werden immer intensiver.

Um im Vorfeld des für Ende Oktober/ Anfang November geplanten Castor-Transportes nach Gorleben noch einmal ein deutliches Zeichen dafür zu setzen, dass sich die hiesige Anti-Atom-Bewegung auch gegen die Atommüllzüge ins Ausland massiv wehrt, soll nun im September ein Transport besonders stark behindert werden. Geplant ist eine Mischung aus effektiven Kleingruppenaktionen an der ganzen Strecke und einer öffentlichkeitswirksamen Großblockade vor dem Abfahrts-AKW. Welcher Transport aus welchem AKW zu welchem Zeitpunkt es sein wird, ist derzeit noch nicht ganz klar, wird aber über Internet (www.X1000malquer.de), Infotelefon (04231- 957566) oder Mailinglisten (Eintrag über die Homepage) rechtzeitig abrufbar sein.

Die AKW-Betreiber haben das Problem, dass ihnen insgesamt nur 17 Behälter zur Verfügung stehen, elf für La Hague und sechs für Sellafield. Das sind Mehrwegbehälter, die in den Wiederaufarbeitungsanlagen ausgepackt und dann wieder zurück zu den AKWs gebracht werden. So ein Umlauf dauert mindestens vier Wochen. Wenn dann noch Transporttermine verschoben oder gebündelt werden müssen, wenn es immer wieder zu Problemen bei der Beladung kommt, wie beispielsweise kürzlich in Biblis, als von einem Brennelement ein Ende abbrach, dann bleibt der Druck auf die Betreiber bestehen. Zusätzlich kommt auf Polizei und BGS in den nächsten Monaten noch die Belastung durch den Schutz des Castor-Transportes nach Gorleben und der Geldtransporte mit dem Euro-Bargeld dazu. Ob dann noch Kräfte übrig bleiben, um WAA-Transporte zu begleiten, bleibt abzuwarten.

"X-tausendmal quer"

Weitere Infos: www.X1000malquer.de, www.regenbogen-hamburg.de (inkl. Anti-Atom-Newsletter)

32. Der Traum von der Unverwundbarkeit. Der geplante US-Raketenabwehrschirm provoziert atomares Wettrüsten

Autor: Gerhard Piper · Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); USA; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:19

Seit Jahren hat kein Rüstungsprojekt die politische Öffentlichkeit so erregt wie der geplante amerikanische Raketenabwehrschirm. Unter dem Namen National Missile Defense (NMD) werden verschiedene Waffensysteme entwickelt. Am bekanntesten ist ein Projekt, das aus 100 Abwehr-Raketen besteht, das sogenannte Mid-course Defense Segment.

Am 14. Juli war es wieder so weit. Eine Minuteman-Zielrakete, bestückt mit einer Sprengkopfattrappe, stieg vom kalifornischen Testgelände Vandenberg in westlicher Richtung auf. Genau 21 Minuten später feuerte die US-Luftwaffe vom Luftstützpunkt auf dem Kwajalein-Atoll eine Abfangrakete ab. Wenig später zertrümmerte deren "kill vehicle" den Minuteman-Sprengkopf bei einer Geschwindigkeit von über 25.000 Stundenkilometer in einer Höhe von 225 km über dem Meer. Die 228 Mio. DM Testkosten hatten sich scheinbar gelohnt. (New York Times, 15.7.01) Doch bei jedem Raketenabwehrversuch geht es nicht nur um die Frage, ob der Versuch gelingt, sondern auch darum, was sich das Pentagon diesmal zur Manipulation der Testergebnisse hat einfallen lassen. Und auch dieses Mal währte der bejubelte "Testerfolg" nicht lange. Schon am nächsten Tag kamen kleinere und größere Testmanipulationen heraus.

Das gegenwärtige Raketenabwehrprojekt ist nicht der erste Versuch der USA, ein ABM-System aufzubauen. Seit der sowjetische Satellit Sputnik 1 die Verwundbarkeit der USA deutlich machte, hat die US-Regierung mehrere Versuche unternommen, die alte Unverwundbarkeit wahrer Weltherrschaft zurückzugewinnen: Nike-X in den fünfziger Jahren, dann Safeguard sowie SDI und schließlich GPALS in den neunziger Jahren. Milliarden Dollar wurden vergeudet; die Verwundbarkeitslücke blieb. Damit soll nun Schluss sein.

Trickreiche Systemtests

Die US-Regierung argumentiert, das neue System aus 100 Abwehrraketen richte sich nicht gegen Russland. Dessen Raketenstreitkräfte könnten schließlich 6.000 Sprengköpfe einsetzen. Dies ist zwar zahlenmäßig richtig, aber man darf nicht übersehen, dass das Mid-course Defense Segment längst nicht das einzige Anti-Ballistic-Missile-(ABM)-Projekt der USA ist. Angeblich sollen sich bis zu 20 verschiedene Systeme in der Entwicklung befinden, von denen nicht alle der Öffentlichkeit bekannt sind. (St. Louis Post-Dispatch, 26.7.01) Mehrere Systeme wurden bereits vor 20 Jahren als Teil von Ronald Reagans SDI begonnen. Zwar war die Auffassung, SDI sei längst abgehakt, weit verbreitet, aber nun stellt sich heraus, dass die US-Regierung mehrere Projekte in aller Stille weiterverfolgt hatte.

Die amerikanische Rüstungsindustrie kann sich freuen. Sie übersetzt ABM mit "Arbeitsbeschaffungsmaßnahme", und dies bedeutet nicht nur Arbeit, sondern in diesem Fall auch Profit. Die hohen Kosten des Raketenabwehrsystems haben eine Gruppe von Leuten zur Kritik herausgefordert, von denen man es am allerwenigsten erwartet hätte: Ein Teil der amerikanischen Generalität ist gegen das Projekt, weil sie befürchten, dadurch könnten die militärischen Ausgaben in anderen Bereichen (Panzer, Kampfflugzeuge, Kriegsschiffbau) eingeschränkt werden. (New York Sunday, 15.7.01)

Das geplante ABM-System ist unvereinbar mit dem ABM-Vertrag, erklärt die russische Regierung, und es gibt niemanden, der dieser Einschätzung widerspricht. Der amerikanisch-sowjetische Vertrag von 1972 begrenzt die strategische Raketenabwehr und ist damit einer der Grundpfeiler der atomaren Rüstungskontrolle. Erst durch eine Begrenzung der strategischen Defensivsysteme im ABM-Vertrag wurde nämlich eine Vereinbarung über eine Limitierung strategischer Offensivsysteme (SALT- und START-Verträge über Interkontinentalraketen und Bomber) möglich. Selbst die Clinton-Regierung hatte diese Einschätzung noch auf der letzten Überprüfungskonferenz zum ABM-Abkommen im Oktober 1998 geteilt. In der gemeinsamen amerikanisch-russischen Erklärung hieß es damals noch, dass "das Abkommen weiterhin effektiv funktioniert" und "ein Eckpfeiler der strategischen Stabilität" sei. (1)

Eine Kündigung des ABM-Vertrags wäre also der High-Tech-Sündenfall in der Rüstungskontrollpolitik. Die Bush-Regierung heuerte deshalb ein paar Anwälte an, um herauszufinden, wie weit man sich an den Rand der Legalität vortasten könne, bis ein Vertragsbruch offensichtlich wäre. Die spitzfindigen Juristen taten ganze Arbeit und erklärten, nicht der Bau eines vertragswidrigen ABM-Systems an sich sei schon ein Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern erst die Inbetriebnahme. (Aerospace Daily, 1.8.01) Mit diesem eigenwilligen Argument versucht die gegenwärtige US-Regierung Zeit zu gewinnen, um ihr Projekt voranzutreiben. Im August soll mit dem Bau einer Raketenstellung in Fort Greely (Alaska) begonnen werden, aber noch ist völlig unklar, ob die demokratische Mehrheit im US-Kongress den Baubeginn stoppt, indem sie die Haushaltsmittel im letzten Moment verweigert. Dann könnte erst im nächsten Frühjahr mit den Baumaßnahmen begonnen werden. (New York Times, 29.7.01) Aufhalten lässt sich das Projekt mit juristischen Mitteln nicht, sondern nur verzögern, denn Artikel 12 des ABM-Vertrages gibt den USA das Recht, den Vertrag jederzeit zu kündigen. Die US-Regierung braucht lediglich eine Frist von sechs Monaten einzuhalten und das Abkommen ist passé - vorausgesetzt der US-Kongress stimmt dieser Kündigung zu.

Eine Kündigung des ABM-Abkommens bliebe allerdings international nicht ohne politische Konsequenzen für die USA. Um dies zu vermeiden, grasen US-Politiker jegliche Erklärung der russischen Regierung ab, ob darin nicht eine Andeutung enthalten sein könnte, die signalisiert, dass sich die Russen dem Begehren der USA unterordnen würden. Denn dann bräuchten die geplanten Waffensysteme nicht an den ABM-Vertrag angepasst zu werden, sondern der Vertrag an die Rüstungsprojekte, auch wenn dadurch sein Sinn entstellt würde. Wiederholt haben US-Beobachter gemeldet, es gäbe solche Signale aus Moskau, aber noch jedes Mal hat die russische Regierung dementiert: Nein, man halte am ABM-Vertrag und dem gesamten System der atomaren Rüstungskontrolle eisern fest.

Alle Seiten (USA, Russland und Europäer) stimmen grundsätzlich darin überein, dass die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie in Schwellenländern der "Dritten Welt" eine wachsende Bedrohung darstellt, die gemeinsame Anstrengungen erfordert. Meinungsunterschiede bestehen allerdings in zwei Punkten: Erstens das Ausmaß der akuten Gefahr, die von einzelnen Ländern ausgeht; und zweitens, wie auf die Bedrohung konkret reagiert werden soll. Während die USA auf Raketenabwehr und aggressive Militäreinsätze setzen, bevorzugt die Regierung in Moskau allein diplomatische Mittel.

Die Europäer wussten zunächst nicht, ob sie das neue NMD-Projekt überhaupt etwas angeht. Schließlich gehört es zu den strategischen Waffensystemen. Über diese haben die beiden früheren Supermächte USA und SU bzw. Russland immer bilateral entschieden, ohne die Bündnispartner zu konsultieren. Doch diesmal bekamen die Europäer für ihre Nibelungentreue sogar Schelte aus den USA. Der frühere US-Botschafter bei der UNO, Richard Holbrooke, forderte die Europäer zu mehr Kritik heraus. Sie "könnten nicht einfach nur so dasitzen und im Hintergrund murren". (Washington Post, 9.5.01)

Eine Frage der Interpretation

Schließlich kamen die Europäer zu der Erkenntnis, dass sie zur Raketenabwehr Position beziehen sollten, denn diese Kontroverse drohte die amerikanisch-russischen Beziehungen zu vergiften, was auch die europäisch-russischen Verhältnisse belasten würde. Dabei wollten es sich die europäischen Regierungschefs weder mit den Amerikanern noch mit den Russen verderben. Wegen der negativen Auswirkungen für das System der atomaren Rüstungskontrolle waren die Europäer zunächst gegenüber NMD überwiegend skeptisch eingestellt. Am deutlichsten wurde dies von der französischen und der deutschen Regierung vorgebracht, während sich die britische Regierung nicht genau festlegen ließ. Premierminister Tony Blair trat gegenüber der US-Regierung als Makler der amerikanischen Raketenabwehrinteressen innerhalb der NATO auf (London Times, 20.7.01), zugleich versuchte er bei der russischen Regierung, sich als Vermittler der russischen Interessen gegenüber den USA in Positur zu bringen. (Guardian, 5.2.01) Mit dieser Schaukelpolitik stieß Blair auch innerhalb der eigenen Regierung auf Kritik, weil Außenminister Robin Cook und ein Teil der Labour Party die US-Pläne ablehnen. (Sunday Telegraph, 18.2.01)

Im Verlauf der folgenden Monate wurde immer deutlicher, dass die USA auf jeden Fall an ihrem Raketenabwehrprojekt festhalten wollten. Dadurch sahen sich einige europäische Staaten genötigt, ihre ablehnende Haltung aufzuweichen. Bundeskanzler Gerhard Schröder begründete seine Kehrtwendung, indem er der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine lukrative Zusammenarbeit mit den USA bei der Raketenabwehr in Aussicht stellte. Dies war ein völlig untauglicher Rechtfertigungsversuch, zumal sich die USA in Artikel 9 des

ABM-Vertrages verpflichtet haben, strategische "Raketenabwehrsysteme und ihre Komponenten nicht an andere Staaten weiterzugeben". Dänemark hingegen steht dem US-Raketenabwehrprojekt weiterhin skeptisch gegenüber, dabei ist gerade die Position der Dänen wichtig, weil die US-Streitkräfte im grönländischen Thule ein Frühwarnradar des Raketenabwehrsystems errichten wollen.

Weil die südeuropäischen Staaten geographisch am ehestens in der Reichweite von Raketen der Schwellenländer liegen, waren sie am frühesten bereit, der amerikanischen Politik Folge zu leisten. Die Mittelmeerländer erhoffen sich im Gegenzug US-Unterstützung beim Aufbau eigener taktischer Raketenabwehrsysteme, die zwar nicht zur Bekämpfung strategischer Interkontinentalraketen geeignet sind, aber Schutz bieten vor Kurz- und Mittelstreckenraketen. Zwei dieser taktischen Raketenabwehrsysteme (Theater Missile Defense-Systeme - TMD) sind seit Jahren im Einsatz: die Patriot PAC-2 des US-Heeres und das Aegis-System der US-Marine. Die Patriot wird auch von der Bundeswehr eingesetzt. Die modernisierte Version PAC-3 befindet sich zur Zeit in der Entwicklung und soll ebenfalls beim Medium Extended Air Defense Systems (MEADS) der Bundeswehr eingeführt werden. An diesem Projekt ist auch Italien beteiligt. (Defense News, 26.6.00) Darüber hinaus entwickelt Frankreich, das die US-Pläne kompromisslos ablehnt, selbst die Abwehrrakete Aster 30, Spanien wird seine vier Fregatten F-100 mit dem Aegis-System ausstatten, die Türkei kauft Arrow-Abwehrraketen, die die Israelis mit amerikanischer Finanzhilfe entwickelt haben. Die NATO plant den Aufbau eines eigenen TMD-Systems ab dem Jahre 2010. (2)

Um die westeuropäischen Staaten aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen und auf ihre Seite zu ziehen, hatte die russische Regierung Anfang 2001 angeboten, ein europäisches Raketenabwehrsystem auf der Basis der russischen Raketentechnologie aufzubauen, zumal Griechenland bereits Abfangraketen S-300 in Moskau erworben und auf Kreta stationiert hatte. Sogar der US-Kongress hatte 1997 mit dem "Europäischen Sicherheitsgesetz" eine Zusammenarbeit mit Russland bei der Entwicklung von ABM-Systemen gefordert. Dennoch lehnten die westeuropäischen Staaten das Angebot aus Moskau ab.

Wenn es dem US-Kongress nicht gelingen sollte, die Bush-Pläne doch noch zu stoppen, dann wird die US-Regierung voraussichtlich im nächsten Jahr den ABM-Vertrag aufkündigen und damit ein neues atomares Wettrüsten anheizen. Auch für die USA würde sich dann durch die eigene Rüstungspolitik die Sicherheitslage nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. So haben Russland und die Volksrepublik China angekündigt, ihre Interkontinentalraketen gegebenenfalls mit Mehrfachsprengköpfen auszurüsten. Parallel zur amerikanischen Diskussion über die Aufkündigung des ABM-Vertrages ist es zu einer weltweiten Proliferation von taktischen Raketenabwehrsystemen gekommen. Während vor zehn Jahren nur die USA und die Sowjetunion solche Waffensysteme hatten, wollen heute immer mehr Staaten (Syrien, Saudi-Arabien, Kuwait, Indien, Süd-Korea, Taiwan usw.) Abwehr-Raketen in ihr Militärarsenal integrieren, während einige Staaten gleichzeitig eigene Offensivraketen entwickeln.

Gerhard Piper

Anmerkungen:

1) Standing Consultative Commission, Joint Statement of the Fifth ABM Treaty Review, 14.10.1998

2) NATO's Theatre Missile Defense Programme Reaches New Milestone, Press Release (2001)085, Brüssel, 5.6.01

33. Schlesien jenseits nationaler Mythen. Nützliche Lektüre für Linke: Schlesien - Europäisches Kernland

Nützliche Lektüre für Linke: Schlesien - Europäisches Kernland im Schatten von Wien, Berlin und Warschau

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Geschichte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:01

Wenn in der deutschen Linken innerhalb der letzten Jahrzehnte das Wort "Schlesien" fiel, so meist im Zusammenhang mit immer wiederkehrenden Zusammenrottungen von vergreisenden Ewiggestrigen, die im Interesse einer Rückübertragung von Bergwerken, Fabriken und Grundbesitz auf eine Revision der als Ergebnis im 2. Weltkrieg entstandenen Oder-Neiße-Grenze hofften und hoffen. An diesem höchst einseitigen Interesse hat sich kaum etwas verändert, seit die jenseits der Neiße gelegene Landschaft "Schlesien" nach dem 3. Oktober 1990 in greifbare Nähe der 1945 vertriebenen Industriebarone und Rittergutsbesitzer gerückt ist. Während Linke angewidert Abstand hielten, um ja nicht in den Geruch revanchistischer Anschauungen zu geraten, haben die Rechten gehandelt: Das Bekenntnis zu "deutschem Volkstum" ist in weiten Bevölkerungskreisen der westlichen Grenzregionen Polens wieder populär geworden.

Ein polnischer und ein österreichischer Historiker haben sich jetzt die Aufgabe gestellt, jenseits nationalistischer Mythen die Geschichte und Gegenwart der Region Schlesien darzustellen.

Den Beginn der geschriebenen Historie machte das polnische Piastenreich, das sich im 10. Jahrhundert die von westslawischen Stämmen bewohnte, heute "Schlesien" genannte Region einverleibte. Im Verlaufe des Niederganges dieses ersten polnischen Reiches kam Schlesien im 14. Jahrhundert unter die Oberhoheit der böhmischen Könige und geriet im Verlauf der Türkenkriege des 16. Jahrhunderts an das Haus Habsburg, bis im 18. Jahrhundert der Preußenkönig Friedrich II. es den Österreichern entriss und seinem Zwergstaat so einen Platz in der Reihe der europäischen Großmächte sicherte. Unter Friedrich II. und seinen Nachfolgern beteiligte sich Preußen an der Zerstückelung der weiter östlich gelegenen polnischen Adelsrepublik, was weitere nicht-deutschsprachige Regionen unter die Herrschaft der Hohenzollern brachte.

Schlesien: Lieblingsthema der Rechten

Die ethnische Zusammensetzung der schlesischen Bevölkerung hatte sich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts kaum geändert. Die Landbevölkerung sprach im wesentlichen polnisch bzw. westslawische Regionaldialekte - lediglich in den Städten verstärkte sich infolge des Zuzuges von Handwerkern, Kaufleuten, Militärs und Beamten langsam das deutschsprachige Element. Entgegen deutschnationalen Mythen verfolgte Friedrich II. bei der Eroberung Schlesiens keine nationalen, sondern rein dynastische Interessen - was sich in der von ihm verfolgten Toleranzpolitik deutlich niederschlug. Ob Pole oder Deutscher, Katholik oder Lutheraner: Jeder konnte nach seiner Façon selig werden - Hauptsache, der Kerl bezahlte pünktlich die Steuern und ließ sich widerstandlos in den Soldatenrock stecken. Der Nationalismus, der deutsche, polnische und tschechische Nachbarn voneinander schied, war späteren Ursprunges - ein Produkt der kapitalistischen Moderne.

Interessant ist die in dem Buch sehr ausführlich geschilderte Wirtschaftsgeschichte der Region. Ungeachtet der feudalen Zersplitterung und des häufigen Besitzwechsels gehörte Schlesien lange Zeit zu den entwickeltesten Ländern Mitteleuropas. Aus diesem Grund riskierte das habsburgische Kaiserhaus im 18. Jahrhundert drei Waffengänge mit seinem preußischen Widerpart, um seine reichste Provinz vielleicht doch noch zurückzuerhalten. Hauptquelle des Reichtums waren lange Zeit die Textilmanufakturen. Noch vor dem übrigen Europa war hier die städtische Zunftordnung gefallen, und die frühkapitalistische Lohnarbeit hatte sich unter Kontrolle und zum Nutzen des Adels über das flache Land ausgebreitet. Preisgünstige schlesische Webereiprodukte waren die wichtigsten Exportartikel des Landes - das Elend der schlesischen WeberInnen ist dagegen bis in die heutige Zeit sprichwörtlich. Später trat an die Seite der Textilmanufakturen noch der Bergbau mit der für die frühkapitalistische Entwicklung unentbehrlichen Kohleförderung. Jetzt, in der spätkapitalistischen Ära, ist das oberschlesische Bergbaurevier ein Klotz am Bein des polnischen Staates.

Mit der Reichseinigung unter der Hohenzollernkrone kam Schlesien im Jahre 1871 zum Deutschen Kaiserreich. Im Zuge der deutschen Nationalstaatbildung wurde von der preußischen Oberschicht eine

zunehmende Germanisierungspolitik betrieben. Etwa zeitgleich erstarkte in den weiter östlich gelegenen Gebieten das polnische Nationalbewusstsein, und die Bevölkerung versuchte in mehreren Aufständen vergeblich, die ihr aufgezwungene Fremdherrschaft abzuschütteln. Als Reaktion auf die von der deutschen Obrigkeit betriebene Assimilationspolitik fiel der polnische Nationalismus auch bei Teilen der schlesischen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. In der von Hungerrevolten der schlesischen WeberInnen geschüttelten Provinz war das Bekenntnis zum Polentum Teil des Protestes gegen die ungeliebte deutsche Obrigkeit. Gegen Ende des 19. Jahrhunders ging ein Riss quer durch die schlesische Bevölkerung. Das Bekenntnis zur polnischen oder zur deutschen Volkszugehörigkeit war unter dem Einfluss der Nationalismen beider Seiten zum Politikum geworden.

Nach Ausrufung der 2. Polnischen Republik als Folge des 1. Weltkrieges erhob sich die polnischsprachige Bevölkerung in drei Aufständen gegen den weiteren Verbleib Schlesiens im Deutschen Reich und für den Anschluss an den polnischen Nationalstaat. Die Aufstände wurden niedergeschlagen - jedoch kam es am 20. März 1921 unter Aufsicht des Völkerbundes zu einer Volksabstimmung. In den meisten Regionen Schlesien votierte eine knappe Bevölkerungsmehrheit für die deutsche Staatsbürgerschaft. In mehreren oberschlesischen Gebieten hatte eine Bevölkerungsmehrheit für Polen votiert. Es kam zu einer Grenzverschiebung und zur Teilung Schlesiens. Da eine eindeutige Sprachgrenze nicht existierte, blieb dennoch ein großer Teil der polnischen Bevölkerung Schlesiens unter deutscher Hoheit, während ein kleiner Teil der deutschsprachigen SchlesierInnen sich plötzlich als polnische StaatsbürgerInnen wiederfanden. Für die NationalistInnen beider Seiten war dies schierer Verrat. Es entwickelte sich ein Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Polen, da die deutsche Industrie sich weigerte, Produkte aus den verlorenen oberschlesischen Regionen zu importieren.

Im deutschen Teil Schlesiens tobten Freikorps' und nationalistische Kriegerverbände ihre Wut über den verlorenen Weltkrieg an ehemaligen polnischen Aufständischen aus. Die polnische Regierung hatte sich gegenüber dem Völkerbund verpflichtet, die Rechte der deutschen SchlesierInnen zu achten und vermied daher Exzesse. Jedoch wurden im nun polnischen Teil Schlesiens die bis dahin den Beamtenapparat und wirtschaftliche Spitzenpositionen dominierenden Deutschen nach und nach durch Polen ersetzt. Erbittert zogen sich die Vertreter der einstigen Oberschicht aus den politischen Vertretungen zurück und gründeten eigene Organisationen. Es gab eine Spaltung (fast) des gesamten politischen Spektrums. Die "deutschen" Parteien - von den Konservativen bis hin zur Sozialdemokratie - einte ihre ablehnende Haltung zum polnischen Staat.

Das Elend der schlesischen Weber

Das Buch liefert zahlreiche Fakten zu den in den 20er Jahren in Schlesien eskalierenden nationalistischen Taumel. Interessant ist zum Beispiel die Schilderung einer Massenschlägerei zwischen polnischen und deutschen Bauern unmittelbar vor dem "nationalen Votum" des Jahres 1921. Der Anlass war idiotisch: Es ging darum, welcher ethnischen Gruppe der Vortritt bei Überqueren eines Flusses zustand. Am Ende lagen dreißig der Hitzköpfe im nächsten Spital. Kurios war dabei, dass der Anführer der polnischen Bauern kaum polnisch sprach und seine Gegner daher mit deutschen Schimpfwörtern belegte. Der Anführer der deutschen Bauern beherrschte die Sprache Luthers und Goethes dagegen nur unvollkommen und fluchte auf polnisch zurück. Diese in dem Buch dokumentierte Episode zeigt die Unsinnigkeit des nationalen Bekenntnisses in einer Region, wo ein Großteil der Menschen traditionell zweisprachig erzogen wurde bzw. sich in Regionaldialekten verständigte. 1921 hat sich in Schlesien lediglich eine (!) politische Partei - die Kommunisten - der nationalistischen Paranoia widersetzt und weiterhin als Interessenvertreterin der polnischen und deutschen ArbeiterInnen verstanden. Warum diese Partei einsame Ruferin in der Wüste blieb und ihre dem Grunde nach vernünftige Einstellung schließlich aufgeben musste, wird in dem Buch nicht erklärt. Der Nationalismus der verschiedenen Bevölkerungsgruppen wird als gegeben hingenommen und lediglich die Folgen beklagt. Diese waren allerdings verheerend.

Bereits in den 20er Jahren entstanden unter den deutschsprachigen SchlesierInnen Gruppen militanter Nationalisten, die auf eine Revision der Ergebnisse des 1. Weltkrieges hinarbeiteten und schließlich in der Hitlerpartei aufgingen. Nach der Zerschlagung Polens im September 1939 wurden die oberschlesischen Regionen "heim ins Reich" geholt. Die Bevölkerung wurde in einer "Deutschen Volksliste" erfasst und verschiedenen nationalen Kategorien zugeordnet. Wer sich traditionell als "Deutscher" bekannt hatte bzw. eine

erfolgreiche "Wiedereindeutschung" erreichen konnte, gehörte zur herrschenden und privilegierten Oberschicht. "Renegaten" oder gar "bekennende Großpolen" waren fortan rechtlos und diskriminiert.

Bekanntlich währte der großdeutsche Albtraum keine tausend Jahre. Ein Großteil der Bevölkerung Schlesiens wurde beim Naherücken der Front evakuiert oder flüchtete. Im Jahre 1945 herrschten in Schlesien chaotische Zustände. Die deutsche Garnison in Breslau verteidigte sich noch Wochen über das Kriegsende hinaus gegen sowjetische Truppen. In den Wäldern verbargen sich Reste der geschlagenen deutschen Armeen, bürgerliche polnische Nationalisten, die die neue Regierung Volkspolens nicht anerkannten und Banden gewöhnlicher Krimineller. Aus der westlichen Ukraine umgesiedelte Polen strömten nach Schlesien, wobei es oft zu Zusammenstößen bis hin zu Vertreibungen der verbliebenen Restbevölkerung kam. Aus der während des Krieges betriebenen Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik an der nicht-deutschen Bevölkerung resultierten bei Kriegsende zwangsläufig Repressionen gegenüber tatsächlich und vermeintlich Schuldigen. Nachdem es der polnischen Regierung gelungen war, in den ehemals deutschen Gebieten eine funktionierende Verwaltung aufzubauen, wurde in den jenseits der Neiße gelegenen Gebieten Schlesiens eine Repolonisierung betrieben. Bis Ende 1948 hatte die verbliebene einheimische Bevölkerung Gelegenheit, sich als Polen zu "verifizieren" und damit die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die übergroße Mehrheit der verbliebenen schlesischen Bevölkerung wurde so zu Polen. Nur "nicht-verifizierte" SchlesierInnen wurden nach Deutschland umgesiedelt. Erst in den 60er und 70er Jahren verließen dann mehrere hunderttausend polnische Bürger in mehreren Auswanderungswellen das Land in Richtung Westen. Das Wirtschaftswunder lockte.

Gegen Ende des Buches erfolgt eine informative Schilderung der aktuellen wirtschaftlichen Situation Schlesiens. Das oberschlesische Steinkohlenrevier - in den 20er Jahren Zankapfel zwischen Deutschland und Polen, dann Zentrum des Modernisierungsversuches der polnischen Volksdemokratie - hat sich in den letzten Jahren zu eine ökonomischen Krisenregion entwickelt. Die Kosten der Steinkohleförderung liegen mittlerweile weit über den Weltmarktpreisen - der polnische Staatshaushalt ist jedoch nicht mehr in der Lage, die Förderung zu subventionieren. Eine Privatisierung der Gruben ist aus denselben Gründen nicht realisierbar, so dass in den nächsten Jahren die Schließung der Gruben und damit ein gigantischer sozialer Kollaps droht. Das mehr agrarisch entwickelte Niederschlesien unternimmt dagegen Anstrengungen, sich von dem ökonomischen Krisenherd abzugrenzen, wobei sich Bevölkerung und lokale Behörden zunehmend in Richtung Deutschland orientieren.

Plötzlich sind alle wieder deutsch

Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der Region nimmt der mehrfache Nationalitätenwechsel von Teilen der schlesischen Bevölkerung tragikomische Züge an. Ende der 80er Jahre meldete sich scheinbar aus dem Nichts eine deutsche Minderheit in Polen zu Wort. Töchter, Söhne und Enkel von 1948 "verifizierten" Polen entdeckten plötzlich ihre schlesische Identität. Auf zwei Millionen wird die Zahl von Polen-Deutschen mittlerweile geschätzt. Dass sich dieselbe Familie 1921 als Polen, 1939 als Deutsche, 1948 als Polen und 1989 erneut als Deutsche bekennen konnte und oft auch getan hat, stört die Verfechter neuer deutscher Volkstümelei nicht. Unter kräftiger Förderung durch bundesrepublikanische Institutionen und Vertriebenenverbände entstanden Interessenvertretungen der deutschen Minderheit. Bei der Kommunalwahl 1998 erhielt in sechs von elf schlesischen Kreisen die deutsche Liste die Stimmenmehrheit.

Dieses Gemisch aus ökonomischem Niedergang einer einstmals prosperierenden Wirtschaftsregion und neu erwachendem Nationalismus wird von den Autoren des Buches zwar wahrgenommen, jedoch in seiner explosiven Brisanz offensichtlich unterschätzt. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass das Auseinanderbrechen der jugoslawischen Föderation in einer desaströsen Wirtschaftslage seinen Anfang nahm, worauf die reicheren Teilrepubliken ihren Ausweg in einer nationalen Wiedergeburt sahen. Jetzt, nach über 10 Jahren, ist bei den militärischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan noch immer kein Ende in Sicht.

Gerd Bedszent

Julian Bartosz / Hannes Hofbauer: "Schlesien - Europäisches Kernland im Schatten von Wien, Berlin und Warschau", Promedia Druck- und Verlagsges. m.b.H., Wien, 2000, 207 Seiten, 34,00 DM

34. Erinnerung an einen jüdischen Kommunisten. Die Biografie Emil Carlebachs muss noch geschrieben werden

Autor: Dietrich Marquardt · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:07

Am 9. April 2001 starb im Alter von fast siebenundachtzig Jahren Emil Carlebach, einer der wichtigsten kommunistischen und jüdischen Widerstandskämpfer in Deutschland, die das Naziregime überlebt haben.

Am 10. Juli 1914 wurde Emil Carlebach in einer jüdischen Kaufmannsfamilie - zur weiteren Familie gehörten bedeutende Rabbiner - in Frankfurt am Main geboren. Der Prozess gegen die anarchistischen Arbeiter Sacco und Vanzetti in den USA und der spätere Justizmord an ihnen waren die einschneidenden Erlebnisse, die ihn über viele Etappen in die Gewerkschaftsbewegung und in die kommunistische Partei führten. 1933 zum ersten Mal verhaftet, emigrierte er kurzzeitig, setzte aber bald in Deutschland die Widerstandsarbeit fort. 1934 wurde er erneut verhaftet und verurteilt, saß bis 1937 in Gefängnissen, danach im KZ Dachau und ab 1938 im KZ Buchenwald. Dort wurde er jüdischer Blockältester und beteiligte sich an der Selbstbefreiung des Lagers wenige Tage vor der Ankunft der US-Armee im April 1945. Von August 1945 bis 1947 war er einer der Lizenznehmer und Chefredakteure der Frankfurter Rundschau, seit 1946 KPD-Landtagsabgeordneter in Hessen und Mitarbeiter von KPD-Zeitungen. Nach dem KPD-Verbot von 1956 zog er in die DDR und arbeitete für den Sender der KPD. Seit 1968 lebte er wieder in der BRD, engagierte sich in der DKP, vor allem im Bezirksvorstand Hessen, und in der von ihm mitgegründeten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Er wurde Chefredakteur der antifaschistischen Wochenzeitung Die Tat, daneben wer er in der deutschen journalisten-union (dju), der IG Druck und Papier und der IG Medien aktiv. Die Stadt Frankfurt verlieh ihm die Johanna-Kirchner-Medaille.

Verleumdet und angefeindet

Emil Carlebach steht wie kaum ein anderer für den kommunistischen Widerstand in Deutschland, insbesondere für überlebensnotwendigen Widerstand in den Konzentrationslagern. Er steht für eine antifaschistische Bewegung, die auch nach der verheerenden Niederlage und der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus noch einen wirksamen, das Leben Tausender Menschen rettenden Widerstand leistete. Er stand aber auch für die erneute Niederlage dieser Bewegung nach 1945, die zunächst scheinbar wichtige Positionen in Parlamenten und Redaktionen einnehmen konnte.

Die biografischen Angaben geben nur eine schwache Ahnung von den Konflikten und Tragödien, die das Leben von Emil Carlebach geprägt haben. Die verleumderischen Angriffe auf ihn und andere "Rote Kapos von Buchenwald" (so das tendenziöse Buch von Lutz Niethammer über die Häftlings-Selbstorganisation in Buchenwald) müssen ihn tief verletzt haben. Sie haben wohl auch seine Bereitschaft minimiert, sich auch über problematische Aspekte in der Arbeit der Funktionshäftlinge zu äußern. Einen Nachruf im Sinne einer umfassenden Würdigung zu schreiben, fällt schwer. Es sollen daher hier vor allem einige Fragen aufgeworfen werden, deren Beantwortung es vielleicht in absehbarer Zeit möglich macht, diese umfassende Würdigung vorzunehmen.

Nehmen wir seine Berufung zu einem der Lizenzträger und Chefredakteure der Frankfurter Rundschau durch die US-Besatzungsmacht. Beruhte sie einfach auf einer Verwechslung? "Die Amerikaner haben mich verwechselt mit meinem Großvetter Esriel Carlebach, der war Chefredakteur einer großen zionistischen Zeitung in Israel", heißt es in einem Interviewband des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt von 1976. Das erscheint durchaus denkbar. Oder war es, wie in "Zensur ohne Schere" behauptet, seine unzweifelhafte antifaschistische Haltung, die damals selbst einen Kommunisten für die Amerikaner brauchbar erscheinen ließ?

Warum hatte Carlebach (so weit bekannt) nie Spitzenfunktionen in KPD und DKP? War er zu eigensinnig, etwa in der illusionslosen Einschätzung der SPD, die er mit großer Schärfe vertrat? Wollte er dem Stumpfsinn der Parteizentrale entgehen, zumal der dauerhafte Umzug nach Düsseldorf ihn aus der Heimatstadt Frankfurt, der er sich sehr verbunden fühlte, weggeführt hätte? Was bedeutete für Carlebach der Antisemitismus, der Ende

der 40er, Anfang der 50er Jahre in allen "Volksdemokratien" und 1968 zumindest in Polen die stalinistische Politik braun einfärbte und auch an der deutschen kommunistischen Bewegung nicht spurlos vorüberging? Carlebach blieb Stalinist in dem Sinne, dass er selbst nach dem Ende der UdSSR die Vorstellung suggerierte, der Stalinsche Terror sei quasi ohne Stalins Kenntnis zu Stande gekommen. War das ein Zeichen von Altersstarrsinn oder die fehlende Bereitschaft, das System Stalins, das Millionen Juden und auch Emil Carlebach rettete, gleichwohl als verbrecherisch und antisemitisch zu benennen?

Stalinist und Antifaschist

Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit verstrickte Carlebach sich in eine heillose Polemik mit Margarete Buber-Neumann, die als Frau des KPD-Führers Heinz Neumann (der in der UdSSR liquidiert wurde) zwar am Leben blieb, aber im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes an die Gestapo ausgeliefert wurde und das KZ Ravensbrück mehr zufällig überlebte. Da wurde nach dem Prinzip "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf" geleugnet oder gar gerechtfertigt. Alles, was als "trotzkistisch" oder irgendwie ultralinks galt, wurde als Feind in einem Kampf auf Leben und Tod angesehen. Das ist aus den Verhältnissen erklärbar und damit dem Verständnis zugänglich. Zu einer (selbst)kritischen Betrachtung fehlte Carlebach wohl schon deshalb jede Motivation, weil seine Feinde bis zuletzt auch vor den übelsten Verleumdungen nicht zurückschreckten.

Was bedeutet es für die Entwicklung des "privaten" Lebens, wenn ein Mensch zwischen seinem 20. und 31. Lebensjahr eingesperrt ist, davon acht Jahren in Konzentrationslagern? Wie konnte er es verkraften, dass die Freundin Ruth Cronstedt in der ersten Zeit des Widerstands Selbstmord beging, von ihrer Mutter zu Hause eingesperrt, die ihr jeden Umgang mit dem Widerstand verboten hatte und später verbreitete, ihre Tochter hätte die Scham über die Vorstrafe nicht ertragen? Von Carlebachs privatem Leben ist wenig bekannt; Ursel Siewers, die er etwa 1951 geheiratet hat, starb bereits 1971, die gemeinsame Tochter Andrea kam Ende der sechziger Jahre mit dem Vater aus der DDR nach Frankfurt. Gleichwohl hat Carlebach auch sehr Persönliches preisgegeben, etwa das Verhältnis zum Vater, dem er kurz nach der Pogromnacht im KZ Buchenwald begegnete und der aus antikommunistischer Verbohrtheit jede Hilfe ablehnte und kurz nach der Entlassung aus dem KZ starb - "tot aufgefunden", wie es amtlich hieß. Genaueres konnte der Sohn nie erfahren. Die Mutter starb in einem Vernichtungslager, die Schwester wurde in letzter Minute von der Mutter mit einem Kindertransport ins Ausland geschickt.

Wie sachlich und klar in seinem Buch "Am Anfang stand ein Doppelmord" von Hass gegen einen Lehrer ("Hätte ich eine Pistole gehabt, ich hätte ihn erschossen"), Angst, Angstüberwindung und Scham erzählt wird, ist tief beeindruckend und spricht dem Propaganda-Bild des eiskalten Kommunisten, den nichts erschüttern kann, Hohn. In den letzten Jahren hat Carlebach im jüdischen Altersheim in Frankfurt gelebt. Jude zu sein ist für ihn wohl ursprünglich nur wegen des Antisemitismus von Bedeutung gewesen. Vielleicht hatte die Entscheidung, in den letzten Jahren im jüdischen Altersheim zu leben, ganz praktische Gründe. Oder wäre das Johanna-Kirchner-Altersheim in Frankfurt nicht in Frage gekommen, weil es von Sozialdemokraten geleitet wurde? Spielten in den letzten Jahren die jüdischen Aspekte seiner Identität wieder eine Rolle? Sind dies überhaupt relevante Fragen zur Biografie dieses jüdischen Kommunisten? Und weiter: Was machte die persönlich-politische Wirkung dieses Menschen aus, zu dessen Beisetzung Hunderte aus Deutschland, Frankreich, aus vielen politischen und weltanschaulichen Gruppierungen, aus fast allen Altersgruppen kamen? Mir hat zu Beginn der siebziger Jahre die illusionslose Schärfe seiner Argumente etwa über die Kumpanei des Staates Bundesrepublik mit dem Faschismus imponiert, Carlebachs intellektuelle Überlegenheit und der Angriffsgeist, den er in der Verteidigung von Menschenrechten zeigte. Ohne den abseitigen Aspekten seiner politischen Ansichten zu folgen, verblüffte mich seine Weitsicht, als er bei einer Veranstaltung nach dem Wendejahr 1989 seinem Freund Bernt Engelmann auf dessen Erwartungen eines friedlichen deutschen Staates entgegnete: "Wenn du dich da mal nicht irrst..."

Es gibt eine Reihe von autobiografischen Notizen und Interview-Äußerungen, die aber nur einen Eindruck vermitteln von dem, was sich hinter der "äußeren" Biografie verbirgt. Carlebachs als Autobiografien geltende Bücher "Am Anfang stand ein Doppelmord" (nämlich der an Sacco und Vanzetti), das die Zeit bis 1937, und "Tote auf Urlaub", das die Zeit von 1937 bis 1945 behandelt, sowie das Buch "Zensur ohne Schere - Die Gründerjahre der Frankfurter Rundschau", enthalten neben den autobiografischen Aspekten im engeren Sinne auch Argumentationen und Polemiken. Diese Bücher liefern quasi nur Bausteine für eine Biografie. Eine solche Biografie zu schreiben, wäre eine wichtige Aufgabe, denn in kaum einem anderen Leben bündeln sich so viele Widersprüche eines linken Engagements: Bürgerliche, jüdische Herkunft, ein deutschnational

ausgerichtetes Elternhaus, immer stärkere Aktivität in einer proletarischen, atheistischen politischen Bewegung. Diese Arbeit hat Emil Carlbach unter schwierigsten, jahrelang lebensbedrohenden Umständen fortgesetzt.

Wer spendet 10.000 Euro?

Die Aufgabe, seine Biografie zu erstellen, sollte jetzt angegangen werden. Noch leben einige derjenigen, die Carlebach im KZ Buchenwald erlebt haben, die ihn auch später in seinen Funktionen in der Vereinigung der ehemaligen Buchenwald-Häftlinge und in der VVN erlebt haben. Die Erstellung einer solchen Biografie sollte ein kollektiver Prozess sein, schon deshalb weil viele Menschen, die mit ihm in verschiedenen Zusammenhängen gearbeitet haben, befragt werden sollten. Die Ergebnisse von Recherchen und Befragungen sollten schon vor der Veröffentlichung diskutiert werden, schon weil so viele und widersprüchliche Aspekte zu berücksichtigen sind.

Aber: Wer schreibt eine solche Biografie, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, die ohne Apologie und genauso ohne das billige Messen an unrealistischen Maßstäben auskommt und die wenigstens versucht, die so oft tragischen Aspekte dieses Lebens darzustellen? Wer trägt die Mittel zu einem Fond bei, der mit 10.000 DM oder besser noch 10.000 Euro ein oder zwei journalistisch und historisch befähigten Menschen ermöglicht, Recherchen zu unternehmen, Interviews zu führen und einen intelligenten, differenzierten, gut lesbaren, ja spannenden Text zu erstellen? Welcher Verlag publiziert das Buch? Die Biografie, die zu schreiben ist, wird ein vielschichtiges Bild zeichnen und sich einfachen Bewertungen entziehen müssen.

So viel steht fest: Trotz einiger problematischer Aspekte von Carlebachs politischen Aktivitäten und Ansichten wird dieses Leben jedem, der sich unvoreingenommen damit beschäftigt, großen Respekt abverlangen. Eine solche Biografie könnte durchaus ein Mosaikstein einer europäischen, antifaschistischen Kultur sein.

Dietrich Marquardt

Biografische Angaben finden sich auf der Homepage der Bundes-VVN, in dem Band "Die Carlebachs - Eine Rabbinerfamilie in Deutschland", Verlag Dölling und Galitz, Hamburg 1995 und in den genannten Büchern von Emil Carlebach, die allerdings nur antiquarisch zu kaufen sind. Das KAOS Film- und Video-Team veröffentlichte 1998 das 30-Minuten Video: "Emil Carlebach - Kommunist". Lieferbar von Carlebachs Büchern sind "Hitler war kein Betriebsunfall" und "Buchenwald - ein Konzentrationslager."

35. "Die wird wie ein Blitz einschlagen ..." Wochenschau im "Dritten Reich"

Autor: Bernd Kleinhans · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:16

Die ZuschauerInnen, die im Sommer 1939 zu Millionen in den deutschen Kinos diese Bilder sehen, verstehen die Botschaft. Nichts könnte in dieser Zeit voller Gerüchte über einen möglichen Krieg den Friedenswillen des "Führers" mehr bezeugen als die Bilder dieser bloß defensiven Bauwerke. Jedoch - nichts an diesem Film ist wahr: Nazi-Deutschland selbst plant längst den Krieg im Osten. Der Westwall, in Wirklichkeit kaum mehr als eine Anhäufung kleinerer Sperrwerke und schwach bewaffneter Bunker, ist vor allem ein großes propagandistisches Ablenkungsmanöver. Ein Panzerwerk Scharnhorst gibt es ebenso wenig wie das ausgedehnte und perfekte unterirdische Transportsystem. Gedreht wird in Bunkern auf einem ausgedienten Truppenübungsplatz, die eigens für diesen Film zu einem Filmstudio hergerichtet wurden. "Kümmerlich und eng", so Fritz Hippler, Regisseur des Spektakels und Vertrauter von Reichspropagandaminister Goebbels, seien die realen Räumlichkeiten gewesen. Aber, "mit einigem guten Willen und durch ein paar Tricks" habe sich das "optisch steigern lassen."

"Mit gutem Willen und ein paar Tricks"

Die Manipulation der öffentlichen Meinung durch das Medium Film hat die NS-Diktatur zu diesem Zeitpunkt längst perfektioniert. Allwöchentlich präsentiert man dem Kinopublikum mit der "Wochenschau" die nationalsozialistische Sicht der Welt. Formal ein dokumentarischer Überblick über aktuelle Ereignisse, ist die Wochenschau das Kernstück nationalsozialistischer Filmpropaganda. Hier wird Führerkult inszeniert und gegen "fremde Völker", politische Gegner und Juden aufgehetzt. Bewegte Bilder, das hatte der oberste Herr der Wochenschau, Propagandaminister Goebbels, schon 1933 erkannt, sind ein weit effizienteres Propagandainstrument als selbst die gleichgeschaltete Presse. Während diese immer mit einer kritischen Leserin rechnen muss, die Aussagen intellektuell prüft und vielleicht sogar ablehnt, erzeugt der Film vor allem Stimmungen und überwältigt den Zuschauer emotional.

Krieg ist anstrengend, aber nicht mörderisch

Die rund 5000 Kinos im Reich werden per Gesetz gezwungen, vor jedem Spielfilm die aktuelle NS-Wochenschau zu zeigen. Zu allen möglichen Anlässen, von Olympischen Spielen über Staatsbegräbnisse und Empfänge bis hin zu militärischen Ereignissen zeigt man Zusammenschnitte aus Wochenschauberichten und Dokumentationen. Außerdem fahren im ganzen Reich die roten Filmwagen der "Gaufilmstellen" über Land und spielen in Gasthäusern und Gemeindesälen die aktuellen Wochenschauen und Nachrichtenfilme ab. Bei Großereignissen wie dem Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland organisiert man Freilichtaufführungen, auf Marktplätzen platziert man bei einbrechender Dunkelheit und Hakenkreuzbeflaggung riesige Leinwände und führt Nachrichtenfilme vor. In den Städten gibt es spezielle Wochenschaukinos, die beinahe rund um die Uhr die aktuelle Wochenschau zu ermäßigten Eintrittspreisen zeigen. Jahrzehnte vor der flächendeckenden Verbreitung des Fernsehens gelingt es der NS-Propaganda so, ein Massenpublikum zu erreichen.

Rund 40 Millionen Deutsche sehen die Wochenschau zu Hitlers 50. Geburtstag: Alles ist in einem filmischen Spannungsbogen auf den "Führer" zugeschnitten; symbolträchtig wird zunächst die Berliner Siegessäule in Szene gesetzt, um dann den Blick auf die große Straße freizugeben, auf der die angekündigte Militärparade stattfinden soll. Wagner-Musik erhöht die Spannung. Diese wird nochmals gesteigert, als in Großaufnahme der Wechsel des Kalenderblattes vom 19. zum 20. April gezeigt wird - "Führers" Geburtstag. Der Kommentartext beschränkt sich auf belanglose Schlagworte. Vom "Führerwetter" ist die Rede, davon, dass dem "Schöpfer des Großdeutschen Reiches Dank und Glückseligkeit gelten" und dass "Formationen aller Waffengattungen an ihrem Obersten Befehlshaber vorbeiziehen." Hitler selbst spricht in dieser Wochenschau kein Wort, auch in Großaufnahme ist er nicht zu sehen. Man filmt ihn unter einem weißen Baldachin, von wo aus er die Militärparade abnimmt: distanziert und beinahe gottgleich, den menschlichen Dingen enthoben.

Reichspropagandaminister Goebbels persönlich sorgt für eine stets NS-konforme Inszenierung. Bis hin zur Schnitttechnik, Kameraperspektive, Musik und Sprecherauswahl beeinflusst der Propagandachef die Wochenschauproduktion. Persönlich lässt er sich jeden Rohschnitt vorführen und oft auch die Endfassung,

bevor die 2.500 Kopien jeder Ausgabe produziert werden. Viele Texte, besonders der Kriegswochenschauen stammen bis in die letzte Formulierung hinein von ihm. Über eine aus seiner Sicht besonders wirkungsvolle Wochenschau aus dem Jahr 1939 notiert Goebbels befriedigt in seinem Tagebuch: "Hinreißend in Aufbau, Tempo, Musik und Textierung. Die wird wie ein Blitz einschlagen." Auch Hitler lässt sich viele Wochenschauen persönlich vorführen und greift häufig in die Gestaltung ein: "Es darf keine Woche vergehen, in der nicht Aufnahmen der Marine, des Heeres erscheinen", ordnet er 1938 in der Phase der psychologischen Mobilmachung für den Krieg an. Die Manipulation funktioniert umso besser, je authentischer das Bildmaterial wirkt. Nicht die distanzierende Kameraperspektive wünscht Goebbels, sondern eine, bei der der Zuschauer sich ins Geschehen selbst versetzt fühlen sollte. Bei dem in Friedenszeiten beliebten Sujet der Reichsparteitage und Aufmärsche wechselt die Kamera oft in kurzer Folge die Perspektive. Sie filmt aus Sicht der Untertanen den "Führer" von unten gegen den Himmel und vergrößert ihn so künstlich. Der Zuschauerin im Kinosessel wird so der bewundernde Blick zum "Führer" nach oben aufgezwungen. Dann wiederum nimmt die Kamera die Position Hitlers selbst ein und blickt von erhöhter Perspektive auf die Bevölkerung, eine uniforme Masse von entgegengestreckten Händen und begeisterten Gesichtern.

Aufstehen und spontan "Heil" rufen

Im Krieg erfährt diese Kameraperspektive der Wochenschaufilme ihre Vollendung. Man dreht Angriffsfahrten von Panzern aus, montiert Wochenschaukameras neben den Maschinengewehren und neben den Bombenschächten von Flugzeugen, um aus dem Blickwinkel des Angriffs zu filmen. Die Vernichtung ganzer Städte wird aus der Pilotenkanzel tiefffliegender Stukas abgefilmt, und der Zuschauer wird zum Angreifer. Um die "Authentizität" der Wochenschauen noch zu erhöhen, versieht man die Namen der Wochenschaumänner, die bei ihrem "Einsatz" gefallen waren, im Vorspann mit einem Kreuz. Die Kameraperspektive aus der Sicht der Akteure inszeniert die Wochenschau als nationalsozialistisches Gemeinschaftserlebnis. Selbst die kleinsten Kinos im Deutschen Reich verfügen über 200 Sitzplätze, die größeren weit über 1.000. Im Halbdunkel des Kinosaals entsteht eine Atmosphäre, die Parteikundgebungen ähnelt. Immer wieder erheben sich die Menschen im Kino zu spontanen "Heil"-Rufen.

Die Wochenschau vom 27. Februar 1943 zeigt die berüchtigte Rede von Joseph Goebbels, in der er die aufgeputschten Massen nach der Niederlage von Stalingrad zum "totalen Krieg" auffordert. Die Kameraperspektive wechselt ständig zwischen dem Redner Goebbels und dem fanatisch jubelnden Sportpalastpublikum. Wenn die Kamera dann über die Reihen der ZuschauerInnen hinauf zu Goebbels schwenkt, verschmelzen die Sitzreihen vor der Zuschauerin im dunklen Kino mit den Sitzreihen auf der Leinwand. Sie wird zur Teilnehmerin der Sportpalastveranstaltung gemacht. Optisch betont wird Goebbels Ankündigung, die Kriegsanstrengungen zu steigern und verstärkt Frauen für die Rüstungsproduktion zu gewinnen. Unmittelbar danach zeigt die Wochenschau Bilder von Frauen, die sich in optimistischer Stimmung zum Einsatz in der Kriegsindustrie melden sowie Szenen aus den Rüstungsbetrieben. Die Botschaft: Goebbels Aufruf zum "totalen Krieg" wird sofort allüberall Folge geleistet, das ganze Volk steht nach wie vor hinter der NS-Führung. Tatsächlich hat Goebbels Sportpalastrede und ihre mediale Inszenierung in Rundfunk und Wochenschau für kurze Zeit die Siegeshoffnungen in der Bevölkerung gesteigert.

Der Krieg stellt die Propagandisten der Wochenschau vor eine besondere Herausforderung. Es kommt darauf an, die vermeintliche deutsche Überlegenheit zu zeigen und den Krieg selbst als anstrengend, aber doch nicht als derart mörderisch zu zeigen, wie er wirklich ist. Die Wochenschaudramaturgie hat daher ihre eigenen, teilweise direkt von Goebbels stammenden Richtlinien. So sollen, der höheren Dynamik wegen, die deutschen Angriffe grundsätzlich von links erfolgen. Auch wählt man wieder gerne die erhöhende Kameraperspektive von unten. Wo die Dynamik der Bilder nicht ausreicht, wird mit Kartenanimationen gearbeitet: Das Vorrücken der Front zeigen bewegte Pfeilen und Linien auf Landkarten. Gefallene Soldaten werden praktisch überhaupt nicht gezeigt. Dies gilt selbst für die feindlichen Soldaten, denn Goebbels fürchtet ungewollte Mitleidseffekte. Statt dessen ordnet er Auflockerung an. Zwischen den Kampfszenen streut man bunte Episoden aus dem Soldatenleben ein. Soldaten, die essen, die Sport treiben, ihre Uniformen waschen und vor allem: Soldaten mit Tieren. So entsteht der Eindruck, dass der Krieg an der Front gar nicht so schlimm ist.

Freilich kann die Wochenschau spätestens ab 1943 nur den Durchhaltewillen der Bevölkerung propagieren. Statt Vormarsch wird jetzt das "Toben der großen Abwehrschlacht" inszeniert, wie eine Wochenschau titelte. 1943 konstatiert Goebbels: "Während wir bisher durch unsere Siege wirkten, müssen wir jetzt versuchen, durch unsere Niederlagen zu wirken." Dazu kommen in der Endphase des Krieges weitere Schwierigkeiten.

Kopieranstalten sind zerstört, Filmmaterial fehlt, und der Flugtransport des Wochenschaumaterials ist kaum noch möglich. Vor allem in Großstädten sind Kinos und Vorführanlagen zerbombt. Am 27. März 1945 erscheint die letzte "Deutsche Wochenschau" mit den letzten Aufnahmen Hitlers. Der zitternde und gebückte Mann dekoriert 13-jährige Kinder, "Pimpfe" im NS-Jargon, mit dem Eisernen Kreuz, bevor sie wieder in die Schlacht um Berlin geschickt werden.

Der Kinosaal als Sportpalast

Die NS-Propaganda ist bis heute auf eine gespenstische Weise erfolgreich geblieben. Was wir auch immer wissen über Lüge und Manipulation - die Bilder, die uns aus dieser Zeit überliefert sind, sind meistens die der NS-Propaganda selbst. Immer noch sieht man in Fernsehsendungen über Nazi-Deutschland deutsche Soldaten aufrecht und mit entschlossenem Gesicht vorwärts stürmen, während Franzosen, Engländer und vor allem die in der Logik der NS-Ideologie so genannten slawischen und jüdischen "Untermenschen" in entwürdigenden Situationen gezeigt werden, zerlumpt, geschlagen und erschöpft. Auch die filmische Inszenierung Hitlers zum gottgleichen "Führer" kann heute noch faszinierende Effekte hervorrufen. Es nützt wenig, wenn etwa derartige Inszenierungen aus Leni Riefenstahls "Triumph des Willens" einerseits gezeigt werden und Hitler andererseits als "größenwahnsinnig" tituliert wird: Die Bilder zeigen eben nur die Größe, nicht aber den Wahnsinn. Und Bilder, das war das Prinzip der Goebbelschen Propaganda, sind immer stärker als Worte.

Bernd Kleinhans

36. Kollektiver Kampf, mit Gefühl. "Brot und Rosen" - der neueste Film von Ken Loach

Autor: Peter Nowak · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:25

Arbeit ist neuerdings wieder Thema im Programmkino. Aber meistens geht es, wie im gerade angelaufenen "Rosetta", um individuelle Schicksale und scheiternde Menschen. Kollektiven Arbeitskampf vor antirassistischem Hintergrund hingegen bettet der linke Kino-Veteran Ken Loach in seinem neuesten Werk "Bread and Roses" in eine wie immer unterhaltsame Story ein. Und bleibt so seinem Metier treu: der Erzählung politischer Messages. Wohltuend verzichtet Loachs neueste Erzählung, anders als zuvor sein Nicaragua-Epos "Carlas Song", auf moralische Volldröhnung und pädagogischen Zeigefinger und bedient sich dafür einer zusätzlichen Portion Realismus.

Schleuser bringen eine Gruppe von Flüchtlingen aus El Salvador in abenteuerlicher Fahrt über die mexikanische Grenze in die USA. Die junge Maya entkommt mittels persönlicher Courage einem Vergewaltigungsversuch, nicht aber dem Doppelpack aus rassistischer und kapitalistischer Ausbeutung in den USA. Als Putzfrau in einem der Büropaläste von Los Angeles scheint sie zwar zunächst am Ziel ihrer Träume angekommen. Doch bald bekommt die heile Welt Risse. Illegale haben keine Rechte, werden gegeneinander ausgespielt, schlecht bezahlt und können jederzeit gefeuert werden. Maya wird, aufgeweckt durch den Kontakt mit einem jungen Gewerkschafter, zur treibenden Kraft bei der Organisierung der illegal beschäftigen Putzfrauen. Das Management bekommt die zunehmende Unruhe unter der Belegschaft mit und startet Einschüchterungskampagnen, filmt Gewerkschaftstreffen ab. Trotzdem organisiert sich die Belegschaft, auch gegen die eigene Angst. Die Gewerkschaftsspitze ist ob der starken Basisaktivitäten erstaunt und erteilt Dämpfer, wo es ihr möglich ist.

Die Entlassung der aufmüpfigen Belegschaft durch die Konzernleitung markiert den Höhepunkt des Films und hat dramatische Folgen, die schließlich dazu führen, dass Maya aus Solidarität mit einem Kollegen im Supermarkt die Kasse klaut. Auch durch Mayas Familie zieht sich ein Graben; ihre Schwester hat die Gewerkschaftsaktivisten an die Bosse verraten. Aber sie hat auch mit Prostitution den Putzjob für Maya erkauft. So denunziert der Film nicht die "Verräterin", sondern die gesellschaftliche Zustände, die den Verrat verursachen.

Das Ende ist bitter. Weil sich die Proteste der Entlassenen ausweiten und der Konzern langsam ins Gerede kommt, werden alle Reinigungskräfte wieder zu Tariflöhnen eingestellt, die Gewerkschaft wird anerkannt. Doch während alle feiern, wird Maya im vergitterten Polizeiwagen über die Grenze abgeschoben - sie hatte Fingerabdrücke beim Kassenklau hinterlassen.

Aber gerade weil es kein Happy End gibt, ist der Film so überzeugend. Und er greift eine Mitte der 90er-Jahre in den USA heftig geführte Diskussion um illegal Eingewanderte und Gewerkschaften auf, die letztlich die Erkenntnis stärkte, dass nur durch eine Organisierung auch der illegal Eingewanderten die Tarife für alle Arbeiter und Arbeiterinnen verteidigt werden können. Deshalb wäre der Film zum Beispiel für die IG-Bau sehenswert, die immer noch eine Politik der Kriminalisierung, der Abschottung und der Ausgrenzung gegenüber osteuropäischen WanderarbeiterInnen betreibt.

Der Film "Bread und Roses" von Kean Loach ist 105 Minuten lang und kommt im September in die deutschen Kinos.

Peter Nowak

37. Kommunist, Sänger und Schauspieler. Ernst-Busch-Edition auf CD erschienen

Autor: Lutz Graefe · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:12

Heimlicher Aufmarsch (2. Strophe)

Sprechgesang: Arbeiter horch, sie ziehen ins Feld

und schreien "Für Nation und Rasse"

Das ist der Krieg der Herrscher der Welt

gegen die Arbeiterklasse;

denn der Angriff gegen die Sowjetunion

ist der Stoß ins Herz der Revolution,

und der Krieg, der jetzt durch die Länder geht

ist der Krieg gegen Dich, Prolet!

Chor: Arbeiter, Bauern nehmt die Gewehre,

nehmt die Gewehre zur Hand!

Zerschlagt die faschistischen Räuberheere,

setzt alle Herzen in Brand.

Pflanzt eure roten Banner der Arbeit

auf jeden Acker, auf jede Fabrik.

Dann steigt aus den Trümmern

der alten Gesellschaft

die sozialistische Weltrepublik!

(Text: Erich Weinert; Musik: Hanns Eisler; Gesang: Ernst Busch; entstanden Herbst 1930)

Dieses klassische Kampflied, das im nachhinein von geradezu prophetischer Aussagekraft war, ist ein Busch-Lied par excellence: Zunächst der fast stakkatohafte Sprechgesang, der von Eisler mit einer ebensolchen Streicherpartie unterlegt wurde, dann der aufbrausende Chor. All das wird durch Buschs metallisch scharfe Stimme akzentuiert, deren Wirkung der Dramatiker Heiner Kipphardt so erlebte:

"Ich lernte Ernst Busch in einem Schlammloch der russischen Front kennen, 1943, nachts auf dem Rückzug der geschlagenen faschistischen Armeen durch die Ukraine. (...) Aus einem Lautsprecher eines Propagandatrupps der Roten Armee kam ein Lied von einer abgespielten Schallplatte über schrille Lautsprecher aus etwa zwei Kilometer Entfernung. Ein deutsches Arbeiterlied. Ich kannte es nicht und ich kannte den Mann nicht, der es sang. Die Worte hatten für mich keine Bedeutung, trotzdem hörte ich auf einmal zu. Ich wusste nicht, warum, ich wollte nicht, trotzdem hörte ich zu. Die Stimme verjagte meine Apathie. (...) Es war nicht ihre Schönheit, die mich ergriff, auch nicht ihre Klarheit, die Genauigkeit, nicht die aggressive Schärfe, die diese Stimme hatte. Es war etwas anderes. Diese Stimme wusste, dass der Mensch, dass die Vernunft, dass die Wahrheit triumphieren wird. Sie wusste darüber hinaus, wie das zu machen ist. Das war der Grund für die karge Schönheit, das war der Grund für die harte Klarheit, das war der Grund für die metallene Schärfe, das war der Grund für die glühende Vernunft dieser Stimme."

Ernst Busch war nicht nur ein talentierter Sänger und Schauspieler; er war vor allem überzeugtes Kind der Arbeiterbewegung, und das kann man seinen Liedern heute noch anhören. Nachdem sein Werk jahrelang vergriffen war, hat sich jetzt der BARBArossa Musikverlag (Vertrieb: ARIS/BMG; i.e. Bertelsmann Music

Group, eine Ironie der Geschichte) daran gemacht, das Lebenswerk dieses Mannes der interessierten Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen. Bislang erschienen 12 CDs: "Der Barrikaden Tauber" (so nannte ihn ein Kritiker), "Der rote Orpheus" (jeweils mit Originalaufnahmen aus den 30ern), "Merkt ihr nischt" (Busch singt Tucholsky/Eisler), fünf CDs "Originalaufnahmen 1946 - 1953" (Platten, die er bei dem von ihm gegründeten Schallplattenverlag "Lied der Zeit" aufnahm) und die "Chronik des 20. Jahrhunderts in Liedern, Kantaten und Balladen", die Busch zwischen 1964 und 1974 für Aurora produzierte.

Vor allem das "Aurora"-Projekt zeigt Ernst Busch als vielschichtigen Sänger und Sammler von Kampf-, Volks-und Bewegungsliedern, die nicht nur jene Kämpfe abdecken, an denen er selbst teilnahm. Und das waren nicht wenige: sein Lebenslauf liest sich wie eine kleine Reise durch die Arbeiterbewegung ab 1900.

Geboren am 22.01.1900 in Kiel als Sohn einer Arbeiterfamilie macht er eine Ausbildung zum Maschinenbauschlosser auf der Kruppschen Germania-Werft, wird Mitglied der organisierten Arbeiterjugend und der SPD, nimmt an der Novemberrevolution teil, tritt wenig später der USPD bei und 1945 der KPD. 1921 beginnt seine Karriere als Theaterschauspieler in Kiel. Über diverse Provinztheater findet Busch schließlich 1927 nach Berlin, hier hat er 1929 die erste Begegnung mit "seinem" Komponisten Hanns Eisler. Im gleichen Jahr steht er das erste Mal vor der Kamera, er spielte u.a. in "Kameradschaft" von G.W. Pabst und dem kommunistischen Film der Weimarer Republik schlechthin "Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt". 1933 flieht Busch vor den Faschisten aus Nazideutschland, 1936 kommt er auf Einladung nach Moskau und macht dort u.a. Antifa-Propaganda bei den deutschsprachigen Sendungen von Radio Komintern. 1937 meldet er sich als Propagandist bei den Internationalen Brigaden in Spanien. 1940 wird er in Südfrankreich interniert, nach seiner Flucht von der Vichy-Polizei verhaftet, der Gestapo übergeben und in Berlin vom berüchtigten Volksgerichtshof verurteilt. Es war übrigens ausgerechnet Gustav Gründgens, der "Staats- und Hofschauspieler" der Nazi-Elite, der sich damals für Busch einsetzte und ihm durch eine Ehrenerklärung und die Finanzierung von Buschs Anwälten vielleicht sogar das Leben rettete. Das jedenfalls schilderte Busch in einer Ehrenerklärung für Gründgens nachdem dieser 1945 von der Roten Armee inhaftiert worden war.

Nach der Befreiung durch die Rote Armee wird Busch 1946 Leiter des Schallplattenverlages "Lied der Zeit", ab 1950 ist er Mitglied von Brechts Berliner Ensemble. Bereits 1951 bekommt Busch erste Probleme mit Kulturfunktionären der jungen DDR; seine Lieder seien Proletkult und wurden darum im Rundfunk nicht mehr gespielt. Busch starb am 08.06.1980 in Berlin (DDR).

Die vorliegende CD-Edition versammelt nahezu alles, was Busch je gesungen hat. Dabei bestechen vor allem bei den AURORA-Produktionen die ausführlichen Booklets, die - so weit finanziell machbar - auch die Texte der Lieder beinhalten, sowie einiges über deren Entstehungsgeschichte erzählen. Der Herausgeber hat nicht einfach nur die Cover-Texte der alten Platten reproduziert, sondern die Lieder - wo nötig - in einen aktuellen Zusammenhang gestellt. So finden sich beispielsweise zu dem Liedtext "Ewiger Ruhm den Helden", in dem sich Busch auf seine Weise bei der Roten Armee für die Befreiung vom Faschismus bedankt, Zeitungsauschnitte über Schändungen sowjetischer Ehrenmäler und Gräber.

Und auch wenn einem heute manches Lied pathetisch und teilweise fast antiquiert vorkommt, zeugt seine Musik doch von seiner enormen Energie und Lebendigkeit. Die CD-Edition ist nicht nur das Vermächtnis eines engagierten Sängers, sondern sie dokumentiert auch einen Teil linker Geschichte. Zur Aktualität und zum Wirken von Busch Musik bemerkte einer seiner Kampfgenosse der Inter-Brigarden bereits 1957 treffend: "Vor 20 Jahren habe ich noch gesagt, als dieser Sänger nach Spanien kam; was sollen wir mit ihm; wir brauchen keine Sänger, wir brauchen Gewehre. Die Gewehre schweigen, aber die Lieder kämpfen weiter."

Lutz Graefe

Alle Zitate aus dem leider vergriffenen Buch von Karl Siebig "Ich geh' mit dem Jahrhundert mit. Ernst Busch - Eine Dokumentation." das neue buch Rowohlt. Hamburg 1980. Hörproben unter: http://www.barbarossa-musik.de

38. Zum fünften Todestag von Rio Reiser

Neue CD der Goldenen Zitronen

Autor: Dse · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:45

Schafott zum Fahrstuhl heißt die neue CD von den Goldenen Zitronen. Unter den dreizehn Stücken finden sich auch zwei Neufassungen: Monsters rule the world von der Kamerun-SylvesterBoy-Solonummer, dass die Zitronen nun auf deutsch vortragen und Von den Schwierigkeiten die Regierung stürzen zu wollen. Letzteres nicht etwa, weil die Erstveröffentlichung unter der Kohl-Regierung erfolgt war und man nun auch der rot-grünen Regierung sagen will, dass sie nichts taugt: "Das Stück ist glamouröser gemacht, selbstironischer und nicht mehr so stalinistisch," sagt Frontmann Schorsch Kamerun und "so viele kann man ja gar nicht umbringen." Hans Platzgumer pausiert auf der neuen CD, dafür sind Mense Reents (Stella) und erneut Melissa Logan (Chicks on Speed) dabei.

Fast drei Jahre sind seit Dead School Hamburg vergangen, aber das hat sich irgendwie gelohnt. Thematisch geht es auf der CD querbeet, die Dot.Com-Branche (Das Comeback des Temporat) wird ebenso bearbeitet wie die hektische Umtriebigkeit nicht nur dieser Menschen (Auf dem Platz der leeren Versprechungen). Oder das Stück Flimmern, dass sich mit Nazis und denen befasst, die sie füttern. "Wat solln die Nazis raus aus Deutschland, wat hät denn des für a Sinn - die Nazis könne doch net raus, denn hier gehörn se hin." Und bei einigen anderen Stücken bleibt einem gar nichts anderes, als den von Claudia Basrawi verfassten Beipackzettel zur Rate zu ziehen: "Die Texte reißen alles an, sie sind wie Meldungen, manche Meldungen verstehe ich und andere versteht jemand anders, wie bei Schnittmengen und Teilmengen." Ja, das ist zu verstehen, fragt sich nur wie?

Beipackzettel lesen

Musikalisch kommt das Ganze getrieben von Schlagzeug und rhythmischen Elektronen daher und am besten stellt man beim Zuhören den Stuhl oder Sessel zur Seite. Fun-Punk ist sicherlich eine absolut falsche Kategorie, in die man den Sound einordnen könnte. Vielleicht Pop-Punk? Und was sollen wir uns darunter vorstellen, wenn der Titel der CD spiegelverkehrt einen Film aus dem Jahre 1957 von Louis Malle covert? Schorsch Kamerun lässt nur so viel raus: "Wir wollten was Interpretierbares machen." Versuchen wir es mal: Wollen die Zitronen uns also sagen, dass der Fahrstuhl nicht stecken bleibt, sondern sich in rasender Geschwindigkeit befindet. Aber niemand - zumindest nicht die Zitronen - ist drin? Oder sind gar die Zitronen selbst der Fahrstuhl, bemüht, die Mörder und Monster in sich zu verschlingen?

Das Original gilt als Klassiker der Schwarzen Serie, in dem Louis Malle als 25-Jähriger mit betont kühlen Bildern und untermalt mit der Musik von Miles Davis dem Lebensgefühl einer Generation Ausdruck verleiht. Löst sich das Rätsel, wenn aus kühlen Bildern schwungvolle Töne werden? Reicht das? Oder verstehen die Zitronen ihre Musik als Gegenstück zu Davis? Schwer zu sagen. Hilfe naht vom Beipackzettel: "Schafott zum Fahrstuhl lässt sich als privates Bekenntnis oder verschlüsselte Meldung hören, bei der die Goldenen Zitronen das Gefäß sind, das die Nachrichten empfängt und weiterleitet." Das erklärt manches. Aber wie lauten die Nachrichten? Richtig: siehe oben.

Kurz und gut: musikalisch kommt die CD schwungvoll daher, rüttelt das Ohr immer wieder durch quer schießende Sequenzen und "atonale Sinuskurven" auf. Das würde schon ausreichen, um die CD mehr als nur fünf Mal in den Player zu schieben. Wer dann noch Spaß daran hat, seine Fantasie auf die Suche nach dem Verstehen zu schicken, ist bestens bedient. Ab Oktober gehen die Goldenen Zitronen auf Tournee, mit dabei ist dann der aus Chicago stammende Wecley Willis (RocknRoll McDonalds). Im Frühjahr touren die Zitronen dann mit Willis quer durch die USA.

DSe

Die CD ist ab September erhältlich, näheres unter www.buback.de oder www.die-goldenen-zitronen.de.

Zum fünften Todestag von Rio Reiser

Am 20. August 1996 starb der Frontmann der Ton Steine Scherben, Rio Reiser. Am Wochenende vom 18. bis 20. August trafen sich fast 2.000 Menschen zu seinem Gedenken im friesischen Fresenhagen, wo Rio und die

Scherben seit Mitte der 80er lebten und arbeiteten. Dort liegt Reiser begraben. Fünf Jahre nach seinem Tod scheint seine Musik wichtiger denn je: Viele Bands covern die Songs (Nina Hagen, Echt, Sterne, Neues Glas), das Department hat mit vielen anderen KünstlerInnen die LP Keine Macht für Niemand neu aufgenommen, Scherben-Bassist Sichtermann veröffentlichte ein Buch über die Geschichte der Scherben und dieser Tage läuft in den Kinos der Film: Der Traum ist aus oder die Erben der Scherben.

39. Next estación Hoffnung. Manu Chao auf dem Gurten. Andere auch

Autor: Tommy Schroedter · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:35

Die Welt ist in Ordnung, von ein bisschen Regen abgesehen. Auf dem Gurten, dem Hausberg von Bern, findet ein Festival statt, das Gurtenfestival eben, zum achtzehnten Mal. Aber es liegt was in der Luft an diesem 15. Juli, das wissen auch die JournalistInnen: Genua. Auf spanisch, französisch und englisch, alle fragen sie Manu Chao auf der Pressekonferenz dasselbe: "Warum gehst du nach Genua?" Der viel Befragte antwortet bereitwillig, zuerst auf spanisch, dann auf französisch und schließlich, halb belustigt, halb genervt auf englisch: "Es gehen Hunderttausende dorthin; ich werde einer von ihnen sein, nicht mehr, nicht weniger. Ich werde als menschliches Wesen dort sein, das seine politische Meinung äußert, nicht als Musiker." Während im Hintergrund P.J. Harvey bereits mit dem Soundcheck beginnt, betont Manu Chao nochmal, dass Europas Zukunft den Illegalen gehört. Als wäre er nicht einer der Top Acts dieses Festivals, plaudert er darüber, wie schön die Zeit mit Mano Negra war und darüber, wie unwahrscheinlich eine "reunión", eine Wiedervereinigung der Band ist. Die jungle world hatte seine zweite Solo-Produktion "Próxima Estación Esperanza" zur Ausrüstung eines jeden Globalisierungsgegners erklärt, aber er selbst bleibt beim Understatement.

Dass ein Festival zu spüren scheint, was in der politischen Luft liegt, lässt das Herz einer/s jeden Poplinken höher schlagen. Dabei ist das Gurtenfestival eines der unzähligen Events, die in diesem Sommer überall in Europa eigentlich nur für gute Laune sorgen sollen - eine Aufgabe, der es mit einem Budget von 3,5 Millionen Franken leicht gerecht wird. Um eine "Gratwanderung zwischen Kommerz und Kultur" geht es, so einer der Organisatoren, Philippe Cornu, und die ist zweifellos geglückt.

Aber schon als Jan Delay als Festival-Opener startet, ist klar, die Stimmung der 15.000 BesucherInnen erträgt mehr als Sonnenbank-Funk, Talkshow-Soul und Kaufhaus-Punk. Es sind gerade die politischen Texte, die am besten ankommen, was nicht heißt, dass man anschließend nicht massenhaft zu Liebesliedern von Morcheeba hinschmilzt - um dann allerdings bei "Part of the Process" wieder aufzuwachen. Danach präsentiert sich Erykah Badu, im Festival-Programm angekündigt als "Sängerin mit der schönsten Stimme seit Billie Holiday". Sie kommt mit erhobener Faust auf die Bühne und trifft damit die Stimmung des Festivals so unmittelbar, wie man es normalerweise einem Star nicht zutraut. (Was übrigens die Eindringlichkeit ihrer Stimme betrifft, braucht später Skye Edwards den Vergleich mit Badu nicht fürchten).

Transnationaler Musiker understatet

Ska P jedenfalls, die Band mit der klarsten politischen Message des Festivals, feiert man richtig fett ab. Die sechs stammen fast alle aus dem Madrider Vallecas-Viertel, das für den anarchosyndikalistischen Widerstand gegen Franco berühmt war, und Ska P beruft sich bewusst auf diese Herkunft. Seit 1994 kämpft die Band mit Ska-Punk gegen Imperialismus, Sexismus und immer wieder für die Legalisierung von Cannabis. Sie hätten nicht unbedingt als dollarprotzende Yankees verkleidet auf die Bühne steigen brauchen, um zu verdeutlichen, gegen wen es geht. Als sie später in Sturmhaube auftreten, gilt der Zusatzapplaus nicht ihnen selbst: Chiapas ist ganz nah und GlobalisierungsgegnerInnen in Wirklichkeit TransnationalistInnen.

Den Wechsel vom frisch spritzigen Ska-Punk zum schweren Rock von Motörhead macht das Publikum freudig mit; auch Lemmy braucht seit "Eat the Rich" nicht mehr extra zu betonen, wo er steht. Nicht begriffen, was angesagt ist, haben vor allem Die Ärzte, die eifrig Fishing-for-compliments betreiben und am Ende das Publikum beschimpfen, weil es zu wenig applaudierte.

Poplinke Herzen hüpfen hoch

Als endlich Manu Chao und seine elf Musiker auf die Bühne kommen, treten sie vor ein Publikum, das seit zwei Tagen abtanzt. Bloß das Wetter hat inzwischen von Sonnenschein komplett auf Regen umgestellt. Manu Chao spielt in einer Wolke. Weiter als fünfzehn Meter von der Bühne entfernt, sieht man gar nix, und klitschnass sind sowie so alle. Wer erwartet hat, dass die Regentropfen nun von seichtem Bongo-Bong begleitet werden, liegt glücklicherweise völlig daneben. Das anfängliche Plaudern über Manus Vergangenheit Mano Negra macht plötzlich Sinn, denn wer eben nicht unmittelbar vor der Bühne steht und sieht, könnte meinen, es ist Mano Negra, die Band, die nicht umsonst einmal als beste Live-Band der Welt betitelt wurde. Schon bald ziehen die

Leute ihre Regenjacken aus, es regnet weiter, aber Party ist angesagt, und schließlich vergisst man die Reinlichkeitserziehung und badet im Schlamm. Wozu es letztes Jahr auf dem Gurten anderthalb Tage Regen und etliche Bands brauchte, reichen heuer Manu Chao und eine Wolke. "Meine Musik ist doch gar nicht politisch", hatte er gesagt, und richtig, diese Musik lässt die Leute tanzen und befreit die Köpfe von Alltagssorgen ebenso wie gegebenenfalls von Analysen der Weltwirtschaft. Aber es ist eine Musik, die um Sorgen und Analysen weiß. Deswegen ist sie, bei aller Naivität, politisch. Und darum können wir uns hoffentlich noch auf viele Konzerte mit Manu Chao freuen.

Tommy Schroedter

Weitere Infos: www.gurtenfestival.ch

40. "Joschka lebt in seiner Welt"

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak453/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:26

Antiglobalisierungsbewegung, dreiteilige Anzüge und die Beziehungskrise in einer engen Männerfreundschaft - ak-Gespräch mit Daniel "Dany" Cohn Bendit und Josef "Joschka" Fischer.

Herr Cohn-Bendit, Ihr alter Gefährte und Freund Joschka Fischer möchte die AktivistInnen der Anti-Globalisierungsbewegung am liebsten alle auf einer kargen Insel in der Adria internieren. Sie sollen dort Felsen zerkleinern, damit sie die Lust am Steine werfen verlieren. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Cohn-Bendit: Joschka hat heute die Wahrnehmung des Herrschenden und des handelnden Außenministers.

Herr Fischer, ist der Vorschlag denn wirklich ernst gemeint?

Fischer: Ich gehöre nun mal zu den unerschütterlichen Optimisten, die glauben, man könne aus der Geschichte auch etwas lernen: vor allem, dass dieselben Fehler nicht noch mal gemacht werden müssen. Wenn man da steht und sieht, wie auf der anderen Seite einige exzessive Gewalt ausüben, dann sagt man: Kinder, nicht noch einmal.

Befürchten Sie nicht, dass dieses Vorgehen die Grüne Partei möglicherweise noch weiter von der neuen Protestbewegung entfernen und damit der Draht zur kritischen Jugend völlig abreißen könnte?

Fischer: Das ist der Widerspruch zwischen Protestpartei und Reformpartei.

Herr Cohn-Bendit, denkt Herr Fischer da nicht ein bisschen zu sehr in den Kategorien eines Innenministers, obwohl er doch Außenminister ist?

Cohn-Bendit: Das ist zu viel der Ehre für die Innenminister, denn das unterstellt, dass sie politisch denken und argumentieren. Aber Innenminister denken wie Innenminister - reduziert und inhaltslos.

Sie schätzen Herrn Fischer also doch noch als politischen Menschen?

Cohn-Bendit: Nein, Joschka lebt in seiner Welt. Deshalb habe ich Joschkas Äußerungen inhaltlich kritisiert mit der provokativen Zuspitzung, er rede blöd daher.

Fischer: Da frage ich mich jetzt doch, wer hier "blöd" daherredet.

Cohn-Bendit: Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass sich unsere Generation so verhält wie die Schmidt-Regierung in den siebziger Jahren.

Fischer: Blödsinn.

Finden Sie, dass die Schmidt- Regierung gegenüber der Protestgeneration der 70er Jahre überreagiert hat, Herr Cohn-Bendit?

Cohn-Bendit: Helmut Schmidts Kritik war ja keineswegs völlig inhaltslos.

Sie teilen also Helmut Schmidts Kritik an der RAF, können Sie das präzisieren?

Cohn-Bendit: Die Vorstellung vieler Globalisierungskritiker, den Sozialismus durch die Tobinsteuer einzuführen, halte ich für einen Witz.

Aber die innerlinke Auseinandersetzung in den 70er Jahren ging auch um die Gewaltfrage.

Cohn-Bendit: Im Moment haben wir den Vorteil, dass es noch keine RAF gibt. Aber wenn diese Eskalationen weitergehen, wird die Bewegung zerbrechen und Bedingungen für wahnwitzige Gruppen und Organisationen werden immer reifer. Es müssen Leute in der Bewegung den Mut haben, sich dem Führungsanspruch der Militanten entgegenzustellen.

Das wäre doch vielleicht eine Aufgabe für Sie, Herr Fischer, Mut haben Sie doch schon oft bewiesen.

Fischer: Ich stelle mir gerade mal vor, was los wäre, wenn unter meinem Dreiteiler die Lederjacke durchschimmern würde.

Wenn wir Herrn Cohn-Bendit richtig verstanden haben, ginge es doch genau darum, eben nicht die Lederjacke hervorzuholen, sondern friedliche Gesten zu entwickeln.

Cohn-Bendit: Wenn 2.000 Leute unbehelmt dastehen und sagen, ihr könnt demonstrieren, ihr könnt Forderungen stellen, ihr könnt tanzen, dann wird auf diesem Gipfel die Gewaltspirale nach unten gedrückt werden. Das ist die Methode Gandhi.

Können Sie sich das vorstellen, Herr Fischer, gemeinsam mit den DemonstrantInnen ein friedliches Gipfelfest zu feiern, vielleicht schon beim NATO-Außenministertreffen in Neapel im September?

Fischer: Die Frage nach der gerechteren Welt ist Thema des Gipfels. Eigentlich müsste man eine Demonstration der Freude veranstalten.

Sie antworten so leidenschaftlos, abwägend und abgeklärt. Das macht uns Sorge. Wir kennen Sie als streitfreudig und emotional. Was ist los, Herr Fischer?

Fischer (zögernd): Wer sagt denn, dass diese Emotionalität weg ist? Der alte Fischer ist noch da.

Wir haben das Gefühl, dass Sie sich oft hinter einer arroganten Maske verstecken.

Fischer: Aber nein. Ich komme mir gar nicht arrogant vor. Ich habe manchmal einfach nur Schluckbeschwerden und verberge das eben nicht immer gekonnt. Okay, das will ich gern eingestehen.

Müssen Sie nicht manchmal Dinge verteidigen, die Sie gar nicht wirklich wollen, wie zum Beispiel die Erschießung von Carlo Giuliani durch die Polizei in Genua?

Fischer: Aber nein, das Gegenteil ist der Fall. Vielleicht haben wir einen Fehler nicht in der Sache, sondern im Vorgehen gemacht.

Oder beim Krieg gegen Jugoslawien. Muss die internationale Gemeinschaft jetzt auch noch Mazedonien in seine ethnischen Bestandteile zerlegen, nachdem sie mit dieser Politik schon genug Unheil angerichtet hat?

Fischer: Aber nein! Diese Koalition würde ihren Auftrag nicht erfüllen mit der Devise: Das war's nun.

Gut, es scheint, Sie bleiben bei politischen Themen heute kurz angebunden. Gibt es denn ein Thema, das Ihre alte Leidenschaft wecken könnte?

Fischer (lacht): Ja, der Dreiteiler!

Was fasziniert Sie denn an diesem Kleidungsstück so sehr?

Fischer: Im Dreiteiler sind Sie rund um die Erde in allen Kulturen niemals underdressed. Das ist es.

Cohn-Bendit: Ach, wie nett.

Fischer: Jeder ist, wie er ist. Es hat jedenfalls nichts damit zu tun, dass ich mich geändert hätte.

Es scheint ein Riss durch ihre einst enge persönliche Beziehung zu gehen.

Fischer: Wenn Dany mir vorwirft, ich würde reaktionären Quatsch erzählen, dann kommt es auf das Gesagte an.

Cohn-Bendit: Ihr glaubt alle, nur weil wir seit 30 Jahren befreundet sind, sprechen wir ständig Strategien ab.

Fischer: Ich schätze meinen alten und engen Freund Dany sehr.

Cohn-Bendit: Jetzt sollten wir nicht auch noch mit diesem Unsinn anfangen.

Josef "Joschka" Fischer (Außenminister) und Daniel "Dany" Cohn-Bendit (EU-Parlamentarier) sind intellektuelle Vordenker der Grünen. Ihre Antworten sind der taz vom 15. August 2001 und dem Spiegel vom 20. August 2001 entnommen. Komplett aus dem Zusammenhang gerissen und für ak mit neuen Fragen versehen hat sie Boris Kanzleiter.

41. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak453/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:32

Kriegspresse

Die Rolle der US-Presse während des Vietnamkrieges untersucht Bernd Greiner in der neuesten Ausgabe von Mittelweg 36, der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Der Aufsatz trägt die Überschrift "Der kurze Sommer der Anarchie" - eine deftige Übertreibung mit einem Kern Wahrheit. Denn staatsfeindlich ging es im US-Pressewesen zu keiner Zeit zu. Bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre hinein machten die großen Zeitungen durchweg in Patriotismus und übernahmen die Sprachregelung der Regierung: Der Krieg der USA richtet sich gegen eine "kommunistische Aggression" und diene der "Verteidigung der Freiheit". Präsident Johnson lobte denn auch die einschlägigen Leitartikel der Washington Post: Sie seien "zwei Divisionen wert". Erst ab Ende 1967 änderte sich das Bild, als Time einen "ehrenvollen Rückzug" der US-Armee forderte. Ab Anfang 1968, nach der erfolgreichen Tet-Offensive des Vietcong, trauten sich auch andere Zeitungen, die Wahrheit auszusprechen: Dieser Krieg war nicht zu gewinnen. Dass die US-Medien allenfalls den Präsidenten zu kritisieren bereit waren, insgesamt aber staatstreu blieben, zeigt Greiner an der Berichterstattung über das Massaker der Army in My Lai, bei dem im März 1968 Hunderte von vietnamesischen ZivilistInnen ermordet wurden. Es war vor allem das Verdienst eines einzelnen hartnäckigen Journalisten, Seymour M. Hersh, dass der Massenmord weltweit bekannt wurde. Höhepunkt und Ende des "kurzen Sommers der Anarchie" war 1971 die Veröffentlichung der bis dahin geheim gehaltenen "Pentagon-Papiere". Bernd Greiner schreibt: "Faktisch wurde im Sommer 1971 bereits das Requiem auf den Vietnamkrieg geschrieben. Einen Krieg, den sie zu spät entdeckt hatten, erklärten die Medien für beendet, noch ehe er auf dem Schlachtfeld vorüber war. Eine auf Aussöhnung mit sich selbst bedachte Nation wollte es so."

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Juni/Juli 2001. Mittelweg 36, 20148 Hamburg; Fon. 040/41409716; Fax. 41409711; www.his-online.de; 96 Seiten, 18 DM

Ismen-Cocktail

Das Thema Globalisierung ist auch in der Wissenschaft in Mode gekommen. In der Aufsatzsammlung "Neoliberalismus - Militarismus - Rechtsextremismus" analysieren sechs AutorInnen die "Gewalt des Zusammenhangs", die im Zusammenspiel von unterschiedlichen Unterdrückungskontexten wie Börsenplatz, Militärmacht und Weltmarkt entsteht. Der Titel des Buches ist irritierend. Während Neoliberalismus und Militarismus in mehreren Texten behandelt werden, findet sich zum Komplex Rechtsextremismus keine einzige Analyse. In der Auswahl der Artikel deckt das Buch ein breites Spektrum ab, die Zusammenstellung wirkt ein wenig willkürlich, da sich nicht alle Texte auf die Ausgangsfrage nach der Gewalt des Zusammenhangs beziehen. Aus dem Rahmen fallen die Artikel von Claudia von Werlhof und Birgit Mahnkopf. Problematisch ist der Text von Claudia von Werlhof. Sie stellt der globalen Kriegswirtschaft die von Vandana Shiva entwickelte Strategie der Earth Democracy entgegen. Ihr Plädoyer für die Übernahme von lokalen Selbstversorgungsstrategien des Südens erinnert an einen Wiederaufguss des Ökofeminismus. Als politische Vision wünscht sie sich eine neue "Lebensfreundlichkeit" sowie die Entstehung eines geistigen "Kraft-Feldes". Neben diesen reaktionären Auswüchsen ist es vor allem fragwürdig, ob eine Übertragung der aus der Not entstandenen Subsistenzwirtschaft Indiens auf die Industrieländer überhaupt möglich und sinnvoll ist. Das Highlight des Buches ist sicherlich der Text von Birgit Mahnkopf. Sie zeigt, wie die europäische Sozialdemokratie mit ihrer Programmatik des "Dritten Weges" an einer Neudefinition von Gerechtigkeit bastelt, die sich nicht länger an der Verantwortung gegenüber sozial Schwachen orientiert. Der Abschied der Sozialdemokratie von der "Politik der kleinen Leute" geht einher mit einer Neudefinition der Rolle des Staates. Wohin die Reise gehen soll, zeigt ein Zitat von Rudolf Scharping: "Erst kommt das Individuum, und dann kommt die Zivilgesellschaft, und erst dann kann der Staat sich als ein Lazarettwagen betätigen." Die Stärke von Mahnkopfs Text liegt vor allem darin, dass sie die Lieblingsphrasen der SPD-Eliten - "aktivierender Sozialstaat", der "Staat als Moderator" oder "Chancengerechtigkeit" - auseinander nimmt und auf ihre Funktion untersucht. So liegt das besondere "Verdienst" der europäischen SozialdemokratInnen darin, dass sie die Hegemonie des Neoliberalismus in Europa weiter stabilisieren und vorantreiben.

Altvater/Galtung/Madörin/Mahnkopf/Sachs/von Werlhof: Neoliberalismus - Militarismus - Rechtsextremismus: Die Gewalt des Zusammenhangs. Promedia-Verlag, Wien 2001. 144 Seiten, 23,40 DM

Believe the hype

Die Internetzeitschrift com.une.farce ist bei no.5 angekommen - oder eigentlich auch nicht, denn die Ausgaben des Webzines werden "in.progress" veröffentlicht, also nach und nach, fragmentarisch, unabgeschlossen und so weiter, man ahnt es schon: Irgendein Postmodernismus ist hier am Werke. Ein Editorial gibt es dennoch, und dort bekennt man sich dann auch relativ eindeutig zum Postoperaismus und gegen, das ergibt sich quasi naturgemäß, die Internetfeindlichkeit. So hat die vorliegende ("vorflimmernde" wäre wohl der passendere Ausdruck) Ausgabe zwar einen Schwerpunkt, gleichwohl kommt der "momentan noch nicht so richtig zum Zug" (die Redaktion). Macht nichts, denn ein Surf durch das Artikelangebot verspricht trotzdem Unterhaltung. Die Qualität der Artikel reicht von Infoladen-Blättchen ("Magical Mystery Tour des gefaketen Schwarzen Blocks in Genua") über analytisch gehaltvolle Kritik (des "Mültkültüralizm in Almanya") bis hin zu anspruchsvoller Seminararbeit (Geschichte der Subjektivität von Karl Marx bis Judith Butler). Letztere Artikel sind ein Nachklapp zu der im Februar in Frankfurt stattgefundenen Tagung "Subjektkonstitution und Ideologieproduktion" und widmen sich, getreu dem Motto der Tagung, konsequent der Aufgabe, dem gesellschaftlichen Verblendungszusammenhang ins Auge zu schauen. Was übrigens auch als Motto für com.une.farce gelten könnte, denn zumindest in Ton und Stil wird in eigentlich allen Beiträgen der Eindruck vermittelt, als wäre die Ideologieproduktion doch ein Vorhang, der eines Tages endgültig zu lüften wäre, folgte man bloß dem Scharfsinn dieser NetzautorInnen. Aber darüber kann die LeserIn auch einfach blendend hinwegsurfen und z.B., falls sie das nicht sowieso schon längst getan hat (hier unter dem Stichwort "New Actonomy"), über Anti-Globalisierungs-Aktionsformen nachgrübeln oder anlässlich des Erscheinens der italienischen Ausgabe des Handbuchs der Kommunikationsguerilla ein Interview mit der autonomen a.f.r.i.k.a.-Gruppe lesen.

com.une.farce, zeitschrift für kritik im netz & bewegung im alltag; http://www.copyriot.com/unefarce

Korrupte Nazis

Schon das Titelfoto von Frank Bajohrs Buch über Korruption in Nazi-Deutschland ist sehr aussagekräftig. Es zeigt feiernde Männer in Damenbegleitung auf einem Pressefest 1939 in München. Einer von diesen feisten Gestalten ist Christian Weber, ehemaliger Stallbursche, Pferdeverleiher, Betreiber einer Tankstelle, nun (1939) NSDAP-Ratsherr und Fraktionsvorsitzender, Präsident des Kreistages von Oberbayern, SS-Brigadeführer, Inspekteur der SS-Reitschulen und zuständig für die Wirtschaftsförderung in München. Ein anderer: Max Amman, NSDAP-SS-Obergruppenführer ehrenhalber und Chef des Zentralverlages der NSDAP. Der Autor zeigt deutlich, dass das zentrale Nazi-Motto "Ordnung schaffen" in der Realität des nationalsozialistischen Deutschland nicht funktionierte; eher war das Gegenteil an der Tagesordnung: Korruption, Bestechung, Vetternwirtschaft auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen. Und nur in Zeiten der Krise (1939 bei Kriegsbeginn oder 1943/44, als sich Deutschlands Kriegsniederlage abzeichnete) wurde mal geschimpft, fanden sogar einige wenige Bestrafungsexempel statt, die allerdings bloße "Bauernopfer" waren. Ist das NS-Regime effizient oder ineffizient? Das Kriterium ist zwiespältig, da "das Regime ja im Negativen durchaus ‚effizient` war, beträchtliche Vermögenswerte zusammenraubte und in seiner Vernichtungsdynamik erschreckende ‚Leistungen` vollbrachte." Eine interessante Frage, die nach weiteren Antworten sucht: Was macht die vorgelebte Käuflichkeit mit der Gesellschaft, was bedeutet das für die Praxis der Aneignung bzw. des Raubes innerhalb der Gesellschaft, gerade gegenüber denen, die ausgegrenzt, der Vernichtung preisgegeben sind. Da ist die LeserIn nach der Lektüre angeregt und aufgefordert, sich weiter mit Arisierung und Reichtum durch Raub auseinander zu setzen. Auch die Verbindung von Rassismus mit absoluter Macht, die ein nach Bereicherung strebendes "Herrenmenschentum" förderte, wird von Frank Bajohr analysiert. Spannend zu lesen ist das Buch durch die sehr vielen Quellennachweise, die sehr anschaulich sind und - wie das Titelbild - für sich sprechen.

Frank Bajohr: Parvenüs und Profiteure - Korruption in der NS-Zeit. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2001, 253 Seiten, 39,80 DM

42. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak453/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:33

Eine Frage der Distanz

Betr.: Versorgte Vergangenheit, ak 452

Sehr geehrter Christoph Görg,

Es stieß sehr unangenehm auf, die Kritische Theorie in eins gesetzt zu sehen mit der so genannten Frankfurter Schule. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung hat in seiner Geschichte bekanntlich mehrere Stadien durchlaufen, die Kritische Theorie war also nur eines, zugegebenermaßen das letzte Stadium. Diese Tatsache außer acht lassend, verkennt man das Frankfurter Institut, überbürdet die Kritische Theorie, und, was für Ihren Beitrag folgenreich werden sollte: die Motivation, Kritische Theorie betreiben zu wollen, kommt erst gar nicht zum Vorschein, geschweige denn zu einer angemessenen Würdigung.

Ohne den Grund einer fortschrittlichen Bewegung, als Einzelne isoliert in der Gesellschaft diese Gesellschaft aus einer kritischen Distanz zu beobachten - das war die letzte Aufgabe, welche Horkheimer seinen Kollegen nahe legte, und welche er in der "Flaschenpost" bildhaft fasste.

Diese "Flaschenpost" hat in der 68er-Studentenbewegung nicht den aufnahmefähigen Adressaten gefunden, nicht finden können. Nach gründlichem Studium der Schriften über den autoritären Charakter, die Mittelschichten, Konventionalität usw. dürfte klar werden, dass aus Sicht des Frankfurter Instituts die 68er-Studentenbewegung vielmehr als Teil des Problems zu sehen war.

Nun entspricht es ja dem aktuellen Niveau, alles und jeden zum Gegenstand pathetischer Selbsterfahrungen zu machen, und die Theoretiker des Frankfurter Instituts hätten sicherlich einiges zu dieser egomanen Kulturphase zu sagen. Die Distanz zwischen Frankfurter Institut und 68er-Studentenbewegung reduzieren zu wollen, geht selbstverständlich am tatsächlichen Sachverhalt vorbei.

Horkheimer und Kollegen haben die Proteste der 68er-Studentenbewegung sehr wohl verstanden, und gerade aus dieser Einsicht heraus blieben sie auf Distanz, bisweilen offen ablehnend. Und die wenigen Texte, in denen Löwenthal, Fromm oder Marcuse die so genannten neuen sozialen Bewegungen beurteilten, klingen doch sehr nach Hoffen wider besseren Wissens. Wenn man die kritische Distanz von Horkheimer et. al. verstehen will, reicht es schon, die "Studien über Autorität und Familie" genauestens zu studieren.

Die "Dialektik der Aufklärung" wiederum liefert Hinweise, warum Habermas aus taktischen Überlegungen von Horkheimer und Kollegen bestenfalls geduldet wurde. Hans-Jürgen Krahl, einer der wenigen fähigen Köpfe der 68er-Studentenbewegung, hat das in seinen Streitschriften und Reden gegen Habermas noch einmal aufgegriffen. Daneben gibt es einen aufschlussreichen Briefwechsel zwischen Horkheimer und Adorno zur Person Jürgen Habermas.

Insgesamt dürfte wohl erkennbar werden, dass Habermas nicht eine irgendwie "junge" Kritische Theorie vertrat, auch nicht eine "neue" oder was auch immer, sondern dass er im Gegensatz zur Kritischen Theorie stand.

Im Übrigen ist die Behauptung ziemlich blöde, es gebe eine neue Kritische Theorie oder viele Kritische Theorien, genauso blöde wie Neomarxismus und einiges andere.

Nicht an der Kritischen Theorie klebend, die Entwicklungsstadien der so genannten Frankfurter Schule in den Schriften und Briefen nachvollziehend kann die Distanz zur 68er-Studentenbewegung ebenso zwanglos erklärt werden wie die Tatsache, dass Habermas eben nicht der Kritischen Theorie zuzuordnen ist.

In seinen Schriften vertritt Habermas eine Weltanschauung und Haltung, mit welcher auch zahlreiche 68er-Studenten heute Karriere machen können.

Mit freundlichen Grüßen,

F. Raden

43. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak453/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:41

Kein "Tag der Heimat"

Am 9. September will der Bund der Vertriebenen (BdV) in der Erfurter Thüringenhalle den "Tag der Heimat" feiern. Der BdV ist mit seinen zwei Millionen Mitgliedern kein unbedeutender Verein "Ewiggestriger", sondern er konnte sich immer auf die finanzielle und "moralische" Unterstützung der deutschen Regierung/en verlassen. Bei der Veranstaltung in Erfurt werden der thüringische Vorsitzende des BdV, Paul Latussek, der nebenbei noch Referent bei den deutschen Akademien der NPD ist, und Thüringens Ministerpräsidt Bernhard Vogel ihr reaktionäres Geschwafel über das Selbstbestimmungsrecht "freier Völker" loslassen. Verschiedene antifaschistische Gruppen haben sich zusammengeschlossen, um die deutsche Bier- und Sauerkrautseligkeit in der Thüringenhalle zu stören.

Erfurt, 9.9., 11.30 Uhr, Thüringenhalle Erfurt, Infos unter: www.infoladen.net/sabotnik

Themen der Mitte sind Themen der Rechten

Spätestens seit der Leitkulturdebatte ist klar: Die Ursachen von Rechtsextremismus und Neofaschismus liegen in der "Mitte der Gesellschaft" - so die These des Sozialwissenschaftlers Christoph Butterwege. Unter dem Titel "Themen der Mitte - Themen der Rechten" kritisiert Butterwege am 10. September herkömmliche Deutungsmuster von Neofaschismus. Veranstalter ist die Gruppe Regenbogen - Für eine neue Linke.

Hamburg, 10.9., 19 Uhr, Hamburg-Haus, Doormannsweg 12

Kapitalismus light?

Die als Antiglobalisierungsbewegung zusammengefasste Bewegung ist extrem heterogen. Während es den einen um einen humaneren Kapitalismus geht, in dem es Steuern auf Gewinne gibt und auch mal an die Umwelt gedacht wird, geben sich andere nicht mit einem reformierten Kapitalismus-Light zufrieden. Die Internationale Kommunistische Strömung lädt unter der Frage "Antiglobalisierungsbewegung: Ist der Kapitalismus reformierbar?" zur Diskussion ein.

Köln, 15.9., 14 Uhr, Neusser Str. 340

Vorbild: Porto Alegre

Seit 1988 regiert in der brasilianischen Stadt Porto Alegre die brasilianische Arbeiterpartei (PT). Die durch Korruption gekennzeichnete Stadtregierung war abgewählt worden, die Kassen waren geplündert. Die PT schlug einen neuen Weg der Kommunalverwaltung ein, der eine Beteiligung der BürgerInnen an den Investitionsentscheidungen vorsieht. BürgerInnenversammlungen wurden einberufen, die Delegierten legen Investitionsschwerpunkte fest und kontrollieren die Stadtverwaltung. Der Arbeitsausschuss der "Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken" veranstaltet am 15. September eine Tagung unter dem Motto "Mehr Demokratie wagen". Diskutiert werden das Modell Porto Allegre und mögliche Ansätze zu einer Übertragung auf deutsche Verhältnisse.

Frankfurt, 15. 9., 10-16 Uhr, im Bürgerhaus Gallus, Frankenallee 111, Infos und Anmeldung bei H.W. Krauss, Kurzmainerstr. 84, 65936 Frankfurt, Tel.: 069/3088388,

E-Mail: H-W.Krauss@gmx.net

Vernetzter Widerstand

Ein wesentliches Prinzip der Independent Media Centers (IMP), wie indymedia oder nadir, ist der radikaldemokratische Ansatz. AktivistInnen werden selbst zu unmittelbaren BerichterstatterInnen. Der Zugang zur Information und ihre Verbreitung nimmt in der Mediengesellschaft einen immer größeren Stellenwert ein. "Denn der, der zuerst die Informationen liefert, liegt in der Pole-Position um die Einordnung des Geschehens im gesellschaftlichen Diskurs" (Nadir). Die Neue Gesellschaft für bildende Kunst e.V. (NGBK) lädt am 18.9. zu der Veranstaltung "Die Vernetzung des globalen Widerstandes - www.indymedia.org" ein. Gäste aus den USA,

Chiapas und Deutschland werden das Konzept von indymedia vorstellen. Die Veranstaltung ist Teil der Reihe "Hybrid video tracks", die unter dem Stichwort Reclaim the media im September in der NGBK läuft.

Berlin, 18.9., 20 Uhr, Neue Gesellschaft für bildende Kunst e.V., Oranienstr. 25. Infos bei der NGBK, Tel.: 030-6152290 oder unter www.ngbk.de

Mumia-Veranstaltung

Seit 1982 ist der zu Tode verurteilte Mumia Abu-Jamal schon im Knast. Seit Jahren kämpft eine internationale Kampagne um die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Im Atlantik Verlag ist soeben die erste Mumia-Biografie "on a move" erschienen. Der deutsche Verleger Jürgen Heise berichtet am 19. September über die Geschichte und aktuelle Situation des Falles, zusätzlich gibt es eine Lesung und es werden Filmausschnitte gezeigt.

Hamburg, 19.9., 20 Uhr,

Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55

Autonomie statt Neoliberalismus

Mit dem Marsch nach Mexiko im März machte die zapatistische Befreiungsbewegung EZLN auf ihre Forderungen nach einer Autonomie für die indigenen Gemeinschaften aufmerksam. Nun ein halbes Jahr später zeigt sich, dass die mexikanische Regierung mit dem so genannten Puebla-Panama-Plan den Aufbau von Maquiladores, Autobahnen und Mikrounternehmen forcieren will und dass von einer Verankerung der Autonomie der indigenen Gemeinschaften in der Verfassung keine Rede mehr ist. In der Werkstatt 3 findet am 20. September eine Veranstaltung unter dem Titel "Kein Frieden in Mexiko - Maquiladoras statt Autonomie für die Indigenas" statt. Über die derzeitige Situation in Mexiko berichtet Onecimo Hidalgo vom unabhängigen chiapanekischen Forschungszentrum.

Hamburg, 20.9., 19 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Wissenschaft und Neue Mitte

Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschafter (BdWi) veranstaltet vom 27.-30.9. in Peseckendorf/Sachsen-Anhalt eine Herbstakademie zum Thema "Die Politik der Neuen Mitte und die Aufgaben kritischer Wissenschaft". Es referieren u.a. Reinhard Kühnl über (Ver-)Wandlungen der Totalitarismustheorie von den 50er Jahren bis zum Kosovo-Krieg, Brigitte Young spricht über Geschlechterdemokratie für Wertschöpfungsstarke, Clemens Koch analysiert den Staatlichen Antifaschismus als Diskurspolitik der Neuen Mitte.

Peseckendorf, 27.-30.9., Bildungsstätte Peseckendorf (Nähe Magdeburg), Teilnahmepreis 100-200 DM (Verdienende bzw. Arbeitslose). Anmeldung beim BdWi, Vera Klier, Gisselbergerstr. 7, 35037 Marburg, Tel.: 06421/21395, E-Mail: fib.bdwi@bdwi.de

44. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak453/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:46

Mit neuem Schwung, redaktioneller Verstärkung und mit dem heiß ersehnten neuen Drucker melden wir uns aus der Sommerpause zurück. Diesmal mit einer eher ungewöhnlichen Ausgabe: Neben dem schon angekündigten Dossier zum Thema Stadtpolitik gibt es aus aktuellem Anlass einen weiteren Schwerpunkt zu den Ereignissen in Genua.

Die Dynamik der Proteste, aber auch der Repression zeigen die Notwendigkeit, die in der letzten ak angefangene Debatte über Globalisierung weiter zu intensivieren. Dass derzeit das Interesse an linker Politik groß ist, zeigt sich nicht zuletzt an der Tatsache, dass die Juli-ak komplett ausverkauft war.

Gerne würden wir an dieser Stelle auch wieder den nächsten Schwerpunkt ankündigen, da sich momentan aber die Ereignisse überall auf der Welt zu überstürzen scheinen, kündigen wir hier offiziell nur an, dass es auch das nächste Mal wieder einen Schwerpunkt geben wird.

Lasst Euch also überraschen!

Es gibt ein ungeschriebenes Redaktions-Gesetz: In den Sommerproduktionswochen scheint in Hamburg immer die Sonne, während es in den "ak-freien" Wochen regnet. Dies hat sich auch im August mal wieder bewahrheitet. So sitzen wir hier in unserem kühlen Kellerloch und ärgern uns über FreundInnen, die fröhlich anrufen, nur um zu sagen, dass sie jetzt an die See fahren. So viel zum Thema Solidarität.

Kann sein, dass es am berüchtigtem Sommerloch lag, auf jeden Fall haben wir diesmal sehr wenig Veranstaltungshinweise erhalten. Deshalb an Euch die Bitte: Wenn Ihr was anzukündigen habt, informiert uns. Besonders freuen wir uns auf sachdienliche Hinweise, die nicht nur aus Berlin oder Hamburg kommen.

Eure ak-Redaktion

45. Die Heimtücke des Tiger-Reitens

CD-Datei: daten/aksuche/ak453/titel2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:453:titel2

Metropolen werden im globalen Standortwettbewerb zunehmend für die Wohn-, Konsum- und Freizeitbedürfnisse der neuen Funktionseliten zugerichtet. Macht und Herrschaft der neuen "Leistungsträger" zeigen sich an vielen Orten und Entwicklungen: im Übergang des Wohnungsmarktes von einem MieterInnen- in einen EigentümerInnenmarkt, im neuen Erlebniskonsum von Shopping-Malls und Themen-Parks oder in der "Festivalisierung" der Innenstädte.

Zur ideologischen Absicherung schaffen die ApologetInnen dieser Entwicklungen harmlose Begriffe und Konzepte, wie etwa Nachhaltigkeit oder "governance". Hinter diesen Phrasen verbirgt sich knallhartes Kalkül: In dem Maße wie z.B. Hamburg, Berlin oder Frankfurt versuchen, als "World Cities" die Headquarter-Ökonomie des Banken-, Finanz- und Dienstleistungssektors anzuziehen und die Städte als "Unternehmen" gemanagt werden, in dem Maße ist auch die soziale Polarisierung ein bewusst einkalkuliertes Ergebnis der Stadtentwicklungspolitik.

Keine Stadt, in der nicht der Einzelhandel gegen BettlerInnen und Obdachlose mobil macht. Keine Stadt, in der nicht durch Verordnungen, Platzverweise und andere offene Repressionsinstrumente gegen Bettelei, Drogenszenen oder Obdachlose vorgegangen wird. Keine neuen Einkaufspassagen ohne private Sicherheitsdienste und Videoüberwachung, kein Bahnhof ohne "3-S-Konzept" (Sicherheit, Service, Sauberkeit).

Der Sicherheits- und Ordnungsdiskurs durchzieht alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche: Stadtentwicklungspolitik als Sicherheitsaufgabe, lokale Beiräte und Stadtteilkonferenzen als Sicherheitsagenturen, Präventionsräte als Vorfeldorganisation der Polizei.

Den Realitäten des neoliberalen Urbanismus widmen wir in dieser Ausgabe unseren Schwerpunkt

auf den Seiten 19 bis 22.